

Schon aus der Talsohle

Anlaß für vorsichtigen Optimismus gibt ein aktueller OECD-Wirtschaftsausblick – auch wenn die einsetzende Erholung in den OECD-Ländern noch zu schwach ist, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Auch wenn sich die Konjunktur wieder erholt, wird wohl die Zahl der Arbeitslosen noch bis weit in das Jahr 2010 ansteigen.

Das Wachstum im OECD-Raum hat nach der schwersten Rezession seit Jahrzehnten wieder angezogen. Die Erholung wird von außergewöhnlich energischen nachfragegestützten Politikmaßnahmen, staatlichen Interventionen an den Finanzmärkten, einer kräftigen Belebung der Nachfrage im Nicht-OECD-Raum sowie einem positiven Beitrag der Lageranpassungen getragen.

Obgleich das Wachstum in den kommenden zwei Jahren durch die jüngsten sowie die antizipierten künftigen Verbesserungen der Finanzierungsbedingungen gestützt wird, ist angesichts der nach wie vor bestehenden Notwendigkeit einer Stärkung der Finanzinstitute, der laufenden Bilanzanpassungen im privaten Sektor und des Abklingens der makroökonomischen Politikimpul-

se mit einer gedämpften Erholung zu rechnen.

Die Arbeitslosigkeit im OECD-Raum insgesamt wird voraussichtlich bis weit in das Jahr 2010 hinein steigen und 2011 lediglich leicht gegenüber ihrem Höchststand von über 9% der Erwerbsbevölkerung zurückgehen.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3



Die Seite 2



Budespräsident Fischer tritt wieder an S 8



Erfolg für Österreichs UNO-Vorsitz S 16



Prammer in New York S 21



WKÖ-Wirtschaftsparlament S 35



»200 Jahre Tirol« im Parlament S 43

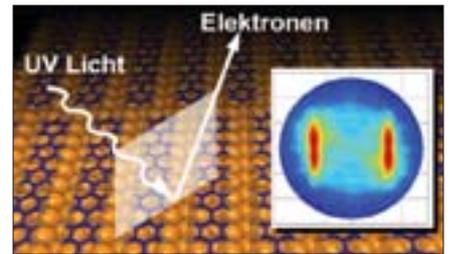
Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos: S. 1 bilderbox.biz; S. 2: newsonvideo.at; BMeiA / Dragan Tatic; Parlamentsdirektion/Gerhard Marschall; WKÖ; Parlamentsdirektion/Carina Ott; Österreich Journal/Michael Mössmer; Peter Puschnig; Landesmuseum Niederösterreich / Helmut Lackinger; Viennale / Robert Newald; TV Linz/Röbl

Aus dem Inhalt

Heinz Fischer tritt 2010 wieder an	8
Post steht vor der Markttöffnung	11
Pensionen werden erhöht	14
Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten	16
Außenpolitischer Bericht 2008	19
»Europa-Dialog«	20
Prammer in New York	21
Was aus dem Goldenen Dachl herausgekommen ist	23
Österreicher Ball in London	24
Öst. Spende für Kinderdorf in Chile	27
Innsbrucker Kultur in Krakau	28
Johannes Hahn wird EU-Kommissar für Regionalpolitik	29
EU-Erweiterung	30
LH Durnwalder trifft Wiener Außenministerium	31
EU-Herbstprognose 2009-2011	32
Belebung der Weltwirtschaft, anhaltende Risiken für Konjunktur	33
Österreichs Industrie holt Luft	34
WKÖ-Wirtschaftsparlament	35
Österreichs Städte sind Wirtschaftsmotor Nummer eins	38
»Staatspreis Tourismus 2009«	40
22. NÖ Innovationspreis 2009	41
Knorr-Bremse liefert nach China	42
Von Andreas Hofer bis zur Europaregion – 200 Jahre Tirol	43
15 Jahre »Rote Nasen«	46
Das Zeughaus macht Dampf	47
Krippen in der Peterskirche	49
400 Jahre Stanglwirt	54
Wiener Ehrung für Peter Kraus	55
Quanten-Pionier Rainer Blatt ausgezeichnet	56
Christiane Hörbiger »vergoldet«	57
Molekulare Vermessungsarbeit	58
Tiefer Blick in einen Mikroquasar	59
Quantentechnologie – vom Phänomen zum Industriestandard	60
Automatisierte Fehlersuche	61
Schätzerich, Schicksalsreich, Niederösterreich	62
Die 50er Jahre im »MUSA«	67
100 Jahre »Looshaus«	70
»Frau Luna« in Salzburg	77
8. Kärntner Volksmusikwettbewerb auf Schloß Krastowitz	78
Viennale'09	79
»Österreicher in Hollywood«	
Rudolf Ulrich über den Kameramann und Regisseur Karl Freund	82
Adventzauber im Land ob der Enns	87
Winterurlaub im SalzburgerLand	89



Weihnachtskrippen in der Peterskirche S 49



Molekulare Vermessungsarbeit S 58



Schätzerich ... Niederösterreich S 62



100 Jahre »Looshaus« S 70



Viennale09 S 79



Adventzauber in Oberösterreich S 87

Wirtschaftspolitik

➤ Die außergewöhnlich großen Kapazitätsüberhänge in der Wirtschaft werden die Trendrate der Inflation in mehreren Ländern weiter auf ein sehr niedriges Niveau drücken, wobei allerdings nur wenige Länder einen Rückgang des Preisniveaus verzeichnen werden.

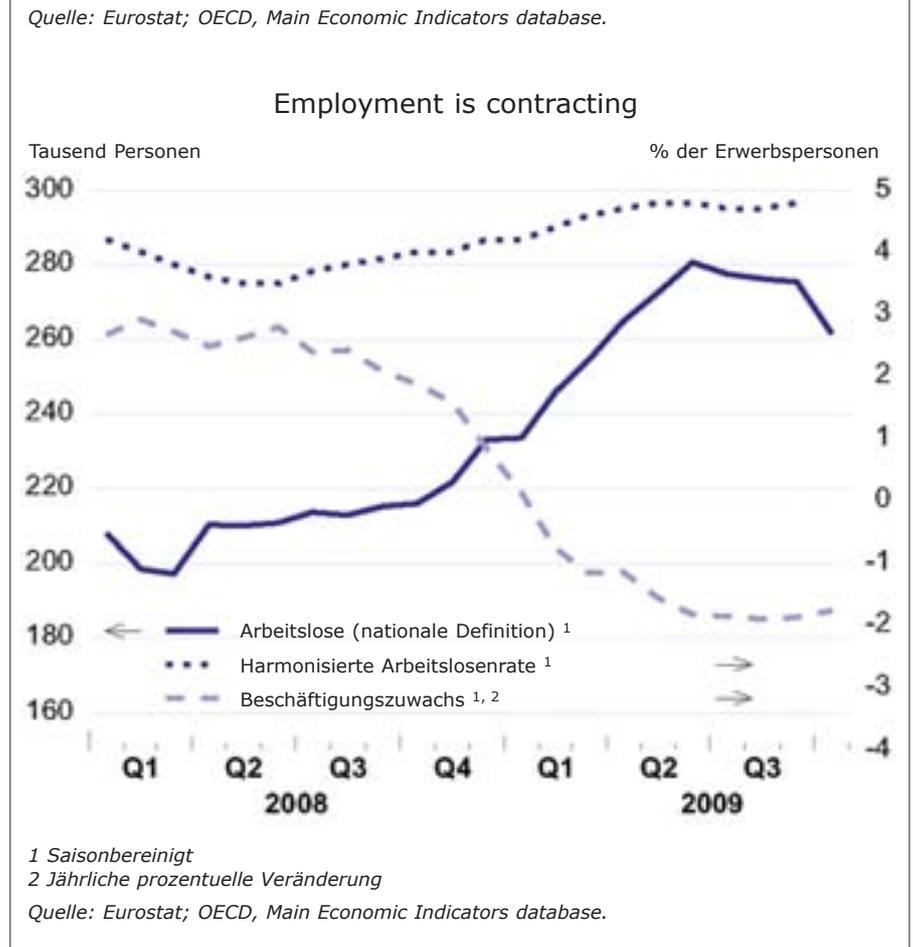
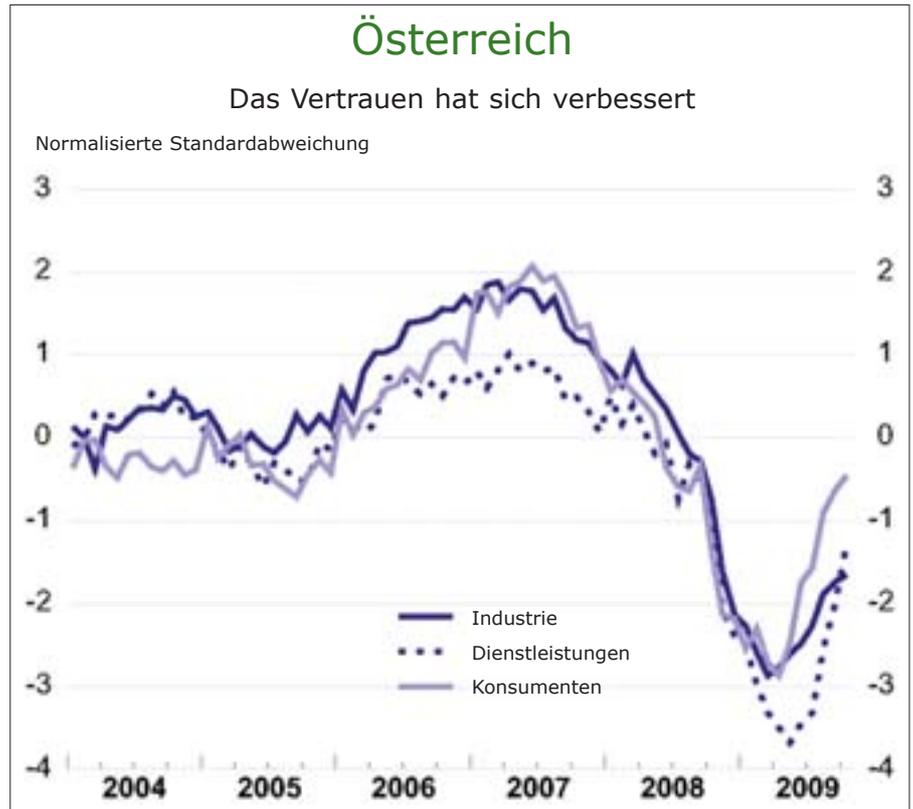
Die Ungewißheit, mit der diese Projektion behaftet ist, ist sehr hoch, die Risiken halten sich jedoch im großen und ganzen die Waage. Die Finanzierungsbedingungen könnten sich weiterhin rascher und umfassender verbessern als angenommen und damit positive Rückkopplungseffekte auslösen: Bessere Wirtschaftsaussichten und verstärkte Unternehmensinvestitionen auf Grund besserer Finanzierungsbedingungen würden die Bedenken über die Gesundheit der Finanzinstitute verringern, was wiederum die Finanzierungsbedingungen – und damit das Wachstum – weiter verbessern würde. Auf der anderen Seite könnten sich die Finanzierungsbedingungen abrupt verschlechtern, wenn etwa ein großes Finanzinstitut in Schwierigkeiten geriete. Die Arbeitslosigkeit stellt ebenfalls einen negativen Risikofaktor für die Aussichten dar, da ihr kontinuierlicher Anstieg die Ausgaben der privaten Haushalte drücken und die Finanzinstitute in größerem Maß als vorhergesehen beeinträchtigen könnte. Während die Risiken im großen und ganzen ausgeglichen sind, trifft dies auf ihre Folgen nicht unbedingt zu.

Da der Preisauftrieb in einigen Ländern sehr gering ist, könnte ein negativer Schock diese Volkswirtschaften in den deflationären Bereich drücken, aus dem es schwerer ist herauszukommen.

In diesem Umfeld wird es eine Herausforderung darstellen, mit der geordneten und kohärenten Rücknahme kriseninduzierter Politikmaßnahmen zu beginnen. Zu den wichtigsten Fragen zählen Zeitpunkt, Tempo und Modalitäten für die Rücknahme der außergewöhnlichen Interventionen. Weitere Themen sind z.B. die Erarbeitung von Strategien zur Erreichung tragfähiger Staatsfinanzen, die Gewährleistung stabiler Finanzmärkte im Zuge der Rücknahme der Krisenmaßnahmen, die Errichtung eines verbesserten Rahmens für die Finanzmarktregulierung sowie die Stärkung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund lauten die Politikerfordernisse derzeit folgendermaßen:

Geldpolitik Angesichts der anhaltenden Kapazitätsüberhänge sind nahe bei null liegende Zinssätze in den meisten OECD-



Ländern bis zum zweiten Halbjahr 2010 und in Japan über den Projektionszeitraum hinaus angemessen. Indessen muß danach die

Normalisierung der Zinssätze beginnen und in einem Tempo fortgesetzt werden, das u.a. von der Rücknahme anderer nachfragegestüt-

Wirtschaftspolitik



Foto: OECD

Jørgen Elmeskov, Geschäftsführender Leiter der OECD-Hauptabteilung Wirtschaft, präsentierte den Wirtschaftsausblick der Öffentlichkeit.

zender Maßnahmen abhängig sein wird. In Anbetracht des niedrigen Inflationsniveaus müssen die Leitzinssätze wohl erst dann ein neutrales Niveau erreichen, wenn Aufwärtssdruck auf die Inflation entsteht. Es ist wahrscheinlich, daß es gewisse Überschneidungen zwischen der Rücknahme unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen und der Anhebung der Zinssätze geben wird.

Fiskalpolitik Generell – und zur Stützung der Erholung – gilt, daß bereits beschlossene Konjunkturmaßnahmen vollständig umgesetzt werden müssen. In dem Maße, wie die Erholung an Kraft gewinnt, muß sich der Schwerpunkt jedoch von der Stützung der Gesamtnachfrage auf die Haushaltskonsolidierung verlagern. Auf der Basis der derzeitigen Projektionen dürften alle OECD-Länder bis 2011 in der Lage sein, mit der Rücknahme der fiskalischen Stützungsmaßnahmen zu beginnen, wobei das Tempo u.a. von der Verfassung der Wirtschaft und vom Spielraum der Geldpolitik abhängt, die die Wirtschaft bei Bedarf zu stützen. Die OECD-Projektionen basieren auf der Annahme, daß die befristeten Komponenten der

Konjunkturprogramme entsprechend den jeweils geltenden Gesetzen zurückgenommen werden, was bedeutet, daß nur wenige OECD-Länder 2011 eine nennenswerte Haushaltskonsolidierung vornehmen werden. Um zu vermeiden, daß die Aussicht auf ein anhaltend hohes Niveau der Staatsverschuldung in den kommenden Jahren die langfristigen Zinssätze nach oben treibt oder den privaten Verbrauch beeinträchtigt, ist es wichtig, sich frühzeitig auf glaubwürdige mittelfristige Konsolidierungsstrategien zu verpflichten und diese bekanntzugeben. Diese Strategien sollten darauf abzielen, die Konsolidierung auf eine Weise zu erreichen, die das Potenzialwachstum nicht beeinträchtigt.

Finanzpolitik Um die Ungewißheit zu verringern und somit die Rekapitalisierung zu erleichtern, muß der Druck auf die Banken aufrechterhalten werden, den Wert der Risikoaktiva in ihren Bilanzen zu berichtigen oder solche Aktiva an staatliche bzw. private Vermögensverwaltungsgesellschaften zu veräußern und entsprechende Kapitalerhöhungen vorzunehmen. Ungeachtet

der in jüngster Zeit erfolgten Erhöhungen sollte die Kernkapitalquote in vielen Banken angehoben werden, und die zuständigen staatlichen Stellen müssen sicherstellen, daß die Vergütungspraktiken sowie die Dividenden- und Aktienrückkaufpolitik diesen Prozeß nicht übermäßig verlangsamten. Die angekündigten, international vereinbarten strengeren Mindesteigenkapitalanforderungen sollten schrittweise eingeführt werden, wobei das Tempo in den verschiedenen Ländern an die jeweilige Ausgangssituation angepaßt sein sollte, um die Kreditvergabe-kapazität der Banken nicht zu beeinträchtigen. Die Krisenmaßnahmen zur Bereitstellung von Liquidität und Garantie bestimmter Kredite an den Interbanken- und sonstigen Finanzmärkten sollten preislich so gestaltet sein, daß eine ungerechtfertigte Inanspruchnahme vermieden wird, wobei auf die abrupte Beendigung von Programmen, die nach wie vor in großem Umfang genutzt werden

Die OECD

ist die Nachfolgeorganisation der OEEC. Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten und Kanadas wurde diese 1947 zur Koordinierung des Marshall-Plans für den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet. Als Hauptquartier bezog die OEEC 1949 das Château de la Muette in Paris. Dort hat die OECD noch heute ihren Sitz.

Nach Abwicklung des Marshall-Programms sahen die beteiligten Staaten weiteren Bedarf für einen Austausch über wirtschaftliche Fragen. So trat im Jahr 1961 an die Stelle der OEEC die OECD. Die neue Organisation sollte ihren Mitgliedsländern helfen, eine optimale Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung sowie einen höheren Lebensstandard zu erreichen und dadurch zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen. Gleichzeitig sollte die OECD den Ländern helfen, ihre finanzielle Stabilität zu wahren.

Die Gründungsakte der Organisation, die OECD-Konvention, nennt als weitere Ziele einen Beitrag zu einem gesunden wirtschaftlichen Wachstum in anderen Ländern und eine Ausweitung des Welt-handels auf multilateraler und nichtdiskriminierender Grundlage.

Mit dem Erweiterungsprozeß und dem Programm für eine verstärkte Zusammenarbeit mit großen Schwellenländern will die Organisation den Veränderungen im globalen Wirtschaftsumfeld gerecht werden.

<http://www.oecd.org>

Wirtschaftspolitik

bzw. im Fall neuer Turbulenzen von Nutzen sein könnten, jedoch verzichtet und der Rücknahme der am stärksten verzerrenden Maßnahmen Vorrang eingeräumt werden sollte.

Strukturpolitik Im Zuge der fortschreitenden Erholung müssen wegen der Krise eingeführte Maßnahmen zur Subventionierung der Produktion (z.B. in der Kraftfahrzeugbranche) oder zur Subventionierung der Beschäftigung (z.B. Kurzarbeitssysteme) zurückgeschraubt werden, da ihre Fortsetzung die Produktionskapazität der Wirtschaft schwächen würde. Gleichzeitig sollten die Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitsuche verbessert werden, um das Risiko zu verringern, daß die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit sich strukturell verfestigt. Ganz allgemein sollte die Umsetzung von Strukturreformen in Anbetracht des krisenbedingt geschmälernten Produktionspotenzials mit neuem Elan verfolgt werden – nicht zuletzt deshalb, weil solche Maßnahmen die notwendige Haushaltskonsolidierung erleichtern könnten.

Österreich im Detail

Im Jahr 2010 wird sich Österreich dank des verbesserten außenwirtschaftlichen Umfelds und konjunkturstützender Politiken voraussichtlich von seiner schlimmsten Rezession der letzten Jahrzehnte erholen. Falls diese Bedingungen weiter fortbestehen, dürfte sich das Wachstum im Jahr 2011 bis auf seine Potenzialrate beschleunigen. Dennoch wird die Arbeitslosigkeit bis Ende 2010 voraussichtlich steigen, und die Inflation wird trotz einer leichten Aufwärtsbewegung verhalten bleiben. Die Verschlechterung der Haushaltsposition erfordert die zeitige Verpflichtung auf eine glaubwürdige mittelfristige Konsolidierungsstrategie, die umgesetzt werden sollte, sobald die Konjunkturerholung in Gang gekommen ist. Die Verwaltungsreformen sollten fortgeführt werden, um die Konsolidierungsanstrengungen zu erleichtern.

Die Rezession hat die Talsohle durchschritten

Die Rezession scheint ihren Tiefstand erreicht zu haben. Nach drei Quartalen negativen Wachstums ist das BIP im zweiten Quartal 2009 erneut geschrumpft, jedoch in weitaus geringerem Umfang. Dies war durch einen weniger starken Rückgang der Exporte, entsprechend dem weltweiten Trend,

und der Investitionen bedingt. Zusätzlich hat sich der private Verbrauch dank der Einkommensteuersenkung, der nachlassenden Teuerung und der Verschrottungsprämie erhöht. Sowohl das Geschäfts- und Konsumklima als auch die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben sich seit letztem Frühjahr stark verbessert und lassen ein positives, wenngleich noch immer schwaches BIP-Wachstum im zweiten Halbjahr 2009 erwarten.

Arbeitslosigkeit ist gestiegen – Inflation hat Null-Marke erreicht

Die Beschäftigung geht seit November 2008 zurück, sodaß die Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 2009 trotz des Kurzarbeitsprogramms stark gestiegen ist. Allerdings hat das Tempo der Verschlechterung im Verlauf des Sommers nachgelassen, und die harmonisierte Arbeitslosenquote hat sich stabilisiert, während die registrierte Arbeitslosigkeit saisonbereinigt etwas gesunken ist. Mehrere Unternehmen sind bereits aus dem Kurzarbeitsprogramm ausgestiegen, was auf eine Verbesserung in einigen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes hindeutet. Nach erheblichen Rückgängen stieg die Zahl der offenen Stellen im Sommer ein wenig, verharrte jedoch auf sehr niedrigem Niveau. Der Verbraucherpreisauftrieb (HVPI) bewegte sich zwischen Mai und September 2009 unter dem Einfluß rückläufiger Energiepreise und einer etwas niedrigeren Kerninflation um die Marke von null.

Die Bedingungen auf den Finanzmärkten haben sich gebessert

Die Spreads österreichischer Staatsanleihen gegenüber Deutschland haben sich bis Ende Oktober auf unter 40 Basispunkte verringert, was auf ein niedrigeres Risikoempfinden hinsichtlich des österreichischen Finanzsektors hindeutet. Die Interbankenspreads im Euroraum haben sich verringert. Seit Anfang des Jahres 2009 hat die Vergabe von Neukrediten an die privaten Haushalte leicht zugenommen, während die Neukreditvergabe an Unternehmen im großen und ganzen unverändert geblieben ist. Seit ihrem Tiefpunkt Anfang März sind die Aktienkurse stark gestiegen, sie liegen jedoch noch weit unter ihrem Vorkrisenniveau.

Stärkere Exporte und konjunkturstützende Maßnahmen werden das Wachstum fördern

Das internationale Umfeld und die Politikreaktionen deuten auf sich bessernde

Aussichten hin. Die Auslandsnachfrage ist vor kurzem gestiegen und dürfte im Zeitraum 2010-2011 weiter an Dynamik gewinnen. Starke und stabile Exporte werden nach und nach die Überkapazitäten reduzieren und so eine Belebung der Investitionen auslösen. Diese gesamte Entwicklung wird durch einen anhaltend stimulierenden geldpolitischen Kurs unterstützt werden. In Österreich sowie im gesamten Euroraum wird das Inflationsprofil kurzfristig durch höhere Energiepreise und im Zeitraum 2010-2011 durch sinkende, wenn auch weiterhin deutliche, Kapazitätsüberhänge geprägt.

Die Arbeitslosigkeit dürfte zunehmen und den Verbrauch belasten

Das BIP-Wachstum wird nicht stark genug sein, um die Arbeitsmarktsituation zu verbessern. Die Arbeitslosenquote wird weiter steigen und zum Jahresende 2010 das Rekordniveau von fast 7,4% erreichen, bevor sie dann im Jahr 2011 nur leicht sinkt. In Verbindung mit einer gewissen Zunahme der Ersparnisbildung auf Grund des kürzlichen Rückgangs der Vermögensposition der privaten Haushalte dürfte dies das Konsumwachstum im Jahr 2010 bremsen. Es ist zu erwarten, daß die Haushalte im Zuge der Trendwende im Jahr 2011 stufenweise ihre Ausgaben erhöhen, da die realen Zinssätze niedrig bleiben und die jüngsten Steuersenkungen weiterhin stimulierend wirken dürften.

Eine mittelfristige Haushaltskonsolidierung wird notwendig sein

Die deutliche Verschlechterung der Staatsfinanzen stellt ernste Herausforderungen bezüglich der Konsolidierung. Die in den Jahren 2008-2009 eingeführten Konjunkturpakete enthielten hauptsächlich auf Dauer wirksame Maßnahmen, die sich im Lauf der Zeit leicht verstärken werden. So dürften sich selbst bei verbessertem BIP-Wachstum für das Jahr 2011 das Defizit des Sektors Staat auf 5,8% des BIP und die Staatsverschuldung (nach der Maastricht-Definition) auf fast 80% des BIP erhöhen. Dies erfordert eine erhebliche Haushaltskonsolidierung, die einsetzen sollte, sobald die Erholung in Gang gekommen ist. Eine möglichst frühzeitige Klärung der Modalitäten dieser Konsolidierung würde dazu beitragen, die Markterwartungen zu verankern und negative Marktreaktionen zu begrenzen, die die Kreditkosten erhöhen würden. Solche Pläne sollten in den kürzlich umgesetzten mittelfristigen Finanzrahmen, der Ausgabenobergrenzen enthält, integriert werden.

Wirtschaftspolitik

Die Risiken sind erheblich, jedoch insgesamt ausgeglichen

Kurzfristig könnte sich das Wachstum angesichts der raschen Belebung der Weltwirtschaft als stärker erweisen. Das Risiko einer Finanzkrise in Mittel- und Osteuropa hat abgenommen, allerdings würde eine steigende Quote von Problemkrediten den österreichischen Bankensektor unter Druck setzen, was für die Haushaltsprojektionen ein Abwärtsrisiko beinhaltet.

Herbstprognose der EU-Kommission 2009-2011

Laut Herbstprognose der Kommission wird die EU-Wirtschaft die Rezession in der zweiten Jahreshälfte 2009 überwinden, auch wenn für das Gesamtjahr noch ein BIP-Rückgang um rund 4 % zu erwarten ist. Für die Jahre 2010 und 2011 wird eine allmähliche Erholung mit einem BIP-Wachstum von $\frac{3}{4}$ % bzw. $1 \frac{1}{2}$ % prognostiziert. Die auf kurze Sicht erwartete Konjunkturbelebung ist nicht nur auf verbesserte Bedingungen in der Weltwirtschaft und an den Finanzmärkten zurückzuführen, sondern auch auf die signifikanten haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen, die ergriffen worden sind. Später dürften dann verschiedene Faktoren die private Nachfrage und somit auch die Stärke des Aufschwungs dämpfen. So geht die Prognose insbesondere von einer weiterhin schwachen Arbeitsmarktentwicklung und einem Anstieg der EU-Arbeitslosenquote auf $10 \frac{1}{4}$ % aus. Auch das öffentliche Defizit wird steigen und 2010 $7 \frac{1}{2}$ % des BIP erreichen, bevor es 2011, wenn die Wirtschaft wieder Tritt faßt und die befristeten Maßnahmen allmählich auslaufen, geringfügig zurückgeht.

„Die EU-Wirtschaft kommt aus der Rezession, was in hohem Maße den ehrgeizigen Maßnahmen der Regierungen, Zentralbanken und der EU zu verdanken ist, die nicht nur einen Systemzusammenbruch verhindert, sondern auch die Erholung angestossen haben. Allerdings liegen noch viele Herausforderungen vor uns. Um die Dynamik der Wiederbelebung zu erhalten und ihre Nachhaltigkeit zu unterstützen, müssen wir sämtliche angekündigten Maßnahmen zur Gänze umsetzen und die Gesundung des Bankensektors zu Ende führen. Auch müssen wir uns allmählich stärker auf die mittlere Sicht konzentrieren und uns überlegen, wie wir die negativen Auswirkungen der Krise auf unsere Arbeitsmärkte, öffentlichen

Finanzen und Wachstumspotenziale in den Griff bekommen“, so Wirtschafts- und Finanzkommissar Joaquín Almunia.

Nach der tiefsten, längsten und umfassendsten Rezession ihrer Geschichte hat die EU-Wirtschaft nun einen Wendepunkt erreicht. Wirtschaftslage und Finanzbedingungen haben sich in den letzten Monaten merklich verbessert, was vor allem auf die beispiellosen haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen zurückzuführen ist. Verschiedene Finanzindikatoren haben inzwischen wieder ihren Stand von vor der Krise erreicht, und das Vertrauen nimmt zu. Auch die Aussichten für Weltwachstum und -handel haben sich aufgehellt, insbesondere in den aufstrebenden Volkswirtschaften. Aufgrund dieser Entwicklungen und der sich günstig auswirkenden Lagerbestandsanpassungen dürfte das BIP-Wachstum in der EU und im Euroraum in der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder positiv ausfallen.

Allmähliche Erholung steht bevor

Die besseren kurzfristigen Aussichten für die EU und die Weltwirtschaft sind teilweise auf befristete Faktoren zurückzuführen. Wenn diese im Laufe von 2010 auslaufen, dürfte die Weltkonjunktur vorübergehend schwächeln. Das Wachstum der EU-Exporte dürfte sich daher im Prognosezeitraum erst allmählich festigen. Auch die Binnennachfrage wird durch verschiedene Faktoren gebremst. Aufgrund niedriger Kapazitätsauslastung, relativ schwacher Nachfrageaussichten, gedrückter Rentabilitätswachse und noch immer nachlassendem Kreditwachstums dürften sich die Investitionen erst 2011 erholen. Auch wenn sich der private Konsum in der Rezession als stabilisierender Faktor erwiesen hat, dürften die Ausgaben in der Zukunft doch dadurch gebremst werden, daß die privaten Haushalte ihre Verschuldung abbauen müssen und die Arbeitsmarktaussichten schwach bleiben. Ein weiterer restriktiver Faktor ist der geschätzte Negativeffekt der Krise auf das Wachstumspotential. Nach einem anfänglichen Anstieg dürfte das BIP-Wachstum in der EU und im Euroraum daher etwas nachlassen, bevor es in der zweiten Jahreshälfte 2010 und danach an Kraft gewinnt.

Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen unter Druck

Auch wenn sich der EU-Arbeitsmarkt in der Rezession als unerwartet widerstandsfähig erwiesen hat (was vor allem auf kurzfristige Politikmaßnahmen, frühere Reformen

und das Horten von Arbeitskräften in einigen Mitgliedsstaaten zurückzuführen war), ist in den kommenden Quartalen doch mit vermehrten Entlassungen zu rechnen. Für das kommende Jahr wird ein Beschäftigungsrückgang um rund $2 \frac{1}{4}$ % und für 2010 einen weiteren Rückgang um rund $1 \frac{1}{4}$ % erwartet. Gegen Ende 2010 und im Jahr 2011, wenn der Aufschwung Tritt faßt, dürfte sich die Beschäftigung dann allmählich stabilisieren.

Die öffentlichen Finanzen haben ebenfalls schwer gelitten. Das öffentliche Defizit dürfte sich in der EU in diesem Jahr verdreifachen (auf annähernd 7 % des BIP, nach $2 \frac{1}{4}$ % 2008) und 2010 weiter auf rund $7 \frac{1}{2}$ % anwachsen. Diese Verschlechterung ist zum Teil auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren und die diskretionären Konjunkturmaßnahmen zurückzuführen, spiegelt jedoch auch einen ungewöhnlich starken Einbruch der öffentlichen Einnahmen infolge des Konjunkturrückgangs wider. Im Jahr 2011, wenn das Wachstum anzieht und die befristeten Maßnahmen auslaufen, wird mit einem leichten Rückgang des Defizits auf knapp 7 % des BIP gerechnet. Der Aufwärtstrend der Schuldenquote setzt sich allerdings fort.

Inflation bleibt niedrig

Die Inflation dürfte in der EU und im Euroraum gegenüber ihrem aktuell sehr niedrigen Stand zwar etwas zunehmen, im Prognosezeitraum jedoch niedrig bleiben. Die durchschnittliche HVPI-Inflation dürfte sowohl in der EU als auch im Euroraum 2010 bei gut 1 % und 2011 bei rund $1 \frac{1}{2}$ % liegen. Auch wenn steigende Rohstoffpreise für Inflationsauftrieb sorgen dürften, werden die erhebliche Unterauslastung der Wirtschaft und das schwache Lohnwachstum die Teuerung wohl dämpfen.

Nach wie vor große Unsicherheit

Die Aussichten für die EU-Wirtschaft sind nach Überwindung der Rezession höchst unsicher und unterliegen nicht unerheblichen Risiken, die sich jedoch insgesamt etwa die Waage halten. Sollten die politischen Maßnahmen unerwartet wirkungsvoll die Solidität des Finanzsektors wiederherstellen und das Vertrauen stärken oder sollte sich die Weltnachfrage stärker beleben, könnte die Erholung positiv überraschen. Auf der anderen Seite könnten sich die schwachen Arbeitsmarktbedingungen und die Investitionsrestriktionen aber auch stärker auswirken als prognostiziert. Außerdem könnte der Bankensektor, wenn er seine

Wirtschaftspolitik

Bilanzen nicht saniert, möglicherweise nicht in der Lage sein, die Erholung ausreichend zu unterstützen. Auch bei den Inflationsaussichten halten sich die Risiken in etwa die Waage.

Faymann: OECD erkennt Krisenmanagement der Regierung an

„Der neueste wirtschaftliche Ausblick der OECD gibt Anlaß für vorsichtigen Optimismus, ebenso wie die in der Vorwoche veröffentlichte Prognose der Europäischen Kommission“, sagt Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) zum OECD-Wirtschaftsausblick. Erfreulich sei, daß von den renommierten Spitzenvolkswirten der Pariser Organisation explizit anerkannt werde, daß sich Österreich von der laut OECD „schlimmsten Rezession seit Dekaden“ auch dank der „unterstützenden Maßnahmen der Politik“ wieder erhole.

„Die Bevölkerung in Österreich erkennt auch an, daß das gemeinsame, entschlossene Vorgehen gegen die Krise Erfolg zeigt“, so der Kanzler mit einem Hinweis darauf, daß laut einer Umfrage von Fessel+GfK die Zustimmung zur EU in Österreich derzeit mit 66 Prozent so hoch wie nicht mehr seit dem Beitrittstotum im Jahr 1994 ist.

Die österreichische Wirtschaft dürfte laut den OECD-Ökonomen heuer zwar um 3,8 Prozent schrumpfen, im kommenden Jahr aber wieder um 0,9 % zulegen. Für 2011 wird mit 2,2 % ein solides Wachstum vorausgesagt. Im Juni wurde seitens der OECD noch ein BIP-Minus von 4,3 % für 2009 und lediglich plus 0,1 % für 2010 prognostiziert. Für eine offene Volkswirtschaft wie Österreich sei es zudem positiv zu erfahren, daß die OECD auch die gesamte Weltkonjunktur wieder deutlich optimistischer sieht als noch vor dem Sommer.

Die OECD weist aber auch darauf hin, daß die Situation auf dem Arbeitsmarkt bis weit ins Jahr 2010 angespannt bleiben wird. Bundeskanzler Werner Faymann stellt dazu fest: „Die Krise ist vorbei, wenn die Zahl der Arbeitslosen wieder sinkt. Und nicht dann, wenn Börsenkurse steigen.“ Deswegen könnten sich die Österreicherinnen und Österreicher darauf verlassen, daß seitens der von ihm geführten Bundesregierung alles dafür getan werde, daß so viele Arbeitsplätze wie möglich erhalten und schließlich auch wieder geschaffen werden. Hierzu gehören auch Maßnahmen im Bildungssystem, im Forschungsbereich sowie im Klimaschutz.

Weiters merkt die OECD an, daß die krisenbedingten zusätzlichen Staatsausgaben

eine „glaubhafte mittelfristige Konsolidierungsstrategie“ verlange, die „implementiert werden“ sollte, „sobald die Erholung auf Schienen ist.“ Auch dazu ist die Haltung des Bundeskanzlers klar: Wie die OECD, verlangt auch Werner Faymann, daß die Verwaltungsreform in Österreich – mit einem Einsparungspotential von 3,5 Milliarden Euro – im Dialog mit allen Beteiligten nachhaltig vorangetrieben werden müsse.



Foto: BKA/HBF - Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann bei einer Pressekonferenz im Bundeskanzleramt

In der Frage: „Wer bezahlt für die Aufräumarbeiten nach der Krise?“ bleibt die Position folgende: Eine europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer könne die Lage der Staatsfinanzen entscheidend entspannen. In Österreich müsste das Abschaffen der Steuerbegünstigungen von Aktiengewinnen sowie die hundertprozentige Durchsetzung der Steuerpflicht dieser Aktiengewinne durch die Einführung eines Art Quellensteuermodells vom Finanzminister auf der Prioritätenliste nach ganz oben gesetzt werden, so der Bundeskanzler.

Mitterlehner: OECD-Prognose belegt Erfolg der Konjunkturpakete

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) sieht die aktuelle OECD-Prognose als erneuten Beleg für den Erfolg der österreichischen Konjunkturpakete: „Angesichts der sehr ungünstigen Ausgangslage kommt Österreich besser durch die Krise als andere Länder im Euroraum, weil die richtigen Rezepte gegen die Krise rasch umgesetzt wurden“, betont Mitter-

lehner unter Verweis auf die OECD-Prognose vom Juni, die für Österreich noch deutlich schlechter als jetzt ausgefallen war. Als wesentliche Erfolgsgeheimnisse sieht der Wirtschaftsminister, daß die Bundesregierung nicht nur die Finanzierung der Betriebe unterstützt hat, sondern vor allem – wie auch die OECD positiv vermerkt – den Inlandskonsum kräftig angekurbelt hat – etwa über die Steuerreform, die nachhaltig wirksame Ökoprämie für Neuwagen und die Förderungsaktion für die thermische Sanierung.

Zugleich warnt der Wirtschaftsminister vor Euphorie: „Wir sind noch nicht über den Berg, sondern erst in der Talsohle angelangt. 2010 wird gerade auf dem Arbeitsmarkt ein sehr schwieriges Jahr. Für ein kräftiges Wachstum müssen noch viele Hindernisse aus dem Weg geräumt werden“, so Mitterlehner. Jetzt gehe es darum, die kommende Aufwärtsentwicklung zu verstärken, um einen Rückfall zu verhindern. Zuversichtlich stimmt Mitterlehner, daß Österreichs Unternehmen die in vielen Bereichen notwendige Umstrukturierung aktiv ange-



Foto: ÖVP / Jakob Glaser

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner

hen, auf neue Märkte und Produkte setzen sowie ihre Innovationstätigkeiten verstärken. Ein drittes Konjunkturpaket sei daher weiterhin nicht notwendig. „In der momentanen Konjunkturphase ist es entscheidend, daß die Strukturentwicklung durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage unterstützt wird. Zudem entfalten sich viele unserer Konjunkturmaßnahmen erst mittelfristig“, so der Wirtschaftsminister. ■

Heinz Fischer tritt 2010 wieder an

Der amtierende Bundespräsident nimmt zur Wiederkandidatur 2010 Stellung – Voraussichtlicher Wahltermin ist der 18. April



Foto: <http://www.newsonvideo.at>

Bundespräsident Heinz Fischer (an seinem Schreibtisch in der Wiener Hofburg) ist »zu dem Ergebnis gelangt, daß ich mich bei der kommenden Bundespräsidentenwahl als über den Parteien stehender Kandidat um Ihr Vertrauen bewerben werde«.

Seit Monaten wird öffentlich gerätselt, ob der amtierende Bundespräsident Heinz Fischer für eine zweite Amtszeit kandidieren und wenn, ob er einen Gegenkandidaten haben werde. Geplant hatte er, seine Entscheidung nach dem Sommer bekanntzugeben. Zur Erinnerung: Heinz Fischer hatte bei seiner Wahl am 25. April 2004 mit 2,166.690 Stimmen 52,39 Prozent erreicht und damit seine Mitbewerberin Benita Ferrero-Waldner auf den zweiten Platz verwiesen. Sie konnte 1,969.326 Stimmen und damit 47,61 Prozent auf sich vereinen (wahlberechtigt waren 6,030.982 Personen, die Wahlbeteiligung betrug 71,60 Prozent; Quelle: Innenministerium).

Doch kehren wir zurück in den Juni 2009: Aus der ÖVP wußte man, sie würde zuwar-

ten, wie sich der amtierende Bundespräsident entscheiden und ob man dann einen eigenen Kandidaten nominieren würde. Man war davon ausgegangen, daß der von der SPÖ unterstützte Heinz Fischer für eine zweite Amtszeit von der Volkspartei akzeptiert werden könnte – und es im Falle dessen keinen Gegenkandidaten geben würde. Schließlich werden Fischer allgemein makellose Amtsführung und hohe Vertrauenswerte bei der Bevölkerung quer durch die eigentlichen Parteipräferenzen zugesprochen.

Bis dann Hans Dichand, Herausgeber der „Kronen Zeitung“, in einem Interview im Magazin „Live“ (es wird freitags der „Krone“ beigelegt) erklärte, es sei sein erklärter Wunsch, daß der nächste Bundespräsident Erwin Pröll, der nächste Bundeskanzler Josef Pröll heißen sollten. Ersterer ist seit 22.

Oktober 1992 unangefochtener Landeshauptmann Niederösterreichs, zweiterer ist dessen Neffe und ÖVP-Bundesparteiobmann, Vizekanzler und Finanzminister im Kabinett Faymann I.

Dichands Wunsch kam damals – vor allem in dieser Deutlichkeit – überraschend, auch wenn bis zu einem gewissen Grad zu erwarten war, daß er Stellung beziehen würde. Denn nach der massiven Unterstützung, die er dem heutigen Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzenden Werner Faymann vor der Wahl am 28. September 2008 angedeihen ließ, folgte dessen massiver medialer Einsatz für Hans-Peter Martin zur EU-Wahl im Juni 2009 (Martin ist ehemaliges Parteimitglied der SPÖ). Mit dem Erfolg, daß Martin nicht nur rund eine halbe Million Stimmen und Rang drei erreichen konnte, er kostete der

Innenpolitik

SPÖ rund 75.000 Stimmen – die den Abstand zum EU-Wahl-Ersten ÖVP um einiges vergrößerte. Da Hans-Peter Martin kurz nach der EU-Wahl zwar erklärt hatte, Österreich brauche eine neue Partei, er selbst würde dieser aber nicht vorstehen wollen, war nicht klar, welche politische Richtung Dichand nun wohl unterstützen werde. Es war aber abzusehen, daß es Faymann wohl nicht mehr sein würde, denn: dieser hat auch „Krone“-Mitbewerber Wolfgang Fellners Tageszeitung „Österreich“ als Transportmittel eingesetzt – und Dichand damit wohl verärgert.

Faymann selbst erklärte damals die Ankündigungen, ob Erwin Pröll kandidiere oder nicht, seien dessen Sache. Aber eines sei unmißverständlich zu sagen: Die SPÖ stehe geschlossen hinter ihrem Heinz Fischer. Wenn dieser sich entscheide, zu kandidieren, würden die SPÖ ihren ganzen Einsatz anbieten, dafür zu sorgen, daß auch in Zukunft der Bundespräsident der Republik Österreich Heinz Fischer heißen würde.

Vizekanzler Josef Pröll, wie gesagt, Nefewe von LH Erwin Pröll, erklärte in der ORF-Radiosendung „Mittagsjournal“, daß ihn die Wünsche des „Krone“-Herausgebers weder störten, noch sonderlich motivieren würden. Erwin Pröll erklärte, jetzt müsse sich der Bundespräsident „outen“, denn er habe im letzten Wahlkampf gesagt, daß er nur einmal für sechs Jahre antreten werde. Diese würden nächstes Jahr enden – er selbst habe als Landeshauptmann Niederösterreichs jedenfalls andere Sorgen.

Mitte Oktober erklärte Erwin Pröll die Mutmaßungen über seine mögliche Kandidatur als für beendet, er würde nicht zur Verfügung stehen. In einem Radio-NÖ-Interview erklärte er damals, er „bleibe Landeshauptmann in Niederösterreich, wir haben hier noch viel Arbeit vor uns. Und was ich hier in den letzten Wochen und Monaten an Zuspruch von den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern bekommen habe, das glaube ich, sagt alles.“

Pröll wäre wohl der – auch aus heutiger Sicht – einzige ernstzunehmende Gegner für Fischer gewesen; auch wenn manche Kommentatoren die Chancen des in seinem Land beliebten „Landesvaters“ als weit geringer einstufen, weil er doch in den anderen Bundesländern zwar bekannt sei, was aber mit der Akzeptanz Fischers in der Bevölkerung hätte nur schwer mithalten können. Damit ist der Gerüchteküche, zumindest vorübergehend, der Ofen ausgegangen. Da und dort tauchten wohl Namen auf, von denen tags

darauf aber nichts mehr zu hören war. Anläßlich Fischers Ansprache zum Nationalfeiertag am 26. Oktober erwarteten viele, er würde seine Entscheidung bekanntgeben. Doch Fischer wollte diesen Zeitpunkt nicht für persönliche Festlegungen nutzen und vertröstete die Öffentlichkeit auf einen späteren Zeitpunkt. Den November nannte er als den richtigen Zeitraum.

Man vermutete, Fischer würde eine für den 26. November angekündigte Präsentation des Buches „Heinz Fischer – Die Biographie“ von Elisabeth Horvath in der Albertina nutzen, um das wohlgehütete Geheimnis zu lüften.

Doch: Mit einer, bisher nur aus den Vereinigten Staaten bekannten Medienaktion überraschte der Bundespräsident am Vormittag des 23. November, als er bekanntgab, daß es auf seiner persönlichen Website eine Videobotschaft gebe, in der er ausführlich seinen Entschluß für eine neuerliche Kandidatur begründen würde. „Das ist ein starkes Zeichen für Modernität und Demokratieverständnis: der Bundespräsident entschließt sich zum ersten Mal in der Geschichte der Republik, seine Kandidatur nicht in einem Interview mit einem Leitmedium bekanntzugeben – sondern via Internet. Über Facebook und YouTube erfährt ganz Österreich um 10:45, daß Dr. Heinz Fischer erneut zur Wahl antritt“, erklärte „News on Video“ Geschäftsführer Martin Wolfram, dessen Produktionsfirma das Projekt umgesetzt hat.

„Ich habe heute in einem Videoclip unter der Adresse <http://www.heinzfischer.at> meine Absicht bekanntgegeben“, so das Staatsoberhaupt in einer Presseaussendung, „mich im kommenden Jahr um eine zweite Amtsperiode als österreichischer Bundespräsident zu bewerben.“

Er tue dies auf der Basis aller wertvollen Erfahrungen, die er in den vergangenen Jahren als Bundespräsident auf nationaler und internationaler Ebene sammeln konnte. Er tue dies als überzeugter Österreicher und überzeugter Europäer.

„Meiner Funktion als Bundespräsident ist eine zwölfjährige Tätigkeit als Präsident des Nationalrates, eine vierjährige Tätigkeit als Wissenschaftsminister und meine Tätigkeit als Universitätsdozent und Universitätsprofessor an den Universitäten Innsbruck und Wien vorangegangen.“

Er habe sich in den zurückliegenden fünfzehn Jahren als über den Parteien stehender Bundespräsident verstanden, der aus der sozialdemokratischen Bewegung komme, aber sein Amt vom ersten Tag an absolut

unparteiisch ausgeübt habe, so Fischer. „Der Bundespräsident hat eine politische aber keine parteipolitische Funktion. Das war und ist für mich die klare Richtschnur.“

Das ist auch einer der Gründe, warum mich Persönlichkeiten aus verschiedenen politischen Lagern sehr ermuntert haben, mich um eine zweite Amtsperiode zu bewerben – so wie das auch die Bundespräsidenten Kirchschräger und Klestil getan haben.“

Daher hoffe er auf eine breite Unterstützung aus allen Schichten der Bevölkerung, aus allen Bundesländern, aus vielen Städten und Gemeinden, von Älteren und Jüngeren, von Männern und Frauen, Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen etc.

„Die Zeit der eigentlichen Wahlwerbung kann und soll dann so kurz wie möglich und dadurch auch so sparsam wie möglich sein“, so Fischer weiter. Er habe sich Zeit seines Lebens um Fairness bemüht. Das werde auch in den nächsten Wochen und Monaten so bleiben und selbstverständlich auch ein Leitmotiv für die nächste Amtsperiode sein. „Denn es zählt zu den Aufgaben des Bundespräsidenten, das Gemeinsame herauszuarbeiten und in den Vordergrund zu rücken, das Trennende zu überwinden und die Menschenwürde hoch zu halten.“

Die Interessen Österreichs, die Interessen Europas und das Eintreten für friedliche Problemlösungen seien dabei zentrale Zielsetzungen.

„Der vor wenigen Minuten veröffentlichte Videoclip zum Thema meiner Wiederwahl hat folgenden Wortlaut und kann in TV-Qualität bei Rückfrage in der Präsidentschaftskanzlei angefordert werden:

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Vor fast sechs Jahren bin ich zum Bundespräsidenten gewählt worden.

Ich habe diese Aufgabe mit großer Freude in Angriff genommen und mich nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, dieses Amt objektiv auszuüben und ein Bundespräsident für alle zu sein.

Nun geht meine Amtszeit im kommenden Jahr zu Ende, und es war daher an der Zeit, sorgfältig über die Frage einer neuerlichen Kandidatur nachzudenken.

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den verschiedensten Regionen unseres Landes, aus den verschiedensten Berufen, aus den verschiedensten politischen Richtungen und auch Menschen, die keiner politischen Partei nahe stehen, haben mich eingeladen und ermuntert, auch bei der kommenden Wahl als über den Parteien stehender Kan-

Innenpolitik

didat zur Verfügung zu stehen – und auch meine Frau, Margit, hat mich ermuntert.

Und so bin ich zu dem Ergebnis gelangt, daß ich mich bei der kommenden Bundespräsidentenwahl als über den Parteien stehender Kandidat um ihr Vertrauen bewerben werde.

Wir wissen, daß unser Land vor großen Herausforderungen steht, und es sind keine leichten Jahre, die vor uns liegen. Aber wir haben in unserer Geschichte schon mehrfach bewiesen, daß wir solche Situationen meistern können – durch Zusammenhalt und durch gemeinsame Anstrengungen.

Ich möchte in dieser Situation ein Brückenbauer sein, ein ruhender Pol, und unsere gemeinsamen Bemühungen unterstützen.

Vor allem auf sozial Schwächere müssen wir in Zeiten wie diesen Bedacht nehmen, und es ist kein Gegensatz, sich zu Leistung einerseits und zu sozialer Gerechtigkeit andererseits zu bekennen. Auch die Jugend hat es schwer in Zeiten wie diesen, und wir müssen wissen, daß die Zukunft eines Landes mit der Zukunft der Jugend auf das Engste verbunden ist.

Es gibt viele Aufgaben, die gemeinsame Anstrengungen erforderlich machen.

Zur Frage einer Wiederkandidatur ist nun also Klarheit geschaffen. Unabhängig davon werde ich meine Aufgaben als Bundespräsident, der sich der gesamten Bevölkerung verantwortlich fühlt, auch in den kommenden Monaten mit aller Kraft und so wie bisher wahrnehmen. Die eigentliche und intensive Wahlwerbung sollte dann erst im nächsten Jahr wenige Wochen vor der Wahl so kurz wie möglich und so fair wie möglich stattfinden.

Ich denke, das liegt im Interesse von uns allen.

Dr. Heinz Fischer, 23. November 2009“

Bundeskanzler Werner Faymann freut sich über die Wiederkandidatur des Bundespräsidenten. „Der Bundespräsident war und ist für mich auch in heiklen und wichtigen Situationen ein guter und verlässlicher Ansprechpartner. Seine Meinungen und Einschätzungen sind für mich immer wieder von großer Bedeutung“, so die erste Reaktion des Kanzlers.

Bundespräsident Heinz Fischer habe seine Aufgaben in den vergangenen Jahren parteiübergreifend, objektiv und mit sehr viel Fingerspitzengefühl erfüllt. Seine Beliebtheit in allen Umfragen stelle seiner hervorragenden Arbeit ein besonders positives Zeugnis aus.



Screenshot: <http://www.newsontvideo.at>

„Ich wünsche Heinz Fischer für die kommenden Monate alles Gute“, so der Kanzler abschließend.

Für **ÖVP-Bundesparteiobmann Finanzminister Josef Pröll** war die Bekanntgabe der Wiederkandidatur von Heinz Fischer „keine Überraschung“. Auch für die ÖVP habe sich nichts geändert: „Wir werden unsere Entscheidung gemeinsam und zum gegebenen Zeitpunkt treffen“, so Pröll.

„Österreich steht weiter vor großen Herausforderungen. Es geht darum, wie wir die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise bewältigen und mit den richtigen Maßnahmen die Grundlagen für ein stabiles Wachstum in Österreich schaffen können“, so Pröll weiter. „Mehr denn je braucht unser Land daher keinen frühzeitigen Wahlkampf, sondern konsequente Arbeit. Es gilt weiterhin, unsere ganze Kraft darin zu investieren, die Krise zu meistern und neues Wachstum zu schaffen“, schloß Pröll.

FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache meinte, die Wiederkandidatur Heinz Fischers als Bundespräsident sei eine „Überraschung, die keine ist“. Eine echte Überraschung wäre es nur gewesen, wenn Fischer gleichzeitig auch als ÖVP-Kandidat angekündigt worden wäre, so Strache ironisch. Die ÖVP sei jetzt in einer unangenehmen Situation. Im Sommer habe sie voller Übermut die Debatte vom Zaun gebrochen, um sich dann lauter Absagen einzuhandeln. Man dürfe daher gespannt sein, wen sie jetzt als Alternative zu Heinz Fischer aufstellen werde. Die Freiheitlichen hätten genügend Zeit, ihre Ent-

scheidung zu treffen, erklärte Strache. Zum einen handle es sich natürlich auch um die Frage der Finanzierbarkeit. Zum anderen müsse man aber auch eine offensive Debatte um die Sinnhaftigkeit und die Gestaltungsmöglichkeiten dieses Amtes führen.

BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher bekräftigte seine Präferenz für einen unabhängigen Präsidentschaftskandidaten. Dies sollte eine angesehene und kompetente Person sein, die keinesfalls aus einer Partei komme. „Es ist an der Zeit, einen anderen Weg zu gehen – abseits der Parteipolitik. Man muß sich im Sinne der jungen Generation zu mehr Modernität durchringen. Offensichtlich hat sich bei ÖVP-Chef Josef Pröll die Eitelkeit durchgesetzt und er sieht das jetzt plötzlich anders.“ Bucher kündigte an, mit dem Vizekanzler neuerlich das Gespräch zu suchen, um ihn von der Notwendigkeit eines Gegenkandidaten zu Fischer zu überzeugen. Es sei eine Bankrotterklärung, wenn eine Regierungspartei wie die ÖVP auf einen Präsidentschaftskandidaten verzichte, so Bucher.

Die **Grüne Bundessprecherin Eva Glawischnig** hat mit dem Wiederantritt von Heinz Fischer gerechnet. Ob es eine eigene Grüne Kandidatur geben werde, sei noch nicht entschieden. „Wir haben keine Eile. Unsere Entscheidung hängt von mehreren Faktoren ab. Wir haben viele Wahlgänge hinter und noch wichtige vor uns – etwa die Wiener Landtagswahl. Das ist also auch eine Kosten- und vor allem Motivationsfrage. Wir werden sie zu gegebenem Zeitpunkt bekanntgeben.“

Post steht vor der Marktöffnung

Die Schaffung eines Postbinnenmarktes ist wesentlicher Bestandteil der Binnenmarktpolitik der EU. Einige Mitgliedsstaaten haben die Liberalisierung bereits umgesetzt – Österreich nimmt mit dem neuen Postmarktgesetz die letzte Hürde.

Die EU-Reformen im Postsektor kommen gut voran, aber einige Mitgliedsstaaten müssen den Übergang zur vollständigen Marktöffnung und die Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen beschleunigen“, so lauteten die Schlußfolgerungen eines Berichtes über die Anwendung der Postrichtlinie im Jänner 2009. Die Schaffung eines Postbinnenmarktes ist als wesentlicher Bestandteil der Binnenmarktpolitik der EU in die Lissabonner Strategie einbezogen.

Im Februar 2008 haben der Europäische Rat und das Europäische Parlament die Dritte Postrichtlinie verabschiedet. Darin wird für die Mehrheit der Mitgliedsstaaten (mengenmäßig 95 Prozent der EU-Postmärkte) die Frist für die vollständige Marktöffnung bis zum 31.

Dezember 2010 und für die übrigen Mitgliedsstaaten bis zum 31. Dezember 2012 gesetzt.

Diese wichtige Entscheidung, die im breiten Konsens des Europäischen Parlaments und des Rates erfolgte, hatte erhebliche Auswirkungen auf die marktspezifischen und regulatorischen Entwicklungen im Berichtszeitraum.

Im Berichtszeitraum wurde die schrittweise Marktöffnung fortgesetzt. Das Vereinigte Königreich hat seinen Postmarkt am 1. Januar 2006 vollständig liberalisiert. Am 1. Januar 2008 liberalisierte Deutschland als vierter Staat seinen Postmarkt vollständig.

In den Niederlanden, die für 2008 ebenfalls die vollständige Marktöffnung geplant hatten, wurde die Liberalisierung jedoch verschoben, ohne einen festen Termin für die vollständige Marktöffnung festzulegen.

Wettbewerb bildet sich langsam heraus, doch verläuft die Entwicklung langsamer als erwartet. Die schleppende Entwicklung ist

auf eine Reihe verbleibender oder neu entstehender Wettbewerbshemmnisse zurückzuführen. In den meisten Mitgliedsstaaten ist ein Großteil des Marktes für adressierte Post weiterhin für die etablierten Postbetreiber reserviert.

gen und effizienten Postdiensten die Kommission, die Mitgliedsstaaten und alle Interessengruppen gemeinsam verantwortlich sind. „Wenn diese Vision Wirklichkeit werden soll, dann müssen die Schranken wirkungsvoll bekämpft und beseitigt werden.“



Auch nach Liberalisierung des Postmarktes wird die Versorgung sichergestellt sein.

Vom Monopol in den freien Markt

Wie in anderen Staaten auch, war die Österreichische Post ein Staatsbetrieb, bis sie im Mai 1996 „ausgliedert“ wurde. Wie es dem von Österreich mitgetragenen Gemeinschaftsrecht entspricht, oblag es der Regierung, für die rechtlichen Voraussetzungen zur Liberalisierung des Postmarktes vorzusorgen. In den ehemaligen Post-Monopolbereichen Telefonie und Paketdienst ist dies bereits – erfolgreich – umgesetzt.

Im Bereich der Briefpost bis zu einem Gewicht von 50 g steht dies aber noch aus.

Daher hat Infrastrukturministerin Doris Bures im April 2009 den Entwurf für das Postmarktgesetz in Begutachtung geschickt, mit dem die zentralen Anforderungen, die durch die Richtlinie der Europäischen Union (EU) zur Postmarktliberalisierung und das Regierungsprogramm gestellt sind, erfüllt werden sollten. Das Angebot werde nicht reduziert, sondern jedenfalls in gleicher Qualität aufrechterhalten und sogar erweitert, so Bures.

Am 27. Juli wurde das Postmarktgesetz dann im Ministerrat beschlossen und nach der Sommerpause dem Verkehrsausschuß im Parlament vorgelegt. Dort stand es dann in der Plenarsitzung des Nationalrats am 18. November in Debatte und wurde schließlich – ohne Berücksichtigung von Änderungsvorschlägen – mit der erforderlichen Mehrheit der Abgeordneten beschlossen.

Gleichzeitig sind andere Wettbewerbsschranken entstanden, durch die die Liberalisierung gebremst wird. Übermäßige Vorschriften für die Lizenzvergabe, durch die der Zugang zu grundlegenden Bestandteilen der Postinfrastruktur verhindert wird, sind nur einige Beispiele, die die in jüngster Zeit zunehmenden protektionistischen Tendenzen in einigen Mitgliedsstaaten veranschaulichen.

Aus dem Bericht geht hervor, daß die Mitgliedsstaaten ihre Nationalen Regulierungsbehörden – wie in der Postrichtlinie gefordert – stärken sollten. Er bekräftigt, daß die Nationalen Regulierungsbehörden eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, gemeinsame Regeln festzulegen, von Maßnahmen gegen strategische oder sonstige Marktzutrittschranken zu ergreifen sowie zu gewährleisten, daß die Tarife kostenorientiert sind.

Die Schlußfolgerung lautete, daß für die Vision eines Binnenmarktes mit nachhalti-

Innenpolitik

Bures: Es ist ein gutes Gesetz

Infrastrukturministerin Doris Bures (SPÖ) erinnerte in der vorangegangenen Debatte an die Zeit von 2002 bis 2005 in der österreichweit 800 Postämter ersatzlos geschlossen wurden. „Im Postmarktgesetz geht es darum, wie die Postdienstleistungen in ganz Österreich künftig geregelt und gesichert werden. Postdienstleistungen sind etwas, das jeder von uns tagtäglich in Anspruch nimmt. Sie sind für die Menschen und die Betriebe nicht mehr wegzudenken. Nach all dem, was in den vergangenen Jahren passiert ist, verstehe ich den Unmut der Bevölkerung und das Volksbegehren. Anfang 2009 hätten die Manager der Post angekündigt, weitere 300 Postämter ohne Ersatz zu schließen. „Ohne Ersatz stimme ich dem nicht zu“, so Bures, „ich habe die Schließungswelle der Vergangenheit gestoppt“, betonte Bures.

Die Infrastrukturministerin hat deshalb per Bescheid die Schließung von jenen Postämtern untersagt, für die es keinen Ersatz gibt. „Es gab auch Versuche, meine Bemühungen zunichte zu machen und der Verfassungsgerichtshof wurde eingeschaltet.“ Und dieser hat ihr fünf Wochen zuvor recht gegeben, so Bures, die weiter ausführte, daß es ohne ihren Bescheid zu weiteren Schließungen gekommen und die Postversorgung besonders im ländlichen Raum weiter ausgedünnt worden wäre.

Die Versorgungssicherheit ist im Postmarktgesetz einer der zentralen Punkte. „Daher habe ich einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der klare Regelungen vorsieht, damit sich die Schließungswellen der Vergangenheit nicht wiederholen können“, so Bures, die die vier wichtigsten Punkte des Postmarktgesetzes kurz skizzierte:

- Künftig werden erstmals 1650 Poststellen im österreichischen Raum garantiert - das sind 150 mehr als in der Vergangenheit.
- Das Postmarktgesetz bringt faire Bedingungen für die Beschäftigten von konzessionierten Postdienstleistungsunternehmen. Sie müssen nach einem Kollektivvertrag beschäftigt werden.
- Die Postversorgung des ländlichen Raums wird gesichert. Es gibt faire Bedingungen für alle Marktteilnehmer in einem liberalisierten Markt. Mit einem finanziellen Ausgleich für den Universaldienstleister, der von allen Marktteilnehmern bezahlt wird, wird „Rosinenpicken“ ausgeschlossen.
- Es wird sichergestellt, daß die Umrüstung der Hausbrieffachanlagen zu keinen Belastungen für Mieter und Eigentümer

führt. Die Umrüstung wird durch die Post AG vorfinanziert, alle Marktteilnehmer leisten dann einen Beitrag entsprechend ihres Marktanteils.



Foto: SPÖ / Ludwig Schedl

Infrastrukturministerin Doris Bures

„Das neue Postmarktgesetz ist ein gutes Gesetz, an dessen Entstehung viele mitgearbeitet haben. Dieses Gesetz wird dafür sorgen, daß es die Verunsicherungen, die die Bevölkerung, die Wirtschaft und die 23.000 Angestellten der Post in der Vergangenheit erlebt haben, künftig nicht mehr geben wird“, so Bures abschließend.

Mitterlehner: Flächendeckende Versorgung gewährleistet

Das neue Postgesetz ist ein durchaus herzeigbares und vertretbares Ergebnis, zu dem wir selbstverständlich stehen, sagte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) anlässlich der Debatte im Nationalrat. „Anlaß und Inhalt des Gesetzes sind nicht unbedingt Stoff für Heldensagen oder für die Abrechnung mit dem System nach Gut und Böse“, wies Mitterlehner die Kritik der Opposition zurück. Es sei einfach darin begründet, daß ab 2011 „das Postmonopol in Österreich ausläuft und eine Neuregelung zwingend notwendig ist – und diese hat Klarheit und Orientierung zu geben – nicht nur für die Post, sondern auch für die anderen möglichen Unternehmen im Wettbewerb“.

Mit der bisherigen Organisationsstruktur sei nicht mehr zu arbeiten gewesen, verwies der Minister auf die erfolgten Schließungen von Poststellen. Mit dem neuen Gesetz werde nun diese Unsicherheit klar beendet. Es gibt der Bevölkerung die Sicherheit, daß eine flächendeckende Versorgung mit Post-

dienstleistungen – auch im ländlichen Bereich – gewährleistet ist. Auf dieser Basis sei auch ein Reorganisationskonzept der Post möglich. Zusätzlich biete sich ein tolles Franchise-Konzept für die Unternehmungen an. Er, Mitterlehner, stehe zum Konzessionssystem: „Es ist nicht einerlei, wer hier anbietet. Beste Qualität muß sein.“

Der Minister verwies zudem auf eine Untersuchung von Sophie Karmasin vom Oktober 2009, wonach die Zufriedenheit der Kunden mit den Leistungen der Postpartner bei über 80 Prozent liege. Besonders gelobt werden vor allem die Erreichbarkeit und die Öffnungszeiten am Samstag – es sei dies ein „gutes System, das möglicherweise auch den Hauptanbieter anregen werde, sein Service mehr in Richtung Kunde zu orientieren“.

Strache: Österreicher wollen sich ihre Postämter nicht wegnehmen lassen!

Wieder einmal bringe die EU uns Österreicher in Schwierigkeiten. Mit der unsäglichen EU-Richtlinie zur Postmarkt-Liberalisierung sei den Brüsseler Bürokraten ein besonderer Schildbürgerstreich gelungen, meinte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache in der Nationalratssitzung. „Nur weil irgendwelche Liberalisierungsfetischisten in Brüssel eine Wahnvorstellung haben, müssen wir in Österreich gleich hunderte Postämter zusperren.“ Aber die rot-schwarze Bundesregierung setze noch einen Streich drauf und sei wie immer in vorauseilendem Gehorsam gegenüber Brüssel unterwegs. Es werde ein mehr als unausgeglichenes Gesetz durchgepeitscht, das mehr Probleme aufwerfe, als es löse, statt daß man sich mit der Umsetzung so lange Zeit lasse, bis die Versorgung der Österreicher sichergestellt sei, kritisierte Strache. „Bravo, Herr Bundeskanzler Faymann, bravo, Herr Vizekanzler Pröll! Sie haben es wieder einmal geschafft, uns an Brüssel zu verkaufen!“

Die FPÖ sage klar und deutlich „Stopp dem Postraub!“ Eine flächendeckende Grundversorgung der österreichischen Bevölkerung mit Postdienstleistungen müsse erhalten werden. Die FPÖ wolle die Aufrechterhaltung der Infrastruktur und dadurch die Sicherung von Postdienstleistungen zu gleichen Bedingungen für die gesamte Bevölkerung, erklärte Strache. „Wir fordern weiters die Novellierung des Postgesetzes und dessen Erhebung in den Verfassungsrang. Von den vorgesehenen 1650 Poststellen müssen mindestens 1.000 als Postfilialen fixiert werden, die durch die Post AG zu führen sind.“ Und es brauche die Schaf-

Innenpolitik

fung von rechtlichen Rahmenbedingungen, die auch nach der Liberalisierung einen fairen Wettbewerb sicherstellen. Denn mit den Postpartnern werde weder die Qualität noch die Dichte der Versorgung sichergestellt werden, die Postämter bieten. Das sei ein schwerwiegender Eingriff in die Infrastruktur und werde uns in Zukunft noch viele Probleme bereiten.

Linder: Privatisierung birgt ein weiteres Risiko

Vor den Problemen durch die Ausdünnung der Poststellen im ländlichen Raum hat BZÖ-Tourismussprecher Max Linder gewarnt. Die Regelung, maximal zehn Kilometer Entfernung oder zehn Minuten Fahrzeit zur nächsten Poststelle werde schon jetzt nicht eingehalten. „Speziell ältere Menschen haben dann keine Chance, ihre Pensionen abzuholen“, warnte Linder. Deshalb müsse das Postmarktgesetz noch einmal überdacht werden.

Kanzler Faymann habe „als damals verantwortlicher Minister nichts getan, obwohl der Kahlschlag der Infrastruktur gedroht hat und Schließungen angekündigt waren“, so Linder. Mittlerweile seien zum Teil die Öffnungszeiten massiv reduziert worden.

Zudem birgt die Privatisierung ein weiteres Risiko: „Wir wissen nicht, wie die Privaten öffnen oder was sie machen werden, wenn sie finanziell nicht über die Runden kommen“, warnte Linder. Aufgrund der finanziellen Lage vieler Gemeinden, sei es nicht möglich, daß diese dann die Postdienste übernehmen, so der BZÖ-Tourismussprecher, der selbst Bürgermeister ist. In diesem Fall seien zusätzliche Mittel für Poststellen in den Gemeinden nötig.

Schatz: Bures läßt Beschäftigte am Postmarkt im Stich

„Wer diesem Gesetz zustimmt, zeigt sich damit einverstanden, daß der Postmarkt zur Gänze ein Niedriglohnsektor mit prekärsten Arbeitsverhältnissen wird. Die Ignoranz von Ministerin Bures dieser Tatsache gegenüber ist erschreckend. Sie lehnt sich zurück und schiebt die Verantwortung den Sozialpartnern zu. Doch daß die die Situation in dieser Branche absolut nicht im Griff haben, zeigt der Status quo: 90 Prozent Scheinselbständige ohne Versicherungsschutz mit Monatseinkommen von maximal 900 Euro. Das ist doch völlig inakzeptabel. Bures läßt die am Postmarkt Beschäftigten einfach im Stich“, kommentiert Birgit Schatz, ArbeitnehmerInnensprecherin der Grünen, das Postmarkt-

gesetz. Schatz hatte Bures auf die schlechten Beschäftigungsbedingungen angesprochen, aber die Ministerin verwies auf eine Formulierung im Gesetz, die Arbeitsbedingungen und Entlohnung gemäß anzuwendendem Kollektivvertrag vorsieht. „Das ist eine Nullaussage.“

Es gibt mehr als fünf Kollektivverträge, die für am Postmarkt Beschäftigte gelten können. Die Arbeitgeber picken sich heraus, was am billigsten kommt. Mit einem Schutz vor Lohn- und Sozialdumping hat das nichts zu tun. Und die 90 Prozent Scheinselbständigen haben von Kollektivverträgen sowieso nichts“, so Schatz.

Die Forderung der Grünen nach einer Regelung, die vorsieht, alle Beschäftigten anzustellen und einen gesetzlichen Branchenmindestlohn wie in Deutschland enthält, wurde von Bures strikt abgelehnt. „Bures ist es nicht zu dumm, im Uralt-Gewerkschaftsjargon gegen gesetzliche Mindestlöhne zu wettern, obwohl die deutsche Regelung gegenüber den Zuständen, wie sie jetzt in Österreich herrschen, definitiv eine Besserstellung bedeuten würde. Doch bevor sich die Sozialdemokratie ein Stück bewegt, läßt sie offenbar lieber einen ganzen Sektor und tausende dort Beschäftigte lohn- und sozialpolitisch betrachtet den Bach hinunter gehen“ erklärt Schatz dazu.

Post: Postmarktgesetz schafft notwendige klare Rahmenbedingungen

Der Beschluß des neuen Postmarktgesetzes durch den österreichischen Nationalrat bedeutet für die Österreichische Post AG eine Weichenstellung für ihre Zukunft, auf deren Grundlage nun die strategischen Planungen für die nächsten Jahre erfolgen können. Zwar bedeutet das nun beschlossene Postmarktgesetz für die Post empfindliche Einschnitte, dennoch gibt es auch positive Aspekte.

„Alles in allem beinhaltet das Gesetz Regelungen, die uns gewisse Freiheiten einräumen, beispielsweise in der Preisgestaltung für Großkunden oder in der Modernisierung des Filialnetzes; es enthält jedoch auch Lasten, die uns auferlegt bleiben, wie etwa die Finanzierung der Kosten für den Universaldienst. In Hinblick auf die bevorstehende Marktliberalisierung sollte es uns nun jedoch besser möglich sein, die Post zukunftssicher aufzustellen. Neben Umsatzsteigerungen sind aber weiterhin Maßnahmen, etwa im Kosten- und Personalbereich, nötig“, erklärte Post-Generaldirektor Georg Pözl.

Durch eine Regelung gegen Lohndumping, bei der den konzessionierten Postdiensteanbietern die Einhaltung der jeweiligen einschlägigen Kollektivverträge vorgeschrieben wird, sind nun Mindeststandards vorgegeben worden. Nachteilig für die Post wirkt sich hier aber die auf ihre Kosten erfolgende Umrüstung der Hausbrieffachanlagen aus. Rund 40 Millionen Euro wird die Post in den nächsten Jahren dafür investieren müssen. Zwar wird der Wettbewerb diese Kosten dort, wo er aktiv wird, später entsprechend seines Marktanteiles mittragen müssen, die Vorfinanzierungen und die Hauptlast der Umrüstungskosten werden aber der Post aufgebürdet.

Die Kosten für den Universaldienst, der der Post auch weiterhin die Zustellung von Brief- und Paketsendungen (bis 10 kg) sowie von Zeitungen und Zeitschriften an jede Adresse Österreichs an jedem Werktag vorschreibt, werden auch künftig größtenteils von der Post zu tragen sein. Die im Gesetz verankerte Fondslösung, die die Kosten für den Universaldienst anteilig je nach Marktanteil auf die Betreiber von konzessionierten Postdiensten aufteilt, wird dazu führen, daß die Post als größter Anbieter selbst zu einem überwiegenden Teil diesen Fonds speisen wird.

Durch das neue Postmarktgesetz ist nun erstmals die Zahl der Poststellen in Österreich und deren Lage fix geregelt. Mit 1650 Post-Geschäftsstellen in Österreich wird das Netz künftig dichter sein. In städtischen Gebieten muß mindestens eine davon für 90 Prozent der Bevölkerung in einem Umkreis von 2 Kilometern, im ländlichen Raum im Umkreis von 10 Kilometern erreichbar sein. Kann eine Post-Geschäftsstelle von der Post selbst nicht wirtschaftlich geführt werden, besteht weiterhin die Möglichkeit, einen Post.Partner mit den postalischen Dienstleistungen zu beauftragen. Dies muß allerdings zuvor noch in einem aufwendigen Schließungsverfahren legitimiert werden.

„Für uns ist dieses Postmarktgesetz ein gerade noch akzeptabler Kompromiß. Er macht es nötig, auch in Zukunft alle Möglichkeiten auszunutzen, um sowohl umsatzseitig als auch kostenseitig Verbesserungen zu erzielen. Wir müssen, wollen und werden auch weiterhin den Universaldienst – im Sinne der postalischen Grundversorgung Österreichs – in gewohnt hoher Qualität erfüllen und haben nun auch die dazu notwendigen klareren Rahmenbedingungen durch das neue Postmarktgesetz bekommen“, so Pözl abschließend. ■

Pensionen werden erhöht

Blecha: Pensionist mit 1000 Euro brutto bekommt 15 Euro monatlich durch Anpassung und 42 Euro Zusatzzahlung zu Jahresbeginn – Khol: Finanzminister bleibt mit Abschluß wesentlich unter den budgetierten Ausgaben

Wir haben – entgegen den Nullrunden-Wünschen diverser Gruppierungen und Parteien – die Abgeltung der Teuerung in Höhe von 1,5 Prozent für alle Pensionen bis zu einer Pensionshöhe von 2.466 Euro durchgesetzt und zusätzlich für Pensionen bis 1300 Euro eine weitere Zusatzzahlung erreicht, die diesen Pensionsbeziehern annähernd den Pensionistenpreisindex abgilt“, erklärte der Präsident des Österreichischen Seniorenrates, Karl Blecha, nach dem Abschluß der Pensionsverhandlungen am 24. November im Bundeskanzleramt.

„Das Ergebnis ist akzeptabel, weil die heute als so sicher dargestellte Anpassung um 1,5 Prozent lange Zeit heftig umstritten war“, stellte Blecha fest. „Hätten wir nicht ununterbrochen auf die Teuerungsabgeltung nach dem Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH, 1,9 Prozent) verwiesen, wäre der heutige Abschluß nicht möglich gewesen. Denn die ausverhandelten 35 Zusatzmilliarden ermöglichen für 1,4 Millionen Pensionsbezieher eine Abgeltung der Teuerung annähernd in Höhe des PIPH“, so Blecha.

Konkret nannte Blecha als Richtwerte: Die Bezieher einer Ausgleichszulage erhalten eine monatliche Anpassung von 11,60 Euro und einmalig rund 32 Euro als Zusatzzahlung. Bezieher mit 1100 Euro, die bereits steuerpflichtig sind, erhalten 16,50 Euro monatliche Anpassung plus einmalig zusätzlich rund 46 Euro.

Weitere Verhandlungsergebnisse: Die Zusicherung der Bundesregierung, Änderungen des Pensionssicherungsbeitrages in einer eigenen Kommission zu verhandeln und die Zusicherung des Finanzministers, mit den

Seniorenvertretern über die vorgelegten Punkte zur Pensionskassen-Reform noch heuer zu verhandeln.

„Wir haben uns immer für die von der Teuerung stärker betroffenen Bezieher kleinerer Pensionen eingesetzt“, erklärte Blecha



und gab bekannt, daß alle im Seniorenrat vertretenen Organisationen das erzielte Ergebnis mitgetragen haben. „Die Zusatzzahlung soll noch Anfang Jänner 2010 zur Auszahlung gelangen“, schloß Blecha.

Khol: Erhöhung für Bezieher kleinerer Pensionen gerade noch erträglich

„Die Senioren leisten mit diesem Abschluß einen großen Budgetbeitrag in Zeiten der Krise“, erklärt Andreas Khol, Bundesobmann des VP-Seniorenbundes. „Der heute gefundene Kompromiß ist für die Bezieher kleinerer Pensionen gerade noch erträglich, die Bezieher mittlerer und höherer Pensionen bescheiden sich mit der Anpassung nach dem Gesetz“, so Khol.

„Durch harte Verhandlungen konnten wir in diesem Jahr Schlimmeres verhindern“, betont Khol. Immerhin hätte die Industrie am liebsten eine „Nulllohnrunde“ bei den Pensionisten gesehen, die Regierung hätte

schon vor dem Sommer über nur ein Prozent Anpassung laut nachgedacht und die ersten Vorgespräche hätten diese Befürchtungen bestätigt. „Es bedurfte hartnäckiger Verhandlungen und des Pochens auf die Gesetzeslage, um einen vertretbaren Abschluß zu erreichen. Ohne Hinweis auf den Preisindex für Pensionistenhaushalte, der heuer 1,9 Prozent Teuerung ergeben hat, hätten wir das Ziel nicht erreicht“, so Khol weiter.

„Mit dem heutigen Abschluß zeigen die Senioren auch ihr Verantwortungsbewußtsein für die Staatsfinanzen. Denn für die diesjährige Pensionsanpassung hatte der Finanzminister die Kosten für 1,8 Prozent Anpassung budgetiert. Die tatsächlichen Kosten bleiben nun jedoch 60 Millionen Euro unter den budgetierten Mitteln“, erklärt der VP-Seniorenchef weiter, der die Anpassung wie folgt erläutert: Die Pensionisten erhalten die gesetzlich vorgesehenen 1,5 Prozent bis zum so genannten „Deckel“ von 2466 Euro Bruttopension, darüber ein Fixbetrag von 36,99 Euro (brutto, netto sind dies ca. 19 Euro). Zusätzlich erhalten Bezieher von Bruttopensionen bis 1300 Euro eine nicht sockelwirksame Einmalzahlung. Die Kosten für die Einmalzahlung werden sich insgesamt auf 35 Millionen Euro belaufen, Details müssen jedoch noch geklärt werden. Die Bezieher niedriger Pensionen – und somit die überwiegende Mehrheit der Pensionisten – erhalten somit annähernd die Abgeltung der Senioren-Teuerung (PIPH).

Faymann: Respektvoller Umgang mit Seniorinnen und Senioren

„Für uns bedeutet die Erhöhung der Pensionen um 1,5 Prozent sowie die Einmalzah-

Innenpolitik

lungen in der Gesamthöhe von 35 Millionen Euro ein gutes Ergebnis. Es zeugt vom respektvollen Umgang mit den Seniorinnen und Senioren unseres Landes“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann beim Pressefoyer nach dem Ministerrat am 24. November. Von den Einmalzahlungen für Pensionen unter 1300 Euro profitiere die überwiegende Mehrheit der Pensionistinnen und Pensionisten. Auch wenn die von den Pensionistenvertretern geforderten 1,9 Prozent nicht erreicht wurden, sei das Ergebnis für die Betroffenen sehr gut, denn die aktuelle Inflation liege derzeit bei lediglich 0,3 Prozent.

Insgesamt stehen damit 544 Millionen Euro an Budgetmitteln zur Verfügung. Angesichts der bisher bekannten Lohnabschlüsse zeigte sich Faymann zufrieden mit dem Verhandlungsergebnis und betonte überdies das faire und engagierte Verhandlungsklima sowie den respektvollen Umgang zwischen den VerhandlungspartnerInnen.

„Der Zusatzbetrag für kleinere Pensionen ist hervorragend, weil er die von ihnen getragene Teuerung vor allem im zweiten Halbjahr 2008 ausgleicht“, zeigt sich auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer zufrieden.

Pröll: Guter Abschluß auch für den Finanzminister

„Die Verhandlungen mit den Seniorinnen und Senioren sind für mich als Finanzminister zu einem guten Abschluß gekommen“, sagte Finanzminister Josef Pröll im Anschluß an den Ministerrat. Gemäß den Empfehlungen der Kommission werden die Pensionen um 1,5 % erhöht. Gleichzeitig wird es für die niedrigsten Pensionen eine Einmalzahlung geben. Für diese Einmalzahlung werden rund 35 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die niedrigsten Pensionen werden also – inklusive der Einmalzahlung – um etwa 1,8 bis 1,9 Prozent steigen. Pröll: „Mit dieser Einigung verschaffen wir – trotz der Wirtschaftskrise – den Seniorinnen und Senioren eine anständige Pensionserhöhung und nehmen gleichzeitig unsere Verantwortung gegenüber der jungen Generation im Land wahr.“

ÖVP-Sozialsprecher August Wöginger ergänzt, die Einigung der Regierung mit den Pensionistenvertretern zeige, daß „in Zeiten der Krise Vernunft und maßvolles Haushalten an erster Stelle stehen“. Der Spielraum sei nicht groß gewesen, aber die Einigung zeige, daß „in wirtschaftlich schwierigen Zeiten jede Gruppe ihren Anteil leisten muß“, so Wöginger.

Neubauer: Blecha und Khol sind wieder einmal umgefallen!

Enttäuscht vom Ergebnis der Verhandlungen zeigte sich FPÖ-Seniorensprecher Werner Neubauer: „Blecha und Khol konnten sich offenbar trotz groß angekündigter Hoffungsparolen gegenüber der Bundesregierung überhaupt nicht durchsetzen. Wenn eine Verhandlungsrunde mit Vertretern der Regierung zu einem derart wichtigen Thema lediglich knapp eine Stunde dauert, kann das Ergebnis nur so aussehen wie es sich darstellt.“ Offenbar sei das Verhandlungsergebnis von 1,5% für die Pensionisten schon lange vorher festgestanden.

Aufgrund der niedrigen Inflationsrate in diesem Jahr sei für die nächste Anpassung im Jahr 2010 ohnehin eine niedrigere Pensionserhöhung zu erwarten. Deshalb hätte man gerade für das Jahr 2009/2010 darauf Bedacht nehmen müssen, mittels angemessener Erhöhung – orientiert am aktuellen Pensionistenhaushaltspreisindex von 1,9% (PPHI) – einen konjunkturbelebenden Akzent bei den Senioren zu setzen.

„Die Bundesregierung hat mit diesem Schritt erneut unter Beweis gestellt, daß sie für die Senioren in Österreich nur vor Wahlen etwas übrig hat“, stellt Neubauer fest. „Offenbar sollen die Pensionisten trotz mehrfacher Zusage einer Pensionsgarantie im ausreichenden Maße nun die Zeche dafür bezahlen, was uns die Banken durch ihr unverantwortliches Vorgehen auf den Kapitalmärkten eingebracht haben“, so Neubauer.

Bucher: Pension selbst gestalten, selbst entscheiden!

Sieben Prozent der Jugendlichen glauben zu Recht nicht daran, daß ihre Pension gesichert ist. Als Ergebnis der BZÖ-Klausur zum Thema Pensionen und deren Sicherung präsentierte BZÖ-Chef Josef Bucher ein zukunftssträchtiges und beitragsorientiertes Modell, das auch für die Jungen sicherstelle, daß ihren jetzt geleisteten Beiträgen auch in der Zukunft eine entsprechende Pensionsleistung gegenüberstehen werde und bereits am 1. Jänner 2011 in Kraft treten sollte. Nur noch ein Pensionssystem solle gelten, zentraler Gedanke sei: „Pension selbst gestalten, selbst entscheiden!“

„Wir müssen heute richtige Entscheidungen für die Zukunft treffen“, so Bucher, denn „wer morgen gewinnen will, muß schon heute starten“. Damit seien auch die Pensionen für künftige Generationen gesichert. Herzstück des BZÖ-Modells ist ein Pensionskonto. „Ein transparentes Einzahlungs-

konto für jeden Anspruchsberechtigten. Jeder sieht am Ende des Jahres Einzahlungen, Ansprüche und wann und mit welchen Bezügen er in Pension gehen kann“, erklärte Bucher. Kindererziehungszeiten und Schwerarbeit müßten dabei entsprechend berücksichtigt werden. Damit könne jeder Arbeitnehmer den Antritt selbst gestalten.

Öllinger: Mindestpensionen stärker erhöhen

„Die Mindestpension wird im Jahr 2010 74 Euro im Monat unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen“, kritisiert Karl Öllinger, Sozialsprecher der Grünen. „Trotz Pensionserhöhung müssen über 240.000 PensionistInnen mit Ausgleichszulage weiter ein Leben in Armut führen. Ihnen fehlen über 1000 Euro im Jahr auf jenes Einkommen, das ein Leben in Würde ermöglicht. Das ist eines reichen Landes wie Österreich nicht würdig.“

Die Pensionserhöhung um 1,5 Prozent geht nach Ansicht Öllingers in Ordnung. Nicht in Ordnung ist die armuts-zementierende Ausgleichszulage. Der Sozialsprecher der Grünen kündigt für die nächste Nationalratssitzung einen Antrag auf Erhöhung dieser Ausgleichszulage an. Weiters werden die Grünen beantragen, daß alle ASVG-PensionistInnen eine Pensionserhöhung von 1,5 Prozent bekommen.

Gatterer: Erhöhung gegen das Gesetz!

„Die Aktiven müssen sich bescheiden, dafür gibt es mehr für die Pensionisten. Was ist das für eine Botschaft an Arbeitnehmer und Wirtschaft, wenn die Lohnerhöhungen geringer ausfallen als die Pensionserhöhungen?“ Diese Frage stellte Harry Gatterer, Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft. Damit würden die Grundsätze von Arbeit und Leistung in der Gesellschaft auf den Kopf gestellt. „Aber offenbar bestellen die Pensionisten – und die Aktiven zahlen die Rechnung. Für die Pensionisten wird eine Extrawurst gebraten, uns Jungen bleibt die Wursthaut“, so Gatterer. „Tragen muß die jetzt gemachten Schulden jedenfalls die junge Generation, die noch nicht einmal mit am Verhandlungstisch sitzt“, stellt Gatterer fest und fordert deshalb, daß künftige Pensionserhöhungen nicht nur mit den Pensionistenvertretern, sondern auch mit Vertretern der Jungen Generation verhandelt werden. „Wenn die Jungen ihre Interessen nicht selbst am Verhandlungstisch durchsetzen, dann fallen diese unter den Verhandlungstisch – wie wir gerade erleben.“ ■

Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten

Sicherheitsrat nimmt unter Vorsitz von Außenminister Michael Spindelegger Resolution zu Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten an – Round-Table der Direktion für Sicherheitspolitik



Foto: BMeiA / Dragan Tatic

Außenminister Michael Spindelegger bei seiner Rede vor dem UN Sicherheitsrat am 11. November 2009 in New York

Österreich hat sich seit Beginn seiner Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat die Herrschaft des Rechts ins Zentrum seiner Arbeit gestellt. Mit der heutigen Annahme der Resolution des Sicherheitsrats zum Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten haben wir einen konkreten und ermutenden Fortschritt in diesem Bereich erreicht“, erklärte Außenminister Michael Spindelegger am Rande des UNO-Sicherheitsrats, der den von Österreich vorgeschlagenen Resolutionstext am 11. November einstimmig annahm. An der Sitzung des Sicherheitsrats, der unter Vorsitz von Außenminister Spindelegger zusammentrat, nahmen unter anderem der UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, der kroatische Außenminister Jandrovic und die amerikanische UNO-Botschafterin Susan Rice teil.

„Dieser Resolutionstext ist ein Kulminationspunkt langer Vorbereitungs- und Überzeugungsarbeit. Unser ambitionierter Ansatz hat sich gelohnt. Trotz anfänglichen Wider-

stands liegt jetzt eine substantielle Resolution vor, mit einer klaren Botschaft: Angriffe auf Zivilisten finden nicht im rechtsfreien Raum statt. Gleich welcher Art der Konflikt ist und wer die Konfliktparteien sind – die internationale Gemeinschaft hat hier keinen blinden Fleck“, betonte Spindelegger. „Erstmals wird Schwarz auf Weiß festgehalten, daß sich niemand seiner Verpflichtung entziehen kann, in bewaffneten Konflikten die Zivilbevölkerung vor Massenverbrechen zu schützen. Hier kann es keine Nachsicht und keinen Ermessensspielraum geben.“ Herzstück der Resolution sind die UNO-Missionen, die eine zentrale Rolle beim Schutz von Zivilisten spielen. Hier enthält der Text sehr konkrete und praxisorientierte Maßnahmen, die sich um drei Kernbereiche drehen: zielgerichtetere Erstellung der Mandate für Missionen, intensivere Ausbildung für die Blauhelme sowie die Etablierung eines Frühwarnmechanismus durch einen verbesserten Informationsfluß innerhalb der UNO

und zwischen der Mission vor Ort und dem UNO-Hauptquartier. Der UNO-Generalsekretär wird dazu in den kommenden Monaten einheitliche Trainingsstandards für Blauhelme erarbeiten und ein operationelles Gesamtkonzept für den Schutz von Zivilisten bei Friedensmissionen vorlegen.

Der Sicherheitsrat betritt mit dieser Resolution auch Neuland

So wird erstmals der Mißbrauch von Zivilisten als menschliche Schutzschilder oder unverhältnismäßige Angriffe als klarer Verstoß gegen internationales humanitäres Recht bezeichnet und verurteilt. Darüber hinaus spricht die Resolution eine deutliche Sprache zur Verantwortlichkeit der Täter. Spindelegger: „Diese Resolution ist ein konkreter Beitrag, um der Gewalt im Krieg klare rechtliche Schranken zu setzen. Der Sicherheitsrat stellt ausdrücklich klar, daß Verbrechen gegen Zivilisten nicht straffrei bleiben dürfen. Niemand kann sich seiner

Österreich, Europa und die Welt

Schutzverantwortung entziehen. Alle Konfliktparteien – auch nichtstaatliche Akteure – müssen für ihre Verstöße auf nationaler oder internationaler Ebene zur Verantwortung gezogen werden. Dabei wird auch ausdrücklich auf die internationale Strafgerichtsbarkeit verwiesen, sollte auf nationaler Ebene keine ausreichende Verfolgungsmöglichkeit bestehen.“

Round-Table der Direktion für Sicherheitspolitik

Am 10. November wurde dieses hochaktuelle Thema bei einem Round-Table der Direktion für Sicherheitspolitik mit Prof. Ramesh Thakur in der Landesverteidigungsakademie diskutiert. Prof. Thakur war einer der engsten Mitarbeiter des UN-Generalsekretärs Kofi Annan und entscheidender Mitentwickler, Autor und überzeugter Befürworter des UN-Konzepts „Responsibility to Protect“.

Der Leiter der Direktion Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium, Generalmajor Johann Pucher, betonte bei seiner Eröffnung die hohe Aktualität der Thematik – und dies nicht nur vor dem Hintergrund des österreichischen Sicherheitsrats-Vorsitzes. Insbesondere für die militärischen Aspekte einer Mission, so Pucher, komme derartigen Schutzaufgaben eine ständig steigende Bedeutung zu. Schließlich werde zu Beginn einer Mission insbesondere das Militär mit dem Schutz von Zivilisten betraut – wie aktuell beispielsweise bei der UN-Mission MINURCAT im Tschad.

Lösungsansatz: Responsibility to Protect

Der Schutz der Zivilbevölkerung ist in modernen Friedenseinsätzen mittlerweile eine der vordringlichsten Aufgaben. Alle Akteure einer Friedensmission müssen kollektiv handeln, um diesen Schutz auch tatsächlich realisieren zu können. Das Konzept der „Responsibility to Protect“ ist in diesem Zusammenhang als moderner Lösungsansatz zu sehen.

Das zentrale Argument ist die Verantwortung zu beschützen. Dabei geht es in erster Linie um die Verantwortung des jeweiligen Staates für den Schutz und das Wohlergehen seiner Bevölkerung. Wenn Staaten diesen Schutz jedoch nicht gewährleisten können oder wollen – und Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder ethnische Säuberungen stattfinden – soll die Schutzverantwortung gegenüber der Bevölkerung auf die UNO übergehen.



Foto: BMeiA / Dragan Tatic

UNO General Sekretär Ban Ki-moon (l.) und Außenminister Michael Spindelegger

Schutz der Zivilisten hat höchste Priorität

Prof. Thakur verwies darauf, daß die Opfer bewaffneter Auseinandersetzungen heute immer häufiger Zivilisten seien. Daher

müsse die Internationale Gemeinschaft dem Schutz von Zivilisten höchste Priorität zukommen lassen und geeignete Maßnahmen beschließen. Das bedeute, wenn irgendwo auf der Welt massive Gewalt gegen Zivilisten



Foto: Bundesheer/Andreas Wannemacher

Generalmajor Johann Pucher, Leiter der Direktion Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium (li.) und Prof. Ramesh Thakur, ehemaliger Mitarbeiter des früheren UN-Generalsekretärs Kofi Annan beim »Round Table« in der Landesverteidigungsakademie in Wien



Foto: Bundesheer

Allen friedenserhaltenden Auslandseinsätzen des österreichischen Bundesheeres liegen UN-Mandate zugrunde.

sten stattfindet – und diesen von ihrer Regierung kein angemessener Schutz zukomme, müsse die UNO sozusagen als „global governance“ mit angemessenen Maßnahmen auf derartige Krisensituationen antworten. In diesen Fällen komme das Konzept der Schutzverantwortung zum Einsatz, das sich auf

- die Verantwortung des Staates selbst, alle

Menschen auf seinem Territorium zu schützen,

- die internationale Unterstützung beim Aufbau der Kapazitäten eines Staates, damit er diese Verantwortung auch ausfüllen kann, und
- die internationale Verantwortung zum Schutz stützt.



Foto: Bundesheer/Peter Lechner

Österreich setzt sich im Sicherheitsrat für den Schutz von Zivilisten ein. Im Bild: Ein Soldat des Bundesheeres schützt Hilfesuchende im Tschad.

Eigenverantwortung der Staaten im Vordergrund

Die eigene Verantwortung der Staaten müsse stets das wichtigste Element sein. Das heißt aber nicht, daß immer eine Reihe von aufeinander folgenden abgestuften Maßnahmen abgearbeitet werden muß, bevor es militärisches Eingreifen der UNO geben kann. Unter bestimmten Umständen ist die UNO gefordert, auf massive Gewalt gegen Zivilisten robust zu reagieren und die Verantwortung zum Schutz von Zivilisten zu übernehmen! Dies kann erforderlichenfalls auch im Zusammenwirken mit regionalen Organisationen erfolgen.

Eingriff in die Souveränität eines Staates

Das Konzept der Schutzverantwortung finde aber nicht nur Befürworter. Auch kritische Stimmen seien zu vernehmen. Ein Grund dafür seien mißlungene Interventionen, welche aus der Sicht der Dritten Welt unter der Bezeichnung „humanitäre Intervention“ rein der Durchsetzung von Nationalinteressen dienen und so dem Begriff einen bösen Beigeschmack gaben. Der NATO-Einsatz in Afghanistan sei ein gutes Beispiel dafür, daß ein militärisches Einschreiten zum Schutz von Zivilisten nicht autorisiert werden sollte, wenn die Voraussetzungen dafür nicht zweifelsfrei vorliegen.

Der Einsatz der in Frage kommenden Maßnahmen und das Zusammenwirken aller Akteure müßten daher stets außer Zweifel stehen.

Gemeinsame Verantwortung ist notwendig

Trotz Kritik und Fehlschlägen sollte bei allen Akteuren jedoch stets der Gedanke im Vordergrund stehen, daß das Konzept der „Responsibility to Protect“ eine neue Herangehensweise ist. Sie soll helfen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder ethnische Säuberungen zu verhindern und die Strafverfolgung von Tätern gewährleisten. Zudem müsse Souveränität auch als Verantwortung des Staates in diesem Zusammenhang neu definiert werden. Ziel der internationalen Gemeinschaft müsse es daher sein, diese Verantwortung wenn nötig zu übernehmen und in gemeinsamen, entscheidenden Aktionen dafür zu sorgen, daß Katastrophen, wie beispielsweise jene in Ruanda oder Srebrenica, zukünftig verhindert werden. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

<http://www.bmlv.gv.at>

Österreich und die Welt

Außenminister Michael Spindelegger präsentierte den »Außenpolitischen Bericht 2008« im außenpolitischen Ausschuß des Parlaments

Ein dickes Kompendium mit geballter Information zu allen Aspekten der Außenpolitik legte Außenminister Michael Spindelegger mit dem „Außenpolitischen Bericht 2008“ vor. Und wie jedes Jahr stehen dabei die verschiedenen Themata des Weltenrunds im Fokus der Betrachtung.

Wirtschaftskrise und globale Herausforderungen

Das Jahr 2008 brachte für die internationale Staatengemeinschaft eine Reihe besonderer Herausforderungen, die von der globalen Wirtschaftskrise über die Probleme in der Energieversorgung Europas zu Jahresbeginn bis zu den Konflikten in Georgien und Gaza reichten. Österreich stand dabei durchaus im Mittelpunkt dieser Entwicklungen, bewarb es sich doch um einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, wobei die Generalversammlung im Oktober Österreich auch gleich im ersten Wahlgang ihr Vertrauen aussprach. So wird Österreich in den Jahren 2009 und 2010 Mitglied des Sicherheitsrates sein. Im Zentrum der Arbeit im Sicherheitsrat werden dabei die Themen stehen, die Österreichs Engagement in den Vereinten Nationen seit jeher kennzeichnen: der konsequente Einsatz für die Menschenrechte und die Herrschaft des Rechts, für den interkulturellen und interreligiösen Dialog sowie für Abrüstung und Nicht-Weiterverbreitung, wie es in dem Bericht heißt.

Bollwerk EU und Europa-skepsis der Bevölkerung

2008 war Wien Veranstaltungsort der internationalen Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“. Gemeinsam mit dem Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten, Amir Moussa, hat das Außenministerium Vertreterinnen und Vertreter der 27 EU-Mitgliedsländer, der 22 Mitglieder umfassenden Liga der Arabischen Staaten und der Türkei sowie Expertinnen und Experten aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Kultur zur Erörterung konkreter Themen wie die Rolle der Jugend und der Frauen und der Umgang mit lebendigem Pluralismus in unseren Gesellschaften eingeladen. Gerade in schwierigen Zeiten sei die Europäische

Union für uns unverzichtbar, lautet in dieser Hinsicht das Resümee des Außenministers.

Das entschiedene und koordinierte Vorgehen der Union und ihrer Mitgliedsstaaten angesichts der Wirtschaftskrise sei von den Bürgerinnen und Bürgern auch durchaus gewürdigt worden, glaubt der Minister. Dennoch sei gerade in Österreich nach wie vor Skepsis gegenüber der EU festzustellen. Dieser Skepsis will er auf den Grund gehen und hat deshalb für 2009 eine „EU-Zuhörtour“ durch Österreich geplant, auf die gleichfalls in dem Bericht eingegangen wird.

Perspektiven

Verantwortungsvolle Politik für die Zukunft zu gestalten bedeute, schon jetzt an die Zeit nach der Krise zu denken, meint Spindelegger. Im Donau- und Schwarzmeerraum eröffne sich für Österreich ein Gebiet, das großes Potential für eine dynamische Entwicklung habe. Daher werde es ein Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik sein, die bereits bestehenden politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen zu dieser Region zu vertiefen.

Auslandskultur

Die österreichische Auslandskulturpolitik führt Tag für Tag den kulturellen Dialog mit anderen Staaten. Sie verfügt über ein weltweites Netzwerk von 30 Kulturforen, 54 Österreich-Bibliotheken, neun Sprachinstituten, speziellen Kooperationsbüros in Lemberg, Sarajewo und Washington sowie die Botschaften und Generalkonsulate, die in die Kulturarbeit eingebunden sind. Mit diesen Aufgaben und Zielen ist die österreichische Auslandskultur längst nicht mehr Repräsentation der Vergangenheit, sondern eine Investition in die Zukunft.

Entwicklungszusammenarbeit

Zur Schaffung einer gemeinsamen friedvollen Zukunft engagiere sich Österreich auch im Rahmen der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, deren wichtigste Ziele die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern, die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie die Erhaltung der Umwelt und der

Schutz natürlicher Ressourcen sind. Grundprinzipien sind die Eigenverantwortung der Partnerländer für ihren Entwicklungsweg, die Berücksichtigung kultureller und sozialer Rahmenbedingungen, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse sowie die Berücksichtigung von Kindern und von Menschen mit Behinderung.

Bürgerservice

Die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher und ihre bestmögliche Betreuung im Ausland sind dem Minister ein besonderes Anliegen. Mit dem Bürgerservice im Ministerium und den weltweit rund 100 Botschaften und Berufskonsulaten schaffe Österreich ein Sicherheitsnetz für unsere Landsleute in der Welt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums stehen rund um die Uhr für konsularische Notfälle bereit. 2008 konnte Österreicherinnen und Österreichern in mehr als 117.000 Fällen geholfen werden, in Spitzenzeiten waren sogar bis zu 1.000 Anrufe pro Tag zu verzeichnen.

Zur Vorbereitung auf einen Auslandsaufenthalt bietet die Homepage des Außenministeriums detaillierte und laufend aktualisierte Reiseinformationen über alle Staaten der Welt. Weiters hat das Außenministerium eine „Notfallkarte“ in Scheckkartenformat mit allen wichtigen Rufnummern entwickelt. Die Karte, die bei jeder Auslandsreise so selbstverständlich dabei sein sollte wie der Reisepass, kann beim Außenministerium bestellt oder auf der Homepage selbst ausgedruckt werden.

Wie jedes Jahr wird der umfassende Bericht durch einen nicht minder umfassenden Serviceteil abgerundet. Dabei wird auf globale Aspekte der heimischen Außenpolitik ebenso eingegangen wie auf die einzelnen Einrichtungen des österreichischen auswärtigen Dienstes. Eine detaillierte Länderinformation von Afghanistan bis Zypern, in der die dortige politische Lage, die jeweiligen bilateralen Kontakte und nützliche Hintergrundinfos versammelt sind, rundet gemeinsam mit einem Zahlen- und Datenkomplex, der auch nützliche Adressen und Telefonnummern enthält, den Bericht ab. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

»Europa-Dialog«

Faymann: EU hat unverzichtbaren Auftrag, was Friedens- und Demokratiesicherung betrifft – Spindelegger: Startschuß auf allen Ebenen

Bundeskanzler Werner Faymann hob am 23. November im Zuge des Auftaktes der Veranstaltungsreihe „Europa Dialog“ des Außenministeriums in der Fachhochschule St. Pölten leidenschaftlich hervor, daß die „Europäische Union, was Friedens- und Demokratiesicherung betrifft, einen unverzichtbaren Auftrag hat“. Alleine die Tatsache, daß in der EU 27 unterschiedliche Staaten gemeinsam über ihre verschiedenen Herausforderungen diskutieren und verhandeln, sei von beachtlicher „Qualität für die Friedenssicherung an sich. Das ist die ganz große und erlebbare Stärke“, so Faymann vor den rund 300 Interessierten. Dennoch dürfe nicht über die 80 Millionen Menschen die in Europa an der Armutsgrenze leben oder von Armut gefährdet sind, hinweggesehen werden: „Man kann mit einem Europa nicht zufrieden sein, in dem die Arbeitslosigkeit hoch ist und viele junge Leute keine Ausbildung, somit zumeist auch keinen Job bekommen.“ Auch in der Gesundheitsversorgung müsse sich in einigen Ländern noch viel verbessern.

Der Bundeskanzler wies überdies darauf hin, daß auf die Gefahr des „Herunterziehens von Sozialleistungen“ im Zuge des internationalen Wettbewerbs geachtet werden müsse. Österreich könne im internationalen Vergleich stolz sein, auf seine Mittelschichten, den Zugang zur Bildung, die Pensionen und den Wohlstand: „Diese Faktoren müssen wir ‚hinaufziehen‘ und ausbauen – das ist unser riesiger Auftrag in Europa.“ Auch würdigte Werner Faymann die angenehme und gute Zusammenarbeit mit Außenminister Spindelegger, der bei der Diskussion ebenfalls am Podium saß.

Spindelegger: Startschuß auf allen Ebenen

„Meine vielfältigen Erfahrungen während meiner EU-Zuhörtour hatten einen gemeinsamen Nenner: Hochglanzbroschüren und Werbekampagnen alleine genügen nicht. Die Österreicherinnen und Österreicher wollen den direkten Dialog zu europäischen Fragen. Diesem Handlungsauftrag komme ich nun nach. Ich bin hier, um über Europa zu diskutieren. Wir reden oft aneinander vorbei, wir brauchen den persönlichen Dialog“,



Foto: BKA/HOPF-MEDIA / Bernhard J. Holzner

Am 23. November fand an der Fachhochschule in St. Pölten die Auftaktveranstaltung »Europa Dialog« mit Bundeskanzler Werner Faymann (r.) und Außenminister Michael Spindelegger (l.) statt.

so Außenminister Michael Spindelegger bei der Fortsetzung seiner „Europa Dialog“-Tour in Salzburg und Graz.

Im Salzburger „Hangar 7“ stellte sich der Außenminister am Abend des 26. November einer Publikumsdiskussion gemeinsam mit dem zukünftigen Intendant der Salzburger Festspiele, Alexander Pereira, und dem Unternehmer und ehemaligen Motorcrossfahrer Heinz Kinigadner. Am 27. November folgte im Grazer Kunsthaus eine Publikumsdiskussion gemeinsam mit dem kosovarischen Bildungsminister Enver Hoxhaj, der Intendantin vom Grazer Schauspielhaus, Anna Badora, und Hans Roth, Geschäftsführer der Saubermacher AG und Österreicher des Jahres 2009 in der Kategorie Wirtschaft.

„Europa muß Teamarbeit sein – von der Gemeinde bis zur Bundesregierung. Es muß uns daher gelingen, Gesprächsangebote auf allen Ebene zu schaffen. Ich hoffe, daß ich mit dieser Tour einen Dominoeffekt auslösen kann, der dazu führt, daß sich Minister, Länder, Städte und Gemeinden stärker beim ‚Europa Dialog‘ engagieren. Ein gelebter und ehrlicher Dialog ist das wirksamste Mittel gegen EU-Skepsis“, so Spindelegger. Der Außenminister zur zukünftigen Rolle Öster-

reichs in der EU: „Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon wird eine 10jährige Debatte um die Spielregeln für Europa beendet. Österreich muß nun diese Chance nutzen und sich am neuen Spielfeld als starker ‚Player‘ positionieren. Der entscheidende Erfolgsfaktor dafür sind Allianzen und Partnerschaften. So haben wir in der Vergangenheit enge und bewährte Netzwerke geknüpft, besonders in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Das war auch ein Geheimnis des Erfolgs der österreichisch-rumänischen Initiative für eine EU-Donauraumstrategie“, so der Außenminister. „In einer globalisierten Welt müssen wir gemeinsame europäische Antworten auf globale Herausforderungen wie den Klimawandel oder die Wirtschaftskrise finden. Hier sind kleine und mittlere Staaten wie Österreich besonders gefordert – als Ideenwerkstätten und Innovatoren“, so der Außenminister, der schloß: „Wir brauchen die Europäische Union, wollen wir unser unverwechselbares europäisches Lebensmodell, das eine Politik der Nachhaltigkeit und des sozialen Zusammenhalts mit einer starken wettbewerbsfähigen Wirtschaft vereint, für die Zukunft sichern und weiterentwickeln.“ ■

Prammer in New York

NR-Präsidentin traf stellvertretende UN-Generalsekretärin Migiro – Ehrung für Theodore Bikel – Ausstellungseröffnung an der Columbia Universität

Zu einem dreitägigen Arbeitsbesuch reiste Nationalratspräsidentin Barbara Prammer nach New York. Auf dem Programm stand eine Tagung der Interparlamentarischen Union (IPU), politische Gespräche mit hochrangigen UN-Repräsentantinnen sowie die Ehrung eines außergewöhnlichen Künstlers und die Eröffnung einer Ausstellung mit Österreich-Bezug. Den Schwerpunkt des Aufenthalts bildete das IPU-Treffen zur Vorbereitung der Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen im kommenden Jahr in Genf. Prammer gehört dem Vorbereitungskomitee an. Die IPU, der Zusammenschluß der nationalen Parlamente, ist die älteste weltweite parlamentarische Organisation.

Prammer hat vor allem die Ergebnisse einer Konferenz der ParlamentspräsidentInnen im vergangenen Juli in Wien eingebracht: „Ich sehe meine Aufgabe darin, dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse auf die Agenda der Genfer Konferenz gesetzt werden.“ Zentrale Themen in Wien waren Gewalt gegen Frauen und die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf Frauen. Die globale Krise beschäftigt die IPU auch im Hinblick auf die Frage nach demokratischer Verantwortlichkeit. Prammer pocht auf eine starke Rolle der Parlamente: „Unsere wesentliche Aufgabe ist neben der Gesetzgebung die Kontrolle.“



Foto: Parlamentsdirektion/Gerhard Marschall

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (li.) und Asha-Rose Migiro, stellv. UN-Generalsekretärin nach den Gesprächen im UN-Hauptquartier in New York

Das IPU-Treffen fand im UN-Hauptquartier statt, was auch Gelegenheit zu Gesprächen mit wichtigen Vertreterinnen der Vereinten Nationen gab. Prammer war mit Asha-Rose Migiro, stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen und mit Inés Alberdi, Exekutivdirektorin von UNIFEM, des

UN-Entwicklungsfonds für Frauen, zu einem Gedankenaustausch zusammengetroffen.

Prammer ehrt Theodore Bikel

Im Rahmen einer kleinen Feier hat Prammer am Abend des 15. November in der österreichischen Gesandtschaft in New York dem aus Wien gebürtigen Künstler Theodore Bikel das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse übergeben.

Theodore Bikel, am 2. Mai 1924 in Wien geboren, sei eines jener seltenen Multitalente, die nicht nur in einer Disziplin großartige Leistungen vollbringen, sagte Prammer in ihrer Laudatio bei der Übergabe des Ehrenkreuzes. Bikel habe mit seinen Talenten als Folksänger und Schauspieler zur Unterhaltung und Freude vieler Menschen beigetragen. Prammer ging dann in ihrer Rede auf einzelne wichtige Stationen seiner Karriere ein. Sie erinnerte u.a. daran, daß Bikel von Laurence Olivier entdeckt wurde und seine Filmkarriere mit einer Nebenrolle in „African Queen“ begonnen habe. 1955 startete er in New York seine Karriere als Folksänger – mit einer Platte mit jiddischen Volksliedern. Prammer würdigte Bikel als einen „Meister der Sprachen, Dialekte und Akzen-



Foto: Parlamentsdirektion/Gerhard Marschall

Ines Alberdi, Exekutivdirektorin der UNIFEM, und NR-Präsidentin Barbara Prammer

Österreich, Europa und die Welt



Foto: David Plakke

NR-Präsidentin Barbara Prammer, Theodore Bikel, Tamara Brooks und Ernst-Peter Brezovszky mit dem Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst

te“, der sechs Sprachen spreche und in 20 singe. 1959 wirkte er in der Broadway-Aufführung des Musicals „A Sound of Music“ über die Trapp-Familie mit – in jenem Musical, aus dem bis heute viele Amerikaner ihr Österreich-Bild beziehen und das in Österreich kaum bekannt sei. Außerdem spielte er mehr als 2000 Mal den Tevye in „Fiddler on the Roof“ (das bei uns unter „Anatevka“ besser bekannt ist).

Prammer ging dann auch auf den politischen Theo Bikel ein und rühmte sein vielfältiges Engagement. 1977 von Präsident Carter in den nationalen Kunstrat aufgenommen, war Bikel u.a. auch Vizepräsident des amerikanischen jüdischen Kongresses. Bikel stehe – wie der vor kurzem ebenso ausgezeichnete Eric Pleskow – „auch für die verschlungene jüngere Geschichte Österreichs mit ihren Abgründen“, sagte Prammer. „Sie wurden angefeindet, vertrieben, ihrer Heimat beraubt und haben nur durch Glück überlebt. Viele andere nicht“, sagte die Nationalratspräsidentin. Die Auszeichnung für Theo Bikel sei auch in diesem Licht zu sehen: „Die Republik zollt Theo Bikel Respekt für sein Lebenswerk, aber auch dafür, daß er Österreich trotz allem verbunden geblieben ist“, schloß Prammer.

Theodore Bikel bedankte sich in bewegten Worten für die hohe Auszeichnung. Er könne zwar nicht vergessen, was damals passiert und was seiner Familie zugefügt worden sei. In Wien habe er die Begeisterung für das Theater erfahren und gelernt, die

Kunst zu lieben. Das verbinde ihn mit der Stadt, in der er sich heute unter Freunden fühle. Er werte die Auszeichnung als Beweis für ein neues Österreich und als Geste des Willens, sich zu verstehen.

Eröffnung einer Ausstellung an der Columbia Universität

Um das historische Datum 1989 dreht sich eine Ausstellung, die Prammer am Abend des 16. November an der Columbia Universität in New York eröffnet hat. Diese



Alle Fotos: Parlamentsdirektion/Gerhard Marschall

Tim Frye, Leiter des Harriman Institute der Columbia Universität, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Lisa Matzinger, Organisation und Produktion, und Andreas Stadler, Leiter Österreichischen Kulturforums New York (v.l.)

soll Studierenden europäische, speziell österreichische Geschichte nahebringen und vor dem Vergessen bewahren.

Auf Schautafeln wird quasi als Kurzfilm die Zeit ab dem Zweiten Weltkrieg bis zu den dramatischen Ereignissen vor 20 Jahren erzählt. „Aus heutiger Perspektive laufen wir Gefahr, diese Ereignisse quasi als zwingend zu sehen“, sagte die Präsidentin anlässlich einer kleinen Eröffnungsfeier. Schließlich sei heute selbstverständliche Realität, daß Länder, die vor kurzem noch hinter dem Eisernen Vorhang lagen, der EU angehören. Und das, obwohl man sich vor gar nicht so langer Zeit noch bewaffnet gegenüberstand.

„Wir haben einen kleinen Anstoß zur Erinnerung an den Ost-West-Konflikt gegeben“, sagte Michael Stadler, Leiter des Österreichischen Kulturforums in New York. In den USA werde nämlich Europa bereits als seit jeher vereinter Kontinent gesehen. Umso wichtiger ist es laut Stadler, Kalten Krieg und Eisernen Vorhang als eine keineswegs ferne Realität zu zeigen.

Die Schau ist auf Tournee durch einige US-Universitäten und machte zur Zeit von Prammers Besuch in New York Station. Tim Frye, Direktor des Harriman Instituts an der Columbia Universität, dankte für diese Veranschaulichung von Zeitgeschichte.

Kuratiert wurde die Schau von Günter Bischof, Professor an der Universität New Orleans und Leiter des dortigen Austria Centers. Organisation und Produktion lag bei Lisa Matzinger aus Wien, die derzeit am Kulturforum ein Praktikum absolviert. ■

Was aus dem Goldenen Dachl herausgekommen ist

Zwischenbilanz der Amtszeit des Generalsekretärs der Alpenkonvention



Foto: RMS/Weger

Marcella Macaluso, Marion Battisti, Marcella Morandini, Vizegeneralsekretärin Regula Imhof, Jaqueline Rauscher, Generalsekretär Marco Onida, Bürgermeisterin Hilde Zach und Wolfger Mayrhofer (v.l.)

Thema des „Jour Fixe“ von Innsbrucks Bürgermeisterin Hilde Zach am 16. November war eine Bilanz der Arbeit des Ständigen Sekretariates der Alpenkonvention, das seit 2003 seinen Hauptsitz in Innsbruck im Goldenen Dachl hat und über eine Außenstelle in Bozen verfügt. Zach erinnerte daran, daß Innsbruck mit großem Einsatz um den Sitz dieses Sekretariats gekämpft habe, hob die große Zahl an Aktivitäten und die Fülle der Publikationen hervor und verwies darauf, daß diese mehr Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdienten.

Der seit nunmehr 2 ½ Jahren im Amt befindliche Generalsekretär der Alpenkonvention, Marco Onida, berichtete eingangs über Arbeit und Ziele der Alpenkonvention und brachte zum Ausdruck, daß die Entwicklung und der Erhalt der Alpen eine gemeinsame Politik erfordere. (13,9 Mio. Menschen leben auf einer Fläche von 190.600 km² in den Alpenstaaten Österreich, Italien, Frankreich, Schweiz, Deutschland, Slowenien, Liechtenstein und Monaco.) Die Aktivitäten der Alpenkonvention stünden auf vier Säulen: Unterstützung der Organe, das Alpenbeobachtungs- und Informationssystem (ABIS), die Kooperationen und die Öffentlichkeitsarbeit. Arbeitsgruppen gebe es in den Bereichen

Verkehr, Naturgefahren, Demographie sowie Plattformen in den Bereichen Naturgefahren (PLANALP), Ökologischer Verbund, Wasserwirtschaft und Großraubtiere.

Onida betonte, daß sehr viel Arbeit für die Vertragsparteien, die Alpenstaaten und die EG, gemacht werde, die nicht immer sichtbar sei. Trotzdem seien aber sehr viele Aktivitäten im Goldenen Dachl gesetzt worden, die Beachtung verdienten.

So wurde eine neue Website kreiert, in der alles Wissenswerte über die Alpenkonvention zu finden ist. Mit einer Aufschrift auf der Stubaitalbahn und einer von der Alpenkonvention gesponserten Lok nach Slowenien seien öffentliche Verkehrsmittel als Werbeträger genutzt worden. Täglich um 14.12 Uhr fahre ein Zug mit der Aufschrift „Alpenkonvention“ von Innsbruck nach Wien.

Onida verwies weiters auf die Auftritte des Ständigen Sekretariats bei vielen Bergfilmfestivals, auf eine Ausstellung von Alpenbildern in Bozen, die vielleicht im Frühjahr in Innsbruck gezeigt wird, auf ein Kartenspiel für Kinder und Jugendliche, das in fünf Sprachen Kenntnisse über die Alpenkonvention vermittelt, auf die Initiative „Bergsteigerdörfer“ des Österreichischen Alpenvereins, zu der das Ständige Sekretariat Bei-

träge leistet, auf die gemeinsam mit „SNOWHOW“ veranstaltete Aufklärungsaktion für SchülerInnen über Lawinengefahren, auf das derzeit in der Testphase befindliche Strategiespiel „Transalpin“ zum Thema Transitverkehr für den Einsatz in Schulen, auf das regelmäßig mit Unterstützung des Akademischen Gymnasiums Innsbruck durchgeführte Jugendparlament zur Alpenkonvention und auf den kürzlich herausgebrachten Bildband „Die Alpen“, der eine Visitenkarte der Alpenkonvention mit prachtvollen Bildern und informativen Texten in fünf Sprachen darstellt.

Onida appellierte an die Repräsentanten der Vertragsparteien, daß diese auch in Brüssel und auf internationaler Ebene die Ziele der Alpenkonvention vertreten sollten und hob die Bedeutung der Territorialisierung, der Verankerung der Alpenkonvention in den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, hervor. Die Alpenkonvention sei, wenn sie sich auch dem Schutz der Alpen verpflichtet fühle, keine reine Umweltorganisation. Sie setze sich u.a. auch für die Kultur in den Regionen und für den sanften Tourismus ein. Keineswegs sei sie eine Bremse für die Entwicklung im Alpenraum. ■

<http://www.alpconv.org>

»..und der Kongreß tanzt«

Österreichischer Ball 2009 – Das Wiener Highlight im Londoner Ballkalender und der »Austrian Club London«



Alle Fotos: Österreichischer Klub London

Im großen Jugendstil-Ballsaal des Sheraton Park Lane Hotels konnten heuer erstmals weit über 400 Gäste begrüßt werden.

Am 31. Oktober 2009 fand im noblen Sheraton Park Lane Hotel im Herzen von London der 8. Österreichischer Ball statt. Das Motto des diesjährigen Balles „... und der Kongreß tanzt“ sollte darauf hinweisen, daß die Österreicher – trotz der Wirtschaftskrise – weiterfeiern, wie schon zu Metternichs Zeiten. Dieses authentische Wiener Ballerlebnis zieht alljährlich nicht nur viele in London lebende Österreicher an, sondern auch Geschäftspartner von österreichischen Unternehmen, tanzfreudige Engländer und viele Freunde Österreichs.

Im großen Jugendstil-Ballsaal konnten heuer erstmals weit über 400 Gäste begrüßt werden. Unter den Ehrengästen befand sich die Österreichische Botschafterin in London, Gabriele Matzner-Holzer, und Wiens Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr, Rudolf Schicker. Weiters waren Vertreter der Außenhandelsstelle und des Österreichischen Kulturforums in London anwesend so-



Österreich, Europa und die Welt



wie zahlreiche Gäste aus Wirtschaft und Industrie.

Der Abend begann mit einer Champagne Reception, gefolgt von einer Operetteneinlage des Duos „Divadivo“ und einer Tanzeinlage. Dann folgte die Ansprache des Präsidenten des „Austrian Club London“, Jürgen Bischof, und der Vizepräsidentin, Sigrid Stropnik. Anschließend ergriffen Botschafterin Matzner-Holzer und Stadtrat Rudi Schicker das Wort und begrüßten die anwesenden Gäste. Nach diesen Eröffnungsreden

wurde das festliche Essen mit „Wiener Note“ an die Tische serviert. Studenten der London School of Economics Austrian Society eröffneten, so, wie es in Wien üblich ist, mit der „Annen Polka“ den Ball und die Gäste konnten bis in den frühen Morgen auf der riesigen Tanzfläche das Tanzbein schwingen. Schwungvolle und traditionelle Musik kamen von der bekannten Opernballband „Axel Rot“ und den „Wiener Walzertraum Mädels“, die für den Ball extra aus Wien angeflogen waren.

Noch vor Mitternacht gab es die traditionelle Tombola, in der auch heuer wieder zahlreiche Preise, darunter Flüge und Hotelaufenthalte in Österreich, Schmuck, Wein und vieles mehr verlost wurden. Der Großteil des Reinerlöses der Tombola kommt dem Botschaftsfond der Hilfsbedürftigen Österreicher in London zugute.

Den Österreicher Ball in London verbindet nun schon seit Jahren eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Wien, die Hauptsponsor des Balles ist. Ohne die zahlreichen



Österreich, Europa und die Welt



Vizepräsidentin Sigrid Stropnik, Wiens Verkehrsstadtrat Rudolf Schicker und Austrian Club London-Präsident Jürgen Bischof

Sponsoren könnte der Österreicher Ball in London nicht bestehen.

Das Ballkomitee des „Austrian Club London“ verbringt viele Monate im Jahr mit der Organisation dieses echten Wiener Ballerlebnisses in London. Durch dessen unermüdlichen Einsatz wurde der Ball über die



Hervorragende Stimmung auch beim Tanzen der »Annen Polka«

Jahre immer größer und glanzvoller und ist heute ein wichtiger Bestandteil der Londoner Ballsaison geworden. Vizepräsident Reinfrid Vergeiner war dieses Jahr zum zweiten Mal Head of the Austrian Ball Committee und hat sehr viel seiner Freizeit für Organisation und Gelingen des Balls beigetragen.

Die ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder unter dem Vorsitz von Jürgen Bischof organisieren aber nicht nur den Österreicher Ball, sondern über 15 kleinere und größere Events für Jung und Alt in London.

Zu den Fixpunkten gehören hier etwa die „After Work Drinks“, die jedes zweite Monat jeweils am letzten Dienstag in einem Pub in Soho stattfinden. Zu dieser Veranstaltung kommen meist Österreicher, die in London berufstätig sind und einfach nette Leute kennenlernen wollen. Für das jüngere Publikum werden übers Jahr auch mehrere Parties veranstaltet, wobei der Disco Abend „Rock me Amadeus“ und die Krampusparty „Fire & Ice“ in der Botschaft zu den Highlights zählen. Für die österreichischen Familien und langjährige Mitglieder gibt es Sonntag-Nachmittagsjause, Spargelessen, ein Knödelfest-

ival, kulturelle Ausflüge in London und in die Umgebung oder etwa die traditionelle Feier zum Nationalfeiertag. Der Klub schafft es, die älteren Mitglieder genauso anzusprechen, wie junge Leute und Familien.

Für den Österreicher Klub London ist das Jahr 2009 ein ganz besonderes Jahr: der Klub wurde vor 25 Jahren vom damaligen Botschafter Reginald Thomas gegründet und fast zwei Jahrzehnte von Erika Walker geleitet. Das „Silberne Jubiläum“ wurde im September feierlich in der Österreichischen Botschaft begangen.

Über die Jahre hindurch hat sich der Klub sehr verändert, aber der Grundsatzgedanke blieb immer erhalten: Ein Stück Heimat nach London zu bringen, Österreicherinnen und Österreichern Freude und Zeit zu geben. Der Klub arbeitet nicht nur mit den Österreichischen Instituten in London zusammen, sondern auch mit Firmen und öffentlichen Einrichtungen. Die Mitglieder werden durch die „Austrian Club News“ drei Mal im Jahr informiert. Es gibt aber auch einen e-Mailverteiler, über den alle möglichen Informationen ausgeschickt werden. Das beginnt bei Wohnungssuche, geht über Jobausschreibungen, Ankündigungen von Musikveranstaltungen bis zu Wissenswertem für die „einheimischen“ Österreicher. Mehr Informationen über den Klub, die monatlichen Veranstaltungen und natürlich jede Menge Fotos finden Sie auf Webseite des Klubs. ■

<http://www.austriancublondon.com>



Vizepräsidentin Sigrid Stropnik und Austrian Club London-Präsident Jürgen Bischof danken Botschafterin Gabriele Matzner-Holzer mit einem Blumenstrauß.

60 Jahre SOS-Kinderdorf

Österreichische Kolonie spendet für 14. Kinderdorf in Chile

Die erfolgreiche SOS-Kinderdorf-Arbeit in Chile nahm 1965 in Concepción ihren Anfang, als Pater Andrés Schlosser das erste chilenische SOS-Kinderdorf errichtete. Unzureichende oder gar fehlende Infrastruktur in der näheren Umgebung des SOS-Kinderdorfes führten in den Folgejahren zum Bau einer beachtlichen Zahl von zusätzlichen Einrichtungen an diesem Standort, darunter Kindergärten, Jugendeinrichtungen, eine technische Schule, ein SOS-Mütter- und Mitarbeiterschulungszentrum sowie Sozialzentren. Gleichzeitig wurde der SOS-Kinderdorfverein in Santiago gegründet mit Hilfe des österreichischen Ehepaares Godofredo und Nora Stutzin. Die ersten Häuser dieses Dorfes wurden 1968 eingeweiht. Auch in anderen Gegenden Chiles, vor allem in der Zentralregion, stieg die Zahl der SOS-Kinderdörfer stetig an. Ende der 70er-Jahre gab es bereits sieben, Ende der 90er dann insgesamt dreizehn Kinderdörfer. 1994 wurden die lokalen Vereine, die bis dato für die Verwaltung und den Betrieb der einzelnen SOS-Kinderdörfer verantwortlich waren, in einen nationalen SOS-Kinderdorf-Verein integriert.

1999 wurde in Calama, einer 120.000 Einwohner zählenden Stadt in der Atacama Wüste im Zentrum eines Bergbaugebietes, das erste Übergangshaus zur temporären pädagogischen und medizinischen Betreuung von Kindern eingerichtet. Im selben Jahr wurden auch erste Kontakte mit den Behörden der Osterinsel aufgenommen, um die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Als erste vertrauensbildende Maßnahme wurde für das Gymnasium der Insel ein Sportplatz angelegt und sämtliche Sanitäreinrichtungen der Schule erneuert. Überdies finden Jugendliche Aufnahme und Betreuung in SOS-Jugendwohngemeinschaften am Festland, um dort eine Berufsausbildung absolvieren zu können.

Im Juni 2000 wurde Zentral- und Südküste von verheerenden Unwettern heimgesucht. Um der Bevölkerung in Carahue, einer Kleinstadt etwa 50 km von Temuco entfernt, Schutz vor neuerlichen Regenfällen zu bieten und somit einen sehr notwendigen Beitrag zum Wiederaufbau ihrer Unterkünfte zu leisten, stellte SOS-Kinderdorf International Mittel für den Kauf von Wellblech-



Foto: R. Delaval

Martín Urrutia, Präsident von SOS Kinderdorf Chile, Viviana Nunes, Kinderdorf-Patin, Botschafter Wolfgang Angerholzer und Gattin Susanne, Kinderdorf-Patin

dächern für knapp 200 Familien zur Verfügung. SOS-Kinderdorf arbeitet hervorragend mit der staatlichen chilenischen Kinder- und Jugendfürsorgebehörde (SENAME) zusammen, was wesentlich zum Erfolg der Arbeit im Lande beiträgt.

Zurzeit gibt es in Chile 13 SOS-Kinderdörfer, fünf SOS-Jugendeinrichtungen, sechs SOS-Sozialzentren (unter anderem Kindertagesstätten), vier SOS-Kindergärten mit Kinderkrippen für Babies, ein SOS-Ausbildungszentrum für Mütter und Personal, eine berufsbildende Schule und zwei Krankenstationen.

Der 60. Geburtstag von SOS Kinderdorf wird auch in Chile gefeiert. In der Residenz des österreichischen Botschafters in Santiago, versammelte sich die große SOS Kinderdorf Familie – Kinder, Kinderdorfmütter, Paten, Funktionäre, Freunde und Unterstützer – ganz im Sinne des Kinderdorfgedankens. Außenminister Michael Spindelegger würdigte SOS-Kinderdorf in seiner Grußbotschaft als „internationale Bewegung zugunsten der Mitmenschlichkeit“.

SOS-Kinderdorf Chile ist seit seinen An-

fängen eng mit der in Chile ansässigen österreichischen Kolonie verbunden, die mit Tatkraft die ersten Niederlassungen ins Leben rief und auch finanziell förderte. Dieser Tradition folgend, überreichte der Präsident des Vereins der Österreicher in Chile, Peter Moldovanyi, einen Scheck für die Ausstattung des knapp vor seiner Übergabe stehenden 14. Kinderdorfs in Chile.

Mit seiner Gründungsidee hat der Vorarlberger Hermann Gmeiner neue Maßstäbe bei der Fürsorge für Kinder gesetzt. Dieses Konzept ging um die Welt: heute bestehen 500 Kinderdörfer in 132 Ländern. Im lateinamerikanischen Vergleich ist Chile jenes Land, mit dem von SOS Kinderdorf die engste Form der Zusammenarbeit mit Regierungsstellen erzielt werden konnte. „Dieses wechselseitige Vertrauen schlägt sich nicht zuletzt in der Höhe der Subventionen durch die chilenische Regierung nieder“, unterstreicht Heinrich Müller, stellvertretender Generalsekretär von SOS-Kinderdorf International für Lateinamerika und die Karibik. ■

<http://www.aussenministerium.at/santiagodechile>

<http://www.sos-kinderdorf.at>

Innsbrucker Kultur in Krakau

»Innsbrucker Kulturtage« in Krakau, Hauptstadt der Woiwodschaft Kleinpolen, vom 27. bis 29. Oktober waren ein schöner Erfolg.



Foto: Bor Slana © www.fa-bobo.si

StRin Marie-Luise Pokorny-Reitter, Bezirksfeuerwehrkommandant Anton Larcher, Abteilungsleiterin Birgit Neu, Kulturamtsleiter Horst Burmann, StR Christoph Kaufmann, Vizebgm. Eugen Sprenger und Gattin Maryla sowie GR Martin Hof (v.l.)

Vom 27. bis 29. Oktober fanden in Krakau die ersten Innsbrucker Kulturtage statt. Die offizielle Delegation der Stadt Innsbruck mit Vizebgm. Eugen Sprenger und Gattin Maryla, StRin Marie-Luise Pokorny-Reitter, StR Christoph Kaufmann, GR Martin Hof, Abteilungsleiterin Birgit Neu und Kulturamtsleiter Horst Burmann wurde vom Präsidenten der Stadt Krakau, Prof. Jacek Majchrowski, und vom Generalkonsul der Republik Österreich, Christofe Ceska, freundlich willkommen geheißen.

Innsbruck nahm die Gelegenheit wahr, sich als vielfältige Kulturstadt zu präsentieren. Vizebgm. Sprenger hob in seiner Ansprache die Lebendigkeit dieser Partnerschaft hervor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Kulturtage in Krakau weiter zur Intensivierung der Partnerschaft beitragen werden. „Vielleicht bringen die Kulturtage so manche Krakauerin und so manchen Krakauer auch auf den Geschmack, der Partnerstadt Innsbruck einen Besuch abzustatten“, so Sprenger.

Höhepunkte waren am 27. Oktober das Konzert des Tiroler Symphonieorchesters

Innsbruck unter Dirigent Georg Fritzsich in der Krakauer Philharmonie mit Werken von Haydn und Mozart sowie von Werner Pirchner die Soirée Tyrolienne. Die Philharmonie war praktisch ausverkauft, das Konzert ein voller Erfolg, der Dirigent sowie das Orchester und der Cellist Isang Enders wurden mit großem Applaus bedacht und mussten dreimal auf die Bühne kommen.

Am 28. Oktober luden die Innsbrucker Kulturtage zu einem Jazzkonzert mit der Innsbrucker Band „Die Erben“ (Florian Bramböck, Stefan Kosta, Walter Rumer, Herbert Walser, Charly Fischer) im bis auf den letzten Platz gefüllten Musikclub Alchemia. Auch dieses Konzert war ein großer Erfolg.

Am 29. Oktober fand in der Katherinenkirche Krakau ein Orgelkonzert von Reinhard Jaud statt. Auf dem Programm standen Werke von Johann Ferdinand Norbert Seger, Johann Georg Albrechtsbecher, Joseph Haydn, Carl Czerny, Franz Liszt, Anton Bruckner, Louis Vierne und Peter Planyavsky. Dem Konzert wohnten mehr als 250 BesucherInnen bei und auch hier wurde der Interpret mit begeistertem Applaus bedacht.

Vizebgm. Sprenger erinnerte daran, daß die Städtepartnerschaft zwischen Innsbruck und Krakau seit 19. August 1998 besteht. „In der offiziellen Partnerschaftsurkunde sprachen sich unsere beiden Städte für eine dynamische Beziehung auf allen Ebenen des Stadtlebens aus.“ Unterschiedlichste Aktivitäten wurden – so Sprenger – seither gesetzt, so z. B. die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sozialwesens, des Tourismus (Schülerinnen aus Krakau in der Villa Blanca) und der Feuerwehren sowie das Austauschprogramm „Szum“, der Besuch von Krakauer Kindern im Tiroler Ferienlager Wildmoos und der Einsatz von Krankenpflegerinnen aus Krakau in Innsbruck.

Als erste offizielle Initiative auf kultureller Ebene waren vor sieben Jahren Künstlerinnen und Künstler unter dem Titel „Krakauer Kulturtage in Innsbruck“ in Tirol zu Gast. Aufgrund des Erfolges der Veranstaltung entstand die Idee, „Innsbrucker Kulturtage“ in Krakau zu veranstalten.

Mit 3,5 Millionen Einwohnern ist Malopolska („Klein Polen“) die viertgrößte der 16 Regionen Polens. ■

Johannes Hahn wird EU-Kommissar für Regionalpolitik

EU-Präsident Barroso gab sein neues Team bekannt

José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, gab am 27. November die Ressortverteilung für die nächste Kommission bekannt. Er hat mit allen Nominierten intensive Gespräche geführt, um „den richtigen Menschen den richtigen Job“ zuzuordnen. Barroso ist der Meinung, daß sein neues Team die Aufgaben bewältigen wird, die er in seinen politischen Vorgaben im vergangenen September formuliert hat.

Barroso erklärte, es gebe ein europäisches Programm, jetzt gebe es auch ein europäisches Team, das neue Dynamik in die Bewältigung der größten Herausforderung bringen wird, mit der sich Europa aktuell konfrontiert sieht.

Johannes Hahn, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und von Österreich als EU-Kommissar nominiert, wurde von Barroso die Generaldirektion für Regionale Entwicklung zugeteilt. Die Übersicht über die Verteilung der Ressorts finden Sie unter http://europa.eu/index_de.htm

„Die gemeinsamen rot-weiß-roten Bemühungen haben zu einem Erfolg geführt. Johannes Hahn übernimmt ein außerordentlich wichtiges Zukunftsressort“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann zur bevorstehenden Bestellung Hahns. „Ich bin stolz darauf, daß die vielen Gespräche, die ich in dieser Angelegenheit geführt habe, zu einem großartigen Ergebnis für Österreich geführt haben“, so der Bundeskanzler weiter.

Faymann erinnert daran, daß das Ressort Regionalpolitik ein Budget in Höhe von 347 Milliarden Euro verwaltet – dotiert für die Jahre 2007 bis 2013. Das entspreche mehr als einem Drittel des EU-Gesamtbudgets, sei das zweitgrößte Teilbudget in der EU. Die Regionalpolitik der EU habe drei Ziele: Konvergenz, regionale Wettbewerbsfähigkeit und territoriale Zusammenarbeit. Auch das Burgenland wurde aus diesem Ressort als Ziel-1-Gebiet gefördert. Es sei ein eindeutiges Zukunftsressort, weil es sich mit Arbeitsplätzen, regionaler Entwicklung und den Zusammenhalt in Europa beschäftigt. Es sei davon auszugehen, daß das Budget in der nächsten Finanzvorschau noch weiter wachsen wird. Seit dem Jahr 2000 seien unter anderem mit diesen Mitteln rund 600.000 Ar-

beitsplätze geschaffen worden. Besonders wichtig seien die Mittel für Mittel- und Osteuropa, wo auch Österreich wesentliche wirtschaftliche Interessen habe. Zu diesem Ressort gehöre außerdem auch der sogenannte



Johannes Hahn
designierter EU-Kommissar
Foto: ÖVP / Jakob Glaser

„Solidaritätsfonds“, ein Krisenfonds, der im Katastrophenfall von Mitgliedstaaten angefordert werden kann. Die Generaldirektion Regionalpolitik zähle darüber hinaus mit rund 800 MitarbeiterInnen zu den größeren Generaldirektionen der Europäischen Kommission, so der Kanzler.

Stolz zeigt sich ÖVP-Parteiboss Josef Pröll: „Wir haben uns von Anfang an – vor allem auch hinter den Kulissen – für ein gewichtiges Zukunftsressort stark gemacht. Mit der heutigen Entscheidung ist klar: Wir haben für Österreich das Beste herausgeholt.“ Daß Österreich ein so gewichtiges Ressort erhalte, unterstreiche die Rolle, die wir als Brücke zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten spielten. „Die EU-Regionalpolitik finanziert Infrastrukturprojekte in ganz Europa und setzt einen deutlichen Schwerpunkt bei der Informationsgesellschaft. Sie ist damit eine ganz zentrale Politik für die Wirtschaft und neues Wachstum in den Regionen“, so der Vizekanzler.

Luc Van den Brande, Präsident des Ausschusses der Regionen (AdR), gratulierte dem designierten österreichischen EU-Kommissar zu dessen Nominierung für das Regionalressort in der neuen Mandatsperiode der EU-Exekutive, und sieht einer Diskussion seiner politischen Ziele entgegen.

Van den Brande unterstrich die guten Arbeitsbeziehungen zwischen der Europäi-

schen Kommission und dem Ausschuss der Regionen, der Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU, und erklärte: „Durch die Entwicklung einer fairen und ausgewogenen Regionalpolitik auf europäischer Ebene haben wir in den vergangenen Jahrzehnten konkrete Resultate für die Bürgerinnen und Bürger erzielt. Die Regionalpolitik ist eine echte Erfolgsgeschichte der EU. Der Ausschuss der Regionen freut sich, mit dem designierten EU-Kommissar Johannes Hahn nun zu diskutieren, wie man die Regionalpolitik als Kernaufgabe der Europäischen Union stärken und sie an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen kann.“

Johannes Hahn

Geboren: 1957 in Wien
Familienstand: Verheiratet mit Marina Hahn, ein Sohn (geb. 1988)

Ausbildung

Studium der Philosophie; Promotion 1987

Beruflicher Werdegang

1985 – 1992 Managementfunktionen in verschiedenen Bereichen der österreichischen Wirtschaft und Industrie
1992 – 1997 Landes-GF der ÖVP Wien
1997 – 2003 Mitglied des Vorstandes, zuletzt Vorstandsvorsitzender (CEO) der Novomatic AG

Politische Funktionen

1980 – 1985 Obmann der Jungen ÖVP
1992 – 1997 Landes-GF der ÖVP Wien
1996 – 2003 Gemeinderat und Landtagsabgeordneter sowie Gesundheitssprecher der ÖVP Wien
2002 – 2005 stellvertretender und ab 2004 gf. Landesparteiobmann
2003 – 2007 Mitglied der Wiener Landesregierung
24.06.2005 Wahl zum Landesparteiobmann am Landesparteitag der ÖVP Wien
seit Jänner 2007 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

EU-Erweiterung

Das EP hat die Fortschritte bestehender und potentieller Beitrittskandidaten auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft bewertet.

In einer Resolution fordern die Abgeordneten des Europaparlaments u.a. weitere Anstrengungen der Türkei bei der Religions- und Meinungsfreiheit und bei der Umsetzung der Justizreform sowie die Schließung der bleiverseuchten Lager im Kosovo.

Es sei unerlässlich, daß sowohl die Bewerberländer als auch die EU sich fest dazu verpflichten, alle Kriterien, die 1993 auf dem Europäischen Rat von Kopenhagen festgelegt wurden, vollständig und rigoros einzuhalten, auch was die Fähigkeit der EU zur Integration betrifft, so das Europäische Parlament in seiner Resolution zur Erweiterungsstrategie für 2009.

Türkei: Das EP lobt die Fortschritte, die die Türkei als Bewerberland bei der Erfüllung der Beitrittskriterien gemacht hat, fordert jedoch auch die türkische Regierung und alle parlamentarischen Parteien auf, die wichtigsten anstehenden Reformen, wie z.B. die Reform der Justiz, rasch umzusetzen.

Die Abgeordneten sind besorgt über die Lage im Bereich der freien Meinungsäußerung, besonders nachdem zum ersten Mal eine Geldstrafe gegen einen Medienkonzern verhängt wurde. Sie bedauern die geringen Fortschritte auf dem Gebiet der Religionsfreiheit und fordern die Regierung nachdrücklich auf, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der es allen nichtmuslimischen Religionsgemeinschaften und der Gemeinschaft der Alewiten ermöglicht, ihre Religion ohne unangemessene Einschränkungen auszuüben.

Außerdem müsse die türkische Regierung aktiv zu einer umfassenden Lösung der Zypernfrage beitragen, so die Abgeordneten. Sie fordern die türkische Regierung und alle politischen Kräfte auf, sich konkret mit der Lage der Bürger kurdischer Herkunft zu befassen.

Nachdem die Türkei die zwischenstaatliche Vereinbarung über den Bau der Erdgaspipeline Nabucco unterzeichnet habe, müsse man nun das Energiekapitel in den Beitrittsverhandlungen öffnen, so das Parlament.

Kroatien: Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien könnten bis Mitte 2010 abgeschlossen werden – vorausgesetzt, das Land erfüllt alle erforderlichen Kriterien, einschließlich

einer umfassenden Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, so das EP.

Kosovo: Die internationalen und kosovarischen Behörden müßten „alles in ihrer Macht Stehende tun, damit die bleiverseuchten Lager für Binnenvertriebene Çesmin Llugë, Osterode und Leposavić, die in unmittelbarer Nähe der hochgiftigen Bergeorte der Bleimine von Trepça angesiedelt sind, umgehend geschlossen werden“. Man müsse die grundlegendsten Menschenrechte der dort lebenden Familien achten und sie an sichere Orte bringen, die menschenwürdige hygienische Verhältnisse aufweisen.

Das EP begrüßt „die bisher nie dagewesene hohe Beteiligung der Serben im Kosovo“ an den Kommunalwahlen vom 15. November. Dies sei ein „positives Signal dafür, daß die Gemeinschaft der Serben im Kosovo willens ist, ihre Verantwortung in den Institutionen des Kosovo zu übernehmen“.

Serbien: Die Abgeordneten bedauern, daß die serbischen Behörden die Serben im Kosovo aufgefordert hatten, die Kommunalwahlen zu boykottieren, und fordern sie auf, eine konstruktive Haltung einzunehmen.

Das Parlament ist zufrieden mit den Fortschritten Serbiens bei der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Zudem sei das Land vor dem Hintergrund der Finanzkrise entschlossen, auf dem Weg hin zur EU-Mitgliedschaft voranzukommen.

Mazedonien: Die Parlamentarier fordern die EU-Regierungen auf, auf ihrem Gipfel im Dezember ein Datum „in naher Zukunft“ für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu setzen. Das EP hofft, daß die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Griechenland ihre Anstrengungen zur Lösung der Namensfrage vertiefen.

Bosnien und Herzegowina habe als potenzieller Kandidat auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft „nur mäßige Fortschritte“ gemacht. Das EP ist „zunehmend besorgt über das instabile politische Klima und das Fehlen einer gemeinsamen Vision der beiden Teilstaaten“ und fordert die Behörden in Bosnien und Herzegowina und in Albanien auf, die Vorbereitungen für einen visumfreien Reiseverkehr rascher voranzutreiben, damit die Visumfreiheit für die Bürger dieses Landes ab Juli 2010 in Kraft treten kann.

Albanien und Montenegro: Die Abgeordneten erkennen die Fortschritte an, die Albanien und Montenegro seit dem letzten Fortschrittsbericht gemacht haben und fordern beide Länder auf, in ihren Reformbemühungen fortzufahren.

Island: Das Parlament begrüßt den Beitrittsantrag Islands und geht davon aus, daß das Land angesichts seiner hohen Anpassung an das EU-Recht in nicht all zu ferner Zukunft den Status eines Kandidatenlandes erhalten wird. ■

Klimakonferenz in Kopenhagen: EU muß Führungsrolle einnehmen

Kurz vor Beginn der internationalen Verhandlungen über ein neues, umfassendes Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012, die ab dem 7. Dezember in Kopenhagen stattfinden, ersucht das Europäische Parlament die Staats- und Regierungschefs aller beteiligten Staaten, der Bekämpfung des Klimawandels höchstmögliche Priorität einzuräumen. Die EU müsse eine Klimaaußenpolitik entwickeln und geschlossen auftreten und ehrgeizige Ziele anstreben.

In einer Resolution fordert das EP ein ambitioniertes und rechtsverbindliches Übereinkommen, das Ziele zur Verringerung der Emissionen in Industrie- und Entwicklungsländern, Finanzierungsverpflichtungen und Strafen bei Nichteinhaltung festschreibt.

„Die EU hat die Führerschaft übernommen, und wir wollen auch, daß das in Kopenhagen so bleibt. Deshalb müssen wir zu unserem Angebot stehen“, sagte der Vorsitzende des Umweltausschusses Jo Leinen (SPD). ■

LH Durnwalder trifft Wiener Außenministerium

Euregio, Finanzen, Zuständigkeiten; Abkommen mit Kamtschatka unterzeichnet

Ein baldigen Durchbruch bei den Verhandlungen mit Rom rund um Finanzen und Zuständigkeiten konnte Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder am 27. November Georg Stillfried, dem Leiter der für Südtirol zuständigen Abteilung im Außenministerium in Wien, und Teresa Indjein Untersteiner, Generalkonsulin in Mailand, in Aussicht stellen. Zur Sprache kamen auch Euregio und Verfassungs-Präambel.

Stillfried und Indjein Untersteiner bekamen von Durnwalder einen Überblick über die neuesten Entwicklungen in und um Südtirol. So ging es um die wirtschaftliche Lage ebenso wie um Soziales, Kultur und Politik. Besonderes Augenmerk galt aber den Verhandlungen mit der römischen Regierung rund um Finanzregelung und Zuständigkeiten. „In beiden Bereichen hoffen wir, die Verhandlungen demnächst abschließen zu können, sodaß das Ergebnis noch im staatlichen Finanzgesetz festgeschrieben werden kann“, so der Landeshauptmann.

Gegenstand der Finanz-Verhandlungen sind in erster Linie die immer noch eingefrorenen Geldmittel, die Südtirol aufgrund der übernommenen Zuständigkeiten zustehen, sowie eine künftig neu zu fassende Finanzierung der Autonomie. Im Zuge der Verhandlungen geht es aber auch um einen Ausbau der Zuständigkeiten des Landes. „Wir verhandeln vor allem über die Finanzierung der RAI, um die Post, die Staatsliegenschaften und Steueragenturen“, erklärte Durnwalder.

Angesprochen wurden auch die neuesten Entwicklungen rund um die Europaregion Tirol. „Die beiden Vertreter Österreichs waren natürlich auf dem ILaufenden, was unsere gemeinsame Innsbrucker Erklärung und den neuen Rechtsstatus der Euregio betrifft“, so Durnwalder, der im Gespräch klarmachte, daß Südtirol die Euregio als in Zukunft immer wichtigeres politisches Standbein betrachte.

Zur Sprache kam schließlich auch die derzeit aktuelle Diskussion rund um die Festbeschreibung der Schutzmachtfunktion Österreichs in einer Präambel der Verfassung. „In diesem Zusammenhang – und nicht nur – wird der Südtirol-Ausschuß des österreichischen Parlaments Anfang Dezember Südtirol



Foto: LPA/Perth

Hat über Südtirol informiert: LH Luis Durnwalder mit Indjein Theresa Untersteiner, österr. Generalkonsulin in Mailand, und Abteilungsleiter Georg Stillfried (re.)

besuchen, um sich persönlich ein Bild zu machen und die entsprechenden Kontakte zu pflegen“, so Durnwalder.

Zusammenarbeit Südtirol-Kamtschatka Durnwalder unterzeichnet Abkommen

Zwei Tage lang halten sich Landeshauptmann Durnwalder, Landesrat Michl Laimer und eine Delegation Südtiroler Unternehmer in Moskau auf, um – nach deren Besuch in Südtirol – mit den Vertretern der Region Kamtschatka eine engere Zusammenarbeit auszuhandeln. Höhepunkt dieser Verhandlungen war der Termin im russischen Außenministerium am 24. November, bei dem Durnwalder und der Gouverneur von Kamtschatka, Aleksey Kuzmitskyi, im Beisein von Vertretern der russischen Regierung und rund 100 in Moskau tätigen Botschaftern das Rahmenabkommen zur Zusammenarbeit unterzeichnet haben. „Dieser Vertrag bildet die Basis für einen Austausch vor allem in den Bereichen Tourismus, Alpin-technologie und KlimaHaus“, so der Landeshauptmann.

Das Abkommen bildet die Basis für eine Partnerschaft in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Bildung, Kultur, Forschung, Sport und Tourismus. „Es geht in erster Linie um einen Austausch zwischen unserer Wirtschaft und jener in Kamtschatka, es geht aber auch um einen Austausch zwischen

Forschungs- und Kultureinrichtungen“, so Durnwalder, der etwa an eine gegenseitige Vermittlung von Kunstaustellungen, Künstlergruppen oder Mannschaften diverser Sportarten denkt. Das Abkommen ist auf fünf Jahre angelegt, eine gemeinsame Arbeitsgruppe übernimmt die Aufgabe, es umzusetzen und konkrete Initiativen voranzutreiben.

Der Gouverneur von Kamtschatka, einer Halbinsel fast so groß wie Frankreich aber mit nur rund 350.000 Einwohnern, hat betont, daß seine Region vor allem Hoffnungen in den Tourismus setze. „Hier können wir mit unserem Know How in der Alpin-technologie, im Wintersport-Marketing oder bei Aufstiegsanlagen zur Stelle sein“, so der Landeshauptmann. Darüberhinaus haben die Vertreter Kamtschatkas mit Durnwalder und Laimer über einen Transfer von Wissen und Technik im Bereich der Energieeffizienz und des KlimaHauses verhandelt.

Auch ein Treffen Durnwalders und Laimers mit der Spitze der russischen Staatsbahnen – angeführt von deren Präsidenten, dem Politiker und Diplomaten Vladimir Jakunin – stand auf dem Programm, zudem eine Vorstellung von Südtirols Kultur, Tourismus und Wirtschaft vor russischen Unternehmern und Vertretern von Institutionen. ■

<http://www.provinz.bz.it>

Herbstprognose 2009-2011

EU-Wirtschaft auf dem Weg zu allmählicher Erholung

Laut Herbstprognose der Kommission wird die EU-Wirtschaft die Rezession in der zweiten Jahreshälfte 2009 überwinden, auch wenn für das Gesamtjahr noch ein BIP-Rückgang um rund 4 % zu erwarten ist. Für die Jahre 2010 und 2011 wird eine allmähliche Erholung mit einem BIP-Wachstum von $\frac{3}{4}$ % bzw. $1\frac{1}{2}$ % prognostiziert. Die auf kurze Sicht erwartete Konjunkturbelebung ist nicht nur auf verbesserte Bedingungen in der Weltwirtschaft und an den Finanzmärkten zurückzuführen, sondern auch auf die signifikanten haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen, die ergriffen worden sind. Später dürften dann verschiedene Faktoren die private Nachfrage und somit auch die Stärke des Aufschwungs dämpfen. So geht die Prognose insbesondere von einer weiterhin schwachen Arbeitsmarktentwicklung und einem Anstieg der EU-Arbeitslosenquote auf $10\frac{1}{4}$ % aus. Auch das öffentliche Defizit wird steigen und 2010 $7\frac{1}{2}$ % des BIP erreichen, bevor es 2011, wenn die Wirtschaft wieder Tritt faßt und die befristeten Maßnahmen allmählich auslaufen, geringfügig zurückgeht.

„Die EU-Wirtschaft kommt aus der Rezession, was in hohem Maße den ehrgeizigen Maßnahmen der Regierungen, Zentralbanken und der EU zu verdanken ist, die nicht nur einen Systemzusammenbruch verhindert, sondern auch die Erholung angestoßen haben. Allerdings liegen noch viele Herausforderungen vor uns. Um die Dynamik der Wiederbelebung zu erhalten und ihre Nachhaltigkeit zu unterstützen, müssen wir sämtliche angekündigten Maßnahmen zur Gänze umsetzen und die Gesundung des Bankensektors zu Ende führen. Auch müssen wir uns allmählich stärker auf die mittlere Sicht konzentrieren und uns überlegen, wie wir die negativen Auswirkungen der Krise auf unsere Arbeitsmärkte, öffentlichen Finanzen und Wachstumspotenziale in den Griff bekommen“, so Wirtschafts- und Finanzkommissar Joaquín Almunia.

Nach der tiefsten, längsten und umfassendsten Rezession ihrer Geschichte hat die EU-Wirtschaft nun einen Wendepunkt erreicht. Wirtschaftslage und Finanzbedingungen haben sich in den letzten Monaten merklich verbessert, was vor allem auf die beispiellosen haushalts- und geldpolitischen Maßnahmen zurückzuführen ist. Verschie-

dene Finanzindikatoren haben inzwischen wieder ihren Stand von vor der Krise erreicht, und das Vertrauen nimmt zu. Auch die Aussichten für Weltwachstum und -handel haben sich aufgehellt, insbesondere in den aufstrebenden Volkswirtschaften. Aufgrund dieser Entwicklungen und der sich günstig auswirkenden Lagerbestandsanpassungen dürfte das BIP-Wachstum in der EU und im Euroraum in der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder positiv ausfallen.

Allmähliche Erholung steht bevor

Die besseren kurzfristigen Aussichten für die EU und die Weltwirtschaft sind teilweise auf befristete Faktoren zurückzuführen. Wenn diese im Laufe von 2010 auslaufen, dürfte die Weltkonjunktur vorübergehend schwächeln. Das Wachstum der EU-Exporte dürfte sich daher im Prognosezeitraum erst allmählich festigen. Auch die Binnennachfrage wird durch verschiedene Faktoren gebremst. Aufgrund niedriger Kapazitätsauslastung, relativ schwacher Nachfrageaussichten, gedrückter Rentabilitätswachse und noch immer nachlassendem Kreditwachstums dürften sich die Investitionen erst 2011 erholen. Auch wenn sich der private Konsum in der Rezession als stabilisierender Faktor erwiesen hat, dürften die Ausgaben in der Zukunft doch dadurch gebremst werden, daß die privaten Haushalte ihre Verschuldung abbauen müssen und die Arbeitsmarktaussichten schwach bleiben. Ein weiterer restriktiver Faktor ist der geschätzte Negativeffekt der Krise auf das Wachstumspotenzial. Nach einem anfänglichen Anstieg dürfte das BIP-Wachstum in der EU und im Euroraum daher etwas nachlassen, bevor es in der zweiten Jahreshälfte 2010 und danach an Kraft gewinnt.

Auch wenn sich der EU-Arbeitsmarkt in der Rezession als unerwartet widerstandsfähig erwiesen hat (was vor allem auf kurzfristige Politikmaßnahmen, frühere Reformen und das Horten von Arbeitskräften in einigen Mitgliedstaaten zurückzuführen war), ist in den kommenden Quartalen doch mit vermehrten Entlassungen zu rechnen. Für das kommende Jahr wird ein Beschäftigungsrückgang um rund $2\frac{1}{4}$ % und für 2010 ein weiterer Rückgang um rund $1\frac{1}{4}$ % erwartet. Gegen Ende 2010 und im Jahr 2011, wenn

der Aufschwung Tritt fasst, dürfte sich die Beschäftigung dann allmählich stabilisieren.

Die öffentlichen Finanzen haben ebenfalls schwer gelitten. Das öffentliche Defizit dürfte sich in der EU in diesem Jahr verdreifachen (auf annähernd 7 % des BIP, nach $2\frac{1}{4}$ % 2008) und 2010 weiter auf rund $7\frac{1}{2}$ % anwachsen. Diese Verschlechterung ist zum Teil auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren und die diskretionären Konjunkturmaßnahmen zurückzuführen, spiegelt jedoch auch einen ungewöhnlich starken Einbruch der öffentlichen Einnahmen infolge des Konjunkturrückgangs wider. Im Jahr 2011, wenn das Wachstum anzieht und die befristeten Maßnahmen auslaufen, wird mit einem leichten Rückgang des Defizits auf knapp 7 % des BIP gerechnet. Der Aufwärtstrend der Schuldenquote setzt sich allerdings fort.

Inflation bleibt niedrig

Die Inflation dürfte in der EU und im Euroraum gegenüber ihrem aktuell sehr niedrigen Stand zwar etwas zunehmen, im Prognosezeitraum jedoch niedrig bleiben. Die durchschnittliche HVPI-Inflation dürfte 2010 bei gut 1 % und 2011 bei rund $1\frac{1}{2}$ % liegen. Auch wenn steigende Rohstoffpreise für Inflationsauftrieb sorgen dürften, werden die erhebliche Unterauslastung der Wirtschaft und das schwache Lohnwachstum die Teuerung wohl dämpfen.

Nach wie vor große Unsicherheit

Die Aussichten für die EU-Wirtschaft sind nach Überwindung der Rezession höchst unsicher und unterliegen nicht unerheblichen Risiken, die sich jedoch insgesamt etwa die Waage halten. Sollten die politischen Maßnahmen unerwartet wirkungsvoll die Solidität des Finanzsektors wiederherstellen und das Vertrauen stärken oder sollte sich die Weltnachfrage stärker beleben, könnte die Erholung positiv überraschen. Auf der anderen Seite könnten sich die schwachen Arbeitsmarktbedingungen und die Investitionsrestriktionen aber auch stärker auswirken als prognostiziert. Außerdem könnte der Bankensektor, wenn er seine Bilanzen nicht saniert, möglicherweise nicht in der Lage sein, die Erholung ausreichend zu unterstützen. Auch bei den Inflationsaussichten halten sich die Risiken in etwa die Waage. ■

Belebung der Weltwirtschaft, anhaltende Risiken für Konjunktur

Die Belebung des Welthandels und der Industrieproduktion deutet darauf hin, daß sich die Weltwirtschaft seit dem Sommer stabilisiert hat.

Damit scheint der Tiefpunkt der schweren Rezession überwunden zu sein. Allerdings befinden sich Handel und Produktion in den Industrieländern nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau, und das Risiko eines Rückschlags, ausgehend etwa vom labilen Finanz- und Bankensystem, ist nach wie vor gegeben.

Nach dem tiefsten Einbruch seit Jahrzehnten erholt sich der Welthandel seit dem Frühsommer 2009. Sein Volumen lag allerdings zuletzt immer noch um etwa ein Achtel unter dem Höchststand vom April 2008. Die stärksten Impulse für die Weltkonjunktur gehen zunächst von den asiatischen Schwellenländern aus. In China wird ein umfangreiches Konjunkturprogramm zur Stimulierung der Infrastrukturinvestitionen und der privaten Konsumnachfrage umgesetzt. Aufgrund des Exporteinbruchs hatte sich das Wirtschaftswachstum hier zwar in ähnlichem Ausmaß verlangsamt wie in den Industrieländern (von +13% 2007 auf etwa +7% 2009), doch setzte bereits im II. Quartal 2009 eine teils kräftige Expansion ein. Sie strahlt, unterstützt von der Verbesserung der Bedingungen auf den Kapitalmärkten, auf die gesamte Region aus. Die lateinamerikanischen Schwellenländer und die erdölexportierenden Länder profitieren von einer Erholung der Rohstoffpreise.

In den Industrieländern stützt vor allem die expansive Wirtschaftspolitik die Nachfrage. Die Geldpolitik ist nach wie vor expansiv, die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte sowie Ausgabenerhöhungen und Steuersenkungen stärken die Nachfrage merklich. Die gelungene Abstimmung sowohl zwischen Geld- und Fiskalpolitik als auch zwischen den Ländern erhöht die Multiplikatoreffekte der Budgetpolitik. Allerdings wirken die zunehmende Sparneigung der privaten Haushalte und die Investitionszurückhaltung der Unternehmen dämpfend. Dies gilt vor allem für die USA, deren 2009 wirksame Konjunkturprogramme mit etwa 2% des BIP doppelt so umfangreich ausfielen als in der EU. Die öffentlichen und eingeschränkt auch die privaten Konsumausgaben begünstigen das BIP, es dürfte im Jahr 2009 dennoch real

um 2,7% schrumpfen. Der Immobiliensektor – dessen Einbruch im Jahr 2007 den Auslöser für die Finanzkrise bildete – scheint den Tiefpunkt erreicht zu haben. Der Wirtschaftspolitik ist es mit großem Mitteleinsatz auch gelungen, das Finanzsystem vorerst zu stabilisieren. Weil „toxische Wertpapiere“ in erheblichem Ausmaß in den Bilanzen aufscheinen und das Vertrauen zwischen den Finanzmarktakteuren nach wie vor nicht gefestigt ist, dürfte die Situation aber labil bleiben. Für das Jahr 2010 wird mit einem mäßigen Wachstum des BIP gerechnet. Dämpfend wirkt vor allem der Anstieg des Sparanteils am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, der die Konjunktur in den USA auch mittelfristig prägen dürfte.

Im Euro-Raum schrumpfte das BIP von Mitte 2008 bis Mitte 2009 kräftig, im Durchschnitt des Jahres 2009 dürfte es real um 4% zurückgehen. Seit Jahresmitte folgt dem tiefen Konjunkturreinbruch eine vorsichtige Erholung der Produktion. Sie ist vor allem der expansiven Fiskalpolitik zuzuschreiben, die zunehmend nachfragewirksam wird, geht aber auch auf das Ende des Lagerabbaus und zunehmende Nachfrage aus Asien zurück. Durch eine Zunahme der Nachfrage aus Nord- und Lateinamerika sowie von rohstoffexportierenden Ländern könnte sie verstärkt werden.

Innerhalb des Euro-Raumes verlief die Entwicklung recht unterschiedlich. Besonders stark von der Krise betroffen waren jene Länder, in denen eine Immobilienpreisblase platzte (etwa Spanien und Irland) oder deren Wirtschaft überdurchschnittlich vom Export abhängt (etwa Deutschland und die Niederlande). In Frankreich fiel die Rezession deutlich verhaltener aus, weil die Konsumnachfrage stabilisierend wirkte. Industrieproduktion und Auftragseingänge steigen in den meisten Ländern des Euro-Raums mittlerweile wieder. Die Wirtschaft dürfte im Jahr 2010 real um knapp 1% wachsen, die Erholung bleibt damit sehr schwach. Mehrere Faktoren wirken bremsend:

Die Kapazitätsauslastung der Unternehmen ist nach wie vor sehr niedrig; dies hemmt die Investitionsbereitschaft.

Unter dem Druck des starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der hohen Unsicherheit durch die Erschütterungen des Finanzsystems nimmt in vielen Ländern die Sparneigung der privaten Haushalte zu und dämpft so die Konsumnachfrage. Im Jahr 2010 werden nur noch wenige zusätzliche stimulierende Effekte der Fiskalpolitik wirksam. Die Lage vieler europäischer Banken ist nach wie vor labil; dies könnte die Bereitschaft zur Kreditvergabe beschränken. Der Euro wertet gegenüber dem Dollar stetig auf.

Versuchen die Länder mit hohem Leistungsbilanzdefizit wie Spanien und Portugal, ihren Außenwirtschaftssaldo zu korrigieren, ohne daß die Überschußländer wie Österreich und Deutschland ihre Binnennachfrage ausweiten, so droht ein zusätzlicher restriktiver Effekt auf den Wirtschaftsraum.

Aufgrund des tiefen Einbruchs der Produktion nahm die Arbeitslosenquote im Euro-Raum kräftig zu. Kurzarbeit erwies sich in vielen Ländern als sehr erfolgreiches Instrument zur Dämpfung des Beschäftigungseinbruchs. Dennoch dürfte die Arbeitslosenquote im Jahr 2010 fast 11% der Erwerbspersonen erreichen. Bleibt die Konjunkturerholung verhalten, dann dürfte die Arbeitslosigkeit von sehr hohem Sockel ausgehend nur langsam sinken.

Die neuen EU-Länder wurden von der Wirtschaftskrise mehrfach getroffen: Die Rezession bei den westlichen Handelspartnern hatte einen Einbruch von Export und Industrieproduktion zur Folge, das Versiegen der Kapitalzuflüsse beeinträchtigte die in erheblichem Ausmaß kreditfinanzierte Konsum- und Baunachfrage. Während die polnische Wirtschaft, die weniger auf Außenhandel und internationale Kredite angewiesen ist, nicht schrumpfte, ging das BIP in den baltischen Ländern schon 2009 um etwa ein Fünftel zurück. In mehreren neuen EU-Ländern kann trotz der Stabilisierung der internationalen Konjunktur auch 2010 kein Wirtschaftswachstum erwartet werden. Unter dem Druck internationaler Kapitalgeber werden Sparpakete zusammengestellt, die Budgetpolitik wirkt vor allem in Ungarn, Rumänien und dem Baltikum stark prozyklisch. ■

Österreichs Industrie holt Luft

Bank Austria EinkaufsManagerIndex sinkt im November wieder knapp unter Wachstumsschwelle

Der Weg aus der Krise ist für die österreichische Industrie wie erwartet holprig. „Der aktuelle Bank Austria EinkaufsManagerIndex ist knapp unter die Wachstumsschwelle von 50 Punkten gesunken. Der recht kräftige Aufwind, den die befragten Industriemanager in den vergangenen Monaten spürten, ist im November wieder abgeflaut“, bringt Helmut Bernkopf, Bank Austria Vorstand Corporate & Investment Banking, das aktuelle Umfrageergebnis auf den Punkt.

Im Detail zeigt sich zwar ein durchwachsendes, aber kein düsteres Bild der österreichischen Industriekonjunktur. „Wenn auch das Tempo nachgelassen hat, die Auftragslage verbessert sich weiter und die Produktion nimmt zu“, weist Bank Austria Chefvolkswirt Stefan Bruckbauer auf bestehende Aufwärtstrends hin, „Ich gehe davon aus, daß die aktuelle Verflachung des Bank Austria EinkaufsManagerIndex nach dem starken Comeback im Herbst nur auf eine Atempause der heimischen Industrie hinweist, die uns die Fragilität der laufenden Erholung verdeutlicht.“

Nach Ansicht der Ökonomen der Bank Austria deutet insbesondere der weitere Anstieg der Neuaufträge auf eine Fortsetzung der Industriebelebung in Österreich hin. „Auch wenn das Plus im November etwas geringer als im Vormonat ausfiel, die Betriebe verbuchen bereits den fünften Monat in Folge solide Auftragszuwächse. Das Exportgeschäft ist nach Angaben der befragten Industriemanager die Triebfeder, die auch weiterhin für eine steigende Produktionsleistung sorgt“, meint Bruckbauer. Der Produktionsindex zeigt mit 53,1 Punkten auch im November ein recht beachtliches Wachstum der erstellten Leistungen gegenüber dem Vormonat an. Zudem bestätigen die abermals gestiegenen Lieferzeiten, daß sich die Auslastung der österreichischen Industrie langsam verbessert.

Die Erholung der heimischen Industrie wird unter anderem durch widrige Preistrends belastet. Durch zum Teil deutliche Verteuerungen von Vormaterialien, insbesondere von Rohöl und einigen Metallen, waren die Erzeuger im November bereits das dritte Monat in Folge mit einem Anstieg der



Einkaufspreise konfrontiert. Der erhöhte Kostendruck von der Inputseite ist wenig willkommen, zumal sich dieser unter den bestehenden Rahmenbedingungen kaum auf die Kunden überwälzen läßt. Aufgrund der noch eher moderaten Nachfrageentwicklung sind die Industriebetriebe derzeit einem harten Wettbewerb ausgesetzt. „Während die Einkaufspreise weiter gestiegen sind, hat sich der rückläufige Trend bei den Verkaufspreisen im November noch etwas verstärkt. Diese Preisentwicklungen belasten die Ertragslage der heimischen Industriebetriebe in der derzeit fragilen Erholungsphase besonders stark“, meint Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Da die Nachfrage nicht rasch genug an das Niveau vor Ausbruch der Krise anschließt und die Auslastung der Unternehmen sich daher zu langsam erhöht, müssen die Industriebetriebe zur Verbesserung der Ertragslage weiterhin auf einen Abbau der Beschäftigung setzen. Auch im November gingen in der Industrie weitere Jobs verloren. Allerdings hat sich seit Juni dieses Jahres das Tempo des Jobrückgangs kontinuierlich verringert. „Da der Rückgang der Beschäftigung im Sektor, noch deutlich unter den Produktionseinbußen zum Vorjahr von knapp 15 Prozent liegt, ist vorerst mit einem weiteren Beschäftigungsabbau in der Industrie zu rechnen. Wenn die Erholung weiter so moderat voranschreitet, besteht erst im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2010 die

Aussicht auf eine Trendwende in der Industriebeschäftigung“, so Pudschedl.

Die aktuelle Umfrage unter Einkaufsmanagern der österreichischen Industrie zeigt erstmals seit mehr als einem halben Jahr keine weitere Verbesserung. Der Gesamtindex ist sogar knapp unter die Wachstumsschwelle gesunken. Nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria ist damit die Erholung jedoch nicht zum Stillstand gekommen. „Angesichts des verbesserten internationalen Umfelds, der positiven Entwicklung einiger Detailergebnisse des Bank Austria EinkaufsManagerIndex, wie vor allem der Exportaufträge und des ungebrochen hohen Quotienten zwischen Auftragsengängen und Lagerbeständen, erwarten wir in den kommenden Monaten zwar keine überzeugende, jedoch durchaus befriedigende Entwicklung der Industriekonjunktur“, so Bruckbauer. Basierend auf den Daten für die ersten drei Quartale ist für das Gesamtjahr 2009 mit einem Rückgang der Sachgütererzeugung um über 12 Prozent zu rechnen. 2010 wird sich aufgrund der tiefen Vergleichsbasis zum Vorjahr dagegen ein Plus um rund 5 Prozent im Jahresdurchschnitt ergeben. Damit wird die österreichische Industrie bis Ende 2010 die krisenbedingten Produktionseinbußen jedoch nicht kompensieren können. Erst 2012 sollte der Sektor wieder zur Produktionsleistung von vor Ausbruch der globalen Konjunkturkrise aufschließen können. ■

WKÖ-Wirtschaftsparlament

Leitl: Österreich hat in der Krise besser abgeschnitten als andere Länder, jetzt müssen wir aber das Wachstum ankurbeln, um Beschäftigung zu sichern – Wirtschaftsminister Mitterlehner kündigt Anhebung der Obergrenze bei ERP-Krediten für KMU an – Positive Bewertung und mögliche Fortsetzung bei thermischer Sanierung

In seiner Rede zur Lage der österreichischen Wirtschaft vor dem Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich hielt Präsident Christoph Leitl am 26. November als positives Faktum fest, daß Österreich sowohl heuer als auch 2010 ein stärkeres Wachstum als die EU aufweisen wird, aber immer noch ein deutlich schwächeres als etwa Indien oder China: „Österreich ist zwar bei Konjunktur und Staatsverschuldung besser als vergleichbare Staaten, im internationalen Vergleich haben die EU und Österreich aber Aufholbedarf.“ Leitl verwies auch auf das zweitbeste jemals erzielte touristische Ergebnis in der Sommersaison, wo es neben Österreich nur Portugal gelungen sei, die Inländer-Übernachtungen zu steigern. Und auch das Weihnachtsgeschäft werde für Handel und Gewerbe gut laufen. Leitl: „Wir dürfen 2010 nicht krankjammern und Schreckensszenarien verbreiten. Die ÖsterreicherInnen und die Betriebe sind wieder viel zuversichtlicher als vor einem Jahr. Wir müssen jetzt aber die anstehenden Probleme auch wirklich lösen.“

Sorge bereite ihm, so Leitl, vor allem, daß es noch immer keine neuen Regelungen in der internationalen Finanzwirtschaft gebe. Es gebe schon wieder massive Spekulationen, Leerverkäufe und noch immer eine mangelhafte Aufsicht für Fonds und Banken: „Die Unfähigkeit der Politik, neue Spielregeln festzulegen ist die größte Bedrohung der zukünftigen internationalen Entwicklung.“ Probleme gebe es auch im Export, im automotiven Sektor und im industriellen Bereich. Hier müsse man strukturelle Veränderungen unterstützen. Verbesserungen brauche man auch bei den Unternehmensfinanzierungen.

Durch nationale Änderungen bei Basel II müsse man die Kreditgewährung an Betriebe erleichtern, dazu brauche es auch Erleichterungen und Verbesserungen bei den diversen Förderprogrammen wie etwa ERP. Hier begrüßte der WKÖ-Chef, daß eine deutliche Aufstockung der ERP-Kredite auf Wunsch der Wirtschaftskammer bevorstehe. Der Forderung der Grünen Wirtschaft nach einem Ausschluß der Banken aus der WK-Organisation erteilte Leitl eine klare Absage: „Das



Foto: Wirtschaftskammer Österreich

WKÖ-Präsidiumsmitglied Fritz Amann (Bundesobmann des RfW), WKÖ-Präsident Christoph Leitl, WKÖ-Vizepräsident Christoph Matznetter (Präsident des FWW) und WKÖ-Finanzreferent Richard Schenz (v.l.)

ist Unsinn. Die Stärke der Wirtschaftskammer-Organisation beruht auf Geschlossenheit und internem Interessenausgleich. Die Banken als Konstruktionsfehler zu bezeichnen, ist ungeheuerlich und zurückzuweisen.“

Zugleich richtete Leitl eine dringende Aufforderungen an einzelne Gewerkschaften, endlich die Polemik gegen eine Arbeitszeitflexibilisierung einzustellen: „Ich frage schon, ob man uns prellen will. In einer klaren Vereinbarung haben die Arbeitgeber ihre Zusagen bei Mindestlohn und Teilzeit-Überstunden-Zuschlägen eingehalten, die Gewerkschaften sind jetzt aber bei flexibleren Arbeitszeiten säumig, wie sie gesetzlich ermöglicht worden sind. Flexible Arbeitszeiten sichern eine Stabilität der Beschäftigung auch bei volatilen Auftragseingängen. ÖGB darf jedenfalls nicht heißen ‚Österreicher gegen Beschäftigung‘.“

Der WKÖ-Präsident verwies darauf, daß es in den vergangenen Jahren gelungen ist, Diskriminierungen der Selbständigen bei der sozialen Absicherung (z. B. Arbeitslosenversicherung, Zukunftsvorsorge) ebenso zu beseitigen wie im Steuerrecht (z. B. steuerbegünstigtes 13./14. Gehalt auch für Selbständige).

Im kommenden Jahr geht es darum, so Leitl, die Konjunktur anzukurbeln: „Die ent-

scheidende Verbesserung, die wir brauchen, heißt Wachstum. Daher werden wir weiter das Wachstumspaket der Wirtschaft (thermische Sanierung, Handwerkerbonus, Investitionszuwachsprämie, Wegfall der Kreditvertragsgebühr) bleiben. Wer Beschäftigung in Österreich halten und ausbauen will, muss Wachstum sichern.“ Der WKÖ-Präsident hielt auch fest, daß er in der Krise keine weitere Belastung der Betriebe dulden will, sei es bei Strompreisen, sei es bei zusätzlichen Kontrollkosten der AGES: „Wir sind in der derzeitigen sensiblen Wirtschaftslage strikt gegen jede Belastung der Unternehmen.“

Nicht zuletzt brauche man vernünftige Reformen bei öffentlicher Verwaltung, Pensionsrecht, Gesundheits- und Schulsystem: „Wenn wir hier das Notwendige tun, brauchen wir keine Steuererhöhung. Andernfalls wird man allen Österreichern ins Geldbörse greifen.“

Abschließend rief Leitl zu einem fairen Wirtschaftskammer-Wahlkampf auf: „Statt verbaler Auseinandersetzungen, statt mit dem Dreschflügel aufeinander einzudreschen, plädiere ich für einen fairen Ideenwettbewerb. Alle wahlwerbenden Gruppen haben in den vergangenen Jahren gut zusammengearbeitet. Das hat uns stark gemacht. 2010 wird nicht einfach. Die Mehrheit der

Foto: Wirtschaftskammer Österreich



Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner bei seinem Vortrag

Mitglieder ist mit uns zufrieden. Wenn man Zusammenhalten und Zusammenarbeiten im Interesse der Firmen als Kuscheln bezeichnet, dann kuschle ich gerne.“

Mitterlehner: Chancen der Krise nutzen

„Wir müssen die Chancen der Krise nutzen, jene zur Neuaufstellung, damit Österreich nach der Krise besser da steht als vorher“, sagte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner in seinem Vortrag. Und er warnte vor der Gefahr, jetzt, wo die Datenlage in Sachen Wirtschaftsentwicklung sich langsam wieder verbessere, in schlechte Stimmung und Pessimismus zu verfallen. Vielmehr gelte es, die Chancen der Krise verstärkt zu nutzen. Gleichzeitig müsse die Antwort auf die Frage „War’s das schon mit der Krise?“ aber realistischerweise lauten: „Leider noch nicht, wir sind derzeit mitten drin.“

„Es ist derzeit genug Geld im Markt“, führte Mitterlehner im Zusammenhang mit Fragen der Finanzierung an. Das Problem sei momentan weniger die Liquidität als vielmehr die Bonität. In diesem Zusammenhang kündigte der Wirtschaftsminister die Anhebung der Obergrenze bei ERP-Krediten für kleine und mittlere Unternehmen auf 100.000 Euro an. Beschlossen werden soll das Anfang Dezember, um mit 1. Jänner 2010 in Kraft zu treten. Zudem sei ja auch ein Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz beschlossen worden. Laufend evaluiert werden auch die Überlegungen und Maßnahmen zur Frage: „Was können wir beim Austria Wirtschaftsservice – aws – noch besser machen“, so der Wirtschaftsminister.

„Es ist richtig, die Nachfrage zu stützen“, sagte er weiter. Die österreichische Bundes-

regierung sei in Sachen Bekämpfung der Krise und Abmilderung der Folgen bisher sehr aktiv gewesen, verwies Mitterlehner auf zwei Konjunktur- und zwei Arbeitsmarktpakte. So sei es etwa mit der Öko-Prämie für abgasärmere Autos gelungen, die Kaufstimmung in Österreich stärker ins Positive zu drehen: Obwohl die Förderaktion bereits ausgelaufen ist, hält die verstärkte Nachfrage nach umweltfreundlichen Fahrzeugen weiter an. Aber auch in Sachen Arbeitsmarkt sei die Politik nicht untätig gewesen und habe vielmehr die Zeit zu einem raschen Gegensteuern und eine Umstrukturierung genützt. Ein Zeichen dafür sei etwa der derzeit überdurchschnittlich hohe Rückgang der Kurzarbeit in Oberösterreich und der Steiermark.

Je nach Bedarf stünden wachstumsfördernde Maßnahmen auch in Zukunft auf dem Arbeitsprogramm der Regierung. So sei etwa die thermische Sanierung eines der besten Förderprogramme. Hier arbeite man derzeit an neuen Modellen. Mitterlehner sprach sich auch für ein drittes Arbeitsmarktpaket aus. Im Zusammenhang mit der geforderten Entlastung des Transportgewerbes – etwa durch eine Senkung der Kfz-Steuer auf Lkw – sagte Mitterlehner, er werde sich dafür einsetzen, „daß die Versprechen vorheriger Regierungen eingehalten werden.“

Vehement warnte er vor der Einführung von Regelungen, „die uns auf den ersten Blick hilfreich scheinen, in einem zweiten Schritt uns dadurch aber so die Hände gebunden sind, daß Österreich nur schlecht dastehen kann.“ Dabei bezog er sich auf Umweltgesetze wie etwa das Immissionsschutzgesetz Luft.

Jedenfalls, so der Wirtschaftsminister, müsse die Krise aber auch dazu genutzt werden, die Systemfrage zu stellen, etwa im Zusammenhang mit der Finanzierung des Gesundheits- oder des Pensionssystems.

Matznetter: Wir müssen die Kreditklemme bei den Kleinen lockern

Der Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Österreich und SPÖ-Wirtschaftssprecher, Christoph Matznetter, lobte in seiner Stellungnahme im Rahmen des Wirtschaftsparlaments die Arbeit der WKO in der ablaufenden Funktionsperiode: „Die Kammer lebt von ihrer Stärke und Kompromißfähigkeit. Und anders, als zum Beispiel in den USA, wo bestimmte Lobbygruppen die Politik beherrschen, sind wir eine effektive Interessenvertretung für alle – egal, ob groß oder klein.“ Er lobte auch die bisherige Politik der Bundesregierung in der Wirtschaftskrise: Die Steuerreform, eine wirksame Arbeitsmarktpolitik sowie eine aktive Wirtschaftspolitik seien der richtige Maßnahmenmix gewesen und hauptverantwortlich für die heute sehr gute Lage Österreichs, auch im EU-Vergleich.

Einen Schwerpunkt legte Matznetter auf die aktuelle Lage der Klein- und Mittelbetriebe sowie Ein-Personen-Unternehmen. Sie seien es, die die Wirtschaftskrise nicht verursacht, dafür heute mit ihren dramatischen Folgen zu kämpfen hätten. „Hier gilt es, rasch zu handeln!“, fordert der SWV-Präsident. Der ÖVP-Wirtschaftsbund würde auf die Kleinen und Kleinsten vergessen: „Es ist unfassbar, wie hartnäckig die Existenz einer Kreditklemme geleugnet wird. Man muss doch nur mit den UnternehmerInnen sprechen: Tausende stehen vor finanziellen Problemen, die sie an den Rand ihrer Existenz gebracht haben“, so Matznetter. Daher hat der SWV einen Antrag an das Wirtschaftsparlament eingebracht, Titel: „Maßnahmen gegen die existenzbedrohende Kreditklemme bei EPU und KMU“.

„Die Politik muß jetzt rasche und effektive Schritte setzen“, betont Matznetter. Der Antrag des SWV fordert daher die Verabschiedung einer „KMU-Milliarde“: Sie soll jeweils zu 50% für Haftungen und Kredite zur Verfügung stehen, und zwar schon ab einer Mindestkreditsumme von 1000 Euro. Die Mittel müssen nicht extra budgetiert werden, sondern sind in den Töpfen der aws vorhanden. „Das Problem bei den aws-Krediten: Sie werden nicht angenommen, weil viele gar nicht wissen, daß es sie gibt! Das bedeutet für uns: Wir müssen die Ban-

Wirtschaft

ken stärker in die Pflicht nehmen, sodaß die die UnternehmerInnen auch wirklich über die günstigen Kredite informiert“, so Matznetter. Folglich fordert der SWV auch eine breite Informationskampagne, die die Ausschüttung der KMU-Milliarde begleitet.

„Daß Banken gegenwärtig 1000 Euro pro Weiterleitung eines Antrags auf aws-Kredit erhalten, ist für uns völlig unverständlich“, so Matznetter abschließend. „Wir sollten nicht die Banken, sondern endlich die KMU und EPU in unserem Land entsprechend unterstützen. Das ist unsere Aufgabe als Interessensvertretung!“

Amann: Wirtschaftsbund verhindert klaren Auftrag an Regierung!

„Leider hat man im Wirtschaftsparlament eine große Chance für die Unternehmer ausgelassen. Statt mit klaren Forderungen die Politik in die Verantwortung zu nehmen, wurden alle Anträge des RfW durch Abänderungsanträge verwässert und damit unverbindlich gemacht, was in Zeiten der Wirtschaftskrise für Realwirtschaftler unverantwortlich ist“, so Fritz Amann, Bundesobmann des Rings freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RfW) und Mitglied des erweiternden Präsidiums der WKO.

Amann: „Präsident Leitl und der Sozialist Matznetter sind offenbar so in ihrem politischen Filz verfangen, daß ihnen der Blick in die Realwirtschaft völlig fremd geworden ist. Statt Schönrede und gegenseitiges sozialpartnerschaftliches Schulterklopfen wäre ein klarer Auftrag an die Politik die richtige Antwort der Wirtschaftsvertreter. Wie weit die Realitätsverweigerung gerade des Genossen Matznetter schon vorangeschritten ist, zeigt die Tatsache, daß er die Zukunft in der überbetrieblichen Ausbildung (ÜAZ) sieht, während die Wirtschaftsexperten den Facharbeitermangel dafür verantwortlich machen, daß der von vielen herbeigesehnte Aufschwung auf sich warten läßt. Schlimmer aber noch ist die Tatsache, daß der Sozialist, wie sein Genosse Vranitzky, mit der Pensionslüge nun der Jugend falsche Versprechen macht, in dem er mit Hundstorfers Ausbildungslüge an die Jugend tatkräftig unterstützt.“

Statt der garantierten 12.500 ÜAZ mit einem Steueraufwand von 675 Mio. Euro, gibt es nämlich nur 3500. Wer dann die restlichen ausbilden soll, die in der Privatwirtschaft niemand braucht, ist nicht nachvollziehbar und aus diesem Grund setzt der RfW als einzige Wirtschaftsvertretung auf die betriebliche Ausbildung. Dazu braucht es

auch den „Blum-Bonus neu“, denn diese Steuermittel bringen eine echte Rendite, sind sie doch in der Wirtschaft bestens angelegt.

Wenig Verständnis hat der RfW für Schlauchrückratpolitik des Wirtschaftsbandes. „Offenbar will man Kollegen Pröll schonen, denn es ist nicht zu verstehen, daß nicht entnommene Gewinne nicht steuerfrei sein sollen. Auch die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Beherbergung ist – im Gegensatz zu seinem Präsidenten Bodenseer aus Tirol – an Leitl vorbeigegangen. Anstatt nämlich die Möglichkeit auf EU Ebene zu prüfen, soll Pröll das umsetzen, was unsere Nachbarländer längst machen, denn die EU hat diese Möglichkeit den Mitgliedsländern schon mit Jahresanfang zugestanden. Nur Österreich und die WKO hat dies zum Wettbewerbsnachteil unserer Hotellerie verschlafen, so der RfW-Bundesobmann.“

Es ist also wirklich bedauerlich, daß die wirtschaftsnahen Anträge des RfW so verwässert wurden, daß es seitens der WKO keine klaren Aussagen zur betrieblichen Ausbildung, zur steuerlichen Entlastung, zur Kreditklemme oder zur Förderung des Tourismus gibt und daher war das Wirtschaftsparlament eine vergebene Chance für unsere Unternehmen“, so Amann abschließend.

Schenz: Eingeschlagener Sparkurs wird auch 2010 fortgesetzt

„Es war ein schwieriger Weg, das Budget für 2010 zu erstellen. Durch die Fortführung des schon im Frühjahr 2009 gestarteten Sparkurses ist es aber gelungen, für 2010 einen ausgeglichenen Budgetvoranschlag vorzulegen“, betonte der Finanzreferent der WKO und Vertreter der Industrieliste, Richard Schenz.

Infolge sinkender Mitgliedsbeiträge sollen beim Sachaufwand im kommenden Jahr 12 Prozent eingespart werden – etwa beim

Büroaufwand, bei Reisekosten, Inventar und Gebäudekosten. „Nicht gespart wird bei den Leistungen für unsere Mitglieder“, unterstrich Schenz. Im Gegenteil: Wichtige Leistungen werden sogar ausgeweitet, etwa „go international“, die gemeinsame Internationalisierungsoffensive mit dem Wirtschaftsministerium. „Obwohl wir den Sparstift angesetzt haben, werden die Unternehmen das nicht spüren.“

In seiner Funktion als Vertreter der Industrieliste in der WKO wies Schenz auf die nach wie vor schwierigen Bedingungen für die österreichischen Industriebetriebe hin. Bis Juli 2009 seien die Gesamtumsätze auf Jahresbasis um 23 Prozent eingebrochen, die Aufträge um 30 Prozent zurückgegangen und sei der Mitarbeiterstand (fixe Angestellte) – trotz Ausnutzung von Kurzarbeit – um 6 % reduziert worden. Der jüngste KV-Abschluß bei den Metallern sei vor diesem Hintergrund nur dann zu rechtfertigen, „wenn wir im Frühjahr mit den Gewerkschaften zu einer sinnvollen Arbeitszeitflexibilisierung kommen“. Betriebliche Gegebenheiten müßten berücksichtigt werden, um in schlechten Zeiten den Beschäftigtenabbau zu dämpfen.

Sehr kritisch äußerte sich Schenz zu jüngsten Versuchen, die ökologische Performance Österreich schlecht zu reden. „In Österreich ist die Umwelt in Ordnung.“ Allerdings lege man sich die Latte bei den CO₂-Emissionen so hoch, „daß wir sie dann nicht überspringen können“, meinte er auch im Hinblick auf den Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen. „Wenn CO₂-Emissionen eingespart werden sollen, könnten wir doch mit dem Bau von Wasserkraftwerken beginnen, für die es fix und fertige Konzepte in der Schublade gibt und deren Finanzierung von 15 Milliarden Euro gesichert ist“, fordert Schenz abschließend eine Wasserkraft-Offensive. ■

Leitl zieht positive 5-Jahres-Bilanz

Präsident Christoph Leitl zog eine positive Bilanz der Tätigkeiten der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) der letzten in der aktuellen fünfjährigen Funktionsperiode. „Gemeinsam mit den anderen wahlwerbenden Gruppen ist es gelungen, die Wirtschaftskrise bestmöglich im Interesse unserer Mitglieder zu meistern. Wir haben gute Jahre und in den vergangenen Monaten wirtschaftlich turbulente Zeiten hinter uns, wo unsere Begleitung und Kompetenz von den Betrieben besonders stark gefordert wurde.“

Sehr gute Noten stellt der Wirtschaftskammer auch eine aktuelle market-Untersuchung unter 500 Unternehmen aus. „Ein erstes ‚Röntgenbild‘ der vergangenen fünf Jahre ergibt, daß die Wirtschaftskammer ihre Sache gut gemacht hat: Die Betriebe schreiben ihr eine hohe Kompetenz bei der Umsetzung und bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise zu“, resümierte David Pfarrhofer vom market-Institut. Bei der Lösungskompetenz in der Krise rangiert die Wirtschaftskammer sogar auf Platz 1. ■

Österreichs Städte sind Wirtschaftsmotor Nummer eins

Städtebund: Trend »Hinein in die Stadt« läßt Ballungszentren wachsen

Städte haben den Menschen viel zu bieten. Sie sind Orte der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt und haben Innovationskraft, die über die Grenzen reicht. Zugleich bieten sie ihren EinwohnerInnen auch einen dynamischen Lebens-, Arbeits- und Wohnraum und sind Wachstumsmotoren der österreichischen Wirtschaft“, erklärte Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, anlässlich der Pressekonferenz „Österreichs Städte in Zahlen 2009“. Die gleichnamige Publikation entstand in Zusammenarbeit mit der Statistik Austria, deren Generaldirektor, Peter Hackl, die Rolle der Städte unterstrich: „Mehr als 50 Prozent der Bevölkerung Österreichs lebt im städtischen Bereich, allein rund 45 Prozent in den 73 großen Städten mit 10.000 und mehr Einwohnern.“

Der Zuzug in die Städte bzw. Stadtregionen hält an, so sind die Stadtregionen zwischen 2001 und 2009 um 6,2 Prozent gewachsen, die großen Städte sogar um 6,4 Prozent. Städte setzen als Standorte von Arbeitsplätzen oder Ziele des Tourismus nicht nur Impulse für die Wirtschaft, sondern sind darüber hinaus mit ihrer Infrastruktur wie Bildungs- Gesundheits-, Kultureinrichtungen, etc. von zentraler Bedeutung für große Einzugsgebiete. „Die größten Zuwachsraten wird es in den nächsten Jahren in Wien, Linz, Graz, Salzburg und Innsbruck sowie dem städtischen Raum im Rheintal, also Bregenz, Dornbirn, Hohenems und Feldkirch geben“, so Weninger.

Spürbarer demografischer Wandel

In vielen Regionen ist die Zahl bzw. der Anteil der Kinder und Jugendlichen gesunken, während die Bevölkerung im Pensions-

alter zahlen- und anteilmäßig stark an Gewicht gewonnen hat. Die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 64 Jahren hat in den letzten Jahren vor allem durch Zuwanderung aus dem In- und Ausland starke Zuwächse verzeichnet. Die höchsten Anteile an Kindern und Jugendlichen registrier-

sentlichen Ausgabenrückgänge aufweisen. Der Österreichische Städtebund fordert eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes an den sozialen Ausgaben insbesondere auch im Bereich der Seniorenarbeit und Pflege. „Im Regierungsprogramm der aktuellen Bundesregierung ist die Einrichtung eines Pflegefonds vorgesehen. Ein Ansatz in die richtige Richtung“, betonte Weninger.

Kommunale Budgets entwickeln sich negativ

„Überwunden ist die Wirtschaftskrise noch lange nicht. Trotz steigender Börsenkurse befinden sich die Städte noch immer in einer prekären finanziellen Lage. Städte sind daran interessiert die Daseinsvorsorge zu gewährleisten – doch finanziell wird

es von Jahr zu Jahr immer schwieriger, diese bereit zu stellen. Aus diesem Grund fordern Österreichs Städte das Ende der schleichen- den Aushöhlung des Finanzausgleichs mittels Verlagerungen von Aufgaben ohne ausreichende Mittel“, stellt der Generalsekretär klar.

Städtetourismus ist Zugpferd

Einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor bildet der Städtetourismus (v.a. Landeshauptstädte und Wien), der in den letzten 10 Jahren einen durchschnittlichen jährlichen Nächtigungszuwachs von 3,1 Prozent verzeichnete. Im selben Zeitraum wuchs der Tourismus in Österreich insgesamt jährlich nur um durchschnittlich 1,3 Prozent. Gemessen am österreichischen Gesamttourismus (126,7 Mio. Nächtigungen) lag der Nächtigungsanteil des Städtetourismus im Jahr 2008 mit 16,0 Mio. Nächtigungen bei 12,6 Prozent. Die Bundeshauptstadt Wien steht mit erstmals mehr als 10 Mio. Näch-



Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, und Peter Hackl, Generaldirektor der Statistik Austria, bei der gemeinsamen Pressekonferenz

ten 2008 unter den großen Städten Lustenau (25,5 Prozent) und Telfs (25,2 Prozent), die wenigsten unter 19jährigen gab es in Köflach (16,7 Prozent). Demgegenüber lebten in Knittelfeld mit 3,8 Prozent und Lienz mit 3,4 Prozent anteilmäßig die meisten über 85jährigen, den geringsten Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe hatte Traiskirchen mit 1,0 Prozent.

„Die finanzielle Belastung der Städte und Gemeinden durch den demografischen Wandel steigt enorm an und führt zu finanziellen Engpässen,“ machte Weninger auf die ernstzunehmende Situation aufmerksam und verwies auf eine Studie des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, wonach sich die Einnahmen und Ausgaben von Städten und Gemeinden abhängig von deren Bevölkerungsdemografie entwickeln. Stark wachsende Städte und Gemeinden verzeichnen höhere Einnahmen und Ausgaben. Interessant ist dabei, daß auch schrumpfende Gemeinden trotz rückgängiger Bevölkerung keine we-

Die 2357 österreichischen Gemeinden



© 2009 Österreichischer Städtebund, Rathaus, A 1082 Wien

tigungen (10,2 Mio.) und einem Anteil von 64 Prozent im österreichischen Städtetourismus an der Spitze, mit Abstand gefolgt von den Städten Salzburg (13,2 Prozent) und Innsbruck (8,2 Prozent). Großereignisse wie beispielsweise die Euro 2008, das Mozart- oder das Haydn- Gedenkjahr sorgen ebenso für steigende Nächtigungszahlen in den betroffenen Städten wie die Landrechte für sogenannte „Low Cost Airlines“ auf den österreichischen Flughäfen.

Hervorragende Bildungsinfrastruktur

„Die Einführung des beitragsfreien Kindergartens im Herbst 2009 setzte nicht nur einen bildungspolitischen Meilenstein sondern trug auch maßgeblich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Dieser Schritt ist und war ein ganz zentraler Schlüssel zur Erreichung von frauen-, aber auch arbeitsmarktpolitischen Zielen“, sagte Weninger. An den rund 1950 Kindergärten der 73 großen Städte standen 2008/09 fast 124.800 Betreuungsplätze zur Verfügung, die von 87.700 Kindern in Anspruch genommen wurden. 59 Prozent aller Betreuungsplätze wurden

von öffentlichen Kindergärten angeboten. 38 Prozent aller Kinder, die heuer erstmals den Kindergarten besuchten, waren mit nicht deutscher Muttersprache. Daneben waren in über 700 Kinderkrippen mehr als 13.000 Kinder untergebracht. In den Kindertagesheimen (Krippen, Kindergärten, altersgemischte Betreuung und Horte) stieg der Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache in den letzten drei Jahren insgesamt von 36,4 Prozent auf 44,2 Prozent. Neben den Kindertagesheimen gab es in den großen Städten 2300 allgemein – und berufsbildende Schulen mit mehr als 660.000 SchülerInnen, 235 Fachhochschul-Studiengänge und 32 Universitäten mit insgesamt fast 241.000 Studierenden.

Österreichs Städte in Zahlen

„Österreichs Städte in Zahlen“ ist ein Kooperationsprojekt von Österreichischem Städtebund und der Bundesanstalt Statistik Österreich. Die Publikation ersetzt seit 2007 das „Statistische Jahrbuch Österreichischer Städte“, das seit dem Berichtsjahr 1950 über demographische, ökonomische, ökologische

und soziale Aspekte der Städte mit mehr als 5000 EinwohnerInnen berichtet.

Informationen über den Österreichischen Städtebund

Etwa 65 Prozent der Bevölkerung und 71 Prozent der Arbeitsplätze befinden sich in Österreichs Ballungsräumen. Der Österreichische Städtebund ist die kommunale Interessensvertretung von insgesamt 246 Städten und größeren Gemeinden. Der Verein wurde am 24. September 1915 gegründet und hat heute neben Wien und den Landeshauptstädten praktisch alle Gemeinden mit über 10.000 EinwohnerInnen als Mitglied. Die kleinste Mitgliedsgemeinde zählt knapp 1000 EinwohnerInnen.

Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Neben dem Österreichischen Gemeindebund, der die kleineren Gemeinden vertritt, ist der Österreichische Städtebund Gesprächspartner für die Regierung auf Bundes- und Landesebene und ist in der österreichischen Bundesverfassung (Art. 115 Abs. 3) ausdrücklich erwähnt. ■

<http://www.staedtebund.at>

»Staatspreis Tourismus 2009«



Staatssekretärin Marek überreicht den Staatspreis Tourismus 2009; Gruppenfoto der Staatspreisträger Foto: BMWFJ/Croce & Wir

Christine Marek, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, hat am 19. November in Anwesenheit von Taleb Rifai, Generalsekretär der World Tourism Organization (UNWTO), den Tourismus-Staatspreis 2009 verliehen. Der Preis, der heuer dem Thema „Energieeffizienz in der Hotellerie und Gastronomie“ gewidmet war, ging an das Boutiquehotel Stadthalle (Wien), die Steinschaler Naturhotels (Pielachtal, Niederösterreich) und das VILA VITA Hotel & Feriendorf Pannonia (Burgenland). In ihrer Ansprache verwies die Staatssekretärin darauf, daß Energieeffizienz nicht nur Einsparungen bei den Energiekosten bringe, sondern auch als Vorteil im Wettbewerb um Gäste zu sehen sei: „Steigende Ansprüche der Gäste im Sektor Umweltbewußtsein sind ein weiterer Motor für die Tourismusbetriebe, gezielte Maßnahmen zu setzen und das Engagement im Umweltschutz sichtbar zu machen. Kapital des Österreich-Tourismus sind intakte Natur sowie kulturelle und regionale Identität. Wir müssen aber auch zeigen, daß unsere Betriebe das richtige Bewußtsein dafür haben. Wenn diese Elemente zusammen kommen, dann besetzen wir eine wichtige Nische im internationalen Wettbewerb.“

Marek verwies bei der Verleihung des Staatspreises auch auf die „Energierategie Österreich“, die das Wirtschafts- gemeinsam mit dem Lebensministerium initiiert hat. Ziel dieser Initiative sei die Entwicklung eines nachhaltigen Energiesystems, das

Energiedienstleistungen für den Privatkonsum sowie für Unternehmen auch in Zukunft zur Verfügung stelle und gleichzeitig die EU-Vorgaben realisiere. „Die Steigerung der Energieeffizienz wird daher für alle Bereiche des Energieverbrauchs unabdingbar“, betonte die Staatssekretärin.

In ihren Ausführungen hob Marek auch den vom Wirtschaftsministerium gemeinsam mit den Fachgruppen Hotellerie und Gastronomie der Wirtschaftskammer Österreich und mit der Österreichischen Hotelierversammlung entwickelten Leitfadens „Energienmanagement in der Hotellerie und Gastronomie“ hervor. Dieser unterstütze Betriebe bei der Auseinandersetzung mit Energieeffizienz-Maßnahmen und biete ihnen die grundlegenden Informationen, um den ersten Schritt im Energiemanagement richtig zu setzen.

Für den Staatspreis wurden insgesamt 15 Projekte eingereicht. Eine unabhängige Jury – mit Vertretern der Wirtschaftskammer Österreich, der Energieagentur, der Technischen Universität Wien, der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank, der „Presse“ und des ORF unter dem Vorsitz des Wirtschaftsministeriums – hat diese in zwei getrennten Kategorien – ein- bis drei-Sterne-Hotelbetriebe einerseits beziehungsweise vier- und fünf-Sterne-Hotelbetriebe andererseits – bewertet. Sieben Projekte wurden als „für den Staatspreis nominiert“ ausgezeichnet und daraus nachstehende Staatspreisträger ermittelt:

Der Staatspreis in der Kategorie Hotelbe-

triebe ein bis drei Sterne ging ans Boutiquehotel Stadthalle: Dieses Wiener Hotel überzeugte die Jury vor allem durch die konsequente Verfolgung der Vision des weltweit ersten Stadthotels mit einer Null-Energie-Bilanz.

Der Staatspreis in der Kategorie Hotelbetriebe vier und fünf Sterne ging zum einen an die Steinschaler Naturhotels und das VILA VITA Hotel & Feriendorf Pannonia: Beim erstgenannten beeindruckte die Jury vor allem die umfassende Nachhaltigkeitsstrategie, welche durch Maßnahmen wie den Einsatz regenerativer Energien, eine Energiebuchhaltung und das regionale Engagement im Pielachtal (NÖ) unterstützt wird. Das Zweitgenannte gefiel durch die Errichtung eines Ökotouristischen Zentrums für erneuerbare Energien sowie Maßnahmen wie Ökomobilität: durch Solar-Fahrzeuge möchte das VILA VITA in fünf Jahren erstes energieautarkes Naturerlebnisdorf in Österreich sein.

Der Sonderpreis „Neu-Projekte“ wurde dem Holzhotel Forsthofalm zuerkannt: Das Hotel im Salzburger Land wußte die Jury besonders mit seiner Bauweise aus 100 Prozent natürlichen Baumaterialien wie Holz, Stein und Glas sowie dem umfassenden Einsatz zeitgemäßer Energie-Effizienz-Technik zu überzeugen.

Zu den nominierten Betrieben zählten mit weiteren innovativen organisatorischen, baulichen und technischen Maßnahmen das Valavier Aktivresort, das Sonnenhotel Zaubek sowie das Seminarhotel der SPES-Zukunftsakademie. ■

22. NÖ Innovationspreis 2009

Innovation hat Tausende Gesichter und ist quer durch die Wirtschaft in sämtlichen Bereichen anzutreffen. Wie viel Know-how und Erfindergeist in Niederösterreichs Unternehmen aber tatsächlich steckt, zeigte sich beim diesjährigen Wettbewerb um den Niederösterreichischen Innovationspreis wieder einmal besonders eindrucksvoll. Der diesjährige Sieger: die Happy Plating GmbH in Leobersdorf, die Mikrodruckknöpfe für elektronische Hochleistungsverbundsysteme herstellt.

Dieses Jahr hat eine unabhängige Experten-Jury aus über 110 Teilnehmern die 75 interessantesten Projekte von Unternehmen ausgewählt und nach vier verschiedenen Kategorien „Forschungseinrichtungen aus NÖ“, „Investitionsgüter & Prozessinnovationen“, „Konsumgüter & Produktinnovationen“ sowie „Organisations- & Marketinginnovationen“ bewertet. Sie alle wurden mit Innovationsurkunden des Landes und der Wirtschaftskammer NÖ ausgezeichnet.

Als innovativstes Projekt im „Wettstreit der besten blaugelben Innovateure“ wurden Mikrodruckknöpfe für Hochleistungsverbundsysteme, die vom Handy bis zur Autoindustrie zum Einsatz kommen, am 21. Oktober in St. Pölten mit dem Karl Ritter von Ghega-Preis, dem niederösterreichischen Innovationspreis, ausgezeichnet. Landesrätin Petra Bohuslav und Niederösterreichs Wirtschaftskammer-Direktor Franz Wiederlich in Vertretung von WKNÖ-Präsidentin Sonja Zwazl überreichten dem siegreichen Firmenteam die Ernennungsurkunde sowie einen 10.000-Euro-Scheck.

Projektbeschreibung

Basierend auf einem von der FFG unterstützten, internationalen Grundlagenforschungsprojekt konnte in den Forschungslabors von Happy Plating über elektrochemische Hochfrequenzpulse ein Prozeß zur gleichmäßigen Herstellung miniaturisierter Druckknöpfe aus Metall für Anwendungen in der Hochleistungselektronik entwickelt werden.

Die einzelnen Druckknöpfe werden aus Nanokristalliten aufgebaut, auf diese Weise können Druckknöpfe auf einer Größe von 1 Micrometer (ein Millionstel Meter) maßgeschneidert miniaturisiert erzeugt werden. Durch diese Entwicklung ist es möglich, aus unterschiedlichsten Metallen (Kupfer, Nik-



Foto: Wirtschaftskammer Niederösterreich

Wolfgang Hansal (Happy Plating), NÖ Landesrätin Petra Bohuslav, WK-NÖ Präsidentin Sonja Zwazl, Selma Hansal und Martina Halmdienst (Happy Plating)

kel, Chrom, Silber) strukturierte Oberflächen mit bis zu 200.000 Druckknöpfen pro Quadratmillimeter großflächig und gleichmäßig herzustellen.

Zur Anwendung kommt die Technologie bereits in der Hochleistungselektronik für die Herstellung von Mobiltelefonen zur Erzielung eines verbesserten Kupfer/Polymer-Verbundes der Mehrlagenleiterplatten für eine deutlich höhere Stabilität der produzierten Endgeräte. Weitere Anwendungen in den Bereichen Automotive, Mikrosystemtechnik und Energietechnik sind in Verhandlungen bzw. bereits in Produktionsvorbereitung.

Volkswirtschaftlicher Nutzen

Durch den Einsatz von Happy Plating Technologien und Verfahren lassen sich Verbundstoffe frei von jeglichen Klebstoffen herstellen. Weiters können dadurch kostengünstigere Rohstoffe (wie beispielsweise Aluminium) anstatt seltener, teurer Werkstoffe für bisher nicht mögliche Anwendungen eingesetzt werden. Das innovative und zukunftsreiche Betätigungsfeld mit hohen Wachstumschancen trägt somit zur Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen bei.

Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav: „Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten ist es wichtig, nach vorne zu blicken und die wirtschaftliche Zukunft unseres Bundeslandes aktiv mitzugestalten. Innovationen sind ein wichtiger Faktor in der Entwicklung eines Wirtschaftsstandorts. Aus diesem Grund ist es uns ein besonderes Anliegen, erfolgreiche Projekte vor den Vorhang zu

holen um zu zeigen, wie innovativ Niederösterreichs Unternehmen unterwegs sind.“ „Niederösterreich ist ein guter Boden für Innovationen“, zeigt sich WKNÖ-Präsidentin Sonja Zwazl stolz auf „ihre“ Innovateure. Es stimme zwar, daß es sich bei Innovationen oft um so hochkomplexe Produkte handle, die für die breite Öffentlichkeit oft gar nicht mehr erkennbar wären. Oder oft gar nicht mehr nachvollzogen werden könnten. Zwazl: „Der NÖ-Innovationspreis ist da auch eine Gelegenheit, diese Leistungen vor den Vorhang zu bitten und ein bisschen transparenter zu machen.“

Insgesamt sei es jedenfalls allen klar, daß Niederösterreich ein Wirtschaftsklima brauche, das die Bereitschaft zu Innovationen fördere. „Unsere Stärke, und damit unsere Konkurrenzfähigkeit, liegt in der Qualität“, ist die Wirtschaftskammerpräsidentin überzeugt. Um diesen Vorsprung halten zu können, brauche es aber ständige Weiterentwicklungen – eben Innovationen. „Denn die Produkte, mit denen wir morgen punkten können, werden heute entwickelt“, so Zwazl.

Besondere Unterstützung erhalten blaugelbe Unternehmen von den Technologie- und Innovationspartnern (TIP), einer gemeinsamen Einrichtung von Land NÖ und Wirtschaftskammer NÖ. Diese begleiten Innovationsprojekte von der Idee bis zum Markterfolg und kümmern sich so um die konkrete Umsetzung von Innovationen. Mehr als 600 Unternehmen holen sich jedes Jahr den Rat der TIP-Experten. ■

<http://www.happyplating.at>

Knorr-Bremse liefert nach China

Der größte Auftrag in der Firmengeschichte über Systeme für chinesische Hochgeschwindigkeitszüge beläuft sich auf rund eine halbe Milliarde Euro.

Knorrr-Bremse wird insgesamt 2720 neue Wagen des chinesischen Hochgeschwindigkeitszugs CRH3 mit Brems- und Türsystemen ausrüsten. 1280 Wagen davon erhalten außerdem Klimaanlage von Knorr-Bremse. Der Wert der Liefervereinbarungen beläuft sich auf rund 500 Millionen Euro. Es ist der größte Auftrag, den Knorr-Bremse jemals abschließen konnte. Die Vereinbarungen wurden unter der Schirmherrschaft des chinesischen Eisenbahnministeriums in Peking von den lokalen Tochtergesellschaften des Unternehmens gemeinsam mit den chinesischen Partnern unterzeichnet. Die Auslieferung beginnt noch im vierten Quartal 2009 und erstreckt sich bis 2012.

Knorr-Bremse pflegt bereits seit Ende der 70er-Jahre Kontakte nach China. Das erste große Projekt war 1990 die Ausstattung von 96 Wagen für die Metro Shanghai mit kompletten Bremssystemen. Der heutige Aufsichtsratsvorsitzende, Heinz Hermann Thiele, trieb das Geschäft in China seither maßgeblich voran. Unter seiner Führung weitete das Unternehmen in den folgenden Jahren seine Produktpalette über das Kerngeschäft Bremsen hinaus sukzessive auf Türsysteme und Klimaanlage aus.

„Dieser Auftrag ist ein außergewöhnlicher Erfolg und eine weitere Bestätigung für die China-Strategie von Knorr-Bremse“, sagte Dieter Wilhelm, Vorstand für den Bereich Schienenfahrzeuge. Durch eine starke lokale Präsenz mit inzwischen fünf Joint-Ventures und einem eigenen Werk in Suzhou kann das Unternehmen die hohen Lokalisierungsanforderungen erfüllen und Knorr-Bremse-Qualität aus China anbieten. Zur Entwicklung der Produkte für den lokalen Markt betreibt Knorr-Bremse ein Entwicklungszentrum mit rund 45 Ingenieuren und hat eine Technologietransfer-Vereinbarung

mit dem Locomotive and Car Research Institute der chinesischen Akademie für Eisenbahnforschung (Academy of Railway Sciences) abgeschlossen. Knorr-Bremse Systeme für Schienenfahrzeuge beschäftigt heute in China rund 1400 Mitarbeiter.

Die starke lokale Präsenz führte in den vergangenen Jahren bereits zu zahlreichen Aufträgen für Hochgeschwindigkeits-, Loko-

gen, die ein sicheres Abbremsen der immer schnelleren und schwereren Züge erst ermöglichten, wäre der Epochenwandel nicht denkbar gewesen, den die Eisenbahn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auslöste. Seinen Innovationen auf dem Gebiet der Luftdruckbremse, seiner Durchsetzungskraft und der technologischen Weitsicht, mit der er die Firma durch schwierige Zeiten führte,

verdankt das Unternehmen Knorr-Bremse die Grundlage für die weitere Entwicklung.

Das Deutsche Technikmuseum Berlin würdigte das Lebenswerk Georg Knorrs mit der Aufnahme eines Exponats in seine Ausstellung, das die historische Entwicklung der Eisenbahnbremse anhand der Produkte von Knorr-Bremse veranschaulicht. Darüber hinaus erinnert künftig in der Sammlung

bedeutender Erfinder, Unternehmer und Wissenschaftler eine Büste Georg Knorrs an den Gründer von Knorr-Bremse. Büste und Exponat sind im Beisein von Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf und Museumsdirektor Prof. Dirk Böndel und dem Vorstandsvorsitzenden der Knorr-Bremse AG, Raimund Klinkner, enthüllt worden.

Der Knorr-Bremse Konzern ist weltweit der führende Hersteller von Bremssystemen für Schienen- und Nutzfahrzeuge. Als technologischer Schrittmacher treibt das Unternehmen seit über 100 Jahren maßgeblich die Entwicklung, Produktion und den Vertrieb moderner Bremssysteme voran. Weitere Produktfelder sind Türsysteme und Klimaanlage für Schienenfahrzeuge sowie Drehschwingungsdämpfer für Verbrennungsmotoren. Im Jahr 2008 erwirtschaftete das Unternehmen einen Umsatz von 3,38 Milliarden Euro und beschäftigte rund 15.000 Mitarbeiter. ■

<http://www.knorr-bremse.at>



ICE-T mit Bremssteuergeräten in Unterflur-Containerbauweise von Knorr Bremse

motiven- und Metroprojekte in China. Diese Referenzen und die gute Zusammenarbeit dabei mit chinesischen Partnern bildeten eine wesentliche Voraussetzung für den Rekorderfolg beim neuen CRH3-Hochgeschwindigkeitszug, der von den chinesischen Fahrzeugbauern Tangshan Locomotive & Rolling Stock Works und der Changchun Railway Vehicles Company gefertigt wird. Die Züge sollen mit einer Spitzengeschwindigkeit von bis zu 350 km/h zwischen Beijing, Shanghai und Guangzhou sowie auf anderen wichtigen Hochgeschwindigkeitskorridoren verkehren, die in China gebaut werden. Schon in wenigen Jahren wird China über die weltweit größte Flotte an Hochgeschwindigkeitszügen verfügen.

150. Geburtstag von Georg Knorr

Im Oktober 2009 jährte sich der Geburtstag von Georg Knorr zum 150. Mal. Knorr zählt zu den Pionieren auf dem Gebiet der Eisenbahnbremse. Ohne seine Entwicklun-

»Stationen eines Weges«

Von Andreas Hofer bis zur Europaregion – 200 Jahre Tirol – Historische Veranstaltung mit Barbara Prammer und Fritz Neugebauer im Parlament

200 Jahre Tiroler Freiheitskampf, 90 Jahre Teilung Tirols durch den Friedensvertrag von St. Germain und 60 Jahre „Hitler-Mussolini Abkommen“ mit nachfolgender Zwangsumsiedlung deutschsprachiger SüdtirolerInnen. Der Erinnerung dieser Ereignisse war am 28. Oktober eine historische Veranstaltung im Parlament gewidmet, zu der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Zweiter Präsident Fritz Neugebauer gemeinsam einluden. Unter dem Titel „Stationen eines Weges: Tirol von 1809 bis zur Europaregion“ ging es vor allem auch um die Frage, wo Tirol heute steht und wo seine Zukunftsperspektiven zwischen dem deutschen und dem italienischen Kulturraum liegen. Präsidentin Prammer begrüßte ein prominentes Publikum mit Nationalratspräsident a.D. Andreas Khol und Vizekanzler a.D. Alois Mock an der Spitze. Es sprachen der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, Michael Spindelegger, die Landeshauptmänner Günther Platter (Tirol) und Luis Durnwalder (Südtirol), Landesrat Franco Panizza (Autonome Provinz Trient) sowie Univ.-Prof. Michael Gehler (Stiftung Universität Hildesheim). Das Hornquartett „Suono Corno di Vienna“ gab der Veranstaltung einen feierlichen, musikalischen Rahmen.

Prammer: Erfolgsgeschichte Südtiroler Autonomie

Barbara Prammer erinnerte an den Tiroler Freiheitskampf vor 200 Jahren, an die Teilung des Landes nach dem Ersten Weltkrieg sowie an das schändliche Hitler-Mussolini-Abkommen und die Zwangsumsiedlung deutschsprachiger SüdtirolerInnen. Das „Gruber-De Gasperi-Abkommen“ nach dem Zweiten Weltkrieg habe die Grundlage für die Südtiroler Autonomie geschaffen, es habe aber viele Jahre und heftiger Auseinandersetzungen bedurft, um es umzusetzen. Heute sei die Entwicklung der Autonomie Südtirols als eine Erfolgsgeschichte zu betrachten. Gemeinsam mit dem EU-Beitritt wurden Österreich und Tirol geöffnet und in Südtirol wurde eine dynamische wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung möglich. Österreich werde auch in Zukunft zur Südtiroler Autonomie stehen.



Alle Fotos: Parlamentsdirektion/Carina Ott

NR-Präsidentin Barbara Prammer bei ihrer Eröffnungsrede im Hohen Haus

Die SüdtirolerInnen können sich auf Österreich verlassen, sagte Barbara Prammer. Ihr Wunsch: Eine positive Entwicklung aller TirolerInnen nördlich und südlich des Brenners in einer friedlichen Region.

Spindelegger: Österreich nimmt Schutzfunktion weiter wahr

Der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, Michael Spindelegger, würdigte eingangs seiner Ausführungen die Leistungen des anwesenden ehemaligen Außenministers Alois Mock als Wegbereiter der Streitbeilegung zwischen Österreich und Italien. Dann gab Minister Spindelegger einen Überblick über die facettenreiche Geschichte Tirols während der letzten 200 Jahre und plädierte dafür, die richtigen Schlüsse aus der Geschichte zu ziehen und den Blick in die Zukunft zu richten. Spindelegger erinnerte zunächst an die intensiven Bemühungen um die Südtiroler Autonomie auf der Grundlage des Gruber-De Gasperi-Abkommens nach dem Zweiten Weltkrieg. Dessen Nichteinhaltung durch Italien habe in Südtirol zum gewaltfreien Widerstand im Zeichen Silvio Magnagos geführt, der auf Herstellung einer echten Autonomie gerichtet war. Magnagos Bemü-

hungen führten zur Einigung auf das „Paket“, das im November 1969 von der Südtiroler Landesversammlung angenommen wurde und in weiterer Folge zum Zweiten Autonomiestatut von 1972 und letztlich zur Streitbeilegung im Jahr 1992 führte.

Auch Spindelegger gab seiner Freude über die Erfolgsgeschichte der Südtiroler Autonomie Ausdruck, würdigte die entschiedene Wahrnehmung der Südtiroler Interessen durch seine Bewohner und Bewohnerinnen und betonte auch die Rolle Österreichs, das seine Schutzfunktion unter Berufung auf das Pariser Abkommen stets wahrgenommen habe. Im Rahmen der Autonomie habe sich Südtirol sehr positiv entwickelt, berichtete der Außenminister und wies auch darauf hin, daß die Südtiroler Autonomie mittlerweile zu einer Marke, zu einem positiven Beispiel



BM Michael Spindelegger: Österreich nimmt Schutzfunktion weiter wahr

für die Lösung von Minderheitenproblemen auch in anderen Teilen der Welt geworden sei.

Die gemeinsame Mitgliedschaft Österreichs und Italiens in der Europäischen Union habe in den letzten Jahren für zusätzliche Bindungen zwischen den beiden Staaten geführt und sich auch positiv auf Südtirol ausgewirkt. Das Ziel, die Brenner-Grenze so wenig spürbar wie möglich zu machen, sei durch Schengen und die gemeinsame Wäh-

Chronik



LH Günther Platter: *Nicht Heldenverehrung, sondern gemeinsame Werte*

ung wesentlich erleichtert worden. Dazu komme, daß Tirol, Südtirol und das Trentino im Rahmen der Europa-Region gemeinsame Interessen in den Sektoren Wirtschaft und Verkehr erfolgreich wahrnehmen und erst kürzlich ihre Absicht bekräftigt haben, die Achse Innsbruck-Bozen-Trient weiter zu verstärken.

Österreich werde seine Schutzfunktion weiter wahrnehmen, sagte Bundesminister Spindelegger abschließend und betonte dabei gleichzeitig das gute Verhältnis Österreichs zu Italien. Es gelte, die Autonomie Südtirols weiter zu entwickeln und den Integrationsprozeß im Hinblick auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts voranzutreiben, sagte Spindelegger.

Platter: Nicht Heldenverehrung, sondern gemeinsame Werte

Der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter begann seine Rede mit Dank an den früheren Außenminister Alois Mock und an den früheren Staatssekretär Ludwig Steiner. Im Tiroler Freiheitskampf vor 200 Jahren sei das Recht auf Freiheit und eigene Gestaltung der Zukunft verteidigt worden. Platter bezog sich auf den Tiroler Landesumzug am 20. September und betonte, es gehe heute nicht um „Heldenverehrung“, sondern um bleibende Werte wie Heimat, Verlässlichkeit und Solidarität. In der Europäischen Union seien die drei Landesteile wieder zusammen geführt, sagte Platter, und ortete für Tirol heute „exzellente Perspektiven“ trotz Verunsicherung durch Globalisierung und aktuelle

Krise. Es gehe um Identität, um Geborgenheit und Heimat in der Region, betonte Platter, und sprach der Europaregion Tirol Vorbildwirkung zu. Es gelte aber, nicht nur zu feiern, sondern konkrete Maßnahmen in den Sektoren Bildung, Energie, Umwelt und Gesundheit zu setzen und den Brenner Basistunnel zu verwirklichen; dazu sei ein gemeinsames Büro in Bozen eingerichtet worden.

Durnwalder: Plädoyer für den Rechtsweg, Absage an Provokationen

Der Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder wertete die Veranstaltung im Parlament als Zeichen dafür, daß alle Teile Österreichs an Südtirol Anteil nehmen und Südtirol auch heute in Wien „ein Thema“



LH Luis Durnwalder: *Plädoyer für den Rechtsweg, Absage an Provokationen*

sei. In einem historischen Rückblick skizzierte Durnwalder dann wichtige Stationen auf dem nicht immer leichten Weg Südtirols. Vor 200 Jahren habe das Land um seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit gekämpft, heute seien aus den Feinden von damals – den Franzosen, Sachsen und Bayern – längst Freunde geworden. 1919 sei Südtirol gegen seinen Willen von Österreich abgetrennt worden, im Faschismus habe es dann überhaupt kein Verständnis für Minderheiten gegeben. Durnwalder erinnerte an das Verbot der deutschen Sprache, an die Maßnahmen der Majorisierung und schließlich an die Deportationen unter Hitler und Mussolini.

1945 sei Österreich, als besetztes Land, auch in Punkto Südtirol nicht voll verhandlungsfähig gewesen, setzte Durnwalder sei-

ne Rückschau in die Geschichte fort. Auch er erinnerte an das „Gruber-De Gasperi-Abkommen“ und die „Nicht-Umsetzung der Autonomie“. Bei den Verhandlungen zur Umsetzung des Autonomie-Pakets in den Jahren von 1972 bis 1992 sei letztlich „mehr herausgekommen, als drin war“, sagte der Südtiroler Landeshauptmann pointiert – keine „perfekte“, aber eine weit reichende Autonomie. Schließlich habe Italien sogar die Verfassung geändert und damit den Schutz der Minderheiten als nationales Interesse festgeschrieben.

Durnwalder würdigte die Schutzfunktion Österreichs für die Einhaltung der Verträge. Er plädierte für die Einhaltung des Rechtsweges und erteilte Provokationen eine klare Absage. Schließlich dankte Durnwalder Österreich für seinen Einsatz für Südtirol, der für viele Minderheiten in der Welt beispielgebend sei, und unterstrich die Wichtigkeit der „Nabelschnur“ Südtirols zu Österreich. Durch die EU habe sich vieles geändert, schloß Durnwalder, geblieben aber sei die „Brückenfunktion“ Südtirols zwischen zwei Kultur- und Sprachräumen, zwischen der Sprache Goethes und der Sprache Dantes.

Panizza: Bereicherndes Zusammenleben verschiedener Kulturen

Franco Panizza, Landesrat für Kultur und grenzüberschreitende Zusammenarbeit der autonomen Provinz Trient, bedauerte, daß Trentino es jahrelang verabsäumt habe, seine Geschichte aufzuarbeiten. Dies habe sich zuletzt aber geändert, hielt er mit Genugtuung



Franco Panizza, *Kulturlandesrat der autonomen Provinz Trient*

Chronik

fest und wandte sich in diesem Zusammenhang auch gleich mit der Bitte an das österreichische Parlament und die österreichischen Behörden, dem Land die österreichischen Archive zugänglich zu machen. Viele eigene Archivbestände seien verloren gegangen, erklärte er. Positiv beurteilte Panizza die Europaregion Tirol-Trentino und zeigte sich überzeugt, daß dort ein bereicherndes Zusammenleben verschiedener Kulturen und Sprachen möglich sei. Trentino sei ein kleines Land, umgeben von Bergen, es sei aber ein Land mit hoher Qualität, das Forschung und nachhaltige Entwicklung fördere.

Gehler: Südtirol hat eine eigene Landesidentität entwickelt

Universitätsprofessor Michael Gehler (Stiftung Universität Hildesheim) ging zunächst auf die Tiroler Erhebung von 1809 ein und wies darauf hin, daß diese sich primär gegen die Errichtung eines zentralistischen Verwaltungsstaates gerichtet habe. Es sei um die Aufrechterhaltung des Status quo gegangen, habe sich also um eine konservative Rebellion gehandelt, skizzierte er. Tirol sei zwar unterlegen, doch habe gerade diese Niederlage den Stoff für Mythen gebildet.

Gehler stellte 15 „Thesen“ über die Umstände auf, die seiner Meinung nach letztendlich dazu geführt haben, daß die „mißratene Minderheitenpolitik“ Italiens in Südtirol nach 1919 saniert und Unrecht beseitigt werden konnte. Dabei wies er darauf hin, daß die Südtirol-Frage in Österreich zunächst über weite Strecken ein untergeord-



BM a.D. Alois Mock, Helfried Carl, Präsidentin Barbara Prammer und ein Gast (v.l.)

netes Thema gewesen sei und andere Fragen wie der Abschluß des Staatsvertrags Vorrang gehabt hätten. Erst nach 1955 habe Österreich, vorwiegend aufgrund des Drucks aus Bozen und Innsbruck, allmählich in seine Schutzmachtrolle hineingefunden. Es sei auch nicht gelungen, den Konflikt zu internationalisieren, konstatierte Gehler, dieser sei vielmehr stets eine bilaterale Angelegenheit geblieben. Das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler sei mit wenigen Ausnahmen kein ernsthaftes Thema gewesen. Nur zu wenigen Zeitpunkten wie 1946/47, 1960/61, 1991/92 und plötzlich wieder

2008/09, sei darüber intensiver diskutiert worden. Man habe das italienische Dogma der territorialen Integrität nicht grundlegend in Frage stellen wollen.

Als eigentlichen Gewinner des Ringens zwischen Österreich und Italien sieht Gehler, wie er sagte, Südtirol. Seiner Ansicht nach hat sich Südtirol zunehmend emanzipiert und mittlerweile eine eigene Landesidentität entwickelt. Tirol hingegen sieht er in einer spezifischen Identitätskrise und meinte, Tirol brauche Südtirol heute offenbar mehr als umgekehrt. Langfristig betrachtet könnte die Periode zwischen 1919 und 1995 nach Auffassung Gehlers möglicherweise als reine Zwischenphase in einem sich einigenden Europa und Tirol gesehen werden.

Neugebauer: Miteinander reden, um Vorurteile zu überwinden

Der Zweite Nationalratspräsident, Fritz Neugebauer, ging in seinen Schlußworten auf die Bemerkung Gehlers ein, wonach Minderheitenschutz nicht allein mit Verträgen gewährleistet werden könne, sondern laufende politisch-diplomatische Dauerarbeit sei, und schloß sich diesen Überlegungen vollinhaltlich an. Die Schutzfunktion Österreichs bedeute Mitverantwortung, unterstrich er und wertete gleichzeitig die Europaregion Tirol als ein Vorbild für die Verbindung von Tradition und Moderne. Daß der Festakt eine vergebene Chance sei, wies Neugebauer in Anspielung auf eine Presseaussendung vehement zurück und bekräftigte, miteinander reden helfe stets, Vorurteile zu überwinden. ■



Prof. Michael Gehler: Südtirol hat eine eigene Landesidentität entwickelt



Fritz Neugebauer: Miteinander reden, um Vorurteile zu überwinden

15 Jahre »Rote Nasen«

Als mit den Clowndoctors das Lachen in Österreichs Spitäler kam

Lachen ist die beste Medizin“ – daß dies weit mehr ist, als nur eine Redensart, wissen Psychologie und Medizin bereits seit langem. Seit nunmehr 15 Jahren bringen „Rote Nasen“ Clowndoctors diese Medizin in Österreichs Krankenzimmer. Denn schwere Krankheiten und schmerzhafte Therapien lassen junge wie alte PatientInnen nur allzu oft die positive Lebenseinstellung und Zukunftsperspektive aus den Augen verlieren. Mit ihren Programmen leisten sie ihren Beitrag zum Gesundwerden von Spitals- und RehabilitationspatientInnen in ganz Österreich und – mit ihren Partnerorganisationen – fünf weiteren Ländern.

Helpendes Lachen seit 1994

Bereits 1986 wurden auf Initiative von Michael Christensen in den USA die ersten Clownprogramme in Krankenhäusern entwickelt, wo sie schon bald zu einem festen Bestandteil des Spitalsalltages wurden. In Österreich schlug die Geburtsstunde des Vereins „Rote Nasen“ Clowndoktors am 10. November 1994 unter dem Vorsitz von o.Univ.Prof. Max H. Friedrich, der Geschäftsführung von Monica Culen und der künstlerischen Leitung von Giora Seeliger. Denn auch in Österreich sollen kranke und leidende Menschen während ihres Spitalsaufenthaltes regelmäßig von speziell ausgebildeten Clowns besucht und mit Rücksicht auf ihren individuellen Zustand durch Einsatz von Humor betreut werden.

Die Vereinsarbeit konzentrierte sich anfangs ausschließlich auf die Betreuung kranker und leidender Kinder, wurde aber 1999 auf alte kranke Menschen und 2003 auf RehabilitationspatientInnen erweitert. Für Geschäftsführerin Monica Culen basiert die Erfolgsgeschichte von „Rote Nasen“ Clowndoctors auf der Stärke des gesamten Teams: „Die ‚Rote Nasen‘-Clowns sind ausgebildete darstellende Künstlerinnen und Künstler, die sich laufend weiterbilden und künstlerisch entwickeln. Und als Organisationsteam sind wir professionelle und äußerst engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nur so konnte es uns gelingen, neue Konzepte und Programme für neue PatientInnengruppen zu entwickeln“, erläutert sie. „Der Erfolg von ‚Rote Nasen‘ ist ohne hohe Motivation und Hingabe an unsere Arbeit nicht denkbar.



Foto: Thomas Licht

Und nebenbei entstand ein Know-how, das auch international gefragt ist“, so Culen.

Lachen für alle, die es brauchen.

Individuell gehen die „Rote Nasen“ Clowndoctors in ihren Kinderprogrammen auf die Bedürfnisse der kleinen PatientInnen ein und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Gesundwerden. Sie nehmen die Angst vor Operationen, Untersuchungen und medizinischen Geräten, lassen Schmerzen vergessen, muntern die kleinen PatientInnen auf, vertreiben Langeweile und Einsamkeit und geben Kraft und Lebensfreude. Ziel ist es, daß jedes kranke Kind ein bis zwei Mal pro Woche seinen ganz persönlichen Clownbesuch im Spital erleben kann.

Für alte Menschen wurde 1999 ein spezielles Programm entwickelt, dessen Schwerpunkt auf der Bedachtnahme der unterschiedlichen Bedürfnisse alter Menschen liegt. Mit Musik und Tanznummern aus deren Jugendzeit sowie den entsprechenden Umgangsformen gehen die Clowns auf sie ein. Und mit dem österreichweit ersten Clownbetreuungsprogramm für Rehabilitations-PatientInnen vermitteln seit 2003 speziell ausgebildete Clownpaare von „Rote Nasen“ Clowndoctors jenen Menschen Mut

und Leichtigkeit, die nach schweren Unfällen monatelang trainieren müssen, um wieder zurück in den Alltag zu finden.

„Rote Nasen“ Clowns kommen oben- und unten überall hin, wo sie gebraucht werden: Mit der Clownambulanz besuchen sie seit 2002 vor allem Institutionen, die nicht regelmäßig betreut werden. Gerade Menschen in Einrichtungen wie Flüchtlings- und Behindertenheimen, Frauen- und Mutter-Kind-Häusern oder kleineren Krankenhäusern haben einen großen Bedarf an Aufmunterung und Trost.

„Gerade diese Diversifikation unserer Aufgabenfelder – von der Kinderbetreuung hin zu Geriatrie- und RehabilitationspatientInnen – hat uns vor neue künstlerische und psychologische Herausforderungen gestellt, auf die wir mit einem ausgefeilten Weiterbildungs- und Supervisionsprogramm reagiert haben“, kommentiert Giora Seeliger, künstlerischer Leiter von „Rote Nasen“ Clowndoctors.

Österreichweit im Einsatz

Wie fest „Rote Nasen“ Clowndoctors als gemeinnützige Institution der Spitalsfürsorge in das österreichische Gesundheitswesen integriert ist, zeigt die Anzahl der Clown-Einsätze seit ihrer Gründung: Absolvierten sie im Jahr 1995 – dem ersten vollen Jahr ihres Bestehens – 231 Clownbesuche auf Kinderstationen, so werden es heuer voraussichtlich 1440 Einsätze sein. Wobei die 330 Senioren- und 165 Rehabilitationseinsätze und 75 Clownambulanzen noch gar nicht hinzugezählt sind. Derzeit sind 56 Clown-KünstlerInnen österreichweit im Einsatz und sind mit Abstand die größte und wichtigste Clownorganisation in Österreich.

Lachen global: »Rote Nasen«-Partnerorganisationen

Kranke Menschen überall auf der Welt brauchen Lachen, das ihnen hilft, gesundheitliche Krisen zu bewältigen. Darum wurde im Jahr 2003 die gemeinnützige Dachorganisation „Red Noses“ Clowndoctors International (RNI) von „Rote Nasen“ Österreich ins Leben gerufen: in Deutschland, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien und der Slowakei. ■

<http://www.rotenasen.at>

Das Zeughaus macht Dampf

Ein besonderes Modelleisenbahn-Erlebnis für Kinder und Erwachsene bei freiem Eintritt – Der Modellbahnclub Wattens im Tiroler Landesmuseum



Mit diesem Projekt möchten die Tiroler Landesmuseen dem engagierten Modellbahnclub Wattens die Möglichkeit bieten, sich in einem musealen Rahmen zu präsentieren. Nachdem dieser Club die größte transportable Modelleisenbahnanlage Österreichs in HO-Spurweite besitzt, war es naheliegend, den Verein MBC Wattens ins Zeughaus einzuladen.

Der Modellbahnclub Wattens wurde 1990 ins Leben gerufen, derzeit ist Eckhard Varesco Obmann. Sinn und Zweck des Vereines ist es, in gemeinschaftlicher Tätigkeit

eine Modelleisenbahnanlage auf hohem technischem Niveau zu errichten und zu betreiben. Somit haben auch Leute die Möglichkeit, die z.B. aus Platzmangel auf eine eigene Anlage verzichten müssen, dieses faszinierende Hobby trotzdem ausüben zu können.

Ein „riesengroßes Anliegen“ des Vereines ist es, die Jugend an das Hobby Modellbahn heranzuführen. So werden Kurse zum Bau von Gebäuden und Dioramen ebenso angeboten, wie ein Elektronikurs – schließlich werden auf modernen Modelleisenbahn-

anlagen elektronische Schaltungen benötigt. Dafür wird mit Jugendlichen (Mindestalter 14 Jahre) eine eigene Anlage im Maßstab H0e gebaut, eine Schmalspurbahn, wie z.B. die „Zillertalbahn“ eine ist. Damit wird auch vermittelt, wie man sich in eine Gruppe eingliedern und gemeinsam etwas Sinnvolles schaffen kann.

Die Clubanlage ist eine naturgetreu konzipierte H0-Gleichstromanlage mit digitaler Computersteuerung. Die Ausmaße der meisten Teile betragen 80 x 120 cm. Die Anlage sieht, von oben gesehen, wie ein langgezogenes Oval aus und benötigt eine Stellfläche von 15,00 x 2,70m.

Die ganze Anlage ist in 26 Hauptblöcke und 29 Hilfsblöcke eingeteilt. 64 Weichen und über 40 ÖBB-Licht-Signale garantieren einen vorbildgetreuen Betrieb. Die Anlage wird in der „Jetzt-Zeit“ gebaut, womit praktisch sämtliches rollendes Material eingesetzt werden kann – von der Dampflok bis zum ICE. Das verwendete rollende Material stammt größtenteils von Roco, auch werden Fahrzeuge der Firmen Fleischmann, Lima, Rivarossi, Trix, Kleinbahn und Kleinmodellbahn eingesetzt. Zur Zeit wird an der Verlegung der Oberleitung gearbeitet.

Die Anlage wird mit einer „MpC-Modellbahnsteuerung per Computer“ von „Gahler + Ringsteiner“ gesteuert, ein umfassendes System für alle Steuerungsaufgaben auf vorbildgerechten und betriebsintensiven Modellbahnanlagen. Die MpC ist auf konventionel-



Alle Fotos: TLM

War vor allem im schweren Güterzugdienst eingesetzt: die 1020 003 der ÖBB

Chronik

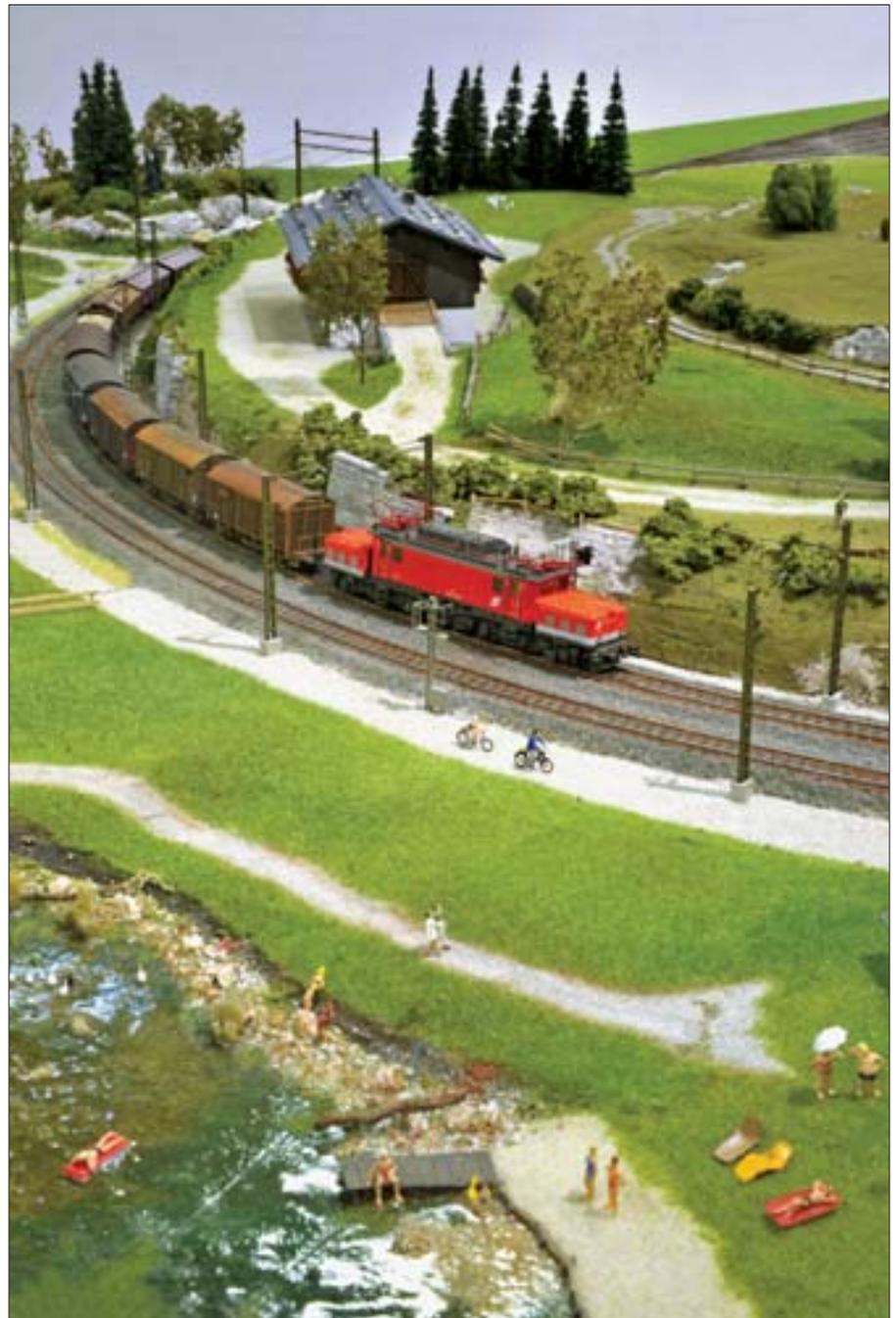
len Gleichstrom-Anlagen der Spurweiten Z bis I/II m mit Triebfahrzeugen ohne Lokdecoder ebenso einsetzbar wie auf Digitalanlagen der Systeme Märklin, Selectrix, Lenz-Digital-Plus oder Zimo. Die MpC vereint Mehrzugsteuerung und Fahrwegsicherung in einem einzigen System. Bei größerem Bedienungskomfort – auch über externe Stellische – erlaubt sie einen vorbildorientierten, vor allem aber gesicherten Fahrbetrieb mit bis zu 400 gleichzeitig fahrenden Loks mit individuell einstellbarer Charakteristik. Nützliche Merkmale sind z.B. jederzeit freier Zugriff auf alle eingesetzten Züge, kein starrer Betriebsablauf nach vorgefertigten Fahrplänen, für jeden Zug und an jeder Stelle der Anlage Wahlmöglichkeit zwischen Automatikbetrieb und Handsteuerung. Die im Hintergrund wachende MpC-Blocksicherung sorgt dabei für kollisionsfreien Betrieb. Wichtigstes Merkmal der Variante „MpC-Classic“ ist jedenfalls, daß Decoder in keine Lok, sondern in die Blöcke eingebaut werden, weshalb sie insbesondere für Liebhaber der kleinen Spurweiten interessant ist sowie für Modellbahner, die eine große Fahrzeugsammlung haben. Die MpC ist als Einzelsystem für Anlagen mit bis zu 256 Weichen einsetzbar. Für große Anlagen mit bis zu 1024 Weichen können vier Einzelsysteme miteinander verbunden werden.

<http://www.mbc-wattens.at>

Zur Geschichte der Modelleisenbahn

In England, dem Mutterland der Eisenbahn, wurden um 1800 auch die ersten Modelle angefertigt. Als 1835 die erste deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth verkehrte, erschien auch ein farbiger Ausschneidebogen des Adlerzugs samt passenden Zinnfiguren. Kurz darauf kamen in Deutschland die ersten aus Blech gefertigten Eisenbahnmodelle auf.

1891 präsentierte Märklin seine ersten Eisenbahnmodelle (Urwerkbahnen-Bahnen zum Aufziehen). Die Spurweite 00, später H0 („halb Null“, halb so groß wie Spur Null) mit 16,5 mm Spurweite, wurde 1922 vorgestellt. Erster Serienhersteller dieser Spurweite war die Firma Bing in Nürnberg. Deren Modelle waren aus dünnem lithografiertem Blech gefertigt. Passend zum 100jährigen Bestandsjubiläum der „Deutschen Reichsbahn 1935 wurde der Trix Express mit einem Dreileiter-Bakelitgleis, das einen Zweizugbetrieb ermöglichte, auf den Markt gebracht. Auch Märklin stellte sein Programm 1935 vor und baute dieses ebenfalls im Wettbewerb mit Trix weiter aus. Durch die Nürn-



Detailansicht der Clubanlage des »Modellbahnclubs Wattens«

berger Rassegesetze wurde Stephan Bing, der Firmengründer von Trix, 1938 gezwungen, sein Unternehmen zu verkaufen und Deutschland zu verlassen. Er entwickelte in England die Trix Express-Bahn weiter.

1947 begann Erich Klein in Wien mit der Herstellung von Modelleisenbahnen, in erster Linie für den österreichischen Markt. Interessant ist die Tatsache, daß Kleinbahn jahrzehntelang nur in eigenen Filialgeschäften (langjähriger Standort in Tirol: Filiale in der Maria-Theresienstraße) erhältlich war und ist.

1952 stellte die Firma Fleischmann aus Nürnberg erstmals ihre H0-Bahn vor. Seither

gehört Fleischmann zu den führenden Modellbahnherstellern in Deutschland. 1960 wurde der österreichische Modellbahnhersteller „Roco“ gegründet, der seit Mitte der 1970er Jahre besonders exakte Modelleisenbahnen herstellt.

Wirtschaftlich gesehen befinden sich die Modellbahnhersteller in den letzten Jahren in einer schweren Krise, insolvente Betriebe versucht man durch Zusammenschlüsse wieder „auf Kurs zu bringen“.

Die Ausstellung kann bis 10. Jänner 2009 besucht werden, für ein Rahmenprogramm für Kinder ab 12 Jahren ist gesorgt.

<http://www.tiroler-landesmuseen.at>

Krippen in der Peterskirche

Seit mittlerweile 52 Jahren stellt der »Verein von Krippenfreunden Wien – Niederösterreich« Dutzende Weihnachtskrippen in der Krypta der Kirche aus.



Alle Fotos: Österreich Journal / Michael Mössmer

Diese wunderschönen drei alpenländischen Krippen von Georg Heilig aus Baden (li.), Margit Pala (m.) und Werner Moser (re.), beide aus Wien, sind allesamt in den Kursen des »Vereins von Krippenfreunden Wien – Niederösterreich« entstanden.

Wenn auch im Weihnachtsevangelium nicht von der Armut der Heiligen Familie zu lesen ist, wird aber jene Stelle der Bibel so interpretiert, nach der das Kind an einen Platz gelegt wurde, der sonst für das Futter der Tiere vorgesehen ist. So entstand ein Bild von der Geburt Christi bereits im Spätmittelalter. Wenn man nun weiß, daß Südtirol als *das* „Krippenland“ schlechthin gilt, überrascht es nicht sehr, daß eine der ältesten Darstellungen in der spätromanischen Burgkapelle in Hocheppan bei Bozen zu sehen ist, die um 1200 entstanden ist. In Verbindung mit der theaterhaften Darstellung der Weihnachtsszene von Francisco de Assis Ferreira de Vasconcellos (Franz von Assisi), der 1223 in Greccio mit lebenden Tieren und Menschen das Weihnachtsgeschehen nachstellte, steht möglicherweise das in Frauenklöstern des 13. und 14. Jahrhundert verbreitete Christkindlwiegen. Diese

scheinbar kontinuierliche Weiterentwicklung bis hin zu der uns heute bekannten Weihnachtskrippe wurde durch die Reformation schlagartig unterbrochen. Bestärkt durch das Konzil von Trient (1545-1563) versuchten die Orden der Jesuiten, Serviten und Franziskaner die Inhalte der Bibel durch szenenhafte Darstellungen neu zu beleben. Vor allem Weihnachten sowie die Passion zu Ostern wurden solchermaßen näher gebracht. Kästchen mit biblischen Darstellungen wurden in Kirchen aufgestellt und wurden in auch adligen Kreisen bald populär.

Die 1562 von Jesuiten in Prag aufgestellte Weihnachtsdarstellung gilt allgemein als erste Nennung einer Krippe im heutigen Sinn. In den folgenden Jahren wurde in Kirchen das Aufstellen von Krippen zur Weihnachtszeit fast zur Prestigesache. Nach dem Vorbild der 1607 in München aufgestellten Krippe errichtete man etwa 1608 in Innsbruck und 1609 in

Hall eine solche. Seit dem Jahr 1615 ist eine Weihnachtskrippe im Benediktinerinnenkloster Nonnberg in Salzburg belegt.

Zu den berühmtesten Krippen zählen bis heute die Neapolitanischen Krippen, deren charakterstarke Köpfe an die Masken der italienischen Commedia dell'arte erinnern. Die Szene der Geburt Christi wird dort oft in äußerst aufwendige und detailreiche Strassen- und Marktszenen eingebettet, sodaß die Darstellung der Geburt oft nur noch Nebensache scheint. Im Barock wurden auch in Österreich und Süddeutschland (Bayern, Schwaben, Allgäu) viele Krippen nach neapolitanischem Vorbild geschaffen.

Unter Kaiserin Maria Theresia und Joseph II. wurden Weihnachtskrippen durch mehrere Verbote aus den öffentlichen Gebäuden, also vor allem aus den Kirchen, verbannt. Ein ähnliches Verbot erließ Erzbischof Hieronymus Franz Josef von Collo-

Chronik



redo-Mannsfeld am 22. November 1784 für das Fürstbistum Salzburg. Dadurch erhielten die Weihnachtskrippen Einzug in den privaten Bereich. Dies blieb, auch nachdem die Verbote aufgehoben wurden.

Bevor im 19. Jahrhundert der Christbaum allgemeine Verbreitung fand, stand die Krippe im Mittelpunkt der katholischen familiären Weihnachtsfeier. Im evangelischen

Deutschland wurde die Weihnachtskrippe besonders durch das Wirken von Gustav Wilhelm Jahn verbreitet, der Krippenfiguren durch die Insassen der Züllchower Anstalten herstellen ließ.

Hauskrippen sind noch heute fester Bestandteil des häuslichen Weihnachts schmucks und werden in allen erdenklichen künstlerischen Stilen und Materialien gefe-

tigt. Beliebte sind auch selbst gebastelte oder fertig gekaufte Krippen für Kinder, bis hin zur Weihnachtskrippe von Playmobil aus dem Jahr 2000.

Eine der größten ganzjährigen Krippenausstellungen aus verschiedenen Jahrhunderten befindet sich im Bayerischen Nationalmuseum in München, eine weitere im Dombergmuseum in Freising.



Chronik

Heutzutage wird die Krippe meistens wenige Tage vor Weihnachten aufgestellt. In früheren Zeiten wurde dies schon am Anfang der Adventszeit gemacht und nach und nach kamen immer mehr Figuren dazu, bis dann am 24. Dezember das Christuskind hingelegt wurde. Aufgeräumt wurde die Krippe früher am Ende der Weihnachtszeit. Diese reichte bis zum Fest „Darstellung des Herrn“ (2. Februar), der so genannten „Mariä Lichtmeß“. Heute bleiben die Weihnachtskrippen vielfach bis nach dem „Heilig Drei Königstag“ in den Wohnungen.

Wiener Krippenbewegung

Die Geschichte der Wiener Krippenbewegung begann 1952, als in der Pfarre Gersthof der Entschluß gefaßt wurde, einen Krippenbaukurs mit anschließender Krippenschau ins Leben zu rufen – die eigentliche Geburtsstunde des heutigen Krippenvereins, dessen Statuten nach Abzug der Besatzungsmächte 1955 auch offiziell anerkannt wurden.

„Es war ein schwieriger Anfang. Es gab kein Geld, kein Lokal, nur den eisernen Willen der wenigen Frauen und Männer, den Verein zu gründen. Stellvertretend für alle, die daran beteiligt waren, soll ein Name erwähnt werden: Maria Divisek, die als Gründerin 30 Jahre lang die Geschicke des Vereins geleitet hat“, weiß Obmann Norbert Schuh zu berichten.

Nun wurde also in den späten 60er Jahren mit dem Aufbau einer eigenen Krippenbauerschule begonnen. In verschiedenen Pfarren wurden Krippen gebaut und in Ausstellungen präsentiert. Das war die Geburtsstunde der „Wiener Krippenschau“, die in der Krypta der Wiener Peterskirche eine wohl mehr als würdige Heimstätte gefunden hat. Dutzende Ausstellungsstücke verschiedenster Größe und Machart, von Klosterarbeiten über Schnitzarbeiten, von der Miniaturkrippe in der Nußschale bis hin zu nicht nur durch ihre Größe beeindruckenden Landschaftskrippen, sind für die BesucherInnen aneinandergereiht. Auch wenn die Vorbereitung dieser Präsentation nur einen Bruchteil der Arbeit an den Krippen ausmacht, vergeht schon eine knappe Woche, bis die Tausenden Teile in das Tiefgeschoß geschleppt und dort fachkundig zusammengestellt werden. Und es herrscht auch ziemliche Spannung, wenn nur drei Tage vor der Eröffnung noch immer große Transportbehälter darauf warten, von den Krippenbauern entleert zu werden. Und dann muß noch an der Anordnung der Ausstellungsstücke gefeilt werden: schließlich



Diese Klosterarbeiten (links eine »Gablunger Arbeit«, aus vergoldeten bzw. versilberten Drähten und Perlen hergestellt, stammen von Hannelore Winter, das »Ei«, etwa als Taufgeschenkt verwendet (rechts im Bild), von Christine Schuh aus Wien.

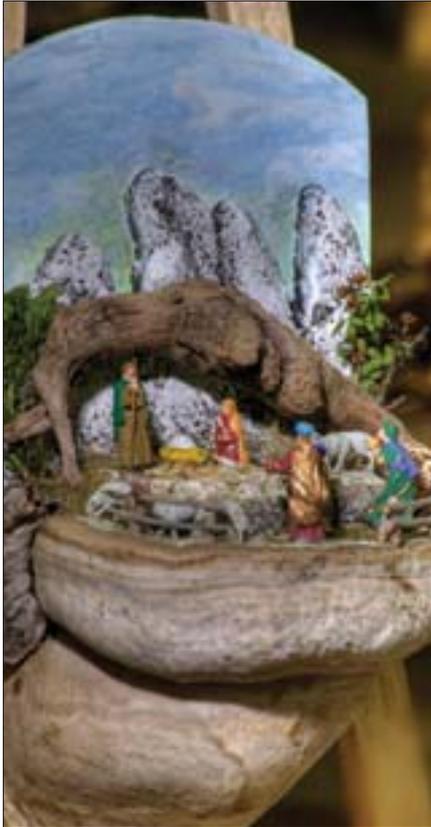


Auch diese Figuren stammen aus der Hand von Christine Schuh, was vor allem an der »Klosterarbeit« der Gewänder der Könige zu erkennen ist.

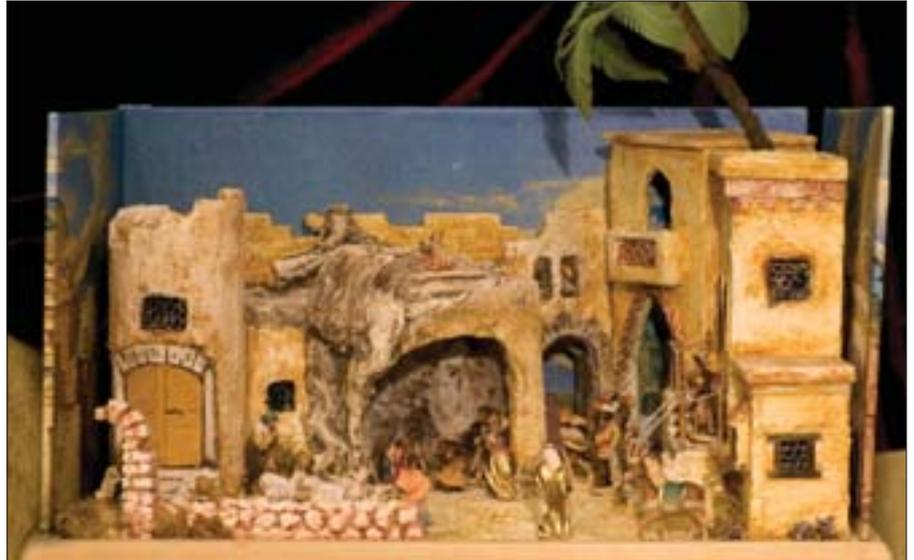


Diese Krippe stammt von Martina Blacha. Die Figuren sind aus verschiedenen Filzen und Stoffen und Schaffellen entstanden und strahlen sehr viel Herzlichkeit aus.

Chronik



Viel Fingerspitzengefühl verlangt diese Miniaturkrippe auf einem Schwamm von Helga Scharwitzl aus Tulln



Diese orientalische Krippe stammt von Kursleiterin Ilse Moik, die auch die Figuren »gefaßt« hat – wie die Krippenbauer das minutiöse Bemalen bezeichnen.



»Die Ware Weihnacht ist nicht die wahre Weihnacht« – Alfred Gassner hat auf das Christuskind verzichtet, um die Verdrängung durch den Konsum aufzuzeigen.



»Schneekrippen« sind eine besondere Form der Krippe. Das Bild links zeigt ein Detail aus der Heimatkrippe (rechts), die aus dem Südtiroler Ahrntal stammt und in der Krippenwerkstätte von Egon Wolfsgruber entstanden ist.

Chronik



Ebenfalls aus dem Südtiroler Ahrntal stammt diese Heimatkrippe mit handgeschnitzten Figuren von Paul Troj, der im Krippenmuseum Maranatha tätig ist. Auf 1300 m² Ausstellungsfläche wird dort die Geschichte des Krippenbaus veranschaulicht.

müssen sie nicht nur thematisch, sondern auch von der eingesetzten Arbeitstechnik her ein harmonisches Bild geben.

Liebe Gewohnheit ist seit vielen Jahren die Teilnahme von Krippenbauern aus Tirol und Südtirol und Krippenbauenden Nichtmitgliedern.

Ein paar letzte Handgriffe noch beim „Advent-Standl“ des Vereins, bei dem nicht nur selbsthergestelltes Zubehör wie winzige Milchkannen, Laternderln und bäuerliches Werkzeug für die eigene Krippe zu Hause angeboten wird, sondern auch vieles andere, was rund um die „stillste Zeit im Jahr“ weihnachtliche Akzente in jede Wohnung bringt.

Rund 180 Mitglieder zählt der Verein mittlerweile, der in Gersthof über ein eigenes Lokal mit entsprechend geräumigen Werkstätten und Lagerräumen verfügt. Ilse Moik, langjährige Krippenbau-Kursleiterin, erzählt, daß bei jeder Gelegenheit „Rohmaterial“ gesammelt wird: Steine, Moos, Holz, Stoffe usw., die dann im Fundus einsortiert werden und den Vereinsmitgliedern für den Bau der nächsten Krippen zur Verfügung stehen.

Durch Krippenausstellungen soll der Krippengedanke hinausgetragen werden und seine Verbreitung finden. Die bedeutendste ist eindeutig die alljährliche in der Peterskirche, die in knapp vier Wochen bis zu Weihnachten 10.000 Interessierte anlockt. Einige davon kommen dabei auf den Geschnack und entschließen sich, an einem der Krippen-



»Je kleiner, je lieber«: Unter diesem Motto arbeitet Patrizia Hoda, die diese Miniaturkrippe in einen Baumschwamm und eine Nußschale eingesetzt hat.

bau-Kurse teilzunehmen, die der Verein natürlich auch für 2010 anbietet. Sie sollten jedenfalls für 2010 in Ihren Terminkalender eintragen, daß in der letzten Novemberwoche die 53. Krippenausstellung in der Krypta der Wiener Peterskirche eröffnet wird! ■

<http://www.krippenfreunde-wien.at>

Ein Teil dieses Artikel ist unter Verwendung von „Weihnachtskrippe“ aus der freien Enzyklopädie Wikipedia entstanden, die unter der Lizenz Creative Commons Attribution/ Share Alike verfügbar ist; zusätzliche Bedingungen können dafür anwendbar sein. In der Wikipedia ist eine Liste der Autoren verfügbar <http://de.wikipedia.org/wiki/Weihnachtskrippe>

Der Stanglwirt feiert 400 Jahre Gastlichkeit

Die Verleihung der sogenannten »Wirtsgerechtigkeit« durch die »Urbarobrigkeit zu Kitzbühel« im Jahre 1609 bildete die Grundlage für ein großes symbolisches Fest.



Foto: Biohotel Stanglwirt

400 Jahre Gastlichkeit. Im Jahre 1609 wurde dem Stanglwirt die sogenannte »Wirtsgerechtigkeit« verliehen.

„Daheim beim Stanglwirt“, lautet der zum Markenzeichen gereifte Slogan, dessen Wahrheitsgehalt an diesem freundschaftlich geprägten Jubeltag, dem 7. November 2009, besonders intensiv spürbar war. Auch wenn der Stanglwirt in den letzten Jahrzehnten zu einer der berühmtesten Hotelmarken Österreichs avancierte, so haben die Familie Hauser und 250 hinter der Idee stehende Menschen die Wurzeln des Erfolges nicht vergessen. Mit Stolz lebt der Stanglwirt die einmalige Symbiose aus hochmodernem 5-Stern-Luxushotel, traditionellem Gasthof und hochaktiver, 100 ha großer Landwirtschaft. Folgerichtig sind hier heute wie damals alle gleich – die Armen und die Reichen, die Prominenten wie die weniger Bekannten.

Und das gefällt vielleicht sogar den Reichen und Prominenten am meisten. Gelegentliche Stalldüfte gehören ebenso zur Marke wie heimeliges Zirbenholz, modernste Technik im Dienste des Gastes und vor allem die Herzlichkeit aller hier arbeitenden Menschen. Ohne Frage verkörpert der Stanglwirt das Tirol-Bild in einzigartig authentischer Weise.

Der Stanglwirt ist in vielerlei Hinsicht ein nicht zu kopierendes Phänomen: Mit rund 90.000 Nächtigungen und 40.000 Ankünften pro Jahr im 5-Sterne-Segment zählt das 160 Einheiten zählende Haus heute zu den umsatzstärksten Hotels in Österreich. Das alles ohne Reisebüros und andere Vermarktungsketten. Jährlich finden hier etwa 400 Events statt, das größte davon sicher die Stanglwirt-Weißwurstparty am Hahnenkammwochenende mit bis zu 2500 Gästen und höchstem Promi-Faktor. Einen Ruhetag gönnt sich das jubilierende Haus seit 250 Jahren nicht.

Die authentische Wertschöpfungskette und der daraus resultierende Nutzen manifestieren sich neben den ausnahmslos verwendeten natürlichen Bio-Materialien weiters in der eigenen Rinder- und Pferdehaltung, einer Tennishalle, auf deren Dach die Schafe weiden, sowie dem wesentlichen Bestandteil der Marke Stanglwirt, dem Heimatgefühl. Ein spezieller Höhepunkt ist stets das Sänger- und Musikantentreffen. 1949 von Balthasar Hausers Eltern ins Leben gerufen, feiert diese gelebte Tradition unverfälschter Volksmusik am 7. November ebenfalls ein stolzes

Jubiläum. Zum 120. Male fand parallel zur 400-Jahr-Feier dieses im Alpenraum einzigartige musikalische Gipfeltreffen statt.

„Der Stanglwirt“, sagt Balthasar Hauser, „ist gebaute Musik.“ Folgerichtig dirigiert im Erfolgsorchester die gesamte Familie mit. Sohn Richard und Tochter Maria zu vorderst. Maria zeichnet für Marketing, PR, Qualitätssicherung und Großevents beim Stanglwirt verantwortlich; Richard, der Älteste der vier Geschwister, baut seit 1996 als Geschäftsführer der Stanglwirt GmbH hochstrategisch an einer Struktur im Hintergrund, die bis heute das wirtschaftliche Rückgrat des Stanglwirts bildet.

Viele prominente Stangl-Stammgäste stellen sich als Gratulanten ein, darunter auch Franz Beckenbauer und Gerry Friedle alias DJ Ötzi, Tirols Landeshauptmann Günther Platter und die Ski-Asse Leonhard Stock und Fritz Strobl. Besonders freute man sich auch über den neuerlichen Besuch von Karlheinz Böhm; der Stanglwirt unterstützt seit in einer groß angelegten Spendenaktion die „Wilder Kaiser“-Schule in Äthiopien. ■

<http://www.stanglwirt.com>

Peter Kraus rockte bei Wiener Ehrung

Mailath verlieh Goldenes Ehrenzeichen an Musiklegende

Am Vormittag des 19. November verlieh Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny das „Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien“ an den Musiker, Schauspieler und Entertainer Peter Kraus. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Ehrengäste teil, darunter Landtagspräsident Harry Kopietz sowie Stadträtin Monika Vana.

Mailath: Sensationell!

Stadtrat Mailath-Pokorny gab nach der Einspielung eines der zahlreichen Hits des Geehrten zu, es sei nicht ganz leicht gewesen, dem Namen des Stadtsenatssitzungssaales gerecht zu werden: „Ich denke, nicht nur mir ist das Sitzenbleiben schwergefallen.“ Der Lebensweg des Peter Kraus sei, um einen seiner Hits zu zitieren, „sensationell“. Er hat den deutschsprachigen Rock'n'Roll erfunden – und einige seiner größten Hits in Wien aufgenommen“, so Mailath.

Fechter: Ungeöffnete Geburtstagsbriefe

Der Laudator, Kraus' Manager Herbert Fechter, hielt eine launige Rede in Form dreier fiktiver „ungeöffneter Geburtstagsbriefe“ an Peter Kraus, der im März seinen 70. Geburtstag feierte. So „zitierte“ Fechter Johannes Heesters: „Laß dir sagen: Je älter du wirst, desto interessanter wirst du. Die Leute gehen dann zu deinen Konzerten wie in ein Museum.“ Auch Paris Hilton wurde von Fechter verlesen: „Lieber Peter, du kannst so viel und stehst wenig in der Zeitung – bei mir ist es umgekehrt“. Und Udo Jürgens ließ Fechter eine gemeinsame Karriere mit dem Geehrten anregen: „Wir zwei könnten gemeinsam die Welt erobern – 145 Jahre auf einer Bühne, mit Hits wie ‚Merci Sugarbaby‘ oder ‚17 Jahr, Diana‘“, so Fechter in seiner Laudatio.

Duett mit Andy Lee Lang

Abschließend gab Rock'n'Roller Andy Lee Lang ein Peter Kraus-Medley zum besten. Als dann der Geehrte selbst auch noch zum Mikrophon griff und die letzten Nummern im Duett mit Lang sang, verwandelte sich der Stadtsenatssitzungssaal endgültig in



Foto: Schaub-Walzer

StR Andreas Mailath-Pokorny (r.) überreicht Peter Kraus das Goldene Ehrenzeichen

eine Konzertbühne – das Publikum klatschte und piffte begeistert mit.

Lebenslauf Peter Kraus

Peter Kraus wurde 1939 in München geboren. Seine Jugend verlebte er in Salzburg, wo sein Vater ein von ihm gegründetes kleines Theater leitete, und in München. Kurt Hoffmann hatte Kraus 1953 für die Rolle des Johnny in dem Film „Das fliegende Klassenzimmer“ entdeckt. 1956 stand er erstmals mit der Gitarre auf der Bühne und wurde bald darauf als der deutsche Elvis Presley gefeiert. Mit Liedern wie „Sugar Baby“ wurde er zum Teenager Idol der 50er Jahre. Bis 1960 brachte er mehr als 30 erfolgreiche Schlager heraus, für „Schwarze Rose Rosemarie“ erhielt er 1961 den „Bronzenen Löwen“ von Radio Luxemburg.

Er spielte in zahlreichen Filmen, oft gemeinsam mit Conny Froboess, kam aber erst nach dem Abklingen der Rock'n'Roll-Welle ganz zur Bühne und zum Film zurück. 1966 spielte er in Zürich und an den Kammerspielen in Wien. Seit Ende der 60er Jahre war er

als Entertainer im Fernsehen allgegenwärtig. Er spielte in TV Musicals und produzierte 14 Folgen der Show „Herzlichst Ihr Peter Kraus“ und weitere Show Serien wie „Bäng Bäng“, „8x1 nach Noten“ und „Hallo Peter“. Sein Traum von ernsthaften Filmrollen erfüllte sich mit dem Regisseur und Filmkritiker Hans Christoph Blumenberg. Für ihn spielte er 1984 in „Tausend Augen“ und 1985 in „Der Sommer des Samurai“, übrigens nach Jahrzehnten wieder mit Conny Froboess.

Sein „103. Comeback“, wie er in seiner Autobiographie schrieb, feierte er 1989 mit der erfolgreichen Deutschland Tournee „Vorwärts in die Fifties“. Damit traf er den Geschmack der Mütter wie auch der Töchter. 2006 feierte Peter Kraus sein fünfzigjähriges Bühnenjubiläum in Erinnerung an seinen Auftritt 1956 im Deutschen Museum in München, der ihm den Weg zur Weltkarriere ebnete. Am 14. März 2009 präsentierte der Künstler sein neues Album „Nimm Dir Zeit“. Vier Tage später feierte er seinen 70. Geburtstag. ■

<http://www.peterkraus.de>

Quantencomputer-Pionier Rainer Blatt ausgezeichnet

Carl Zeiss-Forschungspreis 2009 gemeinsam mit Ignacio Cirac erhalten

Das Kuratorium des Ernst Abbe-Fonds der Carl Zeiss AG im deutschen Oberkochen hat die Professoren Ignacio Cirac, Direktor am Max-Planck-Institut für Quantenoptik und Leiter der dortigen Abteilung Theorie, und Rainer Blatt, Professor für Experimentalphysik an der Universität Innsbruck, „für ihre Arbeiten zu Quantenkommunikation und Quantencomputer“ mit dem Carl-Zeiss Forschungspreis ausgezeichnet. Dieser 1988 von der Carl Zeiss-Stiftung ins Leben gerufene Preis wird alle zwei Jahre für herausragende Leistungen in der internationalen Optikforschung vergeben.

Die Verleihung des mit 25000 Euro dotierten Carl Zeiss-Preises wurde am 11. November in feierlichem Rahmen am Stammsitz der Carl Zeiss AG vorgenommen. Beide Wissenschaftler haben wegweisende Beiträge zum neuen Feld der Quanteninformation beigesteuert. „Es ist eine große Ehre für mich, diesen Preis entgegennehmen zu dürfen“, sagt Rainer Blatt, „auch weil ich ihn mit einem Kollegen teilen darf, mit dem ich über viele Jahre eng zusammengearbeitet habe und der viele entscheidende Impulse für die experimentelle Forschung geliefert hat.“

Auf dem Weg zum Quantencomputer

Rainer Blatt arbeitet mit in Ionenfallen gespeicherten Atomen, die mit Hilfe von Laserstrahlen manipuliert werden. Auf der Grundlage von Vorschlägen von Ignacio Cirac und Peter Zoller ist es Blatts Forschungsgruppe 2004 erstmals gelungen, die Quanteninformation eines Atoms in vollständig kontrollierter Weise auf ein anderes Atom zu übertragen (Teleportation). Während für dieses Experiment drei Teilchen in einer Ionenfalle angeordnet waren, verschränkten die Forscher ein Jahr später bis zu acht Atome kontrolliert miteinander. Die Erzeugung des ersten „Quantenbytes“ war ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zum Quantencomputer. Rainer Blatt gilt auch als erfolgreicher Förderer des wissenschaftlichen Nachwuchses. Sechs seiner Assistenten sind inzwischen auf Professuren im Ausland berufen worden.

Blatt studierte an der Universität Mainz Mathematik und Physik. Nach Aufhalten

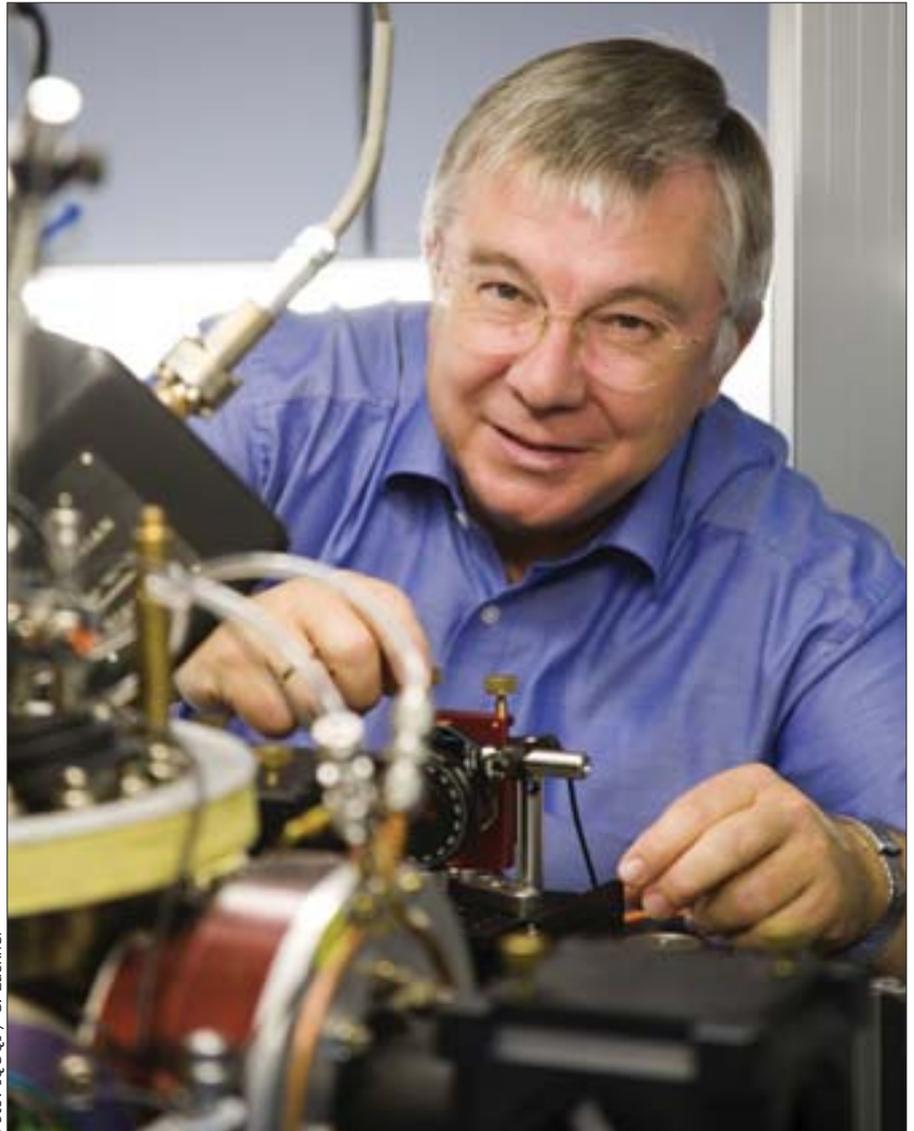


Foto: IQOQI / C. Lackner

Seit 2000 leitet Prof. Rainer Blatt das Institut für Experimentalphysik in Innsbruck.

am Joint Institute of Laboratory Astrophysics (JILA) in Boulder, USA, und in Berlin, kam Blatt 1984 an die Universität Hamburg, wo er zehn Jahre lang tätig war. 1994 wurde er an die Universität Göttingen berufen, ein Jahr später erfolgte der Ruf auf einen Lehrstuhl für Experimentalphysik an der Universität Innsbruck. Seit 2000 leitet Blatt das Institut für Experimentalphysik. Er ist seit 2003 auch Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW).

2008 erhielt Rainer Blatt vom Europäischen Forschungsrat einen „ERC Advanced Grant“ und wurde außerdem mit dem Kardinal-Innitzer-Preis ausgezeichnet. Gemeinsam mit seinen europäischen Projektpartnern wurde er 2007 von der Europäischen Kommission für den Descartes-Preis nominiert. 2006 erhielt er den Erwin Schrödinger-Preis der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Seit dem Vorjahr ist Rainer Blatt wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. ■

<http://iqoqi.at>

Grande Dame »vergoldet«

Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold an Christiane Hörbiger – Vielseitiges Talent der »Grande Dame« des deutschsprachigen Theaters und Films geehrt

Die österreichische Schauspielerin Christiane Hörbiger ist am 18. November von Bürgermeister Michael Häupl mit der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold geehrt worden. Hörbiger gehöre zu den bedeutendsten und populärsten Schauspielerinnen und begeistere seit Jahrzehnten ein Millionenpublikum, so Häupl. Durch ihr vielseitiges Talent gelinge es der Kammer-schauspielerin in den unterschiedlichsten Rollen – von der „Buhlschaft“ in Hugo von Hofmannsthals „Jedermann“ bis zur „Juristin Dr. Julia Laubach“ in der Fernsehserie „Julia – Eine ungewöhnliche Frau“ zu brillieren und somit Wien als Theater- und Filmstadt zu repräsentieren.

Verbindung von »Kunst und Quote«

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny würdigte die Verbindung aus „Kunst und Quote“, die der „Grande Dame“ des deutschsprachigen Theaters und Films mit ihren Werken gelinge. Seit ihrem 16. Lebensjahr sei Hörbiger nicht nur aus dem Schatten ihrer berühmten Schauspielerehrentern hervorgetreten. Durch ihre Rollen wie etwa der Elisabeth in Schillers „Maria Stuart“ oder die der Gräfin von Guldenburg in der Serie „Das Erbe der Guldenburgs“ faszinierte sie das Publikum mit einem breiten Spektrum ihrer Schauspielkunst, so Mailath-Pokorny. „Wien bedeutete für mich Kritik, manchmal auch einseitige Liebe und unendlichen Respekt vor den Eltern“, so Hörbiger. Jetzt bedeute Wien ein Zurückkommen, eine Sehnsucht und das Glück auch dank dieser Auszeichnung in ihrer Heimatstadt anerkannt worden zu sein.

Von der Zuckerbäckerin zur Buhlschaft

Christiane Hörbiger, Tochter des berühmten Schauspielerspaars Attila Hörbiger und Paula Wessely, wurde im Oktober 1938 in Wien geboren. Nach dem Besuch der Handelsschule sollte Hörbiger nach dem Wunsch ihrer Eltern Zuckerbäckerin werden, landete jedoch bereits im Alter von 16 Jahren beim Film. In den fünfziger Jahren spielte sie unter anderem an der Seite von Rudolf Prack, Wolf Albach-Retty, Josef Meinrad und ihrer Eltern. Hörbiger brach ihre Schauspielausbildung am Max-Reinhardt-Seminar ab,



Bürgermeister Michael Häupl überreicht Christiane Hörbiger die Ehrenmedaille

nachdem sie am Wiener Burgtheater engagiert worden war. Von 1969 bis 1971 verkörperte sie die Buhlschaft im „Jedermann“. Engagements, unter anderem an der Volksoper in Wien, dem Schauspielhaus Zürich und der Kleinen Komödie im Bayerischen Hof bei den Salzburger Festspielen folgten. Mit der Serie „Das Erbe der Guldenburgs“

gelang ihr in den 80er Jahren auch im Fernsehen der Durchbruch.

Die 71jährige wurde unter anderem sechs Mal mit der Romy für die beliebteste Schauspielerin Österreichs, dem Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse, sowie mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet. ■



Christiane Hörbiger bedankt sich bei der Stadt Wien und beim Publikum.

Molekulare Vermessungsarbeit

Erstmals ist es gelungen, die Elektronendichte in einzelnen Molekülzuständen mit Hilfe des sogenannten photoelektrischen Effekts zu vermessen. Diese jetzt in »Science« veröffentlichte Methode bietet eine wichtige Grundlage für die Entwicklung organischer Halbleiterelemente.

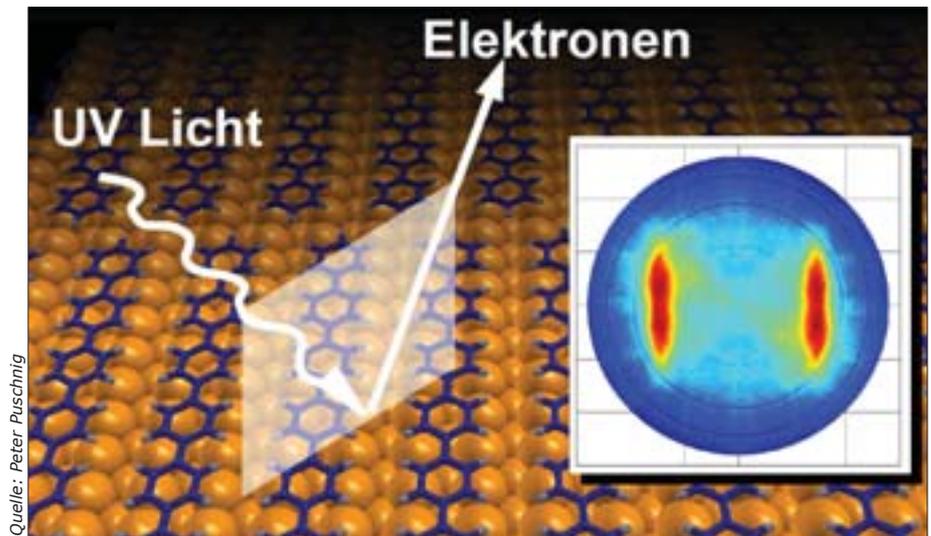
Entscheidend für den Erfolg des vom Wissenschaftsfonds FWF unterstützten Projektes war die mathematische Transformation der Meßdaten. Erst diese erlaubte die Interpretation der Elektronenverteilung und damit Rückschlüsse auf mögliche Eigenschaften organischer Halbleiterelemente.

Ultradünne Schichten aus organischen Molekülen bilden die Grundlage für zukünftige Halbleitertechnologien. Denn die hohe Flexibilität der organischen Moleküle erlaubt völlig neue Einsatzmöglichkeiten. Biegsame Bildschirme werden ebenso möglich wie kostengünstige Solarzellen. Doch vor dem alltagstauglichen Einsatz organischer Halbleiter gilt es die Wechselwirkungen zwischen organischem Material und anorganischen Trägersubstanzen besser zu verstehen. Einem Team der Universitäten Graz und Leoben gelang es nun, eine wichtige Methode für diesen Zweck zu entwickeln.

Dicht an dicht

„Die Eigenschaften eines organischen Moleküls werden ganz wesentlich von bestimmten Elektronenzuständen definiert“, erklärt Peter Puschnig vom Lehrstuhl für Atomistic Modelling and Design of Materials der Montanuniversität Leoben, der die Untersuchung leitete. „Können wir die Verteilung der Elektronen im Molekül akkurat bestimmen, dann verstehen wir auch die Funktionsweise von organischen Halbleiterbauelementen besser und können deren Effizienz steigern.“ Bisher fehlte es jedoch an leistungsstarken Methoden, um ebendiese Elektronenverteilung zu messen. Doch nun gelang dem Team um Puschnig ein wesentlicher Fortschritt.

Das Team nutzte dazu den sogenannten photoelektrischen Effekt. Dieser erlaubt es, einzelne Elektronen aus organischen Molekülen „herauszuschlagen“. Im konkreten Projekt wurde ein organisches Molekül mit ultraviolett Licht bestrahlt, dessen Energie stark genug war, einzelne Elektronen aus den Molekülen herauszulösen. Die Richtung und Geschwindigkeit der so freigesetzten Elektronen wurde anschließend mit hoch-



Quelle: Peter Puschnig

Eine aktuelle SCIENCE-Publikation wirft ein neues Licht auf die Elektronendichte in einzelnen Molekülzuständen.

sensiblen Detektoren gemessen und lieferte die grundlegenden Daten zur Berechnung der Elektronenverteilung im Molekül. Dabei arbeitete das Team um Prof. Michael Ramsey von der Universität Graz an einer Schicht von Hexaphenyl, die in einer Dicke von nur einem Molekül auf eine Kupferoberfläche aufgebracht worden war. Die eigentlichen Messungen wurden vom Grazer Teil des Teams an der Berliner Synchrotronstrahlungsquelle BESSY (Berliner Elektronen-Speicherring Gesellschaft für Synchrotronstrahlung) durchgeführt.

Damit gerechnet

Zu der Auswertung der so gewonnenen Daten meint Puschnig: „Es zeigte sich eine ganz charakteristische Verteilung der emittierten Elektronen. Die Interpretation dieser Verteilung gestaltete sich allerdings zunächst schwierig, und eine Verknüpfung der Meßdaten mit der ursprünglichen Elektronenverteilung im Molekül schien unmöglich.“ Erst spezielle mathematische Transformationen (Fourier-Transformation) zeigten, daß die gemessene Elektronenverteilung jener entsprach, die im Molekül vorliegt. Da diese durch Berechnungen im Rahmen der Dichtefunktionaltheorie in diesem Fall bereits bekannt war, konnte die Tauglichkeit der neuen

Methode so getestet – und bestätigt – werden.

Der Wert der neuen Methode liegt insbesondere darin, daß nun das Verhalten von Elektronen in Grenzflächen zwischen organischen Halbleitern und Metallen relativ einfach und sehr genau gemessen werden kann. Damit leistet diese vom FWF im Rahmen des Nationalen Forschungsnetzwerkes (NFN) „Interface controlled and functionalised organic thin films“ unterstützte Arbeit einen grundlegenden Beitrag für die zukünftige Nutzung organischer Halbleiter.

Originalpublikation: *Reconstruction of Molecular Orbital Densities from Photoemission Data*, P. Puschnig, S. Berkebile, A. J. Fleming, G. Koller, K. Emtsev, T. Seyller, J. D. Riley, C. Ambrosch-Draxl, F. P. Netzer, M. G. Ramsey: *Science* 326, 702 (2009).

Der Wissenschaftsfonds FWF (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) ist Österreichs zentrale Einrichtung zur Förderung der Grundlagenforschung. Er dient der Weiterentwicklung der Wissenschaften auf hohem internationalem Niveau. Er leistet einen Beitrag zur kulturellen Entwicklung, zum Ausbau der wissenschaftsbasierten Gesellschaft und damit zur Steigerung von Wertschöpfung und Wohlstand in Österreich. ■

<http://www.fwf.ac.at>

Tiefer Blick in einen Mikroquasar

Rätselhaftes Sternensystem unserer Galaxie entschlüsselt

Mit dem Gammastrahlen-Weltraumteleskop Fermi hatte ein internationales Forscherteam – darunter der Astrophysiker Olaf Reimer von der Universität Innsbruck – ein rätselhaftes Sternensystem ins Visier genommen: den Mikroquasar Cygnus X-3. Die Wissenschaftler berichten nun in der Fachzeitschrift *Science* über den ersten eindeutigen Nachweis von hochenergetischer Strahlung von einem Mikroquasar.

Der Mikroquasar Cygnus X-3 besteht aus einem massereichen, heißen Stern und einem bisher noch nicht entschlüsselten, kompakten Objekt (Neutronenstern oder Schwarzes Loch). Spektakulär wird dieses Sternensystem aber insbesondere durch einen beidseitigen Materieausfluß mit etwa halber Lichtgeschwindigkeit, sogenannten Jets. „Solche Systeme nennt man in Analogie zu ähnlichen beobachtbaren Phänomenen von anderen Jet-Objekten, den Quasaren, dann Mikroquasare“, erklärt Prof. Olaf Reimer vom Institut für Astro- und Teilchenphysik der Universität Innsbruck und Mitautor der Veröffentlichung in *Science*. „Wiewohl die beobachteten Eigenschaften, wie breitbandige Emission im elektromagnetischen Spektrum, auffällige Helligkeitsveränderungen auf unterschiedlichen Zeitskalen sowie die bereits erwähnten Jets im Radiobereich auf Ähnlichkeiten hinweisen, haben wir es bei den Mikroquasaren mit Objekten in unserer Milchstraße zu tun, also Miniaturversionen der extragalaktischen Quasare, deren Emission von massiven Schwarzen Löchern getrieben ist“, sagt Reimer. Cygnus X-3 ist den Astrophysikern durch seine helle Radioemission bereits in den 1960er-Jahren aufgefallen. Seit dieser Zeit wurde wiederholt spekuliert, daß die Radioemission auch von Hochenergieemission begleitet wird – was den Mikroquasar als eine der ersten Quellen der Gammaastronomie ausgezeichnet hätte. Die vermeintlichen Nachweise energiereicher Photonen mußten allerdings revidiert werden, als bessere Instrumente die vorherigen Resultate nicht bestätigt hatten.

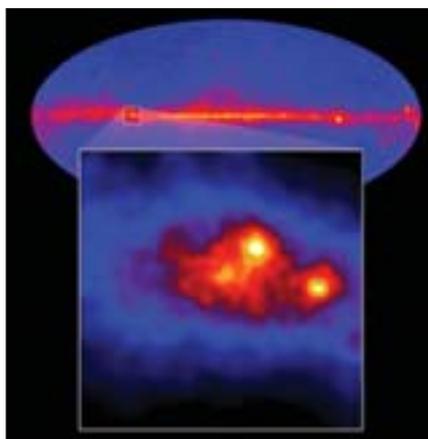
Rätselhaftes Objekt identifiziert

Mit dem Large Area Telescope (LAT) von NASA's Fermi Gammastrahlen-Weltraum-



Univ.-Prof. Olaf Reimer

teleskop konnten die langjährigen Spekulationen um eine der rätselhaftesten Quellen in unserer Galaxie nun erneut untersucht und endlich eindeutig geklärt werden. Alle 4,8 Stunden umkreist der kompakte Stern den massiven Partnerstern und durchquert dabei dessen heiße Sternwinde mit der Regelmäßigkeit eines Uhrwerkes. Nicht nur diese Perio-



Hellere Farben korrespondieren mit einer höheren Zahl detektierter Gammas im Fermi-Teleskop. Die Region im Sternbild Schwan ist zentriert um die Position des Mikroquasars Cyg X-3 (l.). Die helleren Punktquellen sind bereits bekannte Pulsare.

dizität konnte jetzt in den Gammastrahlungsdaten gesehen werden – was die eindeutige Identifikation dieses Systems ermöglichte – auch regelmäßige Intensitätsänderungen, die gleichzeitig mit Röntgen- bzw. Radioemission auftreten, konnten beobachtet werden. Cygnus X-3 strahlt im Lichte der energetischen Gammastrahlung heller, wenn sich der kompakte Stern (und seine materiesammelnde Akkretionsscheibe aus Gas und Staub) hinter dem Partnerstern befinden. „Wir haben es hier vermutlich mit Wechselwirkungen zu tun, zwischen relativistischen Elektronen aus der Akkretionsscheibe des kompakten Objekts und niederenergetischen Photonen des Strahlungsfeldes des riesigen und hellen Partnersterns, eines sogenannten Wolf-Rayet Sterns“, sagt Reimer. Die ultravioletten Photonen des Sternwindes treffen auf die sich bereits schnell bewegende Teilchen und gewinnen dadurch an Energie, die sie letztlich bis in den Bereich der Gammastrahlung bringt. Dieser Prozeß funktioniert offensichtlich besser, wenn die energiereichen Elektronen sich uns entgegenbewegen und es zu einer frontalen Kollision mit einem Photon des Sternwindes kommt.

Daten eröffnen neue Perspektiven

Zwischen dem 11. Oktober und dem 20. Dezember 2008 und dem 8. Juni und 2. August 2009 war der Mikroquasar besonders aktiv. Hochenergetische Gammastrahlung konnte bereits nachgewiesen werden, die noch etwa fünf Tage vor den Ausbrüchen im Radiobereich stattfanden. Ein Zusammenhang zwischen Hoch- und Niederenergieemission wird damit sehr wahrscheinlich. „Mit der Identifizierung des ersten Mikroquasars im Lichte von hochenergetischer Gammastrahlung und der Beschreibung der Hochenergieeigenschaften erhalten wir Daten, die uns Aufschluß über die Teilchenbeschleunigung in diesen Objekten geben werden“, freut sich Astrophysiker Reimer über die neuen Erkenntnisse. „Durch die reguläre Modulation kann nunmehr auch zwischen sich wiederholenden Emissionsphasen und sporadischen Aktivitätsänderungen im Gammalicht unterschieden werden.“ ■

Quantentechnologie – vom Phänomen zum Industriestandard

Spannende Diskussion von 80 Vertretern aus Wirtschaft und Industrie mit Repräsentanten aus Wissenschaft und Forschung

Im Rahmen einer vom AIT u. der Gesellschaft f. Informationstechnik im OVE (OVE-GIT) organisierten Veranstaltung diskutierten am 17. November 80 Vertreter aus Wirtschaft und Industrie mit Repräsentanten aus Wissenschaft und Forschung über zukunftsorientierte Kooperationsmodelle zwischen Grundlagenforschung und Markterfolg am Beispiel der Quantenforschung am AIT.

Anton Zeilinger (Universität Wien, IQOQ), Heinz Hubmer, Leiter d. Forschungsabteilung bei Corporate Technology d. Siemens AG Österreich u. Helmut Leopold, Head of Safety & Security Department (AIT) erörterten gemeinsam Ansätze für eine Sicherstellung von wirtschaftlichem Erfolg am Standort Österreich für Unternehmen im globalen Wettbewerb.

Die Runde war sich einig: Die Industrie forscht, wo auch die Rahmenbedingungen stimmen, das heißt, so Heinz Hubmer (Leiter der Forschungsabteilung bei Corporate Technology der Siemens AG Österreich): „Es braucht einen attraktiven Absatzmarkt, ein gutes F&E Fördersystem und vor allem kluge Köpfe, also universitäre sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit internationaler Reputation. Den außeruniversitären Einrichtungen, wie dem AIT, kommt dabei zusätzlich die wichtige Rolle zu, Forschung in Industrienähe zu treiben.“ Schließlich bedarf es aber auch potenter Wirtschaftsunternehmen, um die Erkenntnisse aufzugreifen und auf den Weg in die Kommerzialisierung vorantreiben.

Aufbauend auf der weltweit erfolgreichen Grundlagenforschung von Anton Zeilinger in seinem Institut setzte das AIT Austrian Institute of Technology ein strategisches Ziel in der Industrialisierung. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Forschung und Wirtschaft konnten anhand der Quantenkryptografie dargestellt werden, wirkten mit dem AIT als Vermittler zwischen der Universität Wien und der Siemens AG Österreich doch drei Kompetenzzentren aus Wissenschaft und Industrie zusammen. Denn für die Wissenschafts- und vermehrt auch Wirtschaftsszene präsentierte sich die Quantenkryptografie in Hinblick auf ihre



Anton Zeilinger, Johannes Zeitelberger, Helmut Leopold und Heinz Hubmer (v.l.)

höchste Sicherheit im Rahmen der Datenübertragung besonders bestechend, wo nicht zuletzt der Standort Wien als weltweit führendes Kompetenzzentrum in den vergangenen Jahren bereits einige bahnbrechende Erfolge vorweisen konnte.

AIT-ForscherInnen entwickelten gemeinsam mit WissenschaftlerInnen der Universität Wien eine Technologie, um ein absolut abhörsicheres System zu bauen. 2004 gelang den ForscherInnen des heutigen AIT die erste, den Gesetzen der Quantenkryptografie folgende, Banküberweisung, und im Oktober 2008 setzte man mit dem ersten verschlüsselten standortübergreifenden Datentransfer ebenfalls weltweit Maßstäbe: 41 Partner aus 12 Ländern kooperierten im damaligen Projekt SECOQC nicht zuletzt auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Umsetzung des prototypischen Netzwerkes. Diese Leistungen spiegeln die Sichtweisen der Vertreter aus Universitäten, innovativen Unternehmen und dem AIT Austrian Institute of Technology wider. „Unter diesen Voraussetzungen Wien als quasi Welthauptstadt der Quantenforschung zu profilieren, ist demnach auch keine Vision mehr, sondern eine Zielsetzung“, meint Helmut Leopold, Head of Safety & Security Department. „Wenn die richtigen Akteure erfolgreich zusammenarbeiten, haben wir die Möglichkeit, Wien und Österreich an vorderster Front zu positionieren. Ich halte das sogar für eine ganz wichtige Zielsetzung unserer Anstrengungen.“

Weitere konkrete industrielle Anwendungen sieht Zeilinger im Bereich der Quanten-Zufallszahlengeneratoren. „Wir können

sowohl Zufallszahlen lokal generieren, sowie auch zwei gleiche Zufallszahlen an verschiedenen Orten“, meint Zeilinger. Praktische Chancen im Rahmen einer globalen Umsetzung sieht er etwa in der Glücksspielindustrie. Physikalische Zufallszahlengeneratoren ermöglichen im Gegensatz zu den mathematischen nämlich erstmals garantiert und über jeden Verdacht erhabenes Zahlenmaterial.

Standardisierung von Quantenkryptographie

Den nachhaltigen Ausbau der Kooperation zwischen Forschung und Wirtschaft verfolgt das AIT im Rahmen des von der österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) geförderten Projektes TRUQ, bei dem der praktische Einsatz von Quantenkryptografie in Europa und im Speziellen in Österreich eine besondere Rolle spielt.

Zentrales Augenmerk liegt dabei auf der laufenden Einbindung von Industrie-Unternehmen, um einen aktuellen wirtschaftlichen Fokus in den Forschungsarbeiten – auch in Hinblick auf zukünftige mögliche Anwendungsfelder und Applikationen – sicherzustellen. Dies bildete die Grundlage für die von der OVE-GIT und dem AIT organisierte Veranstaltung.

Durch das Engagement von AIT-ForscherInnen im Rahmen einer Expertengruppe des European Telecommunications Standards Institute (ETSI) hat das AIT in der Thematik der Entwicklung gemeinsamer Standards in diesem Kontext bereits eine führende Rolle in Europa eingenommen. ■

<http://www.truq.at>

Automatisierte Fehlersuche

Forscher der Technischen Universität (TU) Wien entwickeln neue Entwicklungsmethoden für die Erstellung von Industrieautomatisierungslösungen

Steigende Anforderungen an Industrieanlagen und erhöhte Komplexität von Produktion und Prozessen erfordern immer umfangreichere Software-Funktionalitäten für deren Automatisierung. Die benötigte Software muss vor der Inbetriebnahme einer Anlage systematisch getestet werden. Bisher begann der Test meist erst nach der Implementierung. Zu diesem Zeitpunkt ist es jedoch nicht nur schwieriger Fehler zu finden, sondern auch aufwändiger diese Fehler zu beheben.

Testgetriebene Entwicklung

In dem von der FFG geförderten BRIDGE-Projekt „logi.DIAG“ wird daher von der TU Wien, Universität Wien, logi.cals (Heinrich Steinginger IT), und der Firma Messfeld eine neue Methode zur Entwicklung von Automatisierungslösungen für Industrieanlagen erforscht. In der „Testgetriebenen Entwicklung“ werden Tests vor der Implementierung erstellt, um Software-Komponenten der Anlage bereits während der Implementierung einzeln und dann in Gruppen zu testen. Erst bei Funktionieren der Einzelkomponenten wird die Applikation integriert. Damit können wesentliche Fehlerquellen im Entwicklungsprozess früher und leichter gefunden werden. Konkretes Ziel ist die Reduktion der teuren Fehlerfunde in den Phasen Integration und Inbetriebnahme um 30 Prozent.

Automatisiertes Testen der Einzelkomponenten

Für jede Software-Komponente wird durch entsprechende Tests sichergestellt, daß sich diese entsprechend den Anforderungen und der Spezifikation verhält. Die Tests laufen zum Großteil automatisiert ab und müssen nicht wie in herkömmlichen Software-Entwicklungen für Industrieanlagen manuell durchgeführt werden.

Nutzen für die Industrie

Dieser neue Entwicklungsansatz trägt dazu bei, Fehler bereits in der Entwurfs- und Implementierungsphase zu vermeiden, Inbetriebnahmezeiten und Wartungszeiten zu verkürzen und ermöglicht ein flexibleres Anpassen der Industrieanlage an geänderte

Anforderungen. Probleme in der Anlage können rechtzeitig erkannt werden, weil die Fehlerquelle besser eingrenzbar ist.



Erfolgsfaktoren dieses Kooperationsprojektes

„Dieses Forschungsprojekt ermöglichte uns Zugang zu neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen aus Bereichen, die die Kernkompetenzen des Unternehmens ergänzen. Durch den Kontakt mit WissenschaftlerInnen werden Kompetenzen und Know-How der UnternehmensmitarbeiterInnen im Sinn des lebenslangen Lernens aktualisiert und erweitert“, bestätigt Heinrich Steinginger, Inhaber von Heinrich Steinginger IT und logi.cals-Geschäftsführer. Seitens der TU Wien, schätzt ao. Univ.-Prof. Stefan Biffel besonders die praxisnahe Erprobung seiner Erkenntnisse aus der anwendungsorientierten Grundlagenforschung.

Initialzündung durch die Kooperation zwischen der TU Wien und WKW

Initiiert wurde logi.DIAG durch den Workshop „Technologieberatung: Best-Practice Software Engineering“. Derartige Technologieberatungen werden durch den Technologietransfer der TU Wien organisiert und durch die Wirtschaftskammer Wien (WKW) gefördert. Wiener Firmen wird so der Zugang zur Expertise der TU Wien erleichtert, Barrieren zwischen Wissenschaft und Wirtschaft werden abgebaut und die Innovationskraft der Unternehmen gestärkt.

Ausblick: »Automation Service Bus« im Christian Doppler Labor

Die Erkenntnisse aus dem erfolgreichen Forschungsprojekt werden in einem Folgeprojekt „Automation Service Bus“ eingesetzt. Darin sollen Entwicklungsumgebungen für moderne Automatisierungssysteme durch die Integration des interdisziplinären Expertenwissens (Verfahrens- und Prozeßtechnik, Maschinenbau, Elektrotechnik und Software-Entwicklung) effektiver, effizienter und robuster gemacht werden.

Die Forschung erfolgt im Rahmen des Christian Doppler Labors „Software Engineering Integration for Flexible Automation Systems“, das ab Anfang 2010 an der TU Wien unter der Leitung von Stefan Biffel mit logi.cals als Firmenpartner eingerichtet wird. ■

<http://www.logidiag.at>

Schätzereich, Schicksalsreich, Niederösterreich

Zum 7. Geburtstag des Niederösterreichischen Landesmuseums:
Erweiterung der Ausstellungsfläche, drei umfangreiche Sonderausstellungen und ein buntes Vermittlungsangebot

Am 14. November 2009 begann ein neuer Abschnitt in der noch jungen Geschichte des Niederösterreichischen Landesmuseums. Endlich steht für den Bereich der Landeskunde ein Ausstellungsraum zur Verfügung, der die Möglichkeit schafft, Geschichte und Kultur des Landes in adäquater Weise zu präsentieren.

Insbesondere durch die nunmehr getätigte Erweiterung sei das Landesmuseum ein „Museum am Puls der Zeit“, sagte Landeshauptmann Erwin Pröll tags zuvor bei der von ihm vorgenommenen Eröffnung der zweiten Ausbaustufe des vor sieben Jahren am Standort St. Pölten neu errichteten Hauses.

Das einzige in der Zweiten Republik neu gebaute Landesmuseum habe sicher zu einer größeren Identifikation der NiederösterreicherInnen mit dieser Einrichtung geführt, was die insgesamt rund 450.000 Besucher deutlich unter Beweis stellten. „Damit hat das Landesmuseum einen wesentlichen Beitrag geleistet, daß das Landesbewußtsein in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Ein stärkeres Landesbewußtsein wiederum führt zu mehr Eigenständigkeit, die wichtig ist, um sich im Einheitsbrei behaupten zu können“, so Pröll.

Insbesondere der stark ausgebauter Landeskundenteil trage dazu bei, ins Bewußtsein zu rücken, wo unsere Wurzeln seien, so der Landeshauptmann weiter. Diese „Zeitreise zu sich selbst“, die das Landesmuseum biete, eröffne auch Hinweise in die Zukunft und damit allen BesucherInnen Perspektiven, die sie mit nach Hause nehmen könnten.

„In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat Niederösterreich kulturpolitisch insgesamt derart aufgerüstet, daß unser Land jetzt auch international ganz vorne steht“, sprach Pröll neben dem Landesmuseum auch den Rekordbesuch von 405.000 BesucherInnen bei der Landesausstellung 2009, die 250.000 BesucherInnen des NÖ Theaterfestes oder das Musikfestival Grafenegg an: „Dort, wo eine lebendige Kulturszenerie zu Hause ist, dort ist auch die Zukunft zu Hause.“ Das

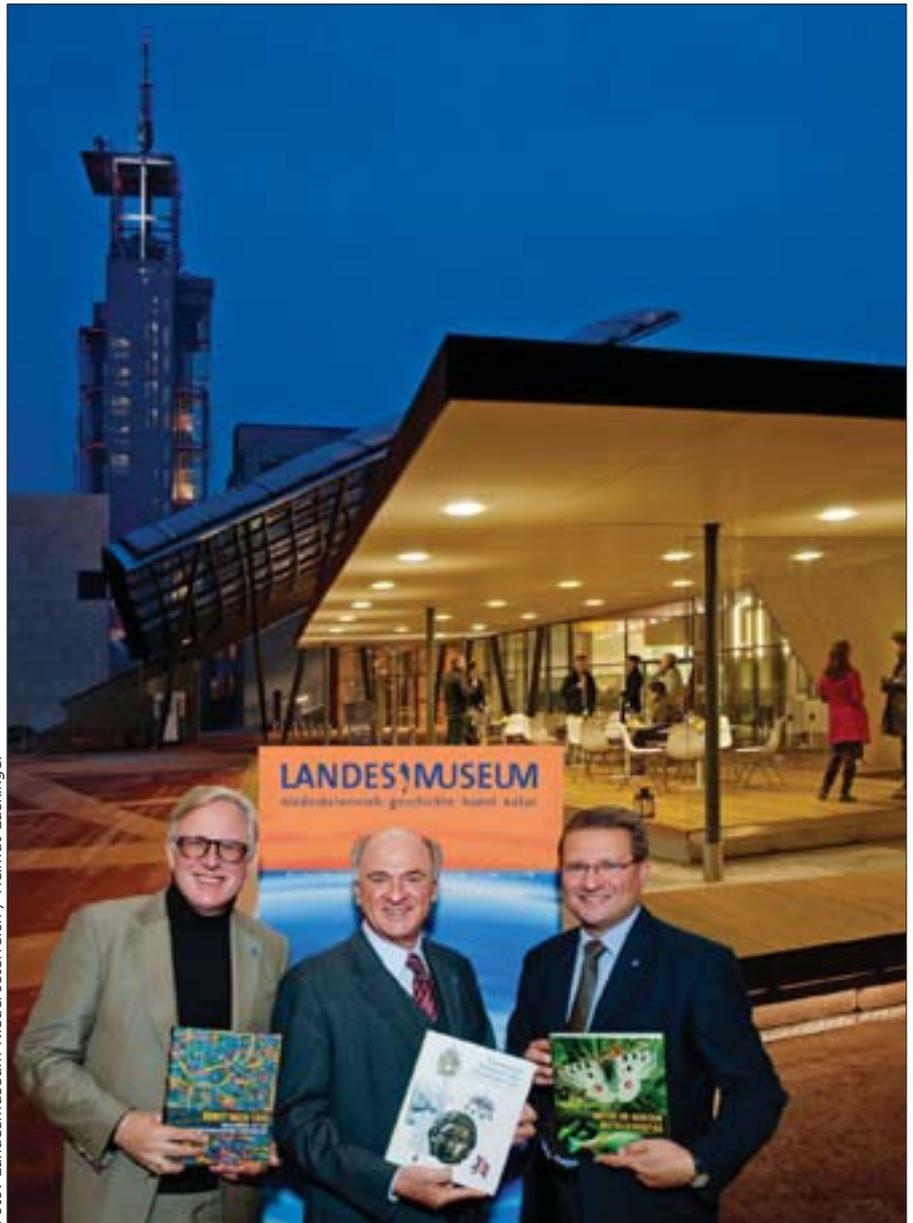


Foto: Landesmuseum Niederösterreich / Helmut Lackinger

Carl Aigner, Künstlerischer Direktor, Landeshauptmann Erwin Pröll und Landesmuseums-Geschäftsführer Hermann Dikowitsch (v.l.)

Landesmuseum mit seinen drei Säulen Kunst, Natur und Geschichte könne dabei als ganzheitliche Institution die besten Einblicke geben, was Niederösterreich zu leisten imstande war und sei, so Pröll.

Die Neuerungen im Landesmuseum umfassen einen neuen, 300 Quadratmeter gro-

ßen Raum für die Landesgeschichte, einen neuen Lift aus der Tiefgarage, der einen barrierefreien Zugang ermöglicht, eine Neugestaltung des Foyers inklusive des Vorplatzes, die Errichtung eines eigenen Gastronomiebereiches sowie eine Neuaufstellung der ständigen Präsentation.



Barocke Macht, barocke Pracht: das Refomwerk von Maria Theresias und Joseph II.

Sonderausstellung
**Schätzerreich, Schicksalsreich,
 Niederösterreich**
 Kostbarkeiten aus zwei Jahrtausenden

Niederösterreich blickt auf eine lange und wechselvolle Vergangenheit zurück. Aus dem Grenzraum, den wechselnde Völkerscharen eroberten und besiedelten, wurde die zentrale Provinz eines bedeutenden Reiches. Die Ausstellung erweckt mit ausgewählten Kostbarkeiten aus Klöstern und bedeutenden Museen diese wechselvolle Geschichte des Landes wieder zum Leben. Zimelien aus dem Besitz des Landes – aus dem Landesarchiv, der Landesbibliothek und dem Landesmuseum, die nur selten gezeigt werden, repräsentieren Meilensteine aus zwei Jahrtausenden Geschichte und Kultur des Landes.

Die Zeitreise beginnt mit der Hinterlassenschaft der Kelten, führt in die römische Provinz Pannonien und folgt den Spuren des Hl. Severin. Als babenbergische Mark erlangte das Land allmählich seine heutige Größe. Klostergründungen erschlossen das Land und machten es urbar. Nach dem Tod des letzten Babenbergers ging es nach einem kurzen böhmischen Intermezzo in habsburgischen Besitz über. Wertvolle Exponate dokumentieren die kriegerischen Auseinan-

dersetzungen mit Feinden von außen, die Zeit unter ungarischer Herrschaft, die ersten Einfälle der Türken, die das Land verwüsteten. Aber auch innere Konflikte bedrohten die friedliche Entwicklung, ließen über Nacht den Nachbarn zum Feind werden. Die Glaubenskämpfe der Reformation und Gegenreformation spalteten das Land. Das osmanische Reich bedrohte mit seinen Expansionsgelüsten den Fortbestand von

außen. Aber selbst in diesen gefährvollen Zeiten wurden vielfältige kulturelle und künstlerische Leistungen im Auftrag der Klöster, des Adels und der Bürger erbracht, deren Zeugnisse bis heute das Bild Niederösterreichs prägen.

Die Zeitreise endet im Revolutionsjahr 1848 und ist bis zum 11. April 2010 zu sehen und wird mit dem zweiten Teil der Ausstellung „1848 bis zur Gegenwart“ fortgesetzt.



Fotos: Landesmuseum Niederösterreich / Helmut Lackinger

Vertrag von Mailberg mit 254 Siegeln – ein absoluter Weltrekord!

Sonderausstellung

Helga Philipp: Poesie der Logik

Das Landesmuseum widmet der Pionierin konkreter Kunst und Op Art in Österreich anlässlich ihres 70. Geburtstags eine längst ausstündige, groß angelegte Personale. Gezeigt wird ein Querschnitt durch ihr gesamtes Schaffen aus über 40 Jahren, das sich von Grafik und Objekt über Siebdruck bis zur Malerei und Kunst im öffentlichen Raum erstreckt.

Noch während ihres Bildhauerei-Studiums bei Hans Knesl an der Universität für Angewandte Kunst kam Philipp 1958 durch eine Reise zur Biennale in Venedig und durch ihre Freunde aus der „Wiener Gruppe“ (H. C. Artmann) und dem „Wiener Formalfilm“ (Marc Adrian) in Kontakt zur internationalen Op Art. Mit ihren „Kinetischen Objekten“ hat sie „Paradebeispiele“ der Op Art (Peter Weibel) geschaffen und danach neben den Traditionslinien aus „Wiener Kinetismus“ und Bauhaus auch die Prinzipien von Minimal Art und Konzeptkunst in ihre konsequente Arbeit am Konkreten integriert. Philipps Werk war in wesentlichen Ausstellungen der 60er-Jahre vertreten, Otto Mauer integrierte sie prominent in das Programm seiner Galerie nächst St. Stephan.

Am Puls der Zeit definierte sie Kunst als interaktives Medium zum Betrachter völlig neu und folgte einem objektiven Künstlertypus, der für die heutige Medienkunst und die künstlerische Wissenschaft nach wie vor relevant ist. Von objektiven, neuen Materialien wie Siebdruck, Plexiglas, Transparentfolie wechselte sie in den 80er- und 90er-Jahren in subjektive Handschrift und kehrte im Spätwerk sogar zur Farbigkeit ihrer Anfänge zurück.

Helga Philipp-Personale auf 1000 m² Ausstellungsfläche in der Shedhalle des Landesmuseums Niederösterreich im Kulturbezirk des Regierungsviertels

Fotos: Landesmuseum Niederösterreich / Helmut Lackinger

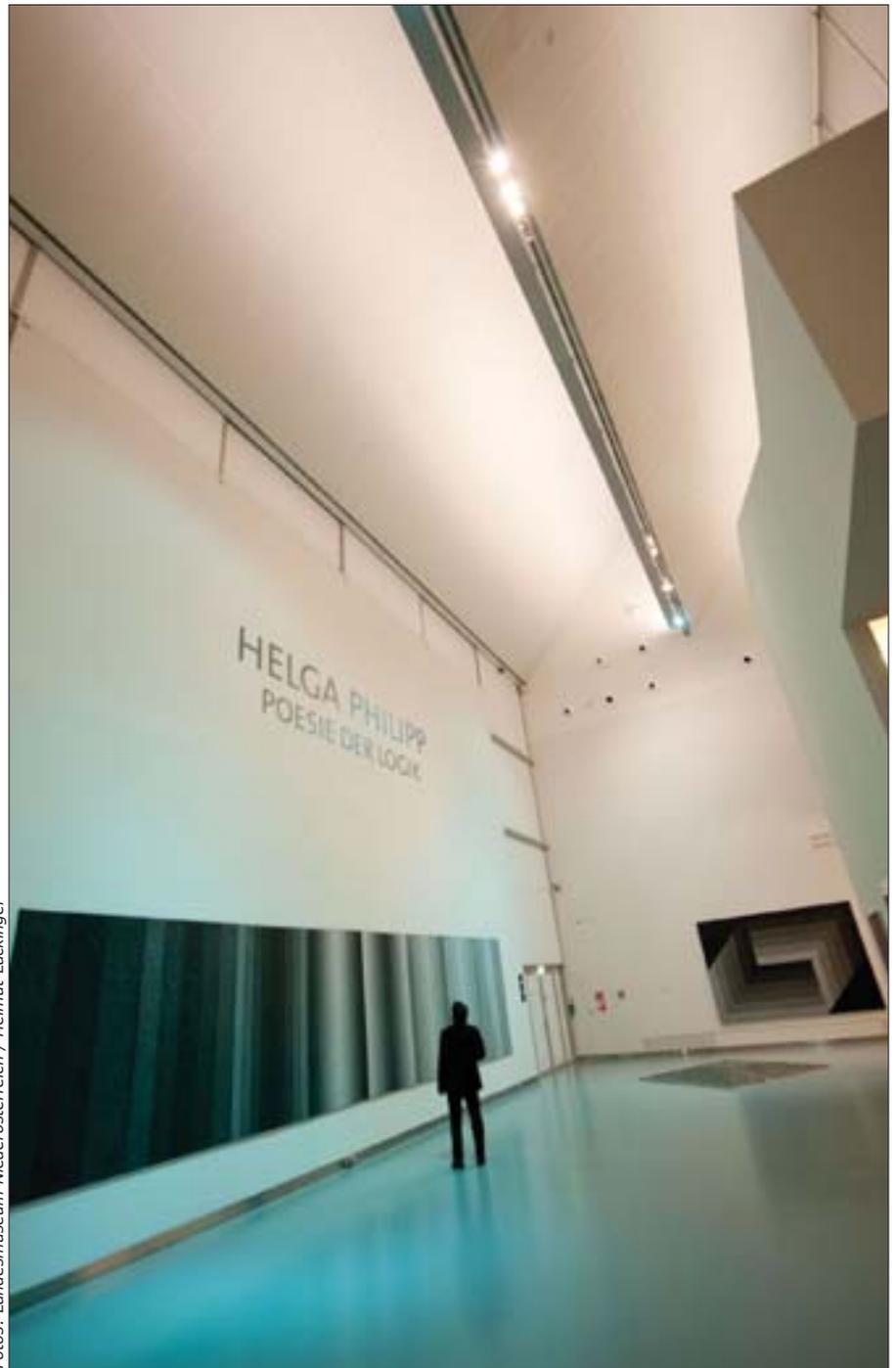


Foto: Landesmuseum Niederösterreich / Andreas Gießwein



Ausstellungsraum mit Hotelkette, Hotelautomat, ReiseReiseBüro und den Koterfeis der CEOs aus Ameisenhotels

Der Schritt zur großformatigen Malerei wurde durch den Kauf der Hansen-Villa (Ringstraßenarchitekt Theophil Hansen) in Ternitz, St. Johann (NÖ.) begünstigt. Neben Hildegard Joos und Computerkünstler Kurt Ingerl zählt Helga Philipp heute zu den Pionieren der „konkreten Kunst“ in Österreich nach 1945. Von 1965 bis 2002 war sie als Professorin an der „Angewandten“ tätig. Ihre bekanntesten Schüler waren Gerwald Rockenschau, Franz Graf, Brigitte Kowanz, Heimo Zobernig, Martin Beck und Thomas Freiler.

Helga Philipps Werke befinden sich in bedeutenden öffentlichen und privaten Sammlungen. Den Nachlaß betreut ihre Tochter Olga Okunev.

Das Landesmuseum zeigt rund 250 Werke auf 1000 m² Ausstellungsfläche, darunter den Gesamtbestand aus der Sammlung des Landes sowie noch nie gezeigte Werke aus dem Nachlaß. Die Schau ist ein Kooperationsprojekt mit der Universität für Angewandte Kunst, Wien, und ist bis 24. Mai 2010 zu sehen.

Zur Ausstellung erscheint die erste Gesamtdarstellung des Werkes Helga Philipps in Buchform: Carl Aigner/Gerald Bast (Hg.): „Helga Philipp. Poesie der Logik“, Springer-Verlag. Mit Textbeiträgen von Peter Weibel, Katrin Draxl, Manfred Wagner, Brigitte Borchhardt-Birbaumer und Anna Spohn und zahlreichen Abbildungen.

Sonderausstellung antours.at – individualreisen für ameisen

antours ist der größte Veranstalter für Ameisenreisen, der im Kulturbezirk St. Pölten das „weltweit modernste Ameisenhotel und -reisezentrum“ anlässlich der aktuellen naturkundlichen Sonderausstellung „Ameisen – Unbekannte Faszination vor der Haustüre“ im Landesmuseum Niederösterreich errichtet hat.

Ausgehend von der Vorstellung, daß auch die nimmermüden, zum Wohle ihres Staates arbeitenden Ameisen einmal Urlaub brau-

chen, wurde die Idee von antours 2002 in Bangkok geboren. Daraus ist ein von Wolfgang Hartl, Marlies Kirchler, Bernhard Stranz und Markus Wallner entwickeltes Graphic- und Webdesign-Projekt entstanden, bei dem auf Basis der Franchise-Idee Teilhaber (agents) angeheuert werden, die kostenlos ihre „Ameisenhotels“ von der Website <http://www.antours.at> downloaden, diese in aller Herren Länder „errichten“ und werbewirksam fotografieren. Beteiligen kann sich jeder, der Freude am Reisen und Liebe zu den Ameisen hat. antours stellt das

Foto: Landesmuseum Niederösterreich / Helmut Lackinger



antours-CEOs Markus Wallner (li.) und Wolfgang Hartl

Kultur

Corporate Design und die komplette Infrastruktur – von der Visitenkarte bis zum Hotel – zur Verfügung und kümmert sich um das Marketing.

Wie die mittlerweile über 1000 Hotels auf allen Kontinenten bezeugen, sind der Phantasie der Agents dabei keine Grenzen gesetzt – weder bei der Wahl der Urlaubsdestination noch bei den speziellen Attraktionen der Hotels: ob Sydney oder Singapur, Business- oder Wellness-Hotel, alles ist möglich.

Die zahlenmäßig größte (10 Milliarden) Zielgruppe dieser Erde mit entsprechend unterschiedlichen Urlaubsvorlieben garantiert, „daß sich der Ameisentourismus zum schnellst wachsenden Wirtschaftszweig der Zukunft, zur Brand New Economy, entwickeln wird“, sind die CEOs von antours überzeugt. Daher scheuen sie auch keine Kosten und Mühen, um mittels findiger Werbetricks immer wieder neue, kreative Mitarbeiter – quer durch alle Altersschichten – zu gewinnen, die an ihrem weltumspannenden Hotelimperium weiterbauen.

Daß sich bei den diversen Aktivitäten von antours Fiktion und Realität oftmals überlagern, zeigte sich zuletzt im Kulturbezirk in St. Pölten als die real vorhandene Baustellensituation des Landesmuseums von antours durch die Anbringung von zusätzlichen Planen am Absperrgitter vereinnahmt wurde, um auf die „Errichtung des weltweit modernsten Ameisenhotel und -reisezentrums“ hinzuweisen. Da auf einer der Planen mit Hilfe einer digitalen Fotomontage die neu entstehende Architektur glaubwürdig als Bauvorhaben von antours visualisiert war, sorgte das bei den Museumsbesuchern, Passanten und selbst bei den Mitarbeitern der ausführenden Baufirma für reichlich Verwirrung. Eines aber ist klar: Mit diesem „Meilenstein in der Geschichte der Ameisen und des Unternehmens“ setzt antours erneut ein Zeichen, „während andere Großkonzerne und Banken gegen die anhaltende Finanzkrise kämpfen“.

Die Präsentation des Unternehmens im Landesmuseum und ein umfangreiches, zum aktiven Mitmachen einladendes Begleitprogramm geben Aufschluß über Geschichte, Hintergründe und Zukunft der Ameisenreisen – zu sehen bis 7. Feber 2010.

Buntes Vermittlungsangebot

Sonntag im Museum

jeden 1. Sonntag im Museum

Die wechselnden Programme bieten vielfältige Möglichkeiten, sich spielerisch mit



Foto: Landesmuseum Niederösterreich / Andreas Gießwein

Vermittlung von Geschichte, Kunst, Natur für Groß und Klein

dem Museum vertraut zu machen und die Entdeckungslust und die Fantasie der Kinder zu fördern.

Familiennachmittag am Sonntag im Museum 13.00 bis 17.00 Uhr

Kinder werden große Augen machen, bei all den Sachen, die man im Museum erleben, erforschen, basteln und bewundern kann!

Mikrolabor als Riesentheater am Sonntag im Museum 15.00 Uhr

Das Landesmuseum bietet im hauseigenen Kino ein interessantes Rahmenprogramm mit „Livebildern“ aus dem Mikroskop auf der Kinoleinwand. Fachkundig aufbereitet und erklärt wird hier ein unverhüllter Blick z. B. in die Wunderwelt der Kleinstlebewesen möglich.

Dauer: ~45 Minuten, ohne Anmeldung

Museumstour – Familienführung jeden Sonntag und Feiertag 14.00 Uhr

Anhand ausgewählter Exponate und Werkbeispiele wird das Haus vorgestellt und ein Einblick in die Sonderausstellung Geschichte gegeben.

Dauer: ~60 Minuten, ohne Anmeldung, Führungskarte: € 2,50

Themenführungen

Ausführliche thematische Auseinandersetzungen erläutern spezielle Aspekte der Ausstellungen.

Dauer: ~60 Minuten, Anmeldung erforderlich, Führungskarte: € 2,50 [ab 20 Pers.] oder Pauschale: € 50

Kniffliger Rätselspaß Ausstellungsbegleiter

Die Kinderbroschüre „Schatzkiste Niederösterreich“ mit vielen Rätseln und weiterführenden Texten gibt es gratis zur jeder Kindereintrittskarte bei der Kasse.

Rauschende Feste für kleine Gäste Kindergeburtstag im Museum

Gemeinsam mit den besten Freunden können Kinder ihren großen Tag im Museum feiern. Bei spannenden Führungen kann die große Welt der Geschichte bzw. Kunst oder die bunte Vielfalt der Natur erforscht und im Atelierraum nach Herzenslust gemalt, gebastelt und experimentiert werden.

Dauer: 180 Minuten, Anmeldung erforderlich, Kosten: ab € 180

Vermittlungsprogramme für Kindergärten und Schulklassen

Außerdem werden altersspezifische Vermittlungsprogramme mit spielerischen Objektbetrachtungen unter Einbeziehung von sinnlichen Materialien und eigenen kreativen Arbeiten sowie dialogorientierte Aktionsführungen für Schülerinnen und Schüler angeboten. ■

<http://www.landmuseum.net>

Die 50er Jahre

Das »MUSA Museum auf Abruf« widmet sich von 6. November 2009 bis 6. Feber 2010 der Kunst und dem Kunstverständnis in Wien



© Wien Museum

Rudolf Hausner, *Die Arche des Odysseus*, 1957, Öl/Holz, 85 x 141 cm

Die 50er Jahre: Kunst und Kunstverständnis in Wien“ steht am Beginn einer Ausstellungsfolge, die einen nach Dekaden geordneten Einblick in die umfangreiche Sammlung der Kulturabteilung der Stadt Wien bieten wird. Begründet 1951, entwickelte sich die Sammlung vorwiegend durch Werkankäufe zur Förderung in Wien lebender KünstlerInnen. Dieser vom damaligen Kulturstadtrat Viktor Matejka initiierten Praxis der Kunstförderung ist es zu verdanken, daß die Stadt heute im Besitz von etwa 20.000 Werken zeitgenössischer Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts ist. Mit einer Ausstellungsfläche von ca. 600 m² sowie zeitgemäß ausgestatteten Depots (ca. 300 m²) nimmt die Stadt Wien ihre Verantwortung gegenüber der Bildenden Kunst auch in diesem Bereich wahr und ermöglicht damit, ein anspruchsvolles Programm im Sinne der heimischen KünstlerInnenschaft umzusetzen.

Auf Basis der Sammlung werden jährlich drei Themenausstellungen sowie eine Gastausstellung einer vergleichbaren ausländischen Institution verwirklicht. Neben sozio-

kulturellen Themen wie Geschlechterrollen oder Politik bilden auch kunstphänomenologische Aufgabenstellungen die Schwerpunkte der Ausstellungstätigkeit. Zahlreiche Begleitveranstaltungen wie Lesungen, Konzerte, Vorträge und Diskussionen vertiefen die jeweils aktuelle Thematik.

Etwa 2700 dieser Objekte aus dem Besitz der Stadt Wien (von 650 KünstlerInnen) entstanden zwischen 1950 und 1959. Dazu kommen noch 550 Werke aus Schenkungen späterer Jahre. Zusätzlich sind bei der MA 7 etwa 900 Kunstwerke des Bereichs „Kunst im öffentlichen Raum“ dokumentiert, die von der Stadt Wien in den 1950er Jahren in Auftrag gegeben wurden.

Dieser reiche Bestand ermöglicht es, einen guten Querschnitt durch dieses Jahrzehnt zu geben. Die Kuratoren Berthold Ecker und Wolfgang Hilger untersuchen das Spannungsfeld zwischen Arbeiten von KünstlerInnen, die heute längst zum Kanon der Kunstgeschichte der 1950er Jahre zählen, und den zahlreichen Werken, die damals in gleichem Maß geschätzt wurden.

Kampf zwischen Gegenständlichkeit und Abstraktion

Exemplarisch werden von ein und derselben Hand gefertigte, annähernd zeitgleiche, künstlerisch jedoch diametral entgegengesetzte Werke präsentiert. In diesen frappierenden Paaren offenbart sich die ganze Unsicherheit jener Zeit, die vom Kampf zwischen Gegenständlichkeit und Abstraktion, zwischen Tradition und Moderne, aber auch zwischen international urbaner Orientierung und „dörflicher Beschaulichkeit“ geprägt war. Nicht selten verlief die Front zwischen KünstlerInnengruppen, genau so oft aber verschmelzen diese gegensätzlichen Positionen zu einem fast beliebigen Gemisch an Orientierungen, deren man sich je nach Aufgabe und Zielgruppe bediente.

Wien hatte in den Jahren nach dem Krieg viele kulturelle Errungenschaften nachzuholen, die in den Kunstzentren Paris und New York zum Teil bereits seit Jahrzehnten zum vertrauten Vokabular der Kunst zählten. Die Stadt war vom Krieg schwer gezeichnet, erlebte in Folge aber einen großen Moderni-



© MUSA

Arik Brauer, *Drachensteiger*, 1959 – 1960, Öl/Holz, 100 x 124 cm

sierungsschub, der zumindest die materiellen Wunden erstaunlich rasch abheilen ließ. Die Geburtswehen zeitgemäßer Kunstströmungen hingegen hielten in Österreich ungewöhnlich lange, zum Teil bis in die 1960er Jahre an.

Wolfgang Hilger, Kurator

„Die 50er Jahre: Kunst und Kunstverständnis in Wien“ ist die erste Schau einer für die nächsten Jahre projektierten, nach Dekaden gegliederten Ausstellungsserie des MUSA. Ziel ist es, Einblicke in den noch viel zu wenig bekannten Kunstbesitz der Stadt Wien zu geben, aber auch in kritischer Weise die von den politischen Kräften getragenen ästhetischen Kriterien und Vorstellungen zu untersuchen.

Wie die Ausstellung und der dazu erscheinende Katalog zeigen, war die Wiener Kulturpolitik der 1950er Jahre nicht nur von innovativen Tendenzen geprägt. Überzeugt von der Bedeutung volksbildnerischer Vermittlungsarbeit, suchte man nach einem

möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens: Natürlich kamen von Beginn an öfters absolute Meilensteine der Wiener Kunst in die Sammlung der Kulturabteilung, doch war es für die ersten Ankäufer zunächst nicht ausschließliches Ziel, wichtige Arbeiten von den progressiven HeldInnen der damaligen Kunstproduktion zu bekommen. Das Interesse war breiter gestreut, es galt einen veritablen Querschnitt der Wiener Kunst zusammenzutragen und auch die soziale Lage der KünstlerInnen zu berücksichtigen. Der Kauf eines Werkes wurde als die natürliche Reaktion auf die Produktion der Künstlerinnen und Künstler verstanden – diese wurden in ihrem Schaffen gleichermaßen gewürdigt wie gefördert, und die Stadt konnte für ihre BürgerInnen einen bedeutenden ideellen wie auch materiellen Schatz erwerben.

Berthold Ecker, Kurator

Erstmals werden auch die Arkaden vor dem Museum in die Ausstellung mit einbezogen, in denen ausgewählte Beispiele für

den umfassenden künstlerischen Bereich „Kunst im öffentlichen Raum“ präsentiert werden. Gerade auf Kunst im Zusammenhang mit der regen Bautätigkeit der Stadt wurde im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg das Schwergewicht gelegt und bis Ende 1959 allein in Verbindung mit den Wohnhaus- und Nutzbauten der Gemeinde Wien 892 Aufträge für 1.090 Arbeiten an 355 MalerInnen und BildhauerInnen erteilt. Daß auch in diesem Feld das Spektrum der Stile bewußt breit gehalten wurde, erklärt die schwankende Qualität der Kunstwerke. So findet man heute noch in vielen Gegenden Wiens Objekte, die bestenfalls Mittelmaß darstellen, andererseits gibt es hervorragende Arbeiten, welche uns heute noch erfreuen (sollten).

Zurückblickend verdienen die Leistungen, die in den 1950er Jahren seitens der Stadt im Bereich der Kunstförderung erbracht wurden, jedenfalls Anerkennung, waren sie doch Voraussetzung und Grundlage dessen, was sich in der Folge in Wien entwickelte.

Kultur

Katalog

Zur Ausstellung erscheint ein umfangreicher Katalog, der den kompletten Bestand an Kunstwerken der 1950er Jahre auflistet und anhand ausgewählter Werke illustriert. Neben Texten von Evelyne Polt-Heinzl und Klaus Kastberger, in denen die literarische Situation der Nachkriegszeit beleuchtet wird, geben Ecker und Hilger mit ihren Beiträgen einen Überblick über die Anfänge der Sammlung und stellen den avantgardistischen Anspruch einzelner KünstlerInnen der damaligen stark konservativen Grundströmung gegenüber.

Vertretene Künstler

Die aktuelle Ausstellung versammelt Werke von: Kurt Absolon, Robin Christian Andersen, Louise Autzinger, Joannis Avramidis, Gustav Kurt Beck, Franz Beer, Werner Berg, Wander Bertoni, Lieselott Beschoner, Leopold Birstinger, Herbert Boeckl, Arik

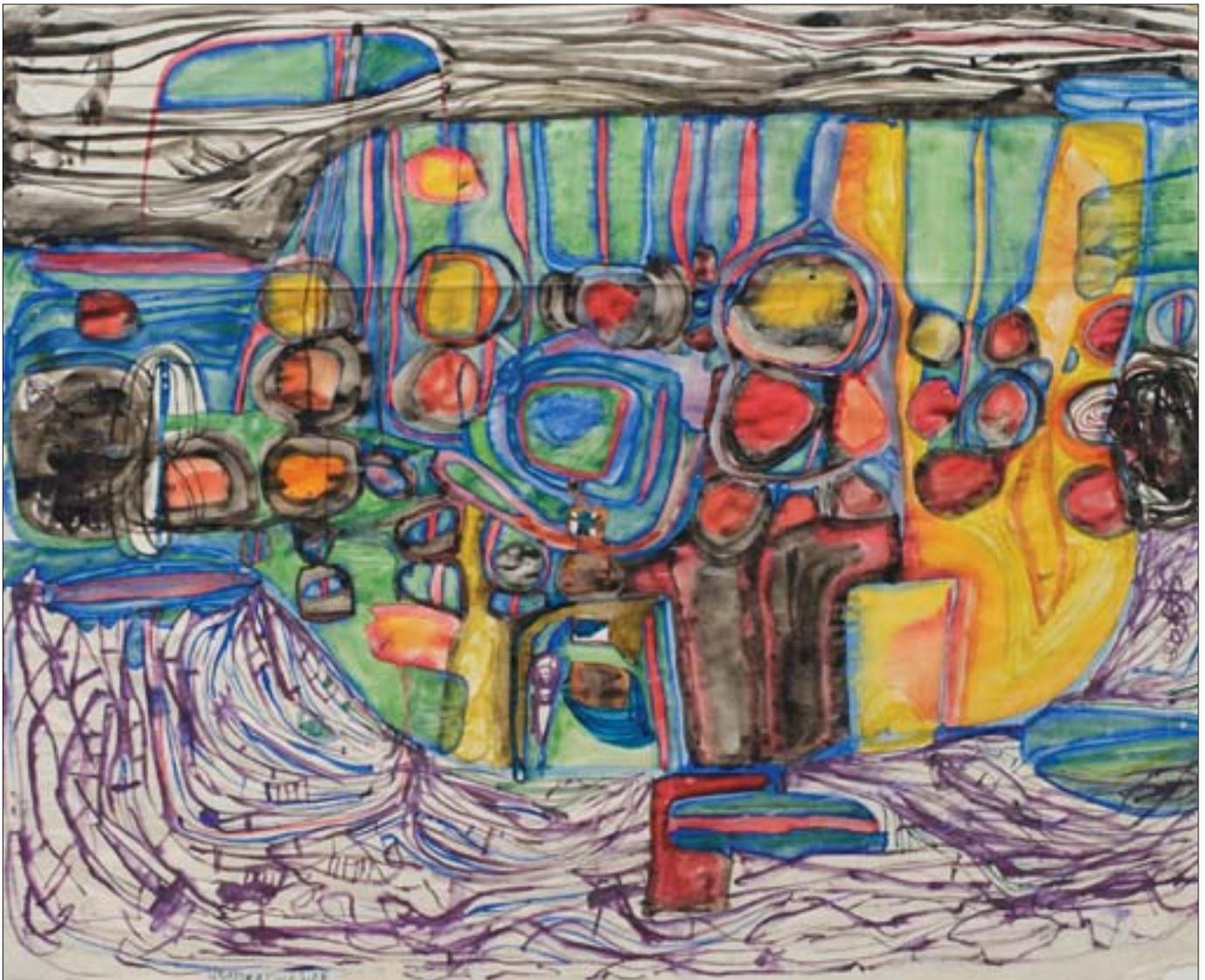
Brauer, Josef Dobrowsky, Walter Eckert, Georg Eisler, Fritz Fischer, Siegfried Fischer, Greta Freist, Adolf Frohner, Gottfried Goebel, Hans Grünseis, Albert Paris Gütersloh, Carry Hauser, Rudolf Hausner, Alfred Hrdlicka, Franz Hubmann, Friedensreich Hundertwasser, Oskar Laske, Maria Lassnig, Anton Lehmden, Heinz Leinfellner, Franz Luby, Josef Mikl, Kurt Moldovan, Arnulf Neuwirth, Oswald Oberhuber, Florentina Pakosta, Arnulf Rainer, Otto Rudolf Schatz, Johanna Schidlo-Riedl, Robert Schmitt, Rudolf Schönwald, Karl Stark, Hans Staudacher, Curt Stenvert, Hans Stockbauer, Ferdinand Stransky, Andreas Urteil, Karl Anton Wolf, Fritz Wotruba, Franz Zülow u.v.a.

Kunstvermittlung

Neben der reinen Präsentation zeitgenössischer Künstlerinnen und Künstler bei freiem

Eintritt hat sich das MUSA Kunstvermittlung von Anbeginn an auf seine Fahnen geheftet: Im Vordergrund stehen vor allem Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen, die sich in museumspädagogischer Begleitung interaktiv mit künstlerischen Themenschwerpunkten, einzelnen Künstlerinnen und Künstlern sowie den unterschiedlichen Ausstellungsthematiken auseinandersetzen können. Das Vermittlungsprogramm wird gemeinsam mit den verantwortlichen LehrerInnen und Lehrern auf pädagogisch-didaktische Schwerpunktthemen und Altersstufen abgestimmt und ist somit entsprechend der jeweiligen Ausstellungsthematik vom Volksschulalter bis zum Matura-Niveau für alle Wiener Schülerinnen und Schüler geeignet. Einzelne BesucherInnen haben die Möglichkeit, jeden Donnerstag ohne Voranmeldung von 17 bis 18 Uhr an einer Führung teilzunehmen. ■

<http://www.musa.at>



© MUSA

Friedensreich Hundertwasser, Weiterentwicklung eines Autos, 1957, Aquarell/Papier, 52 x 69 cm

Das Haus ohne Augenbrauen

Das »Looshaus« auf dem Wiener Michaelerplatz sorgte schon vor seinem Bau für Aufruhr in der Kaiserstadt. Heute, 100 Jahre nach der Eröffnung, ist es Ziel Kulturinteressierter aus aller Welt.

Zum besseren Verständnis dafür, warum das „Looshaus“ am Michaelerplatz vor rund 100 Jahren für einen handfesten, wie es hieß, den „größten“ Architekturskandal der Geschichte sorgte, ist es notwendig, ein wenig von der Umgebung des „Aufregers“ zu wissen.

Der Kreuzungspunkt des ursprünglich römischen Straßenzugs Augustinerstraße-Herrengasse und mit dem radialen Zug Tuchlauben-Kohlmarkt-Burgtor hatte seit jeher eine wichtige, immer gleichbleibende Verkehrsfunktion und stand damit auch in besonderem, öffentlichem Interesse, bereits seit 1252 befindet sich dort die Michaelerkirche. Um 1700 entstehen Pläne für den Gesamtausbau der Hofburg, in denen sich der Michaelerplatz zum „Prospekt einer Hauptfassade der kaiserlichen Burg und zum wichtigsten Platz Wiens überhaupt“ entwickelt. Und es sollte fast 200 Jahre dauern, bis der Platz zwischen der Stadt und der kaiserlichen Residenz ein harmonisches Bild erhält: die Michaelerfront der Hofburg wird im Stile des Neobarocks nach vorhandenen Plänen von Johann Bernhard Fischer von Erlach ausgeführt.

»Goldman & Salatsch«

Der städtische Regulierungsplan zur Angleichung und Regulierung des Verkehrsnetzes sieht den Abriß zweier Häuser vor, durch den ein prominenter Bauplatz entsteht, den die beiden Kaufleute Emanuel Aufricht und Leopold Goldman für den Bau eines sechsgeschoßigen Gebäudes nutzen wollen. Es sollen darin das Geschäftslokal für deren exklusives Herrenmodengeschäfte „Goldman & Salatsch“ mit den dazugehörigen Büros und Schneiderwerkstätten, sowie die Privatwohnung Goldmans untergebracht werden. Obwohl eingeladen, nahm der damals gerade 30jährige Architekt Adolf Loos nicht an der Ausschreibung teil. Die Arbeiten der Bewerber finden aber bei den beiden Bauherren keine Anerkennung, weshalb sich Aufricht und Goldmann entschließen, Loos ganz einfach – und ohne weitere Ausschreibung – mit der Planung zu beauftragen. Natürlich hatte man auch mit entsprechender Aufmerksamkeit spekuliert, waren doch von



Alle Fotos: Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien – Österreich Journal / Michael Mössner

Das »Looshaus« auf dem Wiener Michaelerplatz – auf unserem Bild in der »blauen Stunde« aufgenommen – ist Ziel unzähliger Kulturinteressierter aus aller Welt.

Loos jedenfalls keine „angepaßten“ Entwürfe zu erwarten.

Erst zehn Jahre zuvor, hatte sich Loos endgültig in Wien niedergelassen. Zu jener Zeit herrschte in gewaltigem Ausmaß der historisierende Ringstraßenstil. Auf den

äußeren Eindruck wurde größten Wert gelegt und nicht so sehr auf seine Zweckmäßigkeit. Dies veranlaßte Adolf Loos auch später in einem Aufsatz über „Die potemkinsche Stadt“ zu schreiben. Hier ging er vor allem auf die Neureichen los, deren Eitelkeit auf Protz und

Prunk ausgerichtet war. Für Adolf Loos hingegen nichts als leerer Schein. Loos, der sich drei Jahre in Amerika aufhielt, brachte von dort eine Idee des Architekten Louis H. Sullivan mit: „Es könnte uns nur zum Besten gereichen, wenn wir für eine Zeitlang das Ornament beiseite ließen und uns ganz und gar auf die Errichtung von in ihrer Nüchternheit schön geformten und anmutigen Bauwerken konzentrierten.“ Daraus entwickelt Loos seinen radikalen ästhetischen Purismus, dessen Philosophie Zweckmäßigkeit, Wohnlichkeit und Komfort waren; aber vor allem – jedes überflüssige Ornament hatte zu verschwinden.

Planung und Aufruhr

Hatte man sich gerade von dem Jugendstilarchitekten Otto Wagner erholt, sah man sich jetzt plötzlich einer noch viel radikaleren Bauweise ausgesetzt. Der junge Architekt, der das „Konkurrenzwesen“ als den „Krebschaden unserer heutigen Baukunst“ bezeichnete, war sich auch sicher, „daß niemals der beste Baukünstler prämiert, sondern das Projekt zur Ausführung gelangt, das dem momentanen Empfinden am nächsten kommt“. Der Architekt, der seiner Zeit nur um fünf Jahre voraus sei, „hat daher bei einer Konkurrenz keine Chancen.“ Und Loos läßt an den Entwürfen seiner Mitbewerber auch sonst kein gutes Haar.

Im Sommer 1909 entstehen Loos' erste Pläne, die von seinen Aufenthalten in den USA und in London geprägt sind und in krassem Kontrast zum Historismus „benachbarter“ Bauten stehen – und wählt die in den US-Metropolen und der britischen Hauptstadt explodierende „Skelettbauweise in Eisenbeton“ und die damit verbundenen gestalterischen Möglichkeiten. Den Einreichplänen vom 11. März 1910 erteilt der Wiener Stadtrat vorerst die Bewilligung – es folgen einige bautechnische Änderungen, die in weiteren Einreichungen münden. Auch diese werden bewilligt, darunter auch jene Fassung, die eine Gestaltung der Fassade mit Mäanderstreifen und Quaderverputz vorgesehen hatte.

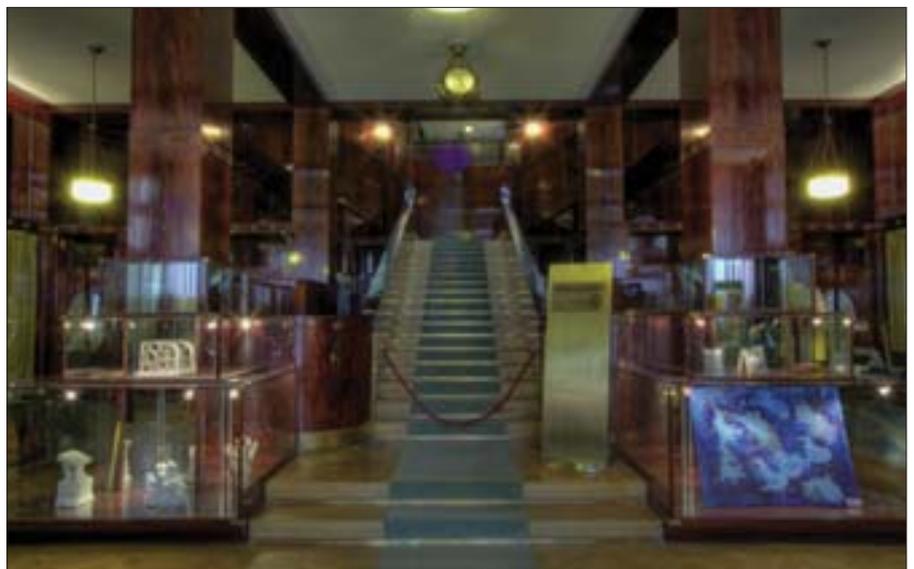
Als dann im September 1909 die Fassade fertig verputzt ist, tönt ein Aufschrei durch die Massen: sie entspricht nicht den genehmigten Plänen. Das Stadtbauamt Wien ließ nicht lange auf sich warten und kurz darauf muß der Bau eingestellt werden. Zeitungen traten in Aktion, die Wiener hatten einen neuen „Schauplatz“. Die Christlichsozialen im Gemeinderat geißeln das „Looshaus“ in einem Schreiben an den Bürgermeister: „...



Das Portal des »Looshauses« mit vier Säulen aus Skyrosmarmor



Dieses Detail zeigt einen Blick auf die Fenster des zweiten Mezzaningeschoßes.



Vier Stützpfeiler bilden ein markantes Raumraster gegenüber den leichten Einbauten.

Kultur



Das lichtdurchflutete Mezzanin beherbergte früher Buchhaltung und Kassa. Die Pfeiler und Deckenunterzüge sind mit Mahagoni verkleidet, die edlen Parkettböden auf den »Gehwegen« von Läufern geschützt.



Dieser Teil des zweiten Mezzaningeschoßes dient heute als Raum für Gespräche der Bankmitarbeiter mit ihren Kunden.

Kultur

Unter den vielen Privatbauten ... hat keines soviel Ärgernis erregt ... Es ist wie ein Spott gegenüber dem Meisterwerk Fischer von Erlachs, ein solch geschmackloses ... Gebäude auszuführen.“ Darauf die Antwort von Bürgermeister Josef Neumayer: „... Es wird Sache des Magistrates sein, daß die Herstellung der definitiven Fassade in einer Weise erfolgt, daß durch dieselbe keine Verunzierung des Straßenbildes eintritt.“

Und nun beginnt die bürokratische Maschinerie erst richtig zu laufen, Kommissionen tagen, terminierte Auflagen geben bekannt, wie die Fassade auszusehen hat. Doch: Loos hatte nicht nur Gegner, sondern auch Freunde: das Dreigestirn Karl Kraus, Peter Altenberg und Adolf Loos. Karl Kraus schrieb denn auch in der „Fackel“: „Der Verschweigung des praktischen Lebens durch das Ornament, wie sie Adolf Loos nachgewiesen hat, entspricht jene Durchsetzung des Journalismus mit Geistelementen, die zu einer katastrophalen Verwirrung führt. Die Phrase ist das Ornament des Geistes. Adolf Loos und ich, er wörtlich, ich sprachlich, haben nichts weiter getan als gezeigt, daß zwischen einer Urne und einem Nachtopf ein Unterschied ist und daß in diesem Unterschied erst die Kultur Spielraum hat.“

Mai 1911. Adolf Loos, kommt von einer Reise aus Algier zurück und erfährt zu seinem Entsetzen, daß die Baubehörde einen Wettbewerb für die Neugestaltung der Fassade ausgeschrieben hat. Doch diesmal setzt sich die „Gesellschaft österreichischer Architekten“ ins Zeug und fordert eine Boykottierung. Daraufhin wird der Wettbewerb tatsächlich eingestellt. Adolf Loos bekam Magenschmerzen, die so arg waren, daß er sogar ein Sanatorium aufsuchte. Wen wundert's in Anbetracht folgender Aussagen, die die Presse von sich gab – und die geben nur einen Bruchteil der Häme wieder, die Loos zu ertragen hatte:

... als würde man auf ein geöffnetes
Kanalgitter blicken,
... ein Kornspeicher mitten in der Stadt,
... ein Haus ohne Augenbrauen,
... die Mistkiste am Michaelerplatz,
... höchste Blüte der geistigen Perversität,
... Mißgeburt,
... Gefangenenhaus,
... wer hat diese verrückte Idee gehabt,
... wir können nur klagen und jammern,
... ein Armeleutestil auf einen Parvenuestil
gepfropft,
... um den Michaelerplatz ist es geschehen,
... unanständige Nacktheit,
... ein richtiges Dilettantenstückchen.



Messing, Mahagoni und Eiche prägen den exquisiten Besprechungsraum mit Blick auf die gegenüberliegende Michaelerkirche.



Drei Geschoße auf einen Blick: vom zweiten Mezzaningeschoß erreichte man die kleinen Anprobierräume (oben) und den Zuschnittbereich (unten).

Loos verteidigt sein Haus

Im Oktober 1911 läßt Loos für kurze Zeit ungenehmigt Blumenbehälter an der Fassade anbringen. Einen Monat später kam es zu einer öffentlichen Volksveranstaltung unter dem Titel „Mein Haus am Michaelerplatz“, bei der er vor etwa 2000 Bürgern sein Bauwerk verteidigt: „Der moderne Mensch, der durch die Straßen eilt, sieht nur das, was in seiner Augenhöhe ist. Niemand hat heute Zeit, Statuen auf Dächern zu betrachten. Die Modernität einer Stadt zeigt sich im Straßenpflaster.

Um beim Hause auf dem Michaelerplatz Geschäftshaus und Wohnhaus zu trennen, wurde die Ausbildung der Fassade differenziert. Mit den beiden Hauptpfeilern und den schmälere Stützen wollte ich den Rhythmus betonen, ohne den es keine Architektur gibt. Die Nichtübereinstimmung der Achsen unterstützt die Trennung. Um dem Bauwerk die schwere Monumentalität zu nehmen und um zu zeigen, daß ein Schneider, wenn auch ein vornehmer, sein Geschäft darin aufgeschlagen hat, gab ich den Fenstern die Form englischer Bow-windows, die durch die kleine Scheibenteilung die intime Wirkung im Innern verbürgen. Der praktische Wert dieser Scheibenteilung ist das Gefühl der Sicherheit, das sie gewähren. Man fürchtet nicht, aus dem ersten Stock auf die Straße zu stürzen.“

Der Journalist Raoul Auernheimer schrieb über das Haus, es blicke finster und grämlich drein und zeige die glattrasierte Visage, in der kein Lächeln wohnt, und das sei vermutlich ein Prinzip, weil auch das Lächeln ein Ornament sei. Ich finde die glattrasierte Visage Beethovens, in der kein Lächeln wohnt, schöner als alle lustigen Spitzbärte der Künstlerhausmitglieder. Ernst und feierlich sollen die Wiener Häuser dastehen, so wie sie immer ernst und feierlich ausgesehen haben. Genug der Gschnasfeste, genug der Scherze! Früher traten die Häuser, in deren Mitte ein Monumentalbau stand, im Stile und in ihrer Art bescheiden zurück. Es waren schmucklose Bürgerhäuser. Eines sprach, die anderen schwiegen. Jetzt aber schreien alle diese protzigen Bauten durcheinander und man hört keinen.“

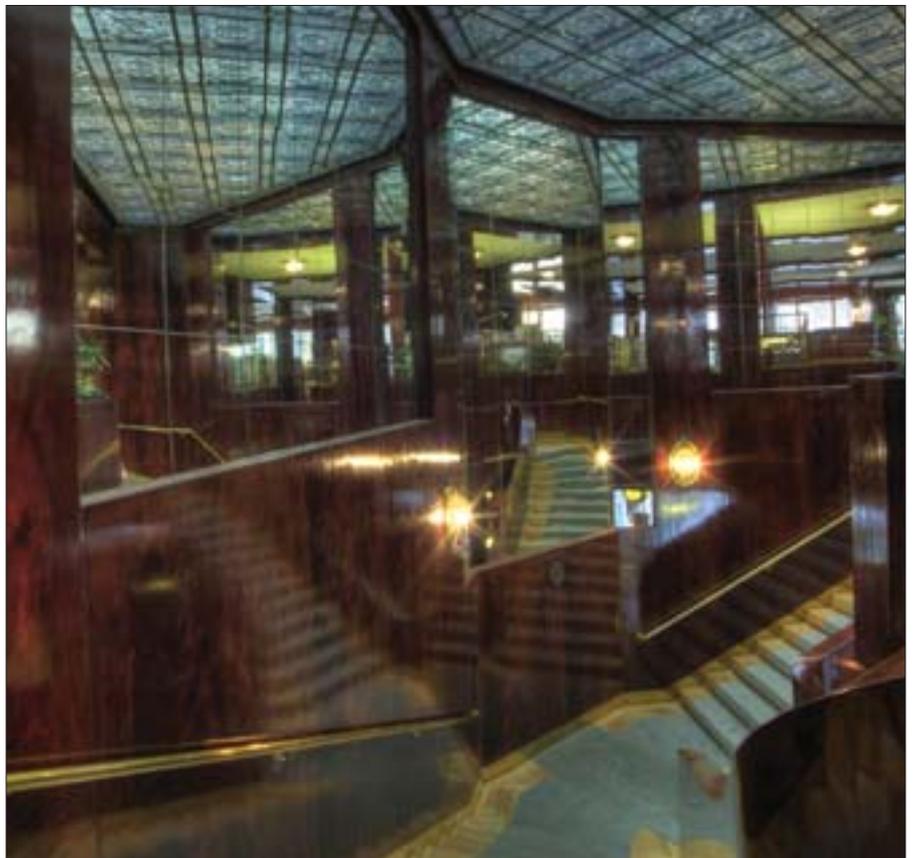
Am 29. März 1912 beschließt der Stadtrat, auf die von ihm geforderte Version der Fassade zu verzichten ... sie bleibt erhalten, so wie sie Loos wollte.

Das Interieur

Man betritt das vornehmen und prachtvoll ausgestattete Geschäftslokal vom Mi-



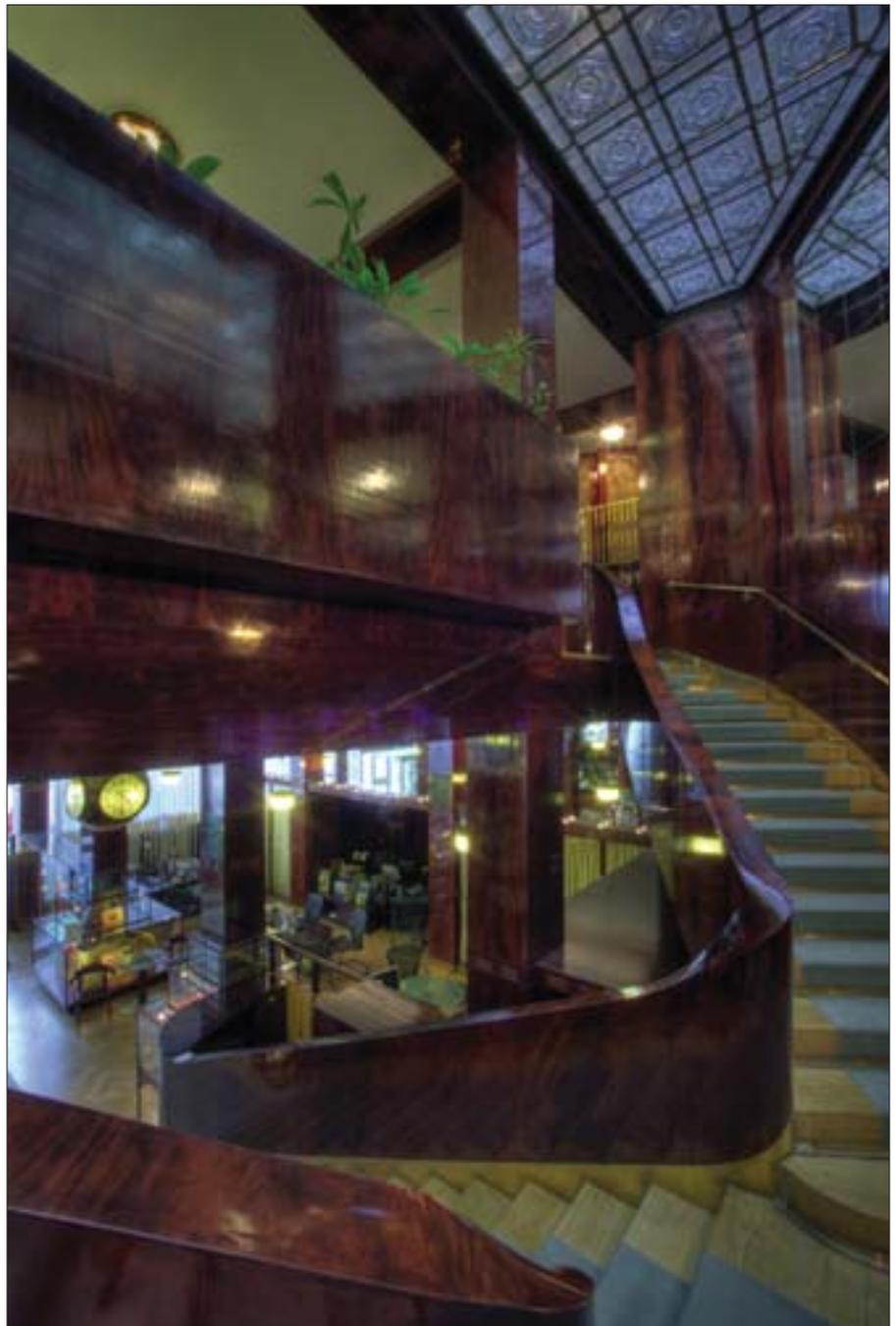
Dieser Raum, der heute für Veranstaltungen und Seminare genutzt wird, diente früher zur Vorbereitung der Stoffe und für die Schneiderei.



Nach oben hin begrenzen bemalte Glaskacheln den Raum zum Innenhof und bieten durch Spiegel verstärktes Tageslicht für die geschwungenen Treppen.

chaelerplatz aus, das seit 20 Jahren der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien als Filiale dient, geleitet durch zwei symmetrisch angeordnete, gerundete Glasvitrinen, die eine begleitende Führung zur Treppe hin bilden. Durch diese Aufteilung sollte der Kunde des exklusiven Herrenmodengeschäfts einerseits unbewußt zum Betreten des Obergeschoßes eingeladen werden, andererseits soll er jedoch beim Hinabsteigen durch die an seinen Seiten in den Vitrinen ausgelegten Waren vom Ausgang abgelenkt werden. Wie K. Lustenberger in seinem Loos-Buch ausführt, teilen die vier mittleren Stützen den Verkaufsraum im Erdgeschoß in neun Quadrate; die „mahagoniverkleideten Stützpfeiler und Unterzüge bilden ein markantes Raumraster gegenüber den leichten Einbauten und filigranen Glasvitrinen. Über eine zweiläufige Treppe erreicht man das über dem Verkaufsraum liegende Hauptmezzanin. Über den fremdvermieteten Geschäftslokalen entlang der Herrngasse und der Kohlgasse sind sogar zwei Mezzaningeschoße eingefügt – beide sind über kurze Treppenläufe vom Hauptmezzanin aus zu erreichen und dienen als Stofflager und Arbeitsräume (Hemdenwerkstätte, Schneiderei und Bügelsaal). Über dem Eingang befindet sich ein Empfangsraum auf dem Niveau des oberen Mezzanins. Im Zentrum des Mezzanins liegt die durch Gitter abgetrennte Kojе für Buchhaltung und Kassa, über wenige Stufen erreicht man das Niveau des Wartesalons, im Hauptmezzanin befanden sich die seitlichen Umkleidekabinen. Das Dachgeschoß war von der Lehrwerkstätte und der privaten Fachschule belegt. Die Vertikalverbindungen schaffte Loos durch zwei Treppenhäuser und zwei Fahrstuhlschächte, sowie durch neun mehr oder weniger lange interne Treppen, die nur zum Begehen der einzelnen Mezzaninniveaus dienen.

Die Einrichtung selbst bietet laut B. Rukscio eine „Symbiose von praktischen und ästhetisch ansprechenden Lösungen“: Jeder „noch so kleine Raumwinkel“ sei optimal ausgenutzt, gleichzeitig umgäben den Kunden jedoch „Wohnatmosphäre sowie englische Behaglichkeit und Gedicgenheit“. Betrachtet man die innere Konzeption und Einrichtung der Geschäftsräume, wird der bereits in der Biographie angesprochene angelsächsische Einfluß auf den österreichischen Architekten deutlich: die auf dem Zwischenpodest der Haupttreppe und auf dem Vorplatz zum Empfangsraum platzierten ovalen Vitrinen hat Loos – wie auch das übrige Mobiliar – direkt in England erstan-



Mit der Skelettbauweise in Eisenbeton bewies Adolf Loos der Wiener Konkurrenz, erstmals, welche Möglichkeiten raumoffener Architektur sich dadurch bieten.

den. Die Einbaumöbel sind von englischen Tischlern in Wien gefertigt. Ebenso geht Loos' Idee vom „Raumplan“, jedem Raum die ihm angemessene Höhe zuzuordnen eindeutig auf frühere Entwicklungen in England und den USA zurück. Das komplexe Raumgefüge des Looshauses mit Eingangshalle über die gesamte Sockelhöhe, Verkaufsraum und Hauptmezzanin als zweigeschoßigen Bereich und mit der dreigeschoßigen Einteilung des Sockelbereichs entlang der Seitenfassaden bildet die früheste Realisierung des „Raumplans“. Adolf Loos sagt selbst in einem Vergleich mit den Entwürfen

seiner Konkurrenten: „Es war interessant, die Pläne der anderen Architekten mit den meinen zu vergleichen. [...] Die Grundrisse [...] waren alle in der Fläche gelöst, während meiner Meinung nach der Architekt im Raume, im Kubus, zu denken hat. Dadurch war ich schon in der Raumökonomie im Vorteil. Ein Wasserklosett braucht nicht so hoch sein wie ein Saal. Gibt man jedem Raume nur die Höhe, die ihm seiner Natur nach zukommt, kann man ökonomischer bauen.“

„Die bemerkenswerte Klarheit der Inneneinrichtung des Mezzanins, die trotz der



zahlreichen Niveauunterschiede herrscht, wird“ - so stellen Rukschcio/Schachel fest – „durch eine regelmäßige Wiederholung der mahagoniverkleideten Pfeiler und der Deckenunterzüge gebildet, die einen gleichförmigen, alles überspannenden Raster formen. Messinggitter akzentuieren zudem die mit einem Spannfalz belegten Gehzonen.

Japanisch anmutende, leichte Trennwände schließen den Kundenbereich von den Arbeitsräumen ab. In den Arbeitsräumen hat natürlich die Zweckmäßigkeit Vorrang vor der Ästhetik: Sichtbeton und eiserne Schiffssreling statt Holzverkleidung und Messinggitter. Raumhohe, drehbare Fenster garantieren eine gute Belichtung, die Zuschneide-

tische sind in der Form den ausschwingenden bay-windows angepaßt, damit auch der Nischenraum genutzt werden kann. Ebenso ist auch das Dachgeschoß nach streng raumökonomischen Maßstäben ausgebaut: Schräge Dachflächenfenster und waagrechte Oberlichter lassen das für den Lehrbetrieb nötige Licht herein.

Hinsichtlich der Materialverwendung erläutern Czech/Mistelbauer: „Der Fußboden im Hauseingang und in der Säulenhalle ist aus gewolktem, weißem Carraramarmor, zum Teil mit eingelegten Cipollinostreifen. Das Stiegenhaus ist in den unteren Geschossen zur Gänze mit scheckigem Skyrosmarmor, in den oberen Geschossen bis über Handlaufhöhe wie die Podestfußböden und Türrahmungen mit weißem Carraramarmor verkleidet, darüber verputzt ... Das Stiegengeländer, der Handlauf im obersten Geschoss, die Gewändehandläufe, die Glasleisten der Türen und Spiegel, die Geschossbezeichnungen, das Klingelbord im Erdgeschoß und andere Metallteile sind aus Messing. Handläufe und alle Türen sind aus Eiche, rötlich gebeizt und hochglanzlackiert.“

Und es hat sich, bis auf die Nutzung durch Eigentümer Raiffeisen als Bankfiliale, am ursprünglichen Erscheinungsbild des Looshauses praktisch nichts geändert – was, nicht zuletzt, auch Raiffeisen zu verdanken ist. Denn die Nutzung des Gebäudes bzw. der Innenräume hat tiefe Spuren hinterlassen – so war die Innenausstattung seit dem Umbau zu einer Verkaufsniederlassung des Autoherstellers Opel während der NS-Zeit praktisch nicht mehr vorhanden und wurde erst mit unvorstellbarem Aufwand von Raiffeisen in jenen Zustand versetzt, der sich heute, zum 100. Geburtstag des „Looshauses“, unzähligen Interessierten aus aller Welt bietet: Als Spitzenleistung heimischer Architektur. ■

Quellen, die wir für diesen Beitrag herangezogen haben: Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 85, Jg. 19. Oktober 1910; Loos, Adolf: Die Potemkin'sche Stadt, Verschollene Schriften 1897–1933, herausgegeben von Adolf Opel, Neuauflage, Wien: Georg Prachner Verlag, 1997, S. 122f.; Seminararbeit „Das Looshaus am Michaelerplatz in Wien“ von Anna Léa Rosenberger, Universität Passau, Lehrstuhl für Kunstgeschichte und Christliche Archäologie, 2003, erschienen beim GRIN Verlag für akademische Texte, München <http://www.hausarbeiten.de/faecher/vorschau/108075.html> und Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, <http://www.rlbnoew.at>

»Frau Luna« in Salzburg

Operette von Paul Lincke ab 29. November 2009 im Salzburger Landestheater

Sie kennen „Das ist die Berliner Luft“ oder auch das Lied vom schönen Theophil und „Schenk mir doch ein bißchen Liebe“? Doch daß diese Schlager aus Paul Linckes Operette „Frau Luna“ kommen, wissen Sie vielleicht nicht. Es war die erste Berliner Operette, und sollte auch immer die beliebteste bleiben.

Franz, ein junger Österreicher, den es nach Berlin verschlagen hat, träumt nicht nur von seiner Marie, sondern auch vom Fliegen. Auf den Mond will er, um dort erstens den Mann im Mond zu besuchen und zweitens Neuland für die Überbevölkerung zu erschließen. Und so machen vier Berliner eine Tour auf den Mond. Die erste Überraschung: Der Mond ist bereits bevölkert und die Mondbewohner sind äußerst unternehmungslustig. Die zweite Überraschung: Hier regiert Frau Luna, die soeben vom Bad im Mondsee zum Mondball eilt. Sie ist wunderschön...

Die Berliner Theaterlandschaft war um 1900 dicht, die Rivalität der einzelnen Bühnen groß. Im Bereich Operette konkurrierten zwei Theater miteinander: Das Metropol-Theater und das Apollo-Theater. Für den 1. Juni 1899 kündigte das Metropol die Premiere von „Berlin lacht“ an, der ein Kassensmagnet werden sollte. In dieser Bedrängnis konnte dem Apollo nur einer helfen: Publikumsliebhaber Lincke, der gerade in Paris verpflichtet war. Lincke verließ das Variété-Theater Folies-Bergère und kam nach Berlin. Von der Seine brachte er neue Eindrücke mit an die Spree. Er hatte dort die Operetten von Offenbach und die außerordentlich beliebten Féeries, Zauberstücke mit eindrucksvoller Ausstattung kennengelernt.

Am 1. Mai 1899 eröffnete das Apollo mit der Uraufführung der burlesken Ausstattungsoperette „Frau Luna“. Ein grandioser Erfolg! In der Presse wurde die Operette wohlwollend besprochen: „Daß Musik in dem Stück liegt, ist bei dem Vater so vieler Tanzweisen selbstverständlich; Berlin kann ziemlich sicher darauf rechnen, daß ‚Frau Luna‘ bald von jedem Leierkasten tönt und damit den Gipfel volkstümlicher Berühmtheit erreicht.“ Es lag nahe, den Einakter zu einem abendfüllenden Werk auszubauen. Es dauerte noch viele Jahre, bis „Frau Luna“ 1922 erstmals als abendfüllender Zweiakter in Berlin aufgeführt wurde.

Mit „Frau Luna“ landete Paul Lincke einen Operettenhit der Extraklasse. 1899 war es das erste Exemplar der Berliner Operette, die nicht vom Walzer abstammt, sondern von der Militärmusik und dem Schlager. Songs wie „Schlösser, die im Monde liegen“, „Theophil, ach Theophil“ und nicht zuletzt die „Berliner Luft“ machten „Frau Luna“ äußerst populär.

Mit dem Regie-Duo Andreas Gergen und Christian Struppeck hat das Salzburger Lan-

destheater zwei Experten in Sachen „leichter Muse“ für diese Operette engagiert. Gergen leitete das Berliner Schloßparktheater, Struppeck entwickelte u.a. Erfolgshits wie „Ich war noch niemals in New York“ von Udo Jürgens. Aris Sas, der den Mondfahrer Franz Steppcke verkörpert, wurde eigens von Roman Polanski für die Uraufführung des Erfolgsmusicals „Tanz der Vampire“ als Alfred besetzt.

<http://www.salzburger-landestheater.at>



Julianne Borg in der Titelrolle der »Frau Luna«. Im Bild unten: Szene mit Hubert Wild (Pannecke), Aris Sas (Franz Steppcke) und Simon Schnorr (Lämmermeier).



Foto: Salzburger Landestheater / Christian Schneider

Christian Schneider

8. Kärntner Volksmusikwettbewerb auf Schloß Krastowitz

LR Dobernig dankte Musikschülern und Eltern für ihren großen Einsatz



Foto: Büro LR Dobernig/RoSe

8. Kärntner Volksmusikwettbewerb auf Schloß Krastowitz mit LR Harald Dobernig (Bildmitte)

Für 89 Kärntner Musikantinnen und Musikanten stand am zweiten Wochenende im November der „8. Kärntner Volksmusikwettbewerb“ im Bildungshaus Schloß Krastowitz am Programm. Am 8. November präsentierten die mit Auszeichnung geehrten Solisten und Ensembles vor knapp 300 Besuchern bei einem Abschlußkonzert im Klagenfurter Konzerthaus ihr Können. Im Rahmen dieser Veranstaltung überreichte Volkskulturreferent LR Harald Dobernig allen Teilnehmern eine Urkunde. Ein besonderer Höhepunkt war die Übergabe der „Johann-Lexer-Geige“ an den pensionierten Musiklehrer Manfred Schuler durch Dobernig.

„Die Volksmusik erlebt in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung, das beweist die ständig steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler des Landesmusikschulwerkes“, erläuterte Dobernig stolz. Fast 20.000 Musikschüler mit 512 Lehrern würden das große Interesse der Kinder und Jugendlichen an Musik bestätigen. „Großer Dank gilt dabei den Eltern, die es ihren Kindern ermöglichen, ein Instrument zu erlernen“, so Dobernig, der auch den großartigen Einsatz der jungen Musiker hervorhob.

Als Krönung des Festkonzertes überreichte Dobernig dem 75jährigen aus Klein St. Veit stammenden Musiklehrer Manfred Schuler als Auszeichnung für seine Verdienste in der instrumentalen Volksmusik die „Johann-Lexer-Geige“. Klaus Fillafer vom Kärntner Bildungswerk bezeichnete Schuler, der 18 selbsterlernte Instrumente beherrscht und der seit 44 Jahren Musiklehrer ist, als „den Entwicklungshelfer der Saitenmusik“.

Fillafer, der durch den musikalischen Abend führte, wies darauf hin, daß es in Kärnten vor 15 Jahren nur neun aktive Musikgruppen gegeben habe. „Heute können wir stolz auf über 80 Kärntner Musikgruppen sein, was die starke Belebung der instrumentalen Volksmusik bestätigt.“

Veranstaltet wird der alle zwei Jahre stattfindende Volksmusikwettbewerb vom Kärntner Landeskonservatorium, Studienrichtung Volksmusik. Unterstützt wird der Wettbewerb von der Volkskulturabteilung des Landes Kärnten, der Landwirtschaftskammer Kärnten, dem Landesmusikschulwerk, dem Kärntner Volksliedwerk, dem Kärntner Bildungswerk, dem Verlag Johannes Heyn, dem Instrumentenbauer Herbert Rust und

dem Musikverlag Karl Edelmann. Die Teilnehmer sind fast ausschließlich Schüler aus dem Landesmusikschulwerk. Von den 89 teilnehmenden Musikantinnen und Musikanten waren heuer 13 Solisten, 17 Ensembles und drei Familienmusiker. Die musikalische Betreuung und Vorbereitung erfolgte durch 15 Musiklehrer aus dem Landesmusikschulwerk.

Die Besonderheit dieses Wettbewerbes ist, daß es keine Sieger und Verlierer gibt. Es werden fünf Prädikate (ausgezeichnet, sehr gut, gut, mit Erfolg und teilgenommen) vergeben und wertvolle Beratungsgespräche geführt.

Mit Auszeichnung teilgenommen haben in der Kategorie Ensembles: Hannes und Andi – BMS Spittal, die Vielsaitigen – BMS Klagenfurt, HaHaHa – MS Krems, Aufi Obi Musi – MS Feistritz/Drau, Quintetto Scherzoso – BMS Klagenfurt und Harmonikaduo Kaiser – Schnabl. In der Kategorie Familienmusikgruppe: Allmaier – MS Feistritz/Drau und in der Kategorie Solisten: Anja Habich, Sarah Gaggl – BMS Klagenfurt, Fabian Wilhelm – MS Lesachtal, Georg Singer – BMS Völkermarkt. ■

Vienna International Film Festival 2009

»Ein Tag mehr Viennale – ein Tag weniger Krise« – unter diesem Motto stand das Festival, das heuer zum 47. Mal, um einen Tag länger als bisher, stattfand.

Von Margarethe Glac.

Foto: Viennale / Alexander Tuma



War wieder einer der wesentlichsten Schauplätze für die Viennale: das Gartenbaukino am Wiener Parkring.

Es ist nicht nur das größte internationale Festival Österreichs, sondern laut Dietrich Kuhlbrodt von „konkret“ auch „das menschlichste und engagierteste Filmfestival der Welt“. Diese Bezeichnung verdankt die Viennale zum großen Teil der besonders intensiven Arbeit von Festivaldirektor Hans Hurch, dessen heuer auslaufender Vertrag um weitere fünf Jahre verlängert wurde. Hurch beruft sich auf das über Jahre hinweg gewachsene gegenseitige Vertrauen zwischen ihm und dem Publikum und „eine Art Wette“ bei der Wahl des Programms, heuer waren es 345 Vorstellungen, und fügt hinzu „es ist großartig, ich liebe es“.

Die diesjährige Viennale konnte einen weiteren Publikumsrekord verzeichnen. Während der 13 Spieltage kamen 94.800 ZuschauerInnen in die Festivalkinos, was eine Gesamtauslastung von 79,6 % ausmacht; im Vergleich zum Vorjahr ist diese um 3 % ge-



Foto: Viennale / Klaus Vyhalek

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny bei der Eröffnungsgala

stiegen. Das Interesse des Publikums an Spiel- und Dokumentarfilmen war ähnlich, wobei das der Schauspielerin Tilda Swinton gewidmete Tribute das erfolgreichste war. Ein besonderes Interesse genoss auch das Special Program zum frühen österreichischen Kino, dessen Vorstellungen von Live-Musik begleitet wurden. Das Sonderprogramm zum Werk des philippinischen Filmemachers Lino Brocka blieb etwas hinter den Erwartungen, dafür wurde die gemeinsam mit dem Filmmuseum organisierte und von Jonathan Rosenbaum kuratierte Filmschau *The Unquiet American – Transgressive Comedies from the U.S.* – mit knapp 6000 BesucherInnen zum großen Erfolg.

Eine außerordentliche Vorstellung gab es in dem von den demonstrierenden StudentInnen besetzten Audi-Max der Universität Wien. Dort fand die Österreich-Premiere des Dokumentarfilms *Bock for Presi-*

Vienna International Film Festival 2009

dent statt und die bei der Vorführung anwesende Ute Bock wurde im überfüllten von etwa 1300 Studenten mit minutenlangen standing ovations begrüßt.

Wie jedes Jahr, waren auch heuer zahlreiche Gäste bei der Viennale anwesend, unter ihnen Regisseure, Schauspieler, Produzenten. Oskar-Preisträgerin Tilda Swinton kam zur Festival-Eröffnung mit der Galavorstellung des italienisch-österreichischen Films *La Pivellina* (Tizza Covi/Rainer Frimmel 2009) und präsentierte auch ihren neuesten Film *The invisible Frame* (Cynthia Beatt, D 2009), eine Reflexion zum 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer. James Benning machte eine kurze Einleitung zum diesjähri-



Foto: Viennale / Robert Newald

Tilda Swinton und Viennale-Direktor Hans Hurch



Foto: Viennale

Viennale-Präsident Eric Pleskow

gen Viennale-Trailer *Fire & Rain* (USA/A 2009). Anwesend war auch die Schauspielerin Jane Birkin, der die Viennale 2005 ein Tribute gewidmet hat, um den Film *36 rue de Pic Saint Loup* (Jacques Rivette, F/I 2009) vorzustellen. Romeo Carey kam zu der Galavorstellung des Films seines Vaters Timothy, *The World's Greatest Sinner* (USA 1962). Ashgar Farhadi stellte den bei der diesjährigen Viennale preisgekrönten Film *Darbaraye Elly* (Iran 2009) vor, ähnlich die österreichische Regisseurin Jessica Hausner, die bei der Österreich-Prämiere von *Lourdes* (A/F 2009) anwesend war. Peter Kern zeigte seinen Film *Blutsfreundschaft* (A 2009).

Die Viennale hatte mit der Galavorstellung von *A Serious Man* (Joel und Ethan Coen, USA 2009) ihren Abschluß.

In der neuen Festivalzentrale am Badeschiff fand ein spannendes Rahmenprogramm statt. DJ Gerald Simpson legte bei der Eröffnungsparty auf, in den folgenden Tagen standen viele FilmemacherInnen an den Plattentellern, darunter Carlos Serrano Azcona (*El árbol*), Günter Schwaiger (*Arena*) und Andrew Bujalski (*Beeswax*). In dem Programm *Wir sind schon mittendrin* übernahmen die DJs Slim Schludy, Gris-Gris und Flygirlmitzitant die musikalische Aufarbeitung des gleichnamigen Films von Elmar Szücs.

Am Badeschiff fanden auch zahlreiche Publikumsgespräche und Podiumsdiskussionen statt. Tilda Swinton und Cynthia Beatt erzählten über ihre Arbeit, es fand ein spannendes Gespräch mit der französischen

Politologin und Autorin des Buchs *Change it! Anleitung zum politischen Ungehorsam*, Susan George, statt. Die Filmemacher Hartmut Bitomsky, Tizza Covi, Klaus Wyborny und Eve Heller unterhielten sich unter dem Motto *Für ein kleines Kino* mit Hans Hurch über die neuen Tendenzen im österreichischen Kino.

Vier Filme wurden bei der Viennale'09 mit Preisen versehen

Der **Wiener Filmpreis** im Spielfilm-Genre ging an „*Lourdes*“ von Jessica Hausner (A/F 2009). Die Jury, bestehend aus Marie-Christine Friedrich, Esther Stocker, Markus Hinterhäuser, Hans Langsteiner und Josef Winkler begründete die Entscheidung, damit daß „in einer eigenwilligen, oft an Stillen



Foto: Viennale

Wiener Filmpreis für »Lourdes« von Jessica Hausner (A/F 2009)

Vienna International Film Festival 2009

erinnernden Sprache, in mehrfacher Hinsicht, in der Regie, den schauspielerischen Darstellungen und der Kamera ein außergewöhnliches Filmereignis geboten wird“.

Ebenfalls mit dem **Wiener Filmpreis** wurde ein Dokumentarfilm gekrönt, „Cooking history“ von Peter Kerekes (A/SK/CZ 2009). „Für den außerordentlich eigenwilligen Zugriff, mit dem hier der fundamentale Vorgang der Ernährung mittels inszenierter Zeugenaussagen und einmontierten Originalmaterials zu einer pervertierten Kulinarik des Krieges hochgekocht und mit einer Prise Sarkasmus gewürzt wird“, so die Jury.



Wiener Filmpreis für »Cooking history« von Peter Kerekes (A/SK/CZ 2009)



Foto: Viennale / Alexi Pelekanos

Jane Birkin

Der **Viennale-Standard-Publikumspreis** ging an die iranische Geschichte „Darberey Elly“ (Ashgar Farhadi 2009), denn er ist laut Jury „ein handwerklich überzeugend inszeniertes Schauspiel über Moral, Selbst- und Fremdverantwortung, sowie das Verhältnis zu Wahrheit, das die Dynamik zwischenmenschlicher Beziehungen offenlegt und zugleich einen seltenen Blick auf die bürgerliche Mittelschicht Irans wirft“.

Den **Fipresci-Preis** (den Preis internationaler Filmkritik) erhielt bei der Viennale'09 „Xiao Li Zi“ (Yu Guangyi, China 2008). Die Jury mit Denis Lim(USA), Jan Lumholdt (Schweden), Thomas Taborsky (Österreich) und Milan Vlajcic (Serbien) begründete ihre Wahl mit der prägenden Darstellung einer dermaßen entfernten Gegend, die im Film mit Frische, Neutralität und Innovation gezeigt werde. Es scheine fast, als wäre man Zeuge der Entstehung von Kino an einem Ort, an dem es noch nie zuvor existierte habe. ■

<http://www.viennale.at>



Viennale-Standard-Publikumspreis für »Darberey Elly« (Ashgar Farhadi 2009)



Alle Fotos: Viennale

Fipresci-Preis für »Xiao Li Zi« (Yu Guangyi, China 2008)

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Karl Freund

Kameramann/Regisseur

Zur gewichtigen Persönlichkeit Karl Freund gibt es keine komplexe und zusammenfassende Biographie in Buchform. Das Quellenmaterial besteht aus Eintragungen in filmlexikalischen Werken, aus meist nur kurzen Zeitungs- oder Magazinartikeln (enthalten auch im Internet) sowie aus zwei umfangreicheren Beschreibungen in Englisch in „Films in Review“ und „The Film Journal“, die Herbert G. Luft, ein deutscher Herausgeber und Kritiker in der Vor-Hitlerzeit und danach Emigrant in Hollywood, zumindest teilweise nach Angaben Karl Freunds verfaßte. Alles Aufgefundene zeichnet sich dadurch aus, daß Fakten teilweise voneinander abweichend sind und darin ausschließlich der berufliche Werdegang Karl Freunds abgehandelt wird.

Freund war in seinem Metier eine herausragende Persönlichkeit. Seine kunstvolle und ausdrucksstarke Kamera-Arbeit in einer fast 50 Jahre umfassenden Karriere in mehr als 140 deutsch- und englischsprachigen Filmen in allen Genres, von vergessenen Komödien, Romanzen und Musicals bis zu superlativen Spitzenwerken und Klassikern, verschafften ihm internationales Ansehen. Sein Wirken galt stets dem Primat des Bildes, er trat vehement für die Position des Kameramanns als Künstler ein und war auch als Produzent, Regisseur und Innovator eine der Pioniergestalten des Films.

Er wurde am 16. Jänner 1890 im nordostböhmischen Königshof (heute Dvur Kralove) an der Elbe, in der Region Königgrätz der österreichisch-ungarischen Monarchie geboren. Sein Vater Julius Freund war Glaser, die Mutter Maria hieß mit ihrem Mädchennamen Herman. Die Familie zog 1901 in die deutsche Hauptstadt (wo der Vater Arbeit fand), Freund erfuhr daher eine starke persönliche Ausprägung in seinem Berliner Umfeld und wird, schon aufgrund seiner

dortigen langjährigen Tätigkeit, naturgemäß in Deutschland vereinnahmt, dagegen in Österreich kaum wahrgenommen. Er absolvierte eine Lehre in einer Stempelfabrik, sein Interesse an Mechanik führte ihn mit Alfred Duske zusammen, 1905 begann er in dessen



Karl Freund

Spezialfabrik für Kinematographen als Projektions-Assistent, ein Jahr später erhielt er eine amtliche Vorführlizenz. Er wurde 1908 Wochenschau-Kameramann bei Pathé Frères und darüber hinaus technischer Assistent des großen Experimentators Oskar Messter, der als Begründer der deutschen Kino- und Filmindustrie gilt. 1911 ging Freund nach Belgrad, um für die Gebrüder Savic ein Filmlaboratorium einzurichten, die Savic-Gesellschaft engagierte ihn aber für einen Film über Draga Maschin, „Jadna Majka“ (deutsch: Arme Mütter), Freunds erstes Leinwandprojekt.

Das trug ihm den Ruf des Wiener Film-pioniers und Begründers der österreichischen Filmindustrie Graf Sascha Kolowrat

ein, der auf seinem böhmischen Gut Groß-Meierhöfen in Pfraumberg (tschechisch-deutsche Grenzregion, Bezirk Tachau) die später nach Wien verlegte Sascha-Film-Fabrik betrieb. Freund, einer der ersten Mitarbeiter des Grafen, fotografierte zunächst Reisefilme in Meran und Davos, die „Naturaufnahmen“ genannt wurden, 1912 drehte er in einem provisorisch eingerichteten, mit Leintüchern gegen die Sonne abgedeckten Fotoatelier in einer Kulissenfabrik in der Wiener Engerthstrasse, die Posse „Liebling der Frauen“ mit dem damals bekannten Charakterkomiker Max Pallenberg. Es kam nicht zu einer österreichischen Karriere, Wien war nur eine kurze Zwischenstation im Rahmen des beruflichen Werdegangs Karl Freunds.

Berlin bot anschließend bessere Möglichkeiten. Seine ersten wichtigen Filmarbeiten waren die beiden Max Reinhardt-Filme von 1913, „Eine venezianische Nacht“ und „Die Insel der Seligen“. Der Produzent Paul Davidson aus Frankfurt am Main (später Begründer der Ufa), erkannte die einmalige technische Begabung Freunds und engagierte ihn als Kameramann für die Projektions-AG Union (PAGU) in Berlin-Tempelhof, bei der er zusammen mit dem dänischen Kameramann Axel Graatkjaer mehrere Komödien, teils in Short-Form, mit dem damals in Deutschland tätigen dänischen Filmstar Asta Nielsen und deren Ehemann, dem Regisseur und Drehbuchautor Urban Gad auf Zelluloid bannte, die unter dem Begriff „Asta Nielsen/Urban Gad-Serie 1913/14“ bekannt sind.

Als Österreicher wurde er im Ersten Weltkrieg 1915 zum Militärdienst in der k.u.k. Armee eingezogen, auch dies allerdings nur eine kurze Reminiszenz, er diente drei Monate und wurde danach wegen Übergewicht entlassen. Freund arbeitete in seinem früheren Berliner Wirkungsbereich für die „Messter-Woche“, die Dokumente zum

Serie »Österreicher in Hollywood«



Karl Freund und Regisseur Clarence Brown, Charles Boyer als Napoleon und Greta Garbo in der Rolle einer polnischen Gräfin (v.l.) bei den Dreharbeiten zu dem historisch-romantischen Film »Conquest«, dem MGM in Europa unter dem Titel »Maria Walewska« herausbrachte.

Weltkrieg und ausführliche Kriegsberichte zeigte und drehte 1916/17 unter den Regisseuren Robert Wiene und Rudolf Biebrach Spielfilme für die Messter-Film GmbH, darunter ein erheblicher Anteil der damaligen Serie mit Henny Porten.

1919 machte er sich selbständig, Er bot in seinem Spezial-Laboratorium alle film- und fototechnischen Arbeiten an, Negativentwicklung, Musterkopien und Virage bis zur Herstellung von Massenkopien für den Verleih. Er stellte zudem Operateure mit kompletten Apparaten tageweise oder für ganze Filme zur Verfügung. Im Rahmen seiner Karl Freund-Film GmbH versuchte er sich 1921 bei dem Streifen „Der tote Gast“ erstmals als Regisseur.

Indes wurde Kameraarbeit zu seinem Hauptmetier. Mit Unterstützung seines Assistenten Robert Baberske übernahm er weitgehend Aufträge für Großproduktionen verschiedener Firmen, Decla-Bioscop, Gloria und die Oswald-Film, wobei er sich in Zusammenarbeit mit Produzenten oder Regisseuren wie Ernst Lubitsch, Carl Theodor Dreyer oder mit den in Berlin tätigen Wienern Richard Oswald und Paul Czinner zu einem der stilprägenden Kameraleute des deutschen Atelierfilms entwickelte. Unter den annähernd 80 von ihm gedrehten Lichtspielen ragen expressionistische oder im neuen objektiven Realismus geschaffene Spitzenwerke wie Paul Wegeners „Der Golem, wie er in die Welt kam“ (1920, in sensibler Kooperation mit Guido Seeber), „Der

brennende Acker“ (1922), einer von Friedrich Wilhelm Murnaus wichtigsten Filmen oder „Variété“ von Ewald André Dupont (1925) heraus. Kulminationspunkt war das von Fritz Lang, einem weiteren Wiener aus der damals großen Österreichergilde in Berlin, 1925/26 inszenierte, monumentale Stummfilmepos „Metropolis“. Extreme Blickwinkel, differenzierte Ausleuchtung und eine variable Verwendung der Schwarzweiß-Elemente kennzeichneten seine Kameraführung, die Renommee-Filme machten ihn weltberühmt.

Kameras mußten entsprechend schallisoliert sein. Freund verwendete daher die in Amerika stark gebräuchliche, besonders geräuscharme Mitchell-Kamera. Er war Hauptproponent der „entfesselten Kamera“, des freien Agierens mit dem Aufnahmeapparat und dessen Loslösung vom Stativ, unter Wegfall auch der Handkurbel, die durch eine motorgetriebene Schwungscheibe ersetzt wurde (Freund montierte sich die Kamera vor die Brust, man montierte sie auf Fahrräder, arbeitete mit Flaschenzügen, im Film „Variété“ flog die Kamera auf dem Trapez mit, usw.). Er war damit nicht der Erste, bei dem filmhistorisch bedeutsamen Stummfilmdrama „Der letzte Mann“ aber, das 1924 im Team mit Friedrich Wilhelm Murnau, Erich Pommer, dem aus Graz stammenden Autor Carl Mayer und dem Hauptdarsteller Emil Jannings entstand, waren Freunds Aufnahmen von einer Beweglichkeit gekennzeichnet, die in dieser Form zuvor kaum zu

sehen waren. Das Werk gilt als Meilenstein, bei dem Freund verdeutlichte, daß die Kamera nicht nur registriert, sondern daß ein Film auch maßgeblich mit der Kamera erzählt und mitinszeniert werden kann.

Der „erfolgreichste Kameramann der Zeit“ wurde 1926 von der Kollegenschaft zum Vorsitzenden des „Klubs der Kameraleute“ gewählt. Er bildete mit Murnau, den Filmarchitekten und Szenebildnern Robert Herlth und Walter Röhrig (beide entwarfen die Bauten für den Film „Der letzte Mann“) sowie Carl Mayer, meist unter Leitung des Produzenten Erich Pommer, das sicher künstlerisch herausragendste Team des deutschen Stummfilms. Freunds Einfluß auf den Film der Weimarer Zeit ging dabei über die eigene, unmittelbare Kameraarbeit hinaus, er warb zudem in Fachartikeln für ein kooperatives Verhalten zwischen Regisseuren, Architekten und Kameraleuten.

In seinem Labor beschäftigte sich Freund mit oder beteiligte sich an innovativen Experimenten zur Filmtechnologie, darunter das sogenannte Blatnerphone (Tonbildstreifen aus magnetisiertem Stahlband), die Sound-On-Technologie des Tri-Ergon Verfahrens von 1922 der Deutschen Joseph Engl, Joseph Masolle und Hans Vogl (bei dem der Ton als Lichtspur am Rande des Filmstreifens aufgezeichnet wurde) sowie die Spiegelkombination des Kameramanns Eugen Schufftan, genannt Schufftan-Prozeß (ein Vorläufer der Front- und Aufprojektion, auch Background-Projektion), wobei die Darsteller vor gemalten oder fotografierten Hintergründen gefilmt werden konnten. Eines seiner Hauptanliegen war auch die Empfindlichkeit des Filmmaterials.

Murnau ging 1926 nach Amerika, um dort für die Fox Film Corporation sein klassisch-episches Melodram „Sunrise“ zu drehen, dazu wünschte er sich Karl Freund als Kameramann. Freund betreute als Supervisor die deutsche Pre-Production des Films, entschied sich aber die ihm angebotene Produktionsleitung von Fox-Europa in Berlin zu übernehmen, die in der Deutschen Vereins-Film AG Quotenfilme herstellte. In dessen Rahmen leistete er sich einige filmische Experimente, 1927 entstand u.a. nach seinem Konzept in Zusammenarbeit mit dem Dokumentarfilmer Walther Ruttmann die zeithistorisch wertvolle Bildreportage „Berlin, die Sinfonie der Großstadt“. Während sich Freund noch 1925 vehement für die Arbeit im Atelier aussprach, da er dort die Beleuchtungstechnik voll unter Kontrolle hatte, vollzog er mit dieser Art von Dokumentation

Serie »Österreicher in Hollywood«

seinen Schwenk zum Motto „Los vom Atelier“.

Es war Freunds Anliegen, bei jedem Film neue Wege der Technik, der Beleuchtung und des Schnitts zu entwickeln. Ende der Zwanziger-Jahre begann er intensiver mit Ton- und Farbverfahren zu experimentieren, wobei er 1928 zum Ausdruck brachte, dass die Hinwendung zur äußeren Wirklichkeit neben dem Ton auch die Farbe nötig machen würde. Er wandte sich nach London, wo er einige Regiearbeiten ausführte, darunter die Koproduktion mit der Blatnerphone Corporation „One Night in London“ („Eine Nacht in London“, mit dem britisch-deutschen Star Lilian Harvey, Regie: Lupu Pick), die Verfilmung des Bühnenstücks „Faisons un rêve“ von Sacha Guitry („Sleeping Partners“) und eine Reihe von Kurztonfilmen im Nadeltonverfahren. Daneben erprobte er im Rahmen seiner Firmengründung Movie Color Ltd. neue Farbverfahren. 1929 lud ihn Herbert Kalmus, Präsident der von ihm 1912 gegründeten Technicolor Company, zu Versuchen nach Amerika ein und überzeugte ihn dabei, daß nur Hollywood die große Möglichkeit für die Fortführung des Colorsystems bieten würde. Freund experimentierte noch mit John Capstaff von Eastman Kodak im New Yorker Astoria-Studio der Paramount und fuhr anschließend in die kalifornische Filmmetropole. Universal-Boß Carl Laemmle hatte seinen Vertrag von Fox übernommen, für den Kameramann war dies der Aufbruch zu einer Hollywood-Karriere.

Universal verfilmte damals Erich Maria Remarques Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“ („All Quiet on the Western Front“). Laemmle und der Regisseur Lewis Milestone waren nicht glücklich mit dem in Remarques Buch vorgesehenen Ende. Es war Freunds erstes Assignment für Universal, zwei Tage vor der Premiere im April 1930 in Los Angeles zusammen mit Milestone eine zufriedenstellende Schlußsequenz für die triumphale Verfilmung (und späteren Oscar-Winner) zu erarbeiten. Die berühmte, in der US-Filmliteratur „butterfly sequence“ genannte Szene – der junge deutsche Soldat Paul Baumer, gespielt von Lew Ayres, langt im Schützengraben, sich vorstreckend und die Gefahr vergessend nach einem Schmetterling (seine Hand ist in einem close-up zu sehen) und fällt dabei einem französischen Scharfschützen zum Opfer – wird Karl Freund zugeschrieben.

Bei Universal wirkte Freund bis 1934 an 20 Filmen mit, davon 13 Mal hinter der Kamera. Er brachte dabei seinen expressionisti-



Karl Freund mit den beiden Hauptdarstellern Robert Taylor und Katherine Hepburn am Set des von Vincente Minelli inszenierten Gesellschaftsdramas »Undercurrent« (»Der unbekannt Geliebte«), 1946

schen Stil ein und prägte mit seiner raffinierten Hell-Dunkel-Ausleuchtung die Horrorklassiker des Studios: „Dracula“ (1931) von Tod Browning und Robert Floreys „Murders in the Rue Morgue“ (1932), die zum Goldenen Zeitalter des phantastischen Genres gehören, in denen der aus Ungarn stammende Schauspieler Bela Lugosi brillierte. 1932 vertraute ihm Universal auch Regie an. Freund war kein herausragender Regisseur, er war auch nicht sehr traurig darüber, sein Beitrag zur Entwicklung des Universal-Horrorfilms war jedoch beachtlich. Er inszenierte sieben Filme, darunter als erste Regiearbeit „The Mummy“ („Die Mumie“), die Geschichte des durch einen magischen Spruch wiederbelebten altägyptischen Priesters Imhotep, inspiriert durch die spektakuläre Auffindung des Tut-Ench-Amun-Grabs 1922, ein „superior horror film“ mit makabrem Set und Atmosphäre, dessen Grusel von keinem der modernen Wiederverfilmungen übertroffen wurde. Es folgten u.a. das als „song plugger“ herausgestellte Musical „Moonlight and Pretzels“ von 1933 sowie 1934 „Madame

Spy“, eine der Variationen der „Mata Hari“-Legenden, die Bühnenkomödie „Uncertain Lady“ und die Familientragödie „I Give My Love“ nach einer Story der Wiener Autorin Vicki Baum. Darüber hinaus bildete Freund während seiner Tätigkeit bei Universal eine Generation von Kameraleuten aus.

1935 wechselte er auf Veranlassung des Vizepräsidenten und Productions-Supervisors Irving Thalberg zu Metro-Goldwyn-Mayer, der damals prestigereichsten und glamourösesten Filmfactory, für die er sich mit der Inszenierung von „Mad Love“ nochmals dem Horror-Genre verschrieb, wobei erneut ein Klassiker entstand, mit dem Freund den künstlerischen Erfolg seiner Erstregie „The Mummy“ wiederholen konnte. Der komödienartig mit Surrealismus und Kameraexpressionismus zu großem Effekt gebrachte Film, mit Chester Lyon an der Kamera, Peter Lorres Hollywooddebüt und ein Remake des zehn Jahre zuvor in den Wiener Listo-Ateliers mit Conrad Veidt gedrehten deutsch-österreichischen Films „Orlacs Hände“ (Thema: ein Pianist mit den transplan-

Serie »Österreicher in Hollywood«

tierten Händen eines Mörders), war Karl Freunds letzte Regiearbeit.

MGM band ihn per Zeitvertrag bis 1938, in den Jahren 1938/39 arbeitete er für verschiedene Produzenten, 1939 kehrte er zu MGM zurück, 1947 folgte der Wechsel zu den Warner Brothers. Sein Hollywood-Score bis 1950 umfasst 40 weitere, teils opulente Filme, unter der Regie bedeutender Regisseure und getragen von bedeutenden Stars. Herausragend davon „The Great Ziegfeld“ („Der große Ziegfeld“, die Biografie des bekannten Revue-Impresarios, 1936), die Greta Garbo-Highlights „Camille“ („Die Kame-liendame“ nach Alexandre Dumas, Freund als co-photographer) und „Conquest“ („Maria Walewska“, die Österreicherin Salka Viertel dabei als Co-Autorin, beide 1937), „Pride and Prejudice“ („Stolz und Vorurteil“, 1940), nach einer Vorlage von Jane Austen, mit Greer Garson und Laurence Olivier, „Tortilla Flat“ (1942), die superlative Adaption von John Steinbecks Roman, mit der Wienerin Hedy Lamarr in der Hauptrolle und das vorzüglich besetzte, von Michael Curtiz für Warner Bros. inszenierte Südstaatendrama „Bright Leaf“ („Zwischen zwei Frauen“) mit den Stars Gary Cooper und Lauren Bacall von 1950.

Mit brillanten Kamerafahrten, ausgefeilten Lichteinstellungen und kunstvollen Lichtkompositionen demonstrierte Freund bislang in Hollywood unbekannt kinematografische Qualitäten. Für die außergewöhnlichen Aufnahmen zu Irving Thalbergs letzter Produktion „The Good Earth“ („Die gute Erde“), nach Pearl S. Bucks Roman, mit den gebürtigen Österreichern Paul Muni, Turhan Bey und Tilly Losch, vor allem für das grandiose Take der Heuschreckeninvasion, erhielt Freund 1938 einen Oscar. 1942 wurde seine Arbeit für Mervin LeRoys Sozialdrama „Blossoms in the Dust“ („Blüten im Staub“, Freunds erster Farbfilm) und die Verfilmung von Franz Molnárs „The Chocolate Soldier“ (nach dem Stück „Der Leibgardist“) in den Bereichen Farb- und Schwarz-Weiß-Fotografie von der Academy nominiert. 1944 beauftragte MGM Freund speziell mit der Kameraführung bei der ambitionierten Inszenierung des Wieners Fred Zinnemann, „The Seventh Cross“ („Das siebte Kreuz“, nach dem Roman der deutschen Emigrantin Anna Seghers), einer der wichtigsten Propagandafilme, die während des II. Weltkriegs in Hollywood entstanden. Der Höhepunkt von Freunds Wirken bei Warner Bros. war der glänzend besetzte Streifen „Key Largo“ („Gangster in Key Largo“) von 1948, eines



der Meisterwerke des Film noir unter der Regie von John Huston.

Karl Freund, ein Fanatiker der Stimmung, war ein Gegner des breitformatigen Films – z.B. CinemaScope – und der damit verbundenen Platzvergeudung, die er als schwere dramaturgische Beeinträchtigung empfand. Mit dieser Meinung stand er im Einklang mit der Filmtheorie des bekannten russischen Regisseurs Sergei M. Eisenstein.

Nach dem Rückzug von 45jähriger Filmarbeit widmete sich Freund dem neuen visuellen Medium Fernsehen. Die erfolgreichen TV-Stars Desi Arnaz und dessen Frau Lucille Ball engagierten ihn als Chefkamera-

mann für ihre TV-Desilu Productions. Dies war 1951 der Beginn seiner dritten Karriere. Gemeinsam mit Arnaz erfand Freund das auch heute noch in Verwendung stehende so genannte „Multicam-System“, bei dem drei 35-mm-Filmkameras simultan operieren, womit die Serienproduktion beschleunigt werden konnte, aber Schwierigkeiten bei der Ausleuchtung auftraten. Der Künstler-Techniker behob diese mit der Installation eines Overhead Lighting Systems, das beste „close-ups“ und eine außergewöhnliche Bildqualität gewährleistete. In den Jahren bis 1956 betreute Freund als Supervising Photographer die beliebten Slapstick- und

Serie »Österreicher in Hollywood«



Der Kameramann und die Schwedin Signe Hasso in einer Drehpause zum MGM-Spionagefilm »Dangerous Partners« von 1945

Comedy Shows „I Love Lucy“, „Our Miss Brooks“ und „December Bride“. Obwohl er die Television als stimulierende Herausforderung empfand, resignierte er aufgrund der eingeschränkten kommerziellen Möglichkeiten und letztlich auch aufgrund seiner immer kritischeren Betrachtung des Niveaus der Slapsticks des Studios. Er überlegte wohl auch die Rückkehr zur Filmarbeit, nahm aber angesichts der sich mehrenden Gewalt- und Sexszenen in Filmen davon Abstand.

Seine finale Arbeit als Operateur war 1959 der von Mitchell Leisen inszenierte TV-Pilotfilm „Open Windows“ mit Maureen O’Hara und Tony Randall, ein 85.000 Dollar teures Werk, das allerdings nie ausgestrahlt wurde.

Trotz seiner Abneigung gegen den Ruhestand (Devise: „life is so interesting“) zog sich der große Meister der Kamera 1959 auf seine Farm im San Fernando Valley zurück, zuletzt lebte er in einem Haus in West Los Angeles. Er blieb nicht unbeschäftigt im letzten Jahrzehnt seines Lebens, er besuchte weltweit Fachkongresse und Ausstellungen, veranstaltete in Hollywood Fachkurse für Kameraleute, gab in Schriften seine Erfahrungen an die nachwachsende Generation von Kameramännern weiter und widmete sich seiner 1944 in Burbank gegründeten Photo Research Corporation, die u.a. Forschungsarbeiten zur Film- und Kameratechnik betrieb. Freund stand der Manufaktur bis zu seinem Tod als Präsident vor.

Aus Interesse an Innovationen hatte er 1946 die Patentrechte an einem von Don Norwood, Captain der US-Air Force, ent-

wickelten Lichtmesser erworben und die Herstellung des Geräts 1947 unter der Trademark „Spectra Classic“ begonnen. Für die Weiterentwicklung, die ab 1948 unter dem Namen „NorWood Director“ weltweit bekannt wurde und auch in Kreisen der Kameramänner und Filmregisseure starke Verwendung fand (wobei er die Vermarktung anderen überließ), zeichnete ihn die US-Air Force aus, die Academy of Motion Pictures, Arts and Sciences ehrte ihn 1955 umfassend für seine technischen Forschungen und Neuerungen mit dem Technical Achievement Award. Für sein langjähriges und hervorragendes Wirken im deutschen Film erhielt er 1965 den Bundesfilmpreis, das Filmband in Gold.

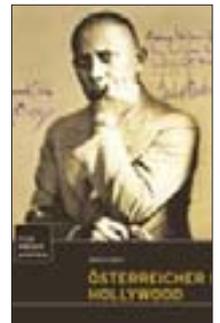
Privates fand sich wenig. In einer Fußnote in seinem Artikel „Karl Freund – Photographed Some Of The Film That Are Motion Picture Milestones“ in „Films in Review“, Nr. 2 vom Februar 1963 erwähnt Herbert G. Luft, daß Freund in erster Ehe 1915-1918 mit Susette, der Tochter des Musikantiquars Leo Lippmannsohn verheiratet war und 1919, als er für Richard Oswald den Film „Die Arche“ drehte, seine zweite Frau, die deutsche Schauspieler Gertrude Hoffmann kennen lernte. Nach Wikipedia (Internet) wurde Susette Freund nach der Inhaftierung im KZ Ravensbrück 1942 im Rahmen der schrecklichen Euthanasie-Maßnahmen von den Nazis ermordet. Gertrude Hoffmann dürfte 1966 in Los Angeles verstorben sein. Freund war offensichtlich 1937 auch noch einmal in Deutschland, um seine einzige Tochter Gerda Maria Freund in die USA zu holen.

Herbert G. Luft beschrieb ihn als selbstgerecht und eigensinnig, aber loyal zu den Menschen, die er mochte. Karl Freund konnte in Hollywood vielen deutschen und österreichischen Schauspielern helfen, die 1933 und 1938 ihre Heimat verlassen mussten. Nach all den Jahren in den USA und inzwischen ganz Amerikaner, merkte man ihm sprachlich immer noch die Herkunft aus böhmischen Gegenden der ehemaligen Monarchie an. Er starb am 3. Mai 1969 im St. John’s Hospital in Santa Monica, die Bestattung erfolgte im Mount Sinai Memorial Park in Los Angeles. ■

Dieser Artikel ist identisch mit einem Vortrag des Autors vom 21. November 2009 in Wien im Rahmen eines Symposiums anlässlich von Freund’s 40. Todestag: „Karl Freund – ein Leben im Zeichen bewegter Bilder. Ein Kamerapionier zwischen Wien, Berlin und Hollywood“. Es war dies eine Veranstaltung des Wissenschaftsvereins Cultural Research in Kooperation mit dem Internationalen Theater Institut (ITI) der UNESCO - Centrum Österreich.

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über 12jährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



*Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten,
zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>*

Adventzauber im Land ob der Enns

Kaum sind die letzten Melodien zu den traditionellen Kathreintänzen Ende November verstummt – da kündigt sich in Oberösterreich, dem abwechslungsreichen Landstrich zwischen Dachstein und Böhmerwald schon die Weihnachtszeit an.



Foto: TV Linz/Röbl

Der Christkindlmarkt taucht den Linzer Hauptplatz in ein glänzendes Lichtermeer.

Der Advent ist hier noch etwas Besonderes: Besinnlichkeit und Ruhe kehren ein und in den Häusern verbreitet sich der Duft der Weihnachtsbäckerei. Traditionelle Bräuche und Veranstaltungen gibt es vor allem in den ländlichen Gebieten. Zahlreiche Adventmärkte in allen Regionen verschönern zusätzlich die „stille Zeit“ und bringen nicht nur Kinderaugen zum Leuchten.

Die Gegend rund um die über 1000 Jahre alte Stadt Steyr ist mit den zahlreichen vorweihnachtlichen Aktivitäten wohl Zentrum des österreichischen Advent-Brauchtums. Hier wohnt auch das Christkind – in Wachs gegossen – in der Wallfahrtskirche des gleichnamigen Ortes. Seit 1950 versieht das weltberühmte Sonderpostamt Christkindl ab Ende November Briefe aus aller Welt mit dem Sonderpoststempel. Der Steyrer Christkindlmarkt entlang der Kastanienallee auf

der Promenade verbreitet vom 20. November bis zum 20. Dezember 2009 jeweils Freitag, Samstag und Sonntag weihnachtliches Flair und lädt zum Bummeln zwischen den stimmungsvoll geschmückten Holzhütten ein. Der Weihnachtsmarkt „Altstadt Steyr“ am Stadtplatz mit der „Singenden Krippe“ hat von 28. November bis 23. Dezember täglich geöffnet.

Für alle, die den „Advent in der Christkindlstadt“ genießen wollen, gibt es ein Pauschalangebot für ein erlebnisreiches Wochenende in zauberhafter Atmosphäre: Zwei Nächtigungen mit Frühstücksbuffet im Drei- oder Vier-Sterne Hotel in Steyr, ein adventliches Gourmetmenü und Glühmost, einen Besuch im 1. österreichischen Weihnachtsmuseum inklusive Fahrt mit der Erlebnisbahn, eine Fahrt mit dem Oldtimerbus nach Christkindl, einen Krippenpaß für den Be-

such verschiedener Krippen in der Stadt und den Besuch des Steyrer Adventblasens am Stadtplatz gibt's zum Preis ab 138 Euro pro Person.

Südlich von Steyr im romantischen Tal des gleichnamigen Flusses liegt der verträumte Ort Steinbach an der Steyr. Die Bewohner der acht Häuser am Ortsplatz gestalten jedes Jahr im Advent 24 Fenster mit weihnachtlichen Motiven. An jedem Tag wird eines der Fenster des „Steinbacher Adventkalenders“ geöffnet, bis am Heiligen Abend der ganze Platz im Lichterglanz erstrahlt.

Auch die Landeshauptstadt Linz präsentiert sich stimmungsvoll: Die Innenstadt duftet nach Maroni, Punsch und Lebkuchen und das bunte Lichtermeer strahlt hinein in die Linzer Einkaufsstraßen. Der Christkindlmarkt am Hauptplatz (21. November bis 24.

ÖJ-Reisetip



Foto: oÖ. Tourismus/Heilinger

Vorweihnachtliche Stimmung in Steyr, der offiziellen Christkindlstadt.

Dezember) erhält durch die Kulisse der barocken Hausfassaden ein einzigartiges Flair. Besonderes Highlight ist der Advent in der Grottenbahn am 29. November sowie am 6., 8., 13. und 20. Dezember von 10 – 17 Uhr. Auf dem Weg durch das vorweihnachtliche Linz gilt es jedoch noch weitere Adventmärkte zu entdecken. So etwa den Linzer Keksermarkt am 28. November sowie am 5., 8. 12. und 19. Dezember im Stadträu Josef, den „Creativ Weihnachtsmarkt“ im Mozarthof (5. Bis 6., 12. bis 13. sowie 19. bis 20. Dezember) und den Weihnachtsmarkt im Ursulinenhof (4. bis 6. Dezember). Von 14. November bis 23. Dezember findet im Gewölbe des Hotels Wolfinger wieder das traditionelle Linzer Kerzenziehen statt. Der Duft nach Bienenwachs verzaubert Groß und Klein und der Preis des selbstgemachten Geschenkes dient einem guten Zweck. Zudem schmückt sich Linz mit den schönsten Krippen. Verschiedenste Exemplare schmücken Schaufenster, Kirchen, Einkaufspassagen und Museen – von der klassischen Hauskrippe bis hin zu kostbaren Sammlerstücken. Wer die vorweihnachtliche Stimmung in der Kulturhauptstadt genießen will, für den gibt's mit dem Linzer Advent-Weekende das passende Paket mit zwei Übernachtungen inklusive Buffetfrühstück und Sightseeing-Programm mit der Linz09 Card ab 96 Euro pro Person.

Seit jeher versprüht Wels zur festlichsten Zeit des Jahres seinen außergewöhnlichen Charme. Auch im Advent 2009 erstrahlt die

Stadt im Glanz der neuen Welser Weihnachtswelt. Vor der historischen Kulisse des Stadtplatzes präsentiert sich eine romantische Bergweihnacht mit Almhütten, einem überdimensionalen Kristallberg, einer Kekserwerkstatt und Feuerstellen. Auch der Christkindlmarkt im Pollheimerpark lädt mit wunderschöner Engels-Baumbeleuchtung und neuem Standkonzept im Parkinneren zum adventlichen Genießen ein. Bereits am 19. November 2009 öffnet der bezaubernde Gösser Biergarten Advent seine Pforten. Ein stimmungsvolles Ambiente mit finnischen Fachwerksbauten und beleuchteten Kastanienbäumen lädt zum Genießen und Verweilen ein. Zwei Übernachtungen mit Frühstück und vielem mehr gibt's zum Welser Familienspartarif für zwei Erwachsene und zwei Kinder bereits ab 199 Euro pro Person.

Im Mühlviertel lädt der Ort Kefermarkt zu einem besonderen Advent ein. Von 11. bis 13. Dezember findet in Schloß Weinberg zum 21. Mal der Weinberger Advent statt. In den schönen Räumen des Schlosses präsentieren die Aussteller ihre Kunstwerke. Bei den „lebenden Werkstätten“ kann der Besucher beim Schnitzen, Seidenmalen, Keramikmalen, Gold- und Silberschmieden, Glasblasen und Backen zusehen. Weiters finden stündlich im Rittersaal musikalische Darbietungen verschiedener Chöre und Musikgruppen statt. Im Schloßpark werden Pferdeschlitten-Kutschenfahrten und für die Kleinsten Ponyreiten angeboten.

Einen echten Geheimtipp zur Weih-

nachtszeit bietet Rainbach im Mühlviertler Kernland: Eine Fahrt mit der Pferdeisenbahn durch die tiefverschneite und wunderschöne Winterlandschaft. An den vier Adventsonntagen kann man jeweils um 13:00 Uhr die idyllische Fahrt auf dem verschneiten Schienenstrang antreten, danach lockt ein romantischer Adventmarkt.

Die Kaiserstadt Bad Ischl im Salzkammergut lädt zur Weihnachtszeit zum „Artvent“ ein. In den festlich geschmückten Straßen des Salzkammergut-Städtchens warten stimmungsvolle Erlebnisse und kulinarische Schmankerl: Zum Beispiel beim Christkindlmarkt der Ischler Handwerker von 27. November bis 20. Dezember in der Trinkhalle. Täglich führen hier die Meister ihres Faches ihr Können vor, in den Dämmerstunden umrahmt von Musikgruppen aus dem Salzkammergut. Weihnachtliche Stimmung und traditionelles Brauchtum bei Punsch und Glühwein gibt's außerdem an den Adventwochenenden auf dem Siriuskogel.

Schon von 20. bis 22. November setzt der Toscana Schlösseradvent mit erlesenem Kunsthandwerk den Auftakt zur romantischen Adventzeit in Gmunden. An allen vier Adventwochenenden verwandelt sich dann die Gmundner Altstadt in eine märchenhafte Zauberwelt des Advents. Alleine schon die idyllische Kulisse des winterlichen Gmunden vor dem Hintergrund von Traunsee und Traunstein verzaubert alle Gemüter. Das bunte Kinderprogramm im Rathausaal, stimmungsvolle Musikdarbietungen, romantische Kutschenfahrten, Ponyreiten und die schon von Weitem duftende Weihnachtsbackstube gehören mit dazu. Der traditionelle Standmarkt ist ebenso ein unvergeßliches Erlebnis wie der klassische Perchtenlauf.

Von 20. November bis 20. Dezember, jeweils von Donnerstag bis Sonntag sowie zusätzlich am 7. und 8. Dezember, findet in Strobl, St. Gilgen und St. Wolfgang der Wolfgangsee Advent statt. Der stimmungsvolle Adventmarkt, das feierliche Adventsingen und viele weitere vorweihnachtliche Highlights entfalten in der idyllischen Atmosphäre der Orte am Wolfgangsee so richtig ihre Wirkung. Als besonderes Zuckerl sind die drei Orte während des Advents mit einem Schiffsrundkurs verbunden. Weitere Attraktionen sind das Engerl-Studio, die Lebende Krippe, die Friedenslicht-Laterne und die romantischen Kutschenfahrten in der winterlich verschneiten Landschaft. Von 26. bis 31. Dezember öffnen dann die Weihnachts- und Silvestermärkte ihre Pforten. ■

<http://www.oberoesterreich.at>

Winterurlaub im SalzburgerLand

Das SalzburgerLand zählt zu den beliebtesten Destinationen im internationalen Wintertourismus, die Zahlen sprechen für sich: Über 1700 Pistenkilometer, 2200 Kilometer Loipen und 570 Liftanlagen verteilen sich auf 23 Skiregionen.



Foto: Kitzsteinhorn - Gletscherbahnen Kaprun AG

Kitzsteinhorn: Neue Freeride-Routen vom Feinsten – Skivergnügen, packende Events und Iglu-Abenteuer auf 3000 Meter Höhe

Das SalzburgerLand zählt zu den Fixgrößen im internationalen Wintertourismus und überzeugt Jahr für Jahr tausende von Wintersportler mit einem hervorragenden Angebot, bester Infrastruktur, Komfort, Schneesicherheit, Service und Gastfreundschaft. In Zahlen ausgedrückt, finden Gäste hier über 1700 bestens präparierte Pistenkilometer, 2200 Kilometer Langlaufloipen, 36 Höhenloipen auf über 1.000 Meter Seehöhe und 570 Liftanlagen vor. In den 100 Wintersportorten der 23 Skiregionen wird Jahr für Jahr großzügig in neue Anlagen investiert. So darf man sich ab diesem Winter über 16 Skipisten mit Nachtbeleuchtung – die längste davon in Bad Hofgastein mit acht Kilometer Länge und 1440 Meter Höhenunterschied –, über neue Snowparks und zahlreiche erneuerte Lifte und Seilbahnen freuen. Auf 380 Hütten und Bergrestaurants wird man mit Salzburger Gastfreundschaft und Kochkunst bewirtet, auch die neue Via Culinaria mit ihrem

Genußweg für Hüttenhocker kann im Winter erprobt werden.

Laufende Investitionen in Lifte und Seilbahnen

Jahr für Jahr investieren die Salzburger Seilbahnen in die Sicherheit und den Komfort ihrer Gäste. Rund 75 Prozent aller Pisten im SalzburgerLand können künstlich beschneit werden. Aufgrund des Gletscherskigebietes und der hohen Beschneigungsdichte ist die Schneesicherheit in den Skiregionen besonders hoch – auch in wärmeren Wintern.

Das professionelle Angebot der Ski- und Snowboardschulen

Unzählige Gäste vertrauen jährlich auf die rund 2000 bestens ausgebildeten Ski- und Snowboardlehrer in den 110 Skischulen im SalzburgerLand. Diese entfachen bereits bei den kleinsten Skihäserln die Leidenschaft für die Piste. Die Skizwerges schweben

mit zweieinhalb oder drei Jahren auf Zauberteppichen in Richtung Gipfel und erlernen in einer Gruppe von Gleichaltrigen die ersten Schwünge und Stockeinsätze. Es gibt für Kinder und Erwachsene ein vielfältiges, zielgruppenorientiertes Kursprogramm, das unter dem Titel „Well-Skiing“ zahlreiche alternative Schneesportarten beinhaltet. So gibt es etwa Kurse mit dem Schwerpunkt 50plus, WiedereinsteigerInnen, Frauen oder gesundes Skifahren. „New School“ richtet sich vor allem an Jugendliche, die Pisten-tricks und Sprünge erlernen wollen, bei Freeride-Kursen geht es mit dem Lehrer ins Gelände.

<http://www.skischulen-salzburgenland.at>

Ein Riesenangebot in Sachen Nordic Sports

Nordic Fitness, Nordic Skiing, Nordic Walking oder Nordic Cruising – im SalzburgerLand sind immer mehr Bewegungsfreudige und Gesundheitsbewußte unterwegs. So

ÖJ-Reisetip

etwa beim klassischen Langlaufen auf den perfekt präparierten Loipen, beim Walken auf 2600 km Winterwanderwegen, beim Nordic Cruising mit kurzen Skiern querfeld-ein, beim Schneeschuhwandern oder beim Tourenskigehen. Neben den gängigen Wintersportarten kommen auch Adrenalin-Junkies auf ihre Kosten. Eine neue Berg-Dimension eröffnen die Trendsportarten Snowkiten, Airboarden, Zorbing oder Snowtubing. Coole Cracks holen sich beim Eisklettern auf gefrorenen Wasserfällen oder künstlichen Eistürmen den Adrenalin-Kick. In Bramberg am Wildkogel ist die 14 Kilometer lange Rodelbahn eine echte Attraktion: sie zählt zu den längsten Abfahrten der Welt. Weitere 120 Rodelbahnen, die Hälfte davon ganz oder teilweise beleuchtet und 68 Eislaufmöglichkeiten lassen keine Winterwünsche offen.

<http://www.nordicsports.salzburgerland.com>

Salzburg Super Ski Card

Durch den Zusammenschluß von 23 Ski-regionen erwartet Wintersportler dank der Salzburg Super Ski Card das „größte Skigebiet der Welt“. Nicht nur die große Auswahl an Skigebieten bietet viel Flexibilität, auch die Karte selbst passt sich den individuellen Bedürfnissen der Wintersportler perfekt an. Die Card ist als 3- bis 14-Tages-Skipaß oder als Saisonkarte erhältlich und ist in allen 23 Skiregionen gültig. Wer ganz auf Nummer sicher gehen will und die schönsten Wintertage für sein Skivergnügen auswählen möchte, freut sich über das praktische Wahlabo, das an 10 einzelnen Tagen innerhalb der aktuellen Skisaison gültig ist. Auf Familien wartet dabei noch ein besonderer Bonus: werden für die beiden ältesten Kinder oder Jugendlichen gleichzeitig zwei Saisonkarten gekauft, erhalten alle weiteren Kinder und Jugendliche der Familie (geb. 1991 und jünger) die Saisonkarten kostenlos!

<http://www.salzburgsuperskicard.com>

Anreismöglichkeiten ins SalzburgerLand

Es muß nicht immer das eigene Auto sein, mit dem man in den Urlaub startet. Das SalzburgerLand verfügt dank seiner zentralen Lage im Herzen Europas und dank einem eigenen Flughafen über beste Anbindungen an öffentliche Verkehrsmittel.

Mit der Bahn ins Schneeparadies

Mit dem Europa-Spezial der Deutschen Bahn reisen Wintersportler bereits ab 39 Euro in der 2. Klasse und ab 69 Euro in der 1. Klas-



Foto: SalzburgerLand

Für pures Schneesvergnügen ist auch für die Jüngsten bestens gesorgt.

se richtig günstig ins SalzburgerLand. Auf bestimmten Verbindungsstrecken ist die Fahrt sogar noch günstiger: So kostet eine Reise von München nach St. Johann im Pongau nur 19 Euro in der 2. Klasse. Wer das Auto in der Bahn gerne huckepack nimmt, wird sich über das „Autozug-Spezial“ der Deutschen Bahn freuen. Seit Winter 2008

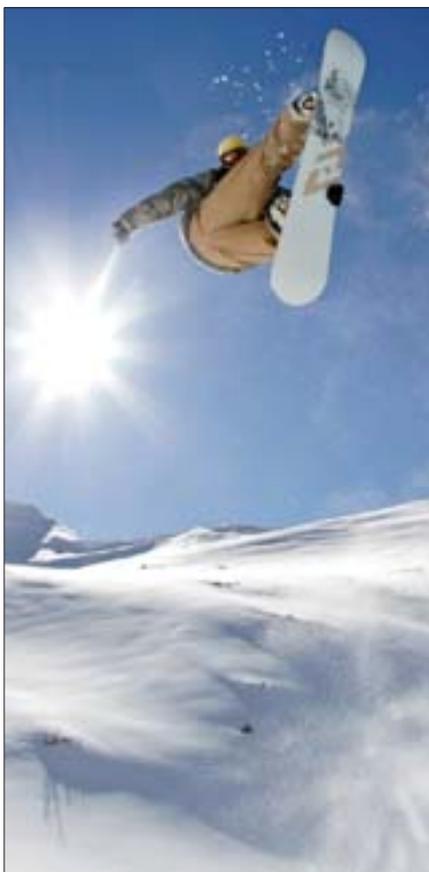


Foto: SalzburgerLand

ONE BIG PARK – das szenige Jugend-Angebot mit dem Fun-Faktor

wird Schwarzach-St. Veit von Hamburg und Berlin angefahren. „Urlaub vom ersten bis zum letzten Tag“ bieten die Österreichischen Bundesbahnen mit dem Wedelweiss-Ticket. Das attraktive und kostengünstige Ticket beinhaltet die An- und Abreise mit der Bahn in die Skiregionen Saalfelden Leogang, Zell am See-Kaprun, Gastein oder in die Salzburger Sportwelt, den Transfer zum/vom Quartier sowie wahlweise einen 6- oder 3-Tage-Skipaß für die Zieldestination.

Mit dem Schnee-Expreß von Deutschland ins SalzburgerLand

Sicher und bequem bringt der Schnee-Expreß Wintersportliebhaber über Nacht ins SalzburgerLand und damit in die Nähe aller großen Skigebiete. Er befördert Gäste aus 13 deutschen Städten wie z.B. Hamburg, Bremen, Dortmund oder Essen wöchentlich ab 29 Euro auf direktem Wege nach Saalfelden, Zell am See, Schwarzach-St. Veit und ins Gasteinertal. Der Schnee-Expreß fährt jeweils Freitagabend in Richtung Süden und Samstagabend zurück.

Mit Germanwings auf die Piste

Seit Herbst steuert die deutsche Fluglinie „Germanwings“ Salzburg an. Germanwings bringt Wintersportbegeisterte aus dem Ballungsgebiet Nordrhein-Westfalen in ein verlängertes Wochenende in die Berge. Die beiden neuen Verbindungen Köln-Salzburg und Hamburg-Salzburg werden fünf Mal pro Woche geflogen, ab November gibt's drei wöchentliche Nonstop-Flugverbindungen Dortmund-Salzburg. ■

<http://www.salzburgerland.com>.